

kürbiskern

LITERATUR, KRITIK; KLASSENKAMPF

Th. Angeloff, H.-W. Bartsch, U. Becker, C. Brune, J. Hagen, H.-J. Buber, S. Camp, G. Demin, A. Gulden, M. Hatry, J. W. Janker, E. Kirchhoff, G. Kirchknopf, J. Kuczynski, D. Lattmann, P. Maiwald, A. Maurer, W. Meyer, H. v. Ooyen, J. Pallas, K. Siebig, H. Schauerte, B. Schmidt-Alms, J.-P. Stössel, A. Tondern, G. Wehrle, B. Werner

Jörg Huffs Schmid: Langzeitwirkungen der Militärausgaben

Irene Hübner: Weniger Kultur für alle?

P. Jones / R. Perry: Von Wall Street bis Main Street

Hans van Gaigern: Bedrohliches und Ermutigendes aus USA

Conrad Schuhler: Großer Traum Sowjetunion?

II. Internationale Tagung in Tutzing FRIEDEN DURCH

ABRÜSTUNG? – Beiträge: *Prof. Nikolaj Botschkow*

(Moskau), *Prof. Alexander Leaf* (Cambridge, USA),

Horst Klaus (Nürnberg), *Prof. Wladimir Kotow* (Moskau)

TOTRÜSTEN

PETER WEISS

8. November 1916 – 9. Mai 1982



Archiv: fh

Wolgograd, September 1974

„ich weiß von keinem Kunstwerk, das eine reaktionäre Ideologie vertritt – denn dann wäre es schon kein Kunstwerk mehr – Kunst ihrer Natur nach progressiv –“

Peter Weiss, Notizbücher 1971–1980, Zweiter Band
Frankfurt 1981, S. 892

kürbiskern

Literatur, Kritik, Klassenkampf

Herausgegeben von
Friedrich Hitzer, Oskar Neumann,
Conrad Schuhler, Hannes Stütz

Damnitz Verlag München

TOTRÜSTEN

ZU DIESEM HEFT	3
Jürgen-Peter Stössel: Ich wär so gerne Pazifist	5
Therese Angeloff: Im letzten Jahr des Krieges	9
Josef W. Janker: Schicksalsmacht Krieg?	19
Dieter Lattmann: Montagsproduktion	22
Géza Kircknopf: Ein Alptraum vom Hauptwiderspruch	27
Jürgen Kuczynski: Möglichkeiten der Geschichte	36
Günter Demin: Salvadorianisches Tänzchen	38
Sarah Camp: Zur Korrektur freigegeben	40
Heinrich Schauerte: Was willst du auf Arbeitsamt groß reimen?	43
Jens Hagen: Das neue Modell	50
Peter Maiwald: Fetzer	52
Karl Siebig: Rettungsstelle	54
Alf Tondern: verheißung / zeitläufe / salto mortale	64
Uli Becker: Asphalt – schwälende Tage	65
Wilfried Meyer: wieder kaiserwetter heute	66
Michael Hatry: Am Hakenkreuz / He, Mann, was singt da so ...	67
Eberhard Kirchhoff: Anhörung	
Hans-Werner Bartsch: Stell dir vor, es ist Krieg ...	68
H.-J. Buber: Zwielfichtige Gestalten II	69
Hans van Ooyen: Welcher Mut!	
Gabi Wehrle: Kälte 1 / Kälte 2	70
Claudia Brune: Start / Ein kalter Tag	
Alfred Gulden: Sprecherziehung	71
Brigitte Werner: Vor der Stadt / Einbank / vorbei / Nachbarschaft	72
Jens Pallas: Ein kleiner Mann in einem kleinen Zimmer	73
Barbara Schmidt-Alms: Überlegung / Traum und	74
Albert Maurer: Die Lösung	
Jörg Huffschild: Langzeitwirkungen steigender Militärausgaben	75
Conrad Schuhler: Großer Traum Sowjetunion?	86
Irene Hübner: Weniger Kultur für alle?	100
Wladimir N. Kotow: Ökonomische Aspekte des Wettrüstens	109
Horst Klaus: Rüstungssituation aus gewerkschaftlicher Sicht	117
Alexander Leaf: Der Atomkrieg und seine medizinischen Folgen	121
Nikolaj P. Botschkow: Nukleares Wettrüsten und medizinische Probleme	127
Patricia Jones / Randolph Perry: Von Wall Street bis Main Street	130
Hans van Gaigern: Bedrohliches und Ermutigendes in den USA	145
Aufruf der Intellektuellen und Künstler von Nicaragua an die Intellektuellen und Künstler der Welt	156
ANMERKUNGEN	158

Zu diesem Heft

Vom „Totrüsten“ reden viele – die einen als ihrer „Chance“, sich damit den Sozialismus (samt etlicher europäischer Konkurrenz) vom Hals zu schaffen; die anderen, zu denen auch wir gehören, als einer Gefahr, die für uns morgen tödlich werden kann und heute schon humane Möglichkeiten unserer Gesellschaft und jedes Einzelnen zerstört: durch Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit, Orientierungslosigkeit und Aggressivität, durch Kulturverlust. Wie sehr das auch für die USA, das Kernland der Totrüster, gilt, wird von Monat zu Monat deutlicher. Man lese in der SZ (natürlich im Wirtschaftsteil) die jüngste Prognose: „US-Haushalt treibt Kreditzinsen. Washington (AP) – ... Finanzexperten rechnen für 1983 mit einem Rekorddefizit im amerikanischen Bundeshaushalt von 180 Mrd. \$, das bis 1985 auf 240 Mrd. \$ wachsen soll ... Nach dem Scheitern der Budgetverhandlungen äußerten Börsenspezialisten die Befürchtung, daß ein weiteres Ansteigen der öffentlichen Kreditnachfrage die Zinssätze in den kommenden Monaten weiter nach oben drücken werde. In einem solchen Fall müsse mit einer deutlichen Verschärfung der Rezession und einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf über 11 % gerechnet werden.“

Je mehr sich die Gegenkräfte formieren – siehe die Berichte aus den USA von Patricia Jones/Randolph Perry und Hans von Gaigern in diesem Heft –, desto absurder wird der Vorwurf gegen die hiesige Friedensbewegung, sie sei „antiamerikanisch“. Das zu wissen ist gut, wenn wir am 10. Juni in Bonn demonstrieren, um bei Präsident Reagan und dem gesamten NATO-Gipfel keinen Zweifel zu lassen über unsere Entschlossenheit: Schluß mit dem Totrüsten! Sofortige Rücknahme des Stationierungsbeschlusses für neue US-Raketen!

Das ist der Prüfstein, was wirklich von den jüngsten Vorschlägen Reagans zu halten ist. In der BRD scheint er jedenfalls nicht so verstanden zu werden, daß der Konfrontationskurs geändert werden soll. Warum würde sonst gerade jetzt die Verlängerung der Wehrpflicht auf die Tagesordnung gesetzt? Und von Minister Apel die NATO-Option auf den Erstschatz aufrechterhalten? Und warum würde fortgesetzt, was Alfred Mechtersheimer die zunehmende totale Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft nennt, entgegen der Notwendigkeit von Friedenskultur?

In der Tradition dieser Friedenskultur stehen die frühen Texte von Dieter Lattmann und Josef W. Janker (für ihn zugleich als Gruß zum 60. Geburtstag), die Warnungen, die aus der Rückerinnerung von Therese Angeloff und aus der „Vorschau“ von Jürgen Kuczynski sprechen, und ebenso die prognostischen wissenschaftlichen Arbeiten von Jörg Huffschild und Conrad Schuhler. Sie machen zugleich die Probleme der Friedensbewegung deutlich: Sie erträgt, weil der Atomtod uns alle bedroht, keinen Alleinvertretungsanspruch einer Gruppe oder Partei; sie braucht unterschiedliche Positionen, die sich in dem einen Punkt treffen, den auch Kardinal König, Wien, benennt: „Den Einsatz von Kernwaffen jeder Art durch irgendeinen Staat bei irgendeinem Konflikt müßte man wegen der irreparablen Folgen als ‚Verbrechen gegen die Menschheit‘ bezeichnen. Regierungen in Ost und West müßten mit größtem Nach-

Jürgen-Peter Stössel
Ich wär so gerne Pazifist

druck veranlaßt werden, die Zahl der Atomwaffen zu reduzieren. Zur Zeit sind mehr als 50 000 Atombomben einsatzbereit.“ (*Das Gewissen*, April 1982)

Die Friedensbewegung braucht die Konzentration auf die alles entscheidende Forderung: Das Jahr 1983 darf nicht zum Jahr der Stationierung der US-Raketen werden. Von dorthin eröffnen sich dann weite Perspektiven, wie sie etwa Bernt Engelmann vorlegt im „Weißbuch: Frieden“ – zunächst die Bildung einer Kernzone, die freigemacht würde von allen atomaren, biologischen und chemischen Waffen, um dann ganz Europa die Chance zu geben, sich für einen ABC-Waffen-freien Kontinent, eingeschlossen den Luftraum darüber und die angrenzenden Meere, zu entscheiden.

Die Friedensbewegung braucht die örtliche Initiative der Bürger, nach dem Beispiel aus der bayerischen Landeshauptstadt: „Die Bürgerversammlung des 23. Stadtbezirks fordert den Stadtrat auf, München öffentlich zur ABC-Waffen-freien Zone zu erklären.“ Gegen den üblichen Einwand, für so große Beträge sei die Stadt nicht zuständig, überzeugte Jürgen-Peter Stössel seine Mitbürger: „Wenn wir uns nicht darum kümmern, dann brauchen wir uns vielleicht schon bald über Verkehrsplanungen, Zweckentfremdung und all das, was uns hier und heute beschäftigt, keine Gedanken mehr zu machen. . . Schließlich heißt es in der Einladung: ‚Der Bürger hat das Wort‘. Nehmen wir also das Wort und erklären laut und deutlich, daß lebensbedrohliche Entscheidungen nicht über unsere Köpfe hinweg getroffen werden dürfen und daß wir uns zur Wehr setzen werden, wenn es trotzdem geschieht.“

Und die Friedensbewegung braucht die grenzenüberschreitende, globale Kooperation. Schon das, was um die Malwinen (Falkland-Inseln) geschehen ist, ist ein Spiel mit hohem Kriegsrisiko für klassische kolonial-imperialistische Ziele. Selbst vom Einsatz taktischer Atomwaffen gegen Argentinien war die Rede, und der Operationsbereich der NATO soll ausgeweitet werden. Es geht uns also hautnah an, was Ernesto Cardenal und seine Freunde in Nicaragua uns sagen und worum die japanische Initiative „Ten Feet Campaign“ uns bittet. Ihr Leiter, der Atomphysiker und Friedensforscher Hideaki Nagai, bereist zusammen mit der Überlebenden des Atombombenangriffs, Suzuko Nuonata, derzeit Europa. Gesucht werden 25 000 Personen, die je 3 000 Yen aufbringen, um damit den Ankauf und die Veröffentlichung eines Filmmaterials zu ermöglichen, das derzeit in Washington unter Verschuß liegt. Auf 85 000 Fuß Filmmaterial ist die gesamte Operation Hiroshima festgehalten. Die US-Regierung verlangt die horrenden Summe von 3 000 Yen pro 10 Fuß – daher der Name der Kampagne und ihre Bitte um Solidarität.

Dieser Geist des Friedens soll im Juni dieses Jahres das bisher größte Schriftstellertreffen in der Bundesrepublik Deutschland bestimmen und von der INTERLIT weiter ausstrahlen: „Zeitgenössische Schriftsteller und ihr Beitrag zum Frieden – Grenzen und Möglichkeiten“. Unter Berufung auf die weltweite Wirkung des Appells der Schriftsteller Europas für Raketenstopp und Abrüstung wird in der Präambel plädiert für eine Ästhetik des Friedens als eine Ästhetik des Widerstands gegen Machtpolitik. Das wäre zugleich die beste Ehrung für Peter Weiss, der nun nicht mehr dabei sein wird. Das Gespräch aber muß weitergehen, die Aufgaben dürfen nicht liegenbleiben.

Juni 1982

Redaktion kürbiskern

Wenn ich gefragt werde, ob ich Gewaltanwendung und militärische Rüstung ablehnte, möchte ich spontan antworten: Natürlich. Dann aber beginne ich, darüber nachzudenken, ob ich dieser ethischen Überzeugung, die auf dem Papier so unanfechtbar rein und richtig ist, jederzeit und unter allen Umständen treu bleiben kann. Gewiß: Ich habe eine tief verwurzelte Abneigung gegen Gewalt, seien es die konkreten Faustschläge, mit denen Konflikte zwischen leibhaftig sich gegenüberstehenden Menschen ausgetragen werden, seien es die mehr abstrakten Gewaltpotentiale von Panzern, Bomben oder Raketen, mit denen sich Nationen bedrohen. Diese emotionale Aversion geht so weit, daß ich ein mulmiges Gefühl in Bauch spüre, wenn Uniformen auftauchen: Sie wirken wie Signale drohender Kriegsgefahr, und mein Körper wehrt sich gegen das Erschrecken mit einer Übelkeit, die mein Verstand zunächst nur mit dem Satz begreifen kann: Ich finde diese militärische Kraftprotzerei zum Kotzen. Aber solange ich es dabei belasse, sehe ich vor lauter Uniformen die Menschen nicht mehr, meinen Sohn zum Beispiel, der sich vor kurzem in einen Soldaten verwandelt hat, zwar nicht freiwillig, äußerlich jedoch unverkennbar.

Das ist die gefühlsmäßige Ausgangsposition, die ich vermutlich mit vielen, die sich in der Friedensbewegung engagieren, teile. Ich möchte gerne Pazifist sein, wozu ja gehört, daß grundsätzlich in Frage gestellt wird, es sei notwendig, zur Selbstverteidigung bereit und gerüstet zu sein. Aber schon nach dieser allgemeinen Begriffsbestimmung muß ich mir von Harry Belafonte sagen lassen: „Ich glaube nicht, daß jemand, der von ganzem Herzen und mit all seinen Gedanken versucht, gewaltlose Lösungen zu finden, ein Pazifist ist. In letzter Konsequenz glaube ich nicht, daß Worte etwas erreichen können . . . und zwar dann nicht, wenn dein Gegner sich auch als dein Unterdrücker herausstellt, der Vernunft nicht akzeptiert und der fortfährt das Leben deiner Kinder und das Leben um dich herum zu zerstören . . . Pazifist zu sein angesichts eines Regimes wie in Südafrika, das, glaube ich, ist unmöglich. Mit Leuten wie Reagan wird sich dieses Regime von Tag zu Tag stärker fühlen.“ (*konkret* 12/1981.)

So konkret wie der amerikanische Sänger lassen sich diejenigen, die das Hohelied der Gewaltfreiheit singen, in der Regel nicht festnageln. Wenn beispielsweise Petra Kelly („Die Grünen“) für „Abrüstung von unten, von der gesellschaftlichen Basis“ plädiert, so hofft sie auf eine spontane Massenbewegung, deren moralischer Impetus durch nichts aufzuhalten ist, weil sie getragen wird von „allen Kräften, die . . . militärische Strategien zur Friedenssicherung ablehnen und die überall auf der Welt diese ablehnen und gleich bereit sind, das Ziel gewaltfreier Friedensstrategie gemeinsam zu entwickeln“ (Rede auf dem Krefelder Forum, 15./16. 11. 1980). Diese Forderung bleibt allgemein, da nur unbestimmt von „Kräften“ die Rede ist, die etwas ablehnen, ohne daß deutlich würde, woher diese Kräfte ihre Kraft beziehen und ob diese ausreicht, um das ebenso vage umschriebene Ziel „gewaltfreier Friedensstrategien“ zu erreichen. Derart losgelöst von der materiellen Realität, gleicht „Gewaltfreiheit“ dem Dogma von der unbefleckten Empfängnis. Daß die pazifistische Position

oft nebulös ist, hängt vor allem mit dem Verzicht auf eine Analyse der Bedingungen von Gewalt zusammen – als sei dies einfach ein Begriff, der durch einen Akt der geistigen Verweigerung außer Kraft gesetzt werden könnte. Das unterscheidet diese Position grundsätzlich von jenen Kräften in der Friedensbewegung, die marxistische Denkkategorien nicht preisgeben, also die ökonomischen Voraussetzungen kriegerischer Gewalt in den Produktionsverhältnissen und der darauf beruhenden Spaltung der Gesellschaft in verschiedene, einander entgegengesetzte Klassen erkennen oder gar – mit Lenin – den Krieg als Fortsetzung der Politik begreifen, einer Politik, die von der herrschenden Klasse lange vor dem eigentlichen Krieg mit Mitteln der Gewalt betrieben wird. Der abstrakte Pazifismus glaubt von solchen Realitäten absehen zu können. Daher wird die öffentliche Gewalt, der Staat, die politische Macht als scheinbar über den Klassen stehend und damit als das eigentliche Übel angeprangert, nicht als Instrument, mit dem in einer Klassengesellschaft die Herrschenden ihre Herrschaft über die Unterdrückten aufrechtzuerhalten versuchen. So heißt es im „Friedensmanifest“, das der Bundesvorstand der „Grünen“ herausgegeben hat: „Hoffnung kommt nicht von den Regierungen. Die verlassen sich auf ihre Geheimdienste und erweitern täglich ihre Waffenarsenale. Sie schüren Angst und suggerieren den Völkern Feindbilder.“ Diese seien seit jeher ein wirksames Mittel gewesen zur Vorbereitung kriegerischer Auseinandersetzungen. „Dem Feind wird alles Böse in der Welt, auch in der eigenen Gesellschaft und in uns selbst, zugeschoben, solange bis aus dem Menschengesicht des Gegners eine Fratze wird, ein Ungeheuer, ein unzähmbares Tier, schließlich eine Null, damit die Hemmschwelle zum Auslöschen des Feindes keine Überwindung mehr kostet. So war es mit den Ungläubigen, mit den Franzosen, mit den Engländern, mit den Juden und so soll es heute wieder sein mit den Russen.“ Daß dieser Mechanismus funktioniert, läßt sich kaum bestreiten. Indem aber Feindbilder, also sozialpsychologische Phänomene zum wesentlichen Motor des Wettrüstens erklärt werden, kann man auch das Klasseninteresse, das solche Feindbilder bedingt, eliminieren. So läßt sich ein Verfolgungswahn als quasi angeborenes Symptom der sogenannten Supermächte diagnostizieren, ohne die spezifischen sozialen Bedingungen benennen zu müssen, unter denen sich dieser Wahn entwickelt – als habe der Osten dem Antikommunismus des Westens wirklich etwas Gleichwertiges entgegengesetzt, als sei von der Sowjetunion jemals die atomare Vernichtung der USA erwogen worden, wie es die westliche Führungsmacht unverhüllt getan hat und weiterhin tut.

Bekanntlich sollte ja die Bombe, die Hiroshima verwüstete, eigentlich Moskau treffen, und auch so galt sie, wenn auch „nur“ symbolisch, dem verhaßten anderen System, dessen Vernichtung erklärtes Ziel geblieben ist. Zwar mußte man sich zunächst mit dem „kalten“ Krieg begnügen, doch die ideologische Aufrüstung diente als Rechtfertigung der militärischen Vorbereitung auf die entscheidende Schlacht. Denn, so erkannte der britische Physiker P. M. S. Blackett 1956: „Wenn einmal eine Nation ihre Sicherheit auf eine absolute Waffe wie die Atombombe stützt, wird es psychologisch notwendig, an einen absoluten „Feind zu glauben“. Diesem Antikommunismus hat Alfred Andersch „manische Züge“ bescheinigt: „Sie verhindern, daß der Westen im

Kommunismus einfach nur einen Vorschlag erblickt, wie man menschliches Leben auf dieser Erde human fortführen kann. Ich persönlich glaube, daß es angesichts der Entwicklung, welche der sogenannte Fortschritt genommen hat, nur im Sozialismus fortgeführt werden kann. Aber ich kann mir vorstellen, daß auf einen Vorschlag mit einem Gegenvorschlag geantwortet wird, mit einem Denken aus Vernunft, mit gemeinsamen sachlichen Überlegungen, mit dem Gespräch. An die Stelle solcher Erwägungen setzt der Antikommunismus die Vorbereitung des Krieges.“

Im „Friedensmanifest“ der „Grünen“ wird zutreffend festgestellt, daß „die technologisch bedeutsamsten Rüstungsschritte seit dem Zweiten Weltkrieg . . . praktisch immer zuerst in den USA getan“ wurden, was ein deutliches Zeichen ablege, „wer die stetig vorantreibende Macht im Rüstungskarussell war.“ Es wird auch darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten seit dem Amtsantritt Reagans die Absicht des „Totrüstens“ der UdSSR nicht verheimlichen und diesem Ziel durch die „Nachrüstung“ näherzukommen hoffen. Doch der ökologische Ansatz verschleiert die ökonomischen Ursachen dieser Entwicklung. Anstatt vom Imperialismus als höchster Stufe kapitalistischer Produktionsweise zu sprechen, wird ein so verschwommener Begriff wie „das Industriesystem der europäischen Zivilisation“ ins Spiel gebracht, und da löst sich dann der Klassengegensatz in den kapitalistischen Gesellschaften wundersam auf. Übrig bleibt eine „Wachstumsdynamik“, die den Menschen allgemein zum Ausbeuter und Herrscher über andere Menschen sowie zum Feind der Natur macht. Das Motiv für die gewaltsame Aneignung der Produkte und Rohstoffe anderer Gesellschaften ist nicht mehr das imperialistische Expansionsstreben der kapitalistischen Wirtschaft, sondern einfach die verschwenderische Lebens- und Produktionsweise des „zivilisierten Industriesystems“. So verschwindet auch der internationale Klassengegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Was im Westen der „militärisch-industrielle Komplex“ ist, wird zum „militärisch-bürokratischen Komplex“, in dem „das Interesse der Militärs an der Ausweitung ihres Bereiches dominiert“ (Friedensmanifest).

Der begriffliche Taschenspielertrick macht sich Vorurteile zunutze, deren Verbreitung von den einschlägigen Medien nach Kräften gefördert wird. Da ihre Funktion in der bürgerlichen Gesellschaft die ideologische Vernebelung sozialer Antagonismen ist, dürfen sie den Ursachen des Krieges nicht auf den materiellen Grund gehen. So bleiben sie an der Oberfläche gesellschaftlicher Erscheinungen, wo „Bürokraten“ und „Militaristen“, abseits der jeweiligen Produktionsverhältnisse, ihr übles Spiel treiben.

Nicht die Herrschaft einer Klasse über die andere ist das Fundament der Feindseligkeit, die von der politischen Macht des kapitalistischen Staates im Krieg nach außen gelenkt wird, sondern das egoistische Machtstreben einzelner gesellschaftlicher Gruppen, die in einer Art internationaler Verschwörung ihre Interessen notfalls auch mit kriegerischen Mitteln über die Köpfe der Bevölkerung hinweg durchsetzen. So entdeckte kürzlich *Der Spiegel* (8. 3. 1982) in Moskau den 64jährigen Generalstabschef Ogarkov, der im Parteiorgan *Kommunist* lamentiert habe „über den Pazifismus des Sowjetvolkes, der sich in der gefährlichen Losung ausdrücke: Jeder Friede ist gut, jeder Krieg ist

schlecht – auf deutsch: lieber lebendig als nicht mehr rot“. Das zugehörige Bild zeigt den „Russen“ so, wie sich der *Spiegel*-Leser einen Militaristen vorstellen soll: die uniformierte Brust mit Orden gepanzert – ein Mann, der den Vergleich mit dem ehemaligen Vietnam-General Alexander Haig scheinbar nicht zu scheuen braucht.

Den ökologischen Pazifisten wie allen anderen, die um der moralisch unbefleckten Gewaltfreiheit willen auf Ausgewogenheit bedacht sind, sollte aber zumindest zu denken geben, was der Publizist William S. Schlamm 1959, also mitten im „kalten Krieg“, ausgeplaudert hat: „Denn die ungeheuerliche Essenz des Konfliktes zwischen dem Kommunismus und dem Westen – so ungeheuerlich, daß niemand diese Tatsache zu erwähnen wagt – ist es, daß der Kommunismus im Frieden gedeiht, Frieden will, im Frieden triumphiert . . . Aber der Westen, wenn er am Leben bleiben will, muß glaubhaft entschlossen sein, Krieg zu führen.“ (Die Grenzen des Wunders.) Diese Forderung wird von der jetzigen US-Regierung in die Tat umgesetzt, wobei Haig als Außenminister den Ton angibt – ganz im Sinne des „militärisch-industriellen Komplexes“, für den es in der Tat „bedeutendere Dinge“ gibt, „als im Frieden zu sein“. Das angebliche Pendant im Osten, der „militärisch-bürokratische Komplex“, hat dagegen nichts anderes zu sagen als das, was der Generalsekretär der KPdSU unermüdlich wiederholt: „Es gibt heute keine wichtigere Aufgabe in internationaler Hinsicht, als den Frieden zu schützen.“ (L. I. Breschnew vor dem XXVI. Parteitag am 23. 1. 1981) Wer dem sowjetischen Staatschef nicht zu glauben bereit ist, läßt sich vielleicht von Ronald Reagan überzeugen. „Aber wir müssen uns auch darüber im klaren sein, daß jede Zivilisation sich auf Werte gründet, für die zu sterben Menschen stets bereit waren.“ Was der amerikanische Präsident mit seiner Mahnung bezweckte, ist in der Zeitschrift *Foreign Policy* (Heft 39/1980) nachzulesen. Unter der Überschrift „Sieg ist möglich“ heißt es da: „Die Vereinigten Staaten sollten planen, die Sowjetunion zu besiegen, und dies um einen Preis, der eine Erholung der USA erlauben würde. Washington sollte Kriegsziele festlegen, die letztendlich die Zerstörung der politischen Macht der Sowjets und das Entstehen einer Nachkriegsweltordnung, die den westlichen Wertvorstellungen entspricht, in Betracht ziehen.“

Solches lesend, muß ich in Betracht ziehen, daß ich den Unmut einiger Friedensfreunde erzeuge, wenn ich zu dem Schluß komme: Ich wäre, wie gesagt, gerne Pazifist. Doch die Verhältnisse, die sind nicht so.

Therese Angeloff Im letzten Jahr des Krieges

Aus der Autobiographie „Meine Seele hat ein Holzbein“

„Einen fünften Kriegswinter hält kein Schwein mehr aus, also auch nicht der Hitler.“ Das hatten die Landser im Wartesaal prophezeit. Leider ist ihre Prophezeiung nicht eingetroffen. Der Krieg ging weiter, grausamer als je zuvor. Jede Nacht heulten die Sirenen. Jede Nacht war der Tod über uns. Wir saßen im Keller und hörten ängstlich auf das Brummen der Bombergeschwader, die über uns hinwegflogen, um andere Städte zu vernichten. Den Gedanken, daß die Bomben eines Tages auch auf uns fallen könnten, wagte keiner im Keller auszusprechen. Die Menschen redeten sich ein, ihre Stadt würde nicht angegriffen, wegen der „Leunawerke“. Die wollten die Engländer unzerstört in Besitz nehmen. Was den Dresdnern die „Tante von Churchill“ war, das war den Magdeburgern das Leunawerk. Auf irgendeinen Schutzpatron hoffte halt jeder. Wenn die Entwarnung kam, atmete alles auf und stellte erleichtert fest: Die sind wieder mal nach Berlin geflogen. Das Gefühl, noch mal davongekommen zu sein, machte einen ganz schön egoistisch: „Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd andre an!“

Mit Rücksicht auf das Kind blieben wir jeden Abend daheim. Kiro und meine Freunde kamen, soweit sie keine Kinder hatten, zu uns. Es wurde diskutiert, gesungen und gelacht. Trotz allem. Wer in der Unsicherheit lebt, lebt bewußter, intensiver und nie scheint einem das Leben so lebenswert wie in den Stunden der Gefahr. Gab es Alarm, liefen die Freunde in einen öffentlichen Luftschutzbunker. Unser Keller war zu klein. Nach der Entwarnung trafen wir uns wieder und feierten unser Überleben. So war es fast jeden Abend, bis zu dem Tag im Januar. Da ging Kiro, weil er in der Wohnung etwas vergessen hatte, aus dem Keller noch einmal zurück. Ich saß zum ersten Mal allein mit dem Kind in dem Luftschutzraum. Da wir erst kurze Zeit im Hause wohnten, kannte ich die Menschen nur aus der „Keller-Szene“. Es waren vorwiegend Frauen mit Kindern und alte Leute. Gesprochen wurde nur wenig. Die Angst war spürbar. Alles wartete gespannt auf das übliche Brummen der Bomber. Und dann kamen sie, so wie jeden Abend. Nur diesmal flogen sie nicht über uns hinweg. Dieses Mal waren wir dran. Und wie. Die Bomben fielen auf die Stadt, und das klang, wie wenn Hunderte von Lawinen in ein Tal stürzten, ein Geräusch, das sich nur schwer beschreiben läßt und das man nie wieder vergißt. Die Einschläge waren ganz in unserer Nähe. Die Kinder fingen an zu weinen, Frauen schrien, es wurde geflücht und gebetet. Ein alter Mann stand an der Wand und fluchte laut auf Gott. Ich fragte mich: Warum flucht der nicht auf den Hitler? Der Luftschutzwart kam und versuchte die Leute zu beruhigen. Er selbst sah nicht gerade sehr beruhigend aus. Ich fragte nach meinem Mann. „Der ist auf dem Dach und löscht“, sagte er und verschwand.

Bei diesem Angriff löschte mein Mann auf dem Dach! Was für ein Held! Aber ehrlich gesagt, ein Mann in meiner Nähe wäre mir lieber gewesen, als ein Held auf dem Dach. Zischkrachbumm! Diesmal mußte eine Bombe direkt unser Haus getroffen haben. Die Kellerdecke schien einzustürzen, die Wände

bewegten sich, das Licht ging aus. Es wurde verdächtig warm. Eine Frau schrie: „Wir werden verschüttet!“ Andere riefen völlig sinnlos um Hilfe. Ich hielt das schlafende Kind im Arm, hielt mich an ihm fest. Es war mein Halt. Angst hatte ich auch, aber ich war wie erstarrt. Die Bomben, die Hitze, die Schreie der Menschen, die in der Dunkelheit in Panik gerieten, das war wie eine Szene aus einem Gruselfilm. Nur ich spielte nicht mit. Ich saß da wie ein Zuschauer. Ein vor Entsetzen gelähmter.

Endlich Licht. Der Luftschutzwart, mit einer Taschenlampe, machte uns die Mitteilung, daß wir sofort den Keller verlassen mußten. Er sprach von Einsturzgefahr und daß das Feuer schon im Hausflur wäre. Wir mußten durch die Flammen laufen, brauchten aber keine Angst zu haben, vor dem Hause stünden Männer, um uns zu löschen. Ich wickelte eine Decke um das Stechkissen und war eine der ersten an der Tür. Den Koffer mit unseren Sachen ließ ich stehen. „Laßt fahren dahin.“ Ich lief die Kellertreppe hinauf und dann sah ich das Feuer! Nichts als Feuer! Eine Stimme rief: „Lauft zu, kommt hierher, hierher!“ Ich lief durch die Flammen der Stimme nach und schon traf mich ein Wasserstrahl. Das Kind und ich wurden völlig durchnäßt, aber wir brannten nicht mehr. Waren nur angesengt. Ringsum aber brannte alles. Die Häuser, der Bahnhof, selbst auf dem Pflaster waren Flammen. Die Menschen rannten in allen Richtungen auseinander. Ich wußte nicht wohin. Ich hatte gehofft, daß mein Mann bei den löschenden Männern wäre, doch der war nirgends. Irgendwohin mußte ich, und so lief ich, rein instinktiv, über den Platz auf einen Viadukt zu. Dort stand ich allein mit dem Kind, das noch immer keinen Laut von sich gab. Vielleicht war es tot, vielleicht hatte ich es mit der Decke erstickt. Ich wickelte es aus. Es schlief seelenruhig. Nun verließen mich meine Kräfte. Ich setzte mich mit dem Baby auf die Erde und machte die Augen zu. Ich wollte das Feuer nicht mehr sehen. Ich wollte überhaupt nichts mehr. Ich gab auf.

Wie lange ich da so gesessen habe, weiß ich nicht. Irgendwer rüttelte mich am Arm und fragte: „Was machen Sie denn hier?“

Wenn ich nicht so fertig gewesen wäre, hätte ich wahrscheinlich geantwortet: Ich warte auf die Straßenbahn. Aber ich war nicht fähig überhaupt etwas zu sagen. Der Mann, es war ein älterer Landser, hob mich auf, stellte mich auf meine wackligen Beine und sagte: „Hier können wir nicht bleiben“. Er hatte „wir“ gesagt. Er wollte sich unser annehmen. Das war alles, was ich begriff. Der Soldat zog mich in den Funkenregen hinaus. Ich folgte ihm, vertraute ihm. Wem hätte ich auch sonst vertrauen sollen?

Der Angriff war vorüber. Wir liefen vorbei an brennenden, einstürzenden Häusern, immer weiter durch den heißen Wind, irgendwann ging es bergauf. Rechts und links glimmende Bäume. Eine illuminierte Allee.

Dann wurde es merklich kühler. Das Prasseln des Feuers war nicht mehr zu hören. Stille war um uns. Wir rannten weiter und das, was ich dann sah, schien wie eine Fata Morgana: Ein völlig unzerstörtes Villenviertel. Elegante Häuser, mit Vorgärten, Parks und schmiedeeisernen Toren. Nicht eine Bombe war hier gefallen. Die Straßen menschenleer, die Villen dunkel und abweisend, als ob sie sagen wollten: Wir haben mit der brennenden Stadt nichts zu tun. Meine nassen Sachen wurden starr in der Kälte. Ich fror. Der Soldat sagte: „Ich weiß

jetzt, wo ich Sie hinbringe.“ Ein paar Straßen weiter blieb er vor einer weißen Villa stehen und klingelte Sturm. Niemand kam. Der Soldat rüttelte am Tor. Im Haus blieb es dunkel. Auf einem Schild an der Mauer stand „Polyklinik für Kriegsblinde“. Eine Polyklinik ist nur am Tag geöffnet, dachte ich, da macht niemand auf. Der Soldat blieb hartnäckig. Er schrie: „Aufmachen! Ihr müßt aufmachen!“ Nach einer Weile ging ein Licht an und in der Tür erschien eine Krankenschwester, wie ein Wesen aus einer anderen Welt. Schneeweiß und steif gestärkt. Die Steifgestärkte sah uns mißbilligend an. Wir schienen keinen guten Eindruck auf sie zu machen. Kein Wunder, so dreckig, naß und verrußt wie wir aussahen. Nun fing auch noch das Kind an zu brüllen. Ausgerechnet jetzt! Der Soldat redete auf die Schwester ein. Ich konnte nicht hören, was er sagte, das Kind schrie so laut. Ich sah nur, daß die Schwester abweisend den Kopf schüttelte. Klar, die wird uns nicht reinlassen, weil wir so dreckig sind und dann das Kind! Der Soldat wurde wütend, wies auf die brennende Stadt und auf uns. Die Schwester schüttelte immer noch mit dem Kopf. Da machte der Soldat Anstalten über das Gitter zu steigen. Nun bekam die Steifgestärkte es offenbar mit der Angst und schloß das Tor auf. Mit einem mürrischen Gesicht winkte sie mir einzutreten. Wenn ich nicht so gefroren hätte, wäre ich lieber draußen geblieben. Ich folgte ihr ein paar Schritte, dann drehte ich mich nach dem Soldaten um, der war verschwunden. Ich lief zurück an das Tor. Er war nicht mehr zu sehen. Der Mann, der uns das Leben gerettet hatte, war fort und ich konnte mich nicht einmal bei ihm bedanken. Wenn ich fromm wäre, würde ich für ihn beten, dachte ich und hoffte, meine guten Wünsche und Gedanken würden ihm auch so ein wenig helfen.

Im Haus war es warm und ungeheuer steril. Blank polierte Fußböden, weiße Türen und nirgends ein menschlicher Laut. Die Schwester schien allein zu sein. In einem Badezimmer durfte ich das Kind und mich ein wenig säubern und die nassen Sachen zum Trocknen aufhängen. Reservewindeln und eine Milchflasche hatte ich vorsorglich immer im Stechkissen. Das Kind trank und wurde friedlich. Die Schwester, nicht mehr ganz so mürrisch, fragte, ob der Angriff denn wirklich so schlimm gewesen sei. Was sollte ich darauf antworten?

Wir bekamen ein sauberes Zimmer und ein frisch überzogenes Bett. Was ging es uns doch gut. Das Kind schlief. Acht Wochen war es alt und zum Kummer seines Vaters noch immer nicht getauft. Dafür hatte es nun eine Feuer- und Wassertaufe hinter sich. Ich konnte nicht einschlafen. Ich dachte an meinen Mann auf dem Dach. Aber da war er bestimmt nicht mehr. Das Dach ist weg, das Haus ist weg, und er? Morgen werde ich ihn suchen, ihn und den unbekannten Soldaten. Wie hatte er eigentlich ausgesehen? Ich wußte es nicht mehr.

Ich versuchte mich an ihn zu erinnern. Ein älterer Mann, unrasiert, mit einer gütigen Stimme, das war alles, was ich von ihm wußte. Ich bekam sein Gesicht nicht mehr zusammen. Ich dachte nur noch: Wenn Frieden ist, wird man solchen Männern ein Denkmal errichten. Ein Denkmal für den „Unbekannten Lebensretter“, und ich werde es mit Blumen schmücken. Mit flammendroten Feuerlilien. Wenn Frieden ist.

Die Schwester weckte uns sehr früh. Wir mußten fort, ehe das andere Personal kam. Sie gab mir einen Zettel mit der Adresse eines Auffanglagers. Es gab

schon Auffanglager! Die Organisation bei den Nazis klappte wirklich prima! Kaum war die Katastrophe vorüber, schon wurden die Toten ordnungsgemäß registriert, die Überlebenden erfaßt und „aufgefangen“. Solange nur die Organisation funktionierte, war in diesem Staat alles in bester Ordnung. Auch die Katastrophen.

Ich lief durch die zerstörte Stadt. Kannte mich nicht mehr aus, verlor in dem Trümmer-Labyrinth die Orientierung. Viele Straßen waren gesperrt: „Einsturzgefahr.“ Lange Zeit ging ich im Kreis. Endlich sah ich ein paar Männer. Sie machten sich in den Trümmern zu schaffen. Ich wollte sie nach dem Weg fragen. Ging näher und sah, sie trugen ein totes Kind. Entsetzt lief ich weiter. Bis zu diesem Moment hatte ich mich, wie man so sagt, tapfer gehalten, nun überkam mich das heulende Elend und die ohnmächtige Wut. Warum mußte all das Schreckliche geschehen? War das die Vergeltung für die Nazi-Verbrechen? „Aug um Aug, Zahn um Zahn, Kind um Kind!“ Eine alttestamentarische Vergeltung im 20. Jahrhundert dieses sogenannten christlichen Abendlandes. Oder glaubten die Anglo-Amerikaner, sie könnten durch die Zerstörung der Städte ein Chaos schaffen und so das Kriegsende beschleunigen? Wenn sie glaubten, die Bevölkerung würde angesichts der Zerstörungen aufbegehren, so war das ein Irrtum. Ein blutiger Irrtum. In diesem Staat wurde nicht aufbegehrt. Hier wurde vorschriftsmäßig verreckt. Die Menschen waren nach so einem Luftangriff am Boden zerstört, seelisch ausgebrannt, kaputt wie ihre Häuser.

Ein Wind kam auf. Aus einem zerbombten Haus flatterten Fetzen, verkohlte Reste von Gardinen. Ich mußte an die Bürgerinnen denken, die sich vor kurzem noch empört hatten, weil aus ihren „guten Gardinen“ die Flüchtlingsfrauen Kleider für ihre Kinder genäht hatten. Nun sind diese Bürgerinnen selbst zu Flüchtlingen geworden. Und Gardinen haben sie auch keine mehr. Ein Trupp Menschen kam mir entgegen. Sie wollten auch zum Auffanglager. Einer von ihnen kannte den Weg. Ich reihte mich ein. Es war ein rechter Elendszug. Zwei Buben mit Schulranzen liefen voraus, sprangen unbeschwert über die Trümmer. Eine Frau sagte, mit einem Blick auf die lachenden Kinder: „Ihre Mutter ist tot. Sie wissen es nur noch nicht.“

Das Auffanglager, ein ehemaliger Turn- oder Tanzsaal, war vollgepfert mit Menschen. Es roch nach Desinfektionsmitteln und säuerlicher Wohlfahrt. Hunderte von Obdachlosen saßen auf langen Bänken, irrten suchend umher, lagen schlafend auf der Erde. Das „Nachtasyl“ von Gorki in Großformat. Wie sollte ich hier meinen Mann und den Unbekannten finden. Langsam, ganz systematisch ging ich durch die Bankreihen, drängte mich durch die Menge in den Gängen, sah in die hoffnungslosen Gesichter und suchte vergeblich. Niemand war da, den ich kannte. Das Kind lag mir schwer im Arm, ich war schon seit Stunden unterwegs, mußte mich setzen. Im Saal war es auffallend still. Die Leute sprachen, wenn überhaupt, so nur ganz leise miteinander. Es war wie auf einer Beerdigung. Überall herrschte Ruhe und Disziplin. Hier gab es keinen Aufruhr, kein Chaos. Die Menschen, die alles verloren hatten, zeigten sich noch dankbar für den Becher Tee, den man ihnen reichte. Vielleicht waren sie auch noch stolz auf diese Nazi-Organisation. Und es lief ja auch alles völlig reibungslos. Eine Rotkreuzschwester zeigte mir, wo es Milch

für die Babies gab und wo ich mich melden mußte. Melden! „Eine Ausgebombte meldet sich gehorsamst zur Stelle!“ Mir fiel ein, daß ich ohne Ausweispapiere war. Die hatte mein Mann. Nun war ich nicht nur obdachlos und ausweglos, sondern auch noch ausweislos. Mir war das egal. Im Gegenteil. Ich stellte mir vor, wie herrlich es wäre, wenn bei den Angriffen sämtliche Personalpapiere verbrannt wären. Ohne die könnten die Nazis die Menschen nicht mehr in „Über- und Untermenschen“ einteilen. Nur, wie ich die kannte, hatten sie alle Personal-Unterlagen in Sicherheit gebracht. Ausgelagert, wie die kostbaren Gemälde der Galerien. Ich sagte zu meinem Kind: „Ein Gemälde müßten wir sein, dann wären wir jetzt auch in Sicherheit.“ Ich hielt Monologe, diskutierte mit mir selber, um in dieser dumpfen Umgebung nicht total in Stumpfsinn zu fallen. Jetzt müßtest du aufstehen, sagte ich zu mir, und eine flammende Rede halten, die die Menschen aufrüttelt. Du müßtest rufen: „Schluß mit diesem wahnsinnigen Krieg! Nieder mit Hitler!“ Aber ich war keine Heilige Johanna und schon gar nicht die Rosa Luxemburg. Ich war feige, saß genau so apathisch herum wie die anderen, und die Revolution war nur in meinem Kopf.

Ich machte mich wieder auf die Suche nach meinem Mann und dem Soldaten. „Soldaten sind keine hier, die müssen sich wo anders melden,“ sagte man mir. Dann sah ich aber doch einen am Fenster stehen, mit einem langen, zerrissenen Soldatenmantel und einem Verband um den Kopf. Er drehte mir den Rücken zu. Ich ging näher. Der Mann hatte eine Binde vor den Augen. Es war mein Mann – und Himmel – er war blind! Ich rief seinen Namen. Er tastete sich vorwärts, geführt von einem Sanitäter. Wir lagen uns in den Armen, bis das Kind zu schreien anfang. Wir hatten uns wieder! Und blind war er auch nicht. Nur eine Rauchvergiftung hatte er und ein Loch im Kopf von einem brennenden Balken. Ohnmächtig geworden, war er erst auf einer Sanitätsstation wieder zu sich gekommen. Die hatten ihn heute morgen mit einer Begleitperson nach hier entlassen. Und dieser Sanitäter war zufällig ein Arbeitskollege von Kiro. „Das Haus, in dem ich wohne, steht noch“, sagte er. „Ich habe zwar nur ein möbliertes Zimmer, aber wenn ihr wollt, könnt ihr heute Nacht bei mir schlafen.“ Und ob wir wollten! Wir konnten raus aus diesem Massenlager. Was hatten wir doch für ein Glück! Und wenn wir auch nicht mehr besaßen, als das, was wir auf dem Leib trugen, die Familie war wieder beisammen, das Kind gesund, mein Mann nur teilbeschädigt und ein Obdach für eine Nacht hatten wir auch. Mehr konnte man in dieser Zeit nicht verlangen.

Am nächsten Tag suchten wir nach den Freunden. Ein Teil von ihnen war abgebrannt wie wir und die anderen nicht auffindbar. Nach Dresden fuhren noch keine Züge. In Magdeburg konnte ich mit dem Kind nicht bleiben. Durch Zufall bekamen wir die Adresse von Leuten in einem Dorf, ganz in der Nähe, die gegen Entgelt bereit waren, ein Zimmer abzugeben. Kiro brachte uns nach dort, mußte aber sofort zurück zum „Arbeitseinsatz“. Die Kammer, die man uns überließ, war eiskalt und nicht zu heizen. Die Leute wortkarg und mißtrauisch. Das Mißtrauen gegen Bombengeschädigte und Flüchtlinge war allgemein. Wir waren Habenichtse, hatten nicht mal ein Hemd zum Wechseln und die, die noch alles hatten, fürchteten, wir könnten etwas von ihnen fordern, vielleicht sogar stehlen. In den Augen der „Volksgenossen“ waren

Obdachlose so etwas wie Zigeuner. Und so behandelten sie uns auch. So bald es möglich war, übersiedelte ich nach Dresden. Dresden war die Stadt, die ich liebte, hier fühlte ich mich zu Hause, trotz meines österreichischen Papas und der preußischen Mutter war ich eine überzeugte Dresdnerin. Nach dem zerstörten Magdeburg konnte ich mich nicht satt sehen an den Schönheiten dieser Stadt. Die Brühlsche Terrasse, die Residenz, die Oper, der Zwinger, mir war, als sähe ich das alles zum ersten Mal. Das werden sie nicht kaputtmachen, das können sie nicht tun, davon war ich fest überzeugt. Wir waren strategisch nicht wichtig, hatten keine Rüstungsindustrie, warum also sollte man es tun? Der Krieg war für die Nazis schon so gut wie verloren. Auch wenn der Wahnsinnige in Berlin Kinder und Greise zum „Volkssturm“ einzog, die Niederlage war nicht mehr aufzuhalten. Nun durfte auch ich langsam anfangen, an die Zukunft zu denken. Das war gar nicht so einfach. Sieben Jahre Berufsverbot, das heißt: Sieben Jahre war ich auf keiner Bühne mehr gestanden. Als ich vom Theater abgehen mußte, spielte ich junge Rollen, nun war ich nicht mehr jung genug, um wieder von vorn anzufangen. Mir fehlte der Übergang zum anderen Fach. Mir fehlten sieben Jahre. Ich sah mich schon im Büro des Intendanten sitzen, hörte die übliche Frage: „Wo waren Sie zuletzt engagiert?“ Dann werde ich herumstottern, von meinem Auftrittsverbot erzählen und der Herr Intendant wird sehr bedauern, aber nicht wissen, was er mit mir künstlerisch anfangen soll. Vielleicht würde er mich aus Mitleid engagieren, gewissermaßen als politische Wiedergutmachung. Das könnte ich nicht verkraften. Ich bin eine gute Schauspielerin gewesen, eine, der man eine sichere Karriere vorausgesagt hatte, aber wer gibt schon etwas für das was mal war. Und ob ich noch eine gute Schauspielerin war, das wußte ich selbst nicht mehr. Ich wußte nur, daß ich zum Theater zurück wollte. Auch wenn es schwer sein würde, sich gegen die anderen zu behaupten, die sieben Jahre lang die Möglichkeit hatten, sich kontinuierlich künstlerisch zu entwickeln. Und mit was für Kollegen werde ich es zu tun haben? Nicht alle am Theater waren Antifaschisten gewesen, wie meine Stiefschwestern. Viele sind den braunen Herren in den Hintern gekrochen, haben sich um des Vorteils willen angepaßt, und manche auch aus Überzeugung. Aber sie werden weiter Theater spielen dürfen, denn sie waren ja Künstler! Und Künstler leben nur der Kunst und haben nichts mit Politik zu tun. Und innerlich sind sie alle im Widerstand gewesen. Werden sie sagen. Das ahnte ich schon damals. Und ich ahnte auch, daß sie über mich reden werden: „Was will denn die am Theater? Die soll ne Bardame gewesen sein und Fabrikarbeiterin!“ Ich wußte genau, sie werden das sagen. Sollen sie. Ich werde mich wehren, mich nicht abbringen lassen, wieder zum Theater zu gehen. Da bin ich aufgewachsen, habe meinen Beruf erlernt, und vom Theaterbetrieb verstand ich wirklich viel. Ich kannte mich aus in der Organisation und der Spielplangestaltung, das hatte ich meinem Vater zu verdanken, der hoffte, ich würde später einmal sein Theater übernehmen. Vielleicht gehe ich in die Dramaturgie, und wenn ich genügend Erfahrungen gesammelt habe, zur Regie über. Für die Regiearbeit hatte ich mich schon immer interessiert und ich freute mich schon auf die neuen, fortschrittlichen Stücke, die aus dem Ausland kommen würden, auf die neuen Ideen, die modernen Regie-Konzeptionen und auf das Neue, das bei uns geschaffen

werden wird. Und ich werde dabei sein und endlich wieder die Luft atmen können, die ich zum Leben brauche und die ich so lang habe entbehren müssen. Auf meinen Wanderungen durch Dresden blieb mir Zeit, über all das nachzudenken. Die Mama hatte das Kind mit Beschlag belegt und mit Kiro führte ich wieder mal eine Wochenend-Ehe. Um so erstaunter war ich, als er an einem Arbeitstag unerwartet auftauchte. Ich fragte ihn, warum er gekommen sei und er antwortete: „Mir war so.“ Echt Kiro. Nur „weil ihm so war“, kam er an einem ganz normalen Wochentag angereist. Doch wie sich bald herausstellte, war es gar kein normaler Tag. Am Abend dieses Tages wurde Dresden ausradiert. Und mein Mann war bei mir, „weil ihm so war“.

Der Angriff war ähnlich wie in Magdeburg. Nur hundertmal schlimmer. Auch hier brannte das Haus. Nur diesmal ließ ich meinen Mann nicht zum Löschen. Durch Erfahrung klüger geworden, verließen wir nach dem ersten Angriff den Keller. Wir wohnten auf der Schloßstraße, nahe beim Altmarkt, mitten in der Stadt, und hier brannte restlos alles. Wir liefen durch die Flammen. Der Asphalt war wie flüssige Lava. Ich blieb dauernd mit meinen Absätzen stecken. Weit konnte ich so nicht laufen. Ich schlug das Polizeipräsidium vor. Das war ein stabiles Gebäude, nicht allzu weit und die Polizei, „unser Freund und Helfer“, hatte bestimmt einen sicheren Luftschutzraum. So war es auch. Nur wollten sie uns dort nicht reinlassen. Wir kamen nur bis zur Wachstube. Dort erklärte uns ein Beamter, der Aufenthalt von Zivilpersonen im Polizeipräsidium sei gegen die Vorschrift.

Die Mama sah ihn vernichtend an, wies auf die brennende Stadt und sagte: „Das da ist auch gegen die Vorschrift.“ Der Beamte schwieg. Ein zum Melder umfunktionierter Hitlerjunge stürzte in das Zimmer, grüßte stramm und rief, mit erhobenen Arm, im schönsten Sächsisch: „Melde: Die Wildsdruffer Straße brennt, die Prager Straße brennt und äh überhaupt, es brennt alles. Heil Hitler!“ Die Mama und ich bekamen es mit dem Lachen. In dieser Situation! Die Beamten und auch Kiro haben bestimmt geglaubt, wir hätten den Verstand verloren. Aber wir konnten nichts dafür. Unsere Familie findet in traurigen Situationen immer irgend etwas komisch. Wir konnten ja auch das Ausmaß der Katastrophe noch nicht ahnen. Rummms! Das mußte ein Volltreffer auf das Präsidium gewesen sein. Und nun ging alles ganz schnell. Die Beamten verließen fluchtartig das Zimmer. Wir ihnen nach. Es ging durch endlose unterirdische Gänge, in einigen glimmte bereits die Decke. Kiro schlug mir auf die Schulter. Ich sagte nervös: „Laß das!“ Und er ganz ruhig: „Du brennst.“ Mein Mantelkragen brannte wirklich. Ein Beamter wies uns in einen Raum. Er selbst lief weiter. Es war ein kahler Kellerraum mit schmalen Holzbänken an den Wänden. Einige Zivilpersonen saßen schon da. Keiner sprach mit keinem. Über uns rollte und donnerte es. Das waren die Bombenteppiche, die jedes Leben erstickten. Auch wir werden hier sterben, gemeinsam, wie in dem blöden Gedicht: „Urahne, Großmutter, Mutter und Kind, starben auf einen Schlag. Und morgen ist Gagetag.“ Für uns wird es keinen Gagetag mehr geben. Eine Bombe mußte direkt über uns eingeschlagen sein. Ich schrie auf und fing an zu zittern. Die Mama wurde zornig: „Nimm dich zusammen, denk an das Kind!“ Daran dachte ich ja unentwegt, aber ich hatte den Schock von Magdeburg noch nicht überwunden. Ich beherrschte mich so gut es ging, aber

meine Knie zitterten weiter, die hatten keinen Respekt vor der Mama. Es roch nach Feuer, und Rauch drang in den Raum. Der Rauch brannte in den Augen. Die Menschen wurden unruhig.

Ich zitterte weiter vor mich hin. Nur die Mama saß da wie eine Statue. Sie wird Haltung bewahren, bis zuletzt, und würdig sterben, dachte ich. Aber ich wollte nicht, daß wir sterben! Auch nicht würdig. Wir mußten raus aus dem Raum, bevor wir erstickten. Ich sagte es laut und die anderen Leute schienen meiner Meinung zu sein. Wir gingen zur Tür, dort stand schon ein Beamter und winkte uns, ihm zu folgen. Wieder ging es durch endlose Gänge. Von Feuer und Rauch war bald nichts mehr zu spüren. Der Gang wurde breiter und wir kamen in einen Raum, groß wie ein Tanzsaal und strahlend hell, sauber und warm. Von den Bombeneinschlägen war nichts mehr zu hören. Wir atmeten auf, fühlten uns wie Schiffbrüchige, die auf einer sicheren Insel gelandet waren. Das war kein gewöhnlicher Luftschuttkeller, das war ein gemütlicher Aufenthaltsraum, mit Stühlen und Tischen. Ich wollte wissen, wo wir uns befanden. Es waren viele Türen da, die in andere Räume führten. Ab und zu eilten Männer aus einem Zimmer in das andere. Wenn die Türen aufgingen, hörte man Radio-Geräusche. Ich versuchte näher an eine der Türen heranzukommen, wurde aber von einem Beamten aufgehalten: „Sie dürfen hier nicht herumlaufen, gehen Sie wieder an ihren Platz!“ Ich ging. Aber warum durfte man hier nicht herumlaufen? Wo waren wir? Ich mußte das herausbekommen. Fragte die Leute, die man mit uns hierher gebracht hatte.

Einer wußte es. Wir befanden uns in der „Befehlszentrale der Parteileitung“. Heil Hitler! Das war ein Witz. Wir, ausgerechnet wir, saßen im sicheren Schutzraum der NSDAP! „Gottes Fügung“, sagte die Mama.

Ich hielt es eher für einen Gag des Schicksals. Der Mann, der mir Auskunft gegeben hatte, zeigte auf eine Gruppe Menschen, die in einer Ecke saßen, und sagte: „Das sind Untersuchungsgefangene. Die hat man herbringen müssen, weil ihre Zellen gebrannt haben.“ Darauf die Mama: „Ach die Armen. Hoffentlich sperrt man sie nicht wieder ein.“ Der Mann sah uns entgeistert an und wandte sich kopfschüttelnd ab. Das Kind, nachdem wir es versorgt hatten, schlief bereits wieder. Sein Vater auch. Ich saß neben der Mama und versuchte mich genau so aufrecht zu halten wie sie. Wir dachten an das Furchtbare, das geschehen war, und über uns noch geschah, und an das, was uns noch bevorstehen wird.

Sehr früh am Morgen wurden wir aufgefordert, den Keller zu verlassen. Die Angriffe wären vorüber. Über eine steile Eisentreppe ging es ins Freie. Dort tobte ein Feuersturm, der uns den Atem nahm. Nur mühsam erkannten wir, wo wir waren. Wir standen auf der Brühlschen Terrasse. Genauer: auf dem, was noch davon übrig war. Wir mußten fort von hier. Am besten auf die Elbwiesen hinunter. Dort konnte wenigstens nichts brennen. Das müssen auch die Menschen gedacht haben, die dort lagen. Sie waren tot. Nicht verbrannt. Vom Luftdruck getötet. „Seht nicht hin“, sagte Kiro. Das war unmöglich. Ich mußte hinsehen, das grauenhafte Bild brannte sich ein in mein Gehirn und da sitzt es noch heute. Wir überlegten, in welche Richtung wir gehen sollten, da kam der dritte Angriff. Es waren Tiefflieger. Wir rannten um unser Leben. Suchten Schutz in einer Einbuchtung der Kaimauer. Die Schüsse peitschten ins Wasser,

explodierten vor uns auf der Wiese. Trafen die Toten. Wir blieben verschont. Nach dem Angriff kamen wir nur noch sehr langsam voran. Die Mama war mit ihren Kräften am Ende. Und weit war der Weg nach „ich weiß nicht wo“. Wir liefen ohne Ziel, wollten nur die Stadt hinter uns lassen. Nach einem langen Fußmarsch kamen wir in einen Vorort. Hier waren keine Bomben gefallen. Wir machten eine Pause. Das Kind fing an zu schreien. Es hatte Hunger. Aber ich konnte ihm nichts geben, die Milch war eiskalt. Ich klingelte an einem der hübschen Häuser. Eine junge Frau kam heraus, ich hielt ihr die Babyflasche hin und bat, die Milch wärmen zu dürfen. „Wir haben keinen Strom“, sagte sie und warf die Türe zu. Kein Wort des Bedauerns. Keine Frage nach dem, was in Dresden geschehen war. Nichts. Ich versuchte es noch in zwei anderen Häusern. Die Leute hatten uns wohl kommen gesehen und machten erst gar nicht auf. Was waren das nur für Menschen? Die schienen sich vor uns zu fürchten, glaubten vielleicht, Unglück sei ansteckend, oder hatten sie Angst, wir könnten ihre schönen, sauberen Wohnungen schmutzig machen? Haß stieg in mir hoch. Am liebsten hätte ich ihnen die Häuser angezündet und an dem Feuer die Milch für mein Kind gewärmt. Wir trafen andere Flüchtlinge, die uns erzählten, auch ihnen hätte niemand geöffnet, niemand hätte ihnen und ihren Kindern auch nur eine Stunde Unterschlupf gewährt. Aber in Weissig sollte es ein Auffanglager geben. Bis dahin wäre es nur noch eine knappe Stunde. Die mußten wir noch schaffen.

Das Auffanglager war um vieles ärger als das in Magdeburg. Eine eiskalte Turnhalle, mit Streu auf dem Boden, sonst nichts. Hier konnte die Mama, die schon halberfroren war, nicht bleiben. Ich war wild entschlossen, irgendwo ein Quartier für sie zu finden. Stand auf der Straße und überlegte, an wen ich mich wenden könnte. Nach meinen Erfahrungen wußte ich, daß es zwecklos war, an irgend einem Haus zu klingeln. Aber was sonst sollte ich tun? Da fiel mir der Pfarrer ein. Ein Pfarrer ist verpflichtet zu helfen. Man hatte mich gut evangelisch erzogen, ich hatte sogar im Kirchenchor den zweiten Sopran gesungen: Nun danket alle Gott mit Herzen, Mund und so weiter. Wenn mich der Pfarrer fragen sollte, konnte ich ihm sogar noch meinen Konfirmations-Spruch aufsagen: „Sei getreu bis in den Tod und ich werde dir die Krone des Lebens geben.“ Oder so ähnlich.

Das Pfarrhaus war ganz in der Nähe und ich hatte Glück, der Herr Pfarrer war daheim. Dick und freundlich, sah er aus wie die Geistlichen in den österreichischen Volksstücken. Nur halt auf lutherisch. Sein Lächeln schien nicht so professionell, wie bei so manchem seiner Kollegen. Er nahm mich mit in sein Studierzimmer. Weiße Gardinen, weiche Sessel, Blumen am Fenster und Bücher im Schrank. Schöne heile Welt! Hier hatte ich nun meine Chance. Es lag an mir, den Pfarrer zu überzeugen, daß wir seine Hilfe brauchten. Das mußte ich schaffen. Wenn ich das für die Mama nicht schaffte, hatte ich versagt. Und so redete und redete ich, schilderte ihm den erschöpften Zustand meiner alten Mutter und hätte mich, wenn es nicht zu dramatisch gewesen wäre, auch vor ihm auf die Knie geworfen: Ein Obdach, für eine Nacht! Bitte!

Der Pfarrer schien ehrlich ergriffen, hätte mir auch gern geholfen, aber sein kleiner Konfirmationssaal war bereits mit Flüchtlingen überfüllt. Er glaubte nicht, daß da noch Platz wäre. „Bitte, nur für die Mama!“ Ich sagte ihm, daß sie

sehr mager sei und bestimmt nicht viel Platz in Anspruch nehmen werde. „Nun denn, in Gottes Namen, man muß es halt versuchen. Also kommen Sie her mit ihren Leuten.“

Mit meinen Leuten! Er meinte, wir könnten alle kommen! Ich hätte ihm die Hände küssen mögen, brachte aber nur noch ein Dankeschön heraus. Da hatten sie doch wirklich einen Christen zum Pfarrer gemacht. Und er hat mich nicht einmal gefragt, ob ich evangelisch bin.

Halleluja!

Der Konfirmationssaal war sehr klein. Ein Klassenzimmer nur, mit ein paar Schulbänken und einem Katheder. Durch die Fenster sah man auf den Friedhof. Der Raum war freundlich und warm. Die Menschen hilfsbereit, machten uns Platz, rückten zusammen. Wir sprachen miteinander, erzählten von unseren Erlebnissen, spürten Zusammengehörigkeit. In dieser Umgebung fingen wir an, uns wieder als Menschen zu fühlen. Das Kind bekam seine Milch, wir warmen Tee und irgend etwas zum Essen. Wir überließen der Mama unsere Plätze. Nun konnte sie sich ausstrecken und vielleicht auch schlafen. Es wurde still im Raum und friedlich. Nach allem, was wir hinter uns hatten, fühlten wir uns wie im Paradies. Kiro und ich lagen auf der Erde und wir alle hofften auf eine ruhige Nacht. Dann kam Fliegeralarm.

Das Haus hatte keinen Keller. Der Pfarrer führte uns in einem makaberen Zug über den Friedhof in die Leichenhalle. „Bitte erschrecken Sie nicht, im Nebenraum liegt ein Toter aufgebahrt.“ Als ob wir nach dem, was wir gesehen hatten, noch über einen Toten erschrecken könnten.

Früh am Morgen beratschlagten wir, wie es weitergehen sollte. Wir waren wie Tausende andere entwurzelt. Wußten nicht wohin. Die Mama schlug vor, nach Karlsbad zu meiner Schwester zu fahren. Vorausgesetzt, es gingen noch Züge nach dort. Der Herr Pfarrer war so freundlich, sich für uns zu erkundigen. Einer sollte noch fahren. Spät am Abend, eventuell. Die Bahnstation sollte zu Fuß erreichbar sein. Wir mußten es probieren. Vorher wollte Kiro aber noch unbedingt den Koffer von Mama holen, der im Keller geblieben war. Inhalt: Wäsche und ein paar Kleidungsstücke. Deswegen den langen Marsch nach Dresden und wieder zurück, das hielt ich für totalen Wahnsinn. Ging aber trotzdem mit.

Wir liefen über Äcker und Wiesen und durch einen herrlich verschneiten, einsamen Winterwald. Ein Waldspaziergang ist unbestritten etwas sehr Romantisches, nur wurde die Romantik durch meine nassen wackligen Stöckelschuhe ein wenig beeinträchtigt – und durch die Tiefflieger. Sie flogen wirklich sehr tief und beschossen den Wald, als ob hier Regimenter von Soldaten lägen. Kiro schmiß seinen Mantel auf den Boden und rief: „Leg dich hin!“ Warf sich dann mit seinem ganzen Gewicht auf mich: „Hab keine Angst! Ich beschütze dich.“ Ich fand das komisch und mußte lachen, trotz der explodierenden Geschosse rings um uns. Warum schossen die nur so wild in den Wald? Hier war doch keine Menschenseele. Nur wir beide. Und wir machten Liebe. Was Besseres konnten wir in dieser Situation auch nicht tun. In unsere Straße konnten wir nicht hinein. Alles abgesperrt. Es gab auch keine Straße mehr. Überall roch es nach Rauch und Tod. Mir wurde übel. Der Rückweg war deprimierend. Es dauerte lange, ehe ich wieder denken und

sprechen konnte.

Der Zug, der am Abend nach Karlsbad fahren sollte, fuhr natürlich nicht. Vielleicht morgen. Oder übermorgen. Eine genauere Auskunft konnte uns keiner geben. Der Warteraum war kalt, unbewirtschaftet und voller Soldaten. Sie hatten keine Ähnlichkeit mehr mit den Angehörigen unserer „siegreichen Wehrmacht“. Ihre Kompanien waren zersprengt, aufgelöst und sie hatten sich, wie sie sagten, von der Truppe „abgesetzt“. Einige waren aus bombardierten Lazaretten entkommen, und alle hatten sie Angst vor den „Kettenhunden“, den hitlergetreuen Häschern der Feldgendarmerie, die auch jetzt noch bereit waren, jeden zu verhaften, der nicht mehr für die Nazis sterben wollte. „Für uns ist der Krieg aus“, sagten die Landser, sie wollten zu ihren Familien nach Hause. Ich wußte, viele von ihnen würden statt eines Zuhauses nur noch eine Ruine vorfinden und vielleicht auch keine Familie mehr. Diese armen Kerle, in ihren abgerissenen Uniformen, mit den verhärmten Gesichtern, taten mir ehrlich leid. Sie wußten noch nicht, was ihnen bevorstand. Sie schimpften auf Hitler, nannten den Krieg einen Wahnsinn und ich dachte, wie schade, daß sie zu dieser Erkenntnis nicht schon früher gekommen sind, es wäre uns allen viel erspart geblieben.

Josef W. Janker Schicksalsmacht Krieg?

1

Krieg – : spektakulärste Bankrott-Erklärung der zivilisierten Menschheit. Im knappen Zeitraum eines Jahrhunderts vom dynastischen Säbelgerassel über den Kabinettkrieg zur Materialschlacht, die das Weißbluten ganzer Jahrgänge zur Folge hatte. Chauvinistisch aufgeheizt von naßforschenden Manöver-Veteranen unter der Pickelhaube zum flandrischen Schlamm-Desaster. Apokalyptisch aufgedonnert unter den Generalbässen endzeitlicher Erwartung, rassistisch aufgezücht, entartet zum Kreuzzug gegen „Entartetes“ und „Fremdvölkisches“, ausgewachsen zur Vertilgungs-Aktion cleverer Chemikalienversprüher . . .

2

Aufklärung über das, was Krieg wirklich ist: seine Auswirkungen für unser Bewußtsein einsichtig und also berechenbar zu machen –, das leistet der Soziologe eher als der Schriftsteller. Ob ein literarisches Werk diese Wirklichkeit verdunkelt oder einer solchen geforderten Aufklärung auf den Sprung verhilft –, danach wäre unter anderem zu fragen.

3

Der eigentlich schon ruchlose Versuch, den freigebigen Stofflieferanten anzupapfen durch immer drastischeres Ausleuchten auch noch der letzten Minenhölle. Die heftige Gemütsaufwallung durch die Schockwirkung gezeigter Schrecken verlangt nach Entladung, nicht nach Interpretation. Der unreflektierte Abklatsch kruder Realitäten entlarvt nicht den Krieg, sondern schürt nur den insgeheimen Appetit nach gesteigerten Greueln und perfektem Schrecken; er schlägt allzu leicht um in ein rein technizistisches Interesse für Schlachtvorgänge. Der Barbarismus der Schlacht – zelebriert als technisches Inferno und nicht auf den Begriff gebracht – bietet so einen billigen Vorwand seiner Dämonisierung . . .

4

Der Krieg als vollinstrumentierter Schrecken gehört ins Panoptikum. Das Nichts und das Grauen sind keine Äquivalente für ästhetische Kategorien. Der Autor ist kein Choreograph. Ich meine, nur der selektive Befund leistet, was dem verantwortlichen Schriftsteller des Thema Krieg aufgab und aufgibt: seine moralische Decouvrierung. Die Last des Erinnerns wird nicht im novellistischen Falkenüberschlag abgeworfen. Der Akt der Notwehr mit den Mitteln der Sprache zielt auf Gedächtnis-Protokolle, die der Gewissensschärfung dienen.

Die Sichtbarmachung des Verlusts an personaler Würde – das müßte ein legitimer Weg der Wahrheitsfindung sein.

5

Der Schriftsteller ist nicht ein Mensch in einem anderen Aggregatzustand. Sein gewichtigstes Indiz: sein durchgehaltener Status permanenten Erinnerns. Das Monströse aber bedarf keines Chronisten. Die Geschichte gerade auch meines Spezialfalles zeigte mich als tödlich Verstrickten im Knäuel. Mein Gedächtnis falliert in der Pose des Erzählers, weil die Phantasie der Gewissenhaftigkeit des Chronisten ein Bein stellt. Erinnerung an den Krieg meint nicht Erinnerung an Datierbares; sie prüft nicht länger das Reaktionsvermögen meiner Pupillen, mißt mich nicht am Jargon der zusammengebissenen Zähne. Sie registriert lediglich die stattgehabten Verluste, mißt mich gefühllos an meinen gewonnenen Einsichten . . .

6

Die neurosenlösende Ordensgemeinschaft von Männern, ein „prälogisches Kollektiv von Erfahrungsschwachen“. Nicht das Benn'sche: „Erkenne die Lage!“ ist eine soldatische Maxime, sondern die Parole: „Holzauge, sei wachsam!“ – „Der Starke ist am mächtigsten allein!“ (Schiller hatte leicht reden, ihm flogen nie die Klamotten um die Ohren). Im Zweifelsfall setzt der Soldat auf blinden Gehorsam. Wo es ums nackte Überleben geht, ist der Reflex der Reflexion überlegen.

7

Der Soldat ist vor allem jung; sein entscheidendes Handicap: sein vormilitärischer

Status. Je ausgeprägter sein ziviler Instinkt, desto schmerzhafter die Prozedur seiner Umkreisung. Der Einzelne, der Teil ist eines unmenschlichen Apparats, hat es schwer, Mensch zu bleiben. Regungen privater Natur, das sporadische Aufbrechen von Mitleid, die vereinzelte Bekundung von Zivilcourage – vor dem großen Gleichmacher bleiben sie nichts als eine Marotte.

8

Der Soldat verliert die Fähigkeit, menschlich zu reagieren; er funktioniert, auch wenn er Skrupel zeigt. Sein ehrenwerter Versuch, seine Persönlichkeit freizuhalten, scheitert schon im Ansatz. Sein moralischer Anspruch auf sie geht verloren. Der Selbsterhaltungstrieb absorbiert seine mentalen Widerstände, funktioniert sie um in brauchbare Antriebe. Wie aus Anstand Anständigkeit, aus Solidarität Gruppentreue, aus Menschenwürde Mannesehre wird, wie sich aus den Sekundär-Tugenden das wölfische Prinzip ableitet: zu töten, um nicht getötet zu werden! – das lehrt schon der Dienstbetrieb. Um es sarkastisch zu sagen: der Einzelne wird – auch und gerade in seiner komplizierten psychologischen Struktur – eine Charakter-Charge des Massenschlächters Krieg . . .

9

Ein Charakter in Uniform: wer beim Befehlsempfang knurrt? – Alfred de Vignys bemerkenswerter Kommentar aus napoleonischer Zeit: „Die Waffe, bei der man dient, ist die Form, in die man seinen Charakter hineinwirft“ und: „Der Mensch verschwindet unter dem Soldaten“ – korrespondiert mit David Halberstams Bemerkung über den schmutzigen Krieg in Vietnam: „Er macht aus Soldaten Techniker, die den Gegner bekämpfen, als vertilgten sie Ungeziefer.“

10

Die Aufzucht menschlicher Kaninchen im Kampfanzug aber dauert an. In PARRIS ISLAND auf Süd-Carolina leben die „Platscheks“ jetzt unter dem Pfadfinderhut . . .

„Der New Yorker war unverheiratet. Seine Geliebte war die Brigade. Der Adlerkopf war ihm das Petschaft seines militärischen Glücks.“ – „Dieser Oberstleutnant hatte nämlich im vietnamesischen Dschungel das dritte Abenteuer seines Lebens gefunden. Die Armee hatte ihn über den ganzen Erdball gezogen. Überall hatte er gierig an den geistigen Blüten der alten Kulturen gesogen.“ (Aus dieser Charakterisierungs-Euphorie ersehe ich unschwer: das Image dieser hochmütigen Bildungsbürger in Uniform ist völlig intakt.)

11

Die angewandten Lehren aus der deutschen Katastrophe – in Vietnam zum Beispiel wurden sie unter dem Flächenfeuer tiefliegender Helikopter vergessen. Die amphibischen Sprachregler im Mekong-Delta machten die hingerichteten Erfinder der „verbrannten Erde“ nachträglich zu ihren Abnherrn . . . Die Niederlage erst bewirkt das Umdenken. Der Sieger erstickt nicht (vorläufig nicht) an seinen Widersprüchen.

Geschrieben im August 1970

Dieter Lattmann
Montagsproduktion

Der nachstehende Abschnitt ist dem Roman „Ein Mann mit Familie“ entnommen, der 1962, also zum Ende der Ära Adenauer erschien. Zur Einführung: Margaret, die Frau des Verlegers Karrer, ist mit dem Chefkolumnisten Zeil befreundet. Als sie ihn an diesem Montag besucht, ist alles anders als sonst.

Magaret klingelte zweimal kurz und hörte seinen Schritt hinter der Tür. Gleich mußte Zeils routiniertes Empfangs Gesicht auftauchen zwischen den Schleiflackflächen. Prompt würde er sie hereinziehen, ihr den Mantel entwinden und ihre Hand nicht loslassen, bis sie im Sessel saß. Auf dem Tisch der pünktlich zischende Samowar, der so gediegen aussah, daß sie ihn plötzlich hassen konnte.

Es kam alles anders.

Zeil erschien im Türspalt in einem Zustand gewaltiger Verwirrung. Ein Wirbel seines dünnen Haares, feucht von parfümiertem Birkensaft, stand aufrecht wie ein Hahnenkamm. Mit seinem Gesicht war etwas Unvorschriftsmäßiges geschehen: beinahe drückte es Sprachlosigkeit aus. Seine steingrauen Augen hinter den Gläsern zwinkerten irritiert.

„Was sagst du zu der scheußlichen Geschichte?“ fragte er.

„Was für eine Geschichte?“

„Hast du die Zeitungen nicht gelesen?“

„Flüchtig“, sagte sie. „Was ist los?“

Da er ihr nicht aus dem Mantel half, nahm sie sich selbst einen Bügel. Zeil störte sie mit aufgeregten Händen, griff ins Leere, stand überall im Weg. Um ein Haar hätte er ihr die Wohnzimmertür vor den Kopf geschlagen.

„Phantastisch. Karrers eigene Frau. Wahrscheinlich bist du der vorletzte Mensch in der Stadt, der noch nichts weiß.“

„Nun sag schon. Maria erzählte, Jo hätte vor dem Frühstück einen Anruf bekommen. Ohne etwas zu essen, sei er ziemlich wütend davongefahren. Ich war noch nicht auf. Zu Mittag hat er absagen lassen. Das tut er oft. Ich habe mir nichts dabei gedacht.“

„Hier“, sagte Zeil. „Lies. Ausgerechnet im ‚Weltecho‘. Völlig unbegreiflich, wie das geschehen konnte. So etwas kann nämlich gar nicht geschehen.“

Margaret überflog die Titelseite. Auf den ersten Blick fiel ihr nichts auf. Sie begriff nicht, was er meinte. Zeil stieß mit dem Zeigefinger auf die Spalte ‚Unsere Meinung‘.

Was Margaret dort las, verstand sie nicht. Der Artikel begann:

Wir sind der Meinung, in unserem Land wird falsche Politik gemacht. Diese Politik ist verneinend, sie will sich nicht verständigen, sondern riskiert den Krieg. Wir leben in einem Land, dessen Bewohner sich selbst mit Blindheit schlagen, wenn sie der Regierung vertrauen, die kein Vertrauen verdient. Diese Regierung hat uns aus dem verschuldeten Krieg in die Wiederaufrüstung geführt. Sie brachte uns Uniformen und Waffen, aber keine Idee. Die Regierenden wollen uns einreden, ein neuer Krieg könnte unvermeidbar werden. Das ist nicht wahr.

„Ich begreife gar nichts“, sagte Margaret. „Was ist euch eingefallen? Das ist doch niemals die Meinung des ‚Weltechos‘. Jo kann das so nicht gewollt haben.“

„Allerdings nicht“, sagte Zeil. „An dieser Stelle sollte eine Glosse von mir stehen. Über die Baupreise. Ich habe sie vorgestern imprimiert.“

„Wie um Himmels willen ist das passiert?“

„Lies erst mal. Lies das Ganze. Dann wirst du sehen, was es bedeutet. Nimm dir Zeit.“

Margaret las weiter:

Wir sind der Überzeugung, das militärische Gleichgewicht garantiert keine Sicherheit. Rüstung bedeutet überall Kriegsgefahr. Sie richtet sich auch gegen das Leben, das sie zu schützen vorgibt. Unsere Freiheit kann nicht mehr mit Waffen verteidigt werden. Denn die Freiheit würde den Gebrauch der Waffen nicht überleben. Machtpolitik ist unrealistisch. Niemand kann heute noch seine Familie oder eine Sache schützen, indem er in den Krieg zieht. Die Selbstvernichtung kann die Menschheit nicht wollen. Es gibt nur eine Friedensgarantie: keine Waffen zu besitzen und notfalls das Überrolltwerden mutig zu überstehen.

Für die alten Völker Europas kann es keine andere Verteidigung als die geistige geben. Sie ist die Probe auf die Substanz.

Wir sind der Meinung, viel wäre geholfen, wenn die Kirchen den Krieg nicht mehr segneten. Für Gott kann man nur eines natürlichen Todes sterben. So oft eine Konfession das Gegenteil behauptete, stand sie im Dienst politischer Mächte. Es ist unrealistisch zu glauben, die Menschen liebten die Freiheit mehr als das Leben. Die Mehrheit der Deutschen zieht es vor, in Verhältnissen wie im Osten zu leben, wenn die Alternative das atomare Massengrab ist. Keine Regierung hat ein Recht, das Leben der Völker zu gefährden für ein Konzept, das nicht mehr stimmt. Wir leben in einer Zeit, in der verantwortlich sein auch heißen muß, den Krieg aus dem Denken auszuschalten.

Wir sind der Überzeugung, nirgends auf der Welt gibt es ausreichende Gründe für einen Atomkrieg. Die Gegensätze sind nicht so groß, wie Ost und West behaupten. Wo wären die Unvereinbarkeiten? Von Suez bis Ungarn ist nur ein kleiner Schritt. Für Wohlstand und angenehmere Lebensbedingungen stirbt man nicht.

„Hast du's?“ fragte Zeil. „Bist du fertig?“

„Augenblick. Ich lese nicht so schnell wie du. Außerdem, ich muß darüber nachdenken. Damit werdet ihr in Teufels Küche kommen.“

„Wir sind schon mitten darin.“

„Jo tut mir leid“, sagte sie. „Ich möchte jetzt nicht in seiner Haut stecken.“

Margaret las den Schluß:

Wir sind der Meinung, Deutschland muß endlich Konsequenzen aus seiner Vergangenheit ziehen. Wir sind in Gefahr. Wir wollen nicht, daß unsere Regierung die Gefahr vergrößert. Wir wollen, unsere Regierung soll sich lossagen von Bündnissen, die nicht verteidigen, sondern im Ernstfall den Tod bringen. Wir wollen ein neutrales Deutschland, das sich wiedervereinigt und dafür seinen Preis bezahlt. Entscheidend ist nicht, ob wir arm oder reich sind. Entscheidend ist, daß wir am Leben bleiben.

Wir sind der Überzeugung, die Freiheit des Menschen liegt tiefer verwurzelt als in der Schicht, in die Gewalt noch dringen kann. Wir glauben, ein Volk kann alles aufwenden: alle Intelligenz, allen Mut, alle Ausdauer, um Frieden zu halten. Niemand kann uns einreden, der Tod fürs Vaterland könnte noch einmal sinnvoll werden. Überall in der Welt will die Mehrheit Frieden. Es liegt an jedem einzelnen, ob die Regierungen sich danach richten. Lethargie und Resignation sind nicht länger entschuldbar. Jeder kann etwas tun.

Wir sind der Meinung, in unserem Land wird falsche Politik gemacht. Diese Politik ist verhängnisvoll. Jeder frage sich, ob er einverstanden ist mit der Unvernunft. Wenn er es nicht ist, muß er sich wehren. Niemand kann uns davon überzeugen, daß der Apparat irgendeines Staates mit dem Menschen fertig wird. Noch keine Diktatur, in keinem Land der Erde hat das auf die Dauer vermocht.

Wir sind der Meinung, in unserem Land wird gefährliche Politik gemacht. Diese Politik dürfen wir nicht zulassen. Sonst wird der Tag kommen, an dem es zu spät ist.

Als Margaret die Zeitung beiseite legte, sah Zeil ihr mit einer Hiobsmiene entgegen.

„Wer war das?“ fragte sie.

„Wenn wir das wüßten, wären wir weiter“, sagte Zeil. „Das als ‚Unsere Meinung‘ auszugeben, ist einfach infam.“

„Das muß erheblichen Wirbel hervorrufen.“

„Natürlich hat Jo ein paar Lastwagen losgeschickt, die alles wieder einsammeln sollten. Aber die Kioske hatten das meiste schon verkauft. In den Häusern kamen wir überhaupt zu spät. Die Trägerinnen waren längst fertig. Dazu war die Fernausgabe seit Stunden heraus. Fünfzehntausend Exemplare sind allein per Luftpost ins Ausland gegangen.“

Zeil fand keine Ruhe. Er rannte umher wie ein Käfer auf einer polierten Platte hinter einem Vergrößerungsglas.

„Der Verlag ist nur noch ein Irrenhaus“, sagte er. „Seit halb zehn ist die Polizei am Werk. Wie nicht anders zu erwarten, hat der Verfassungsschutz eingegriffen. Als sich herausstellte, in der Druckerei waren ein paar Leute beteiligt, deren Namen in den Listen der Wehrdienstverweigerer und Atomgegner stehen, wurden zwei Setzer, ein Obermaschinenmeister, der stellvertretende Chef vom Dienst und ein Korrektor vorläufig festgenommen. Dringender Verdacht von Ostkontakten, kommunistische Splittergruppe, Staatsgefährdung – damit ist man schnell bei der Hand.“

„Mein Gott“, sagte Margaret. „Ihr müßt eben dementieren. Was steht nicht alles in einer Zeitung. Es muß doch eine Erklärung für diese Panne geben.“

„Panne? Machst du dir eine Vorstellung, was das heißt? Leute im eigenen Haus haben sich dafür hergegeben. Von außen kann überhaupt niemand an die Maschinen heran. Es gibt da tausend Vorkehrungen. Bisher haben die Festgenommenen dichtgehalten. Faseln etwas von eigener Initiative. Aber dahinter muß jemand von anderem Kaliber stecken. Natürlich wurde ein erstes Dementi sofort über Agenturen und Funk verbreitet. Natürlich steht eine vorläufige Richtigstellung in der Mittagsausgabe der ‚Abendnachrichten‘. Wer immer es war, das wollte er ja erreichen. Jedes Dementi muß das Dementierte

wenigstens ungefähr angeben. Und wie willst du die endgültige Stellungnahme formulieren, die morgen im ‚Weltecho‘ stehen muß? Versuch’s einmal.“

Margaret sagte: „So unvernünftig klingt das gar nicht, was da steht, finde ich. Wenn ich an Philipp denke. Natürlich, er hat noch Zeit. Aber meinst du, es macht mir Freude, wenn er eines Tages zum Militär muß?“

„Margaret. Das bringt nur eine Frau fertig. Du sitzt da und beziehst so mir nichts dir nichts die ganze Weltgeschichte auf deinen Sohn.“

„Die Weltgeschichte?“

„Herrgott, was geht Philipp das an. Wer weiß, was bis dahin ist. Außerdem, in einem wohlorganisierten Staat, ein Mann in Jos Stellung kann jederzeit verhindern, daß sein Sohn Soldat wird. Darauf kommt es nicht an.“

„Was ist denn deine Meinung?“

„Meine Meinung? Ich persönlich habe mit der Sache gar nichts zu tun.“

„Natürlich nicht“, sagte Margaret. „Du wirst nie mit einer Sache zu tun haben, die wirklich unangenehm ist.“

Zeil sah sie einen Augenblick lang entgeistert an. Dann kam Zwielficht in seinen Blick: eine ihm eigentümliche Mischung aus Spott und Ernst. Er hockte jetzt auf der Couch, streichelte seinen Hahnenkamm und begann zu dozieren. Wie so oft, konnte Margaret nicht mit Bestimmtheit auseinanderhalten, was er wirklich meinte und was Ironie war.

„Begreif doch, es gibt Tabus“, sagte er. „In einer Gesellschaft wie unserer muß es sie geben. Stell dir einmal die Wirkung dieses Artikels vor.“

„Das tue ich.“

„Also“, sagte Zeil. „Die Bundeswehr ist ein solches Tabu. Da hat es Jahre gebraucht, um sie populär zu machen. Über ihre Notwendigkeit wird nicht mehr debattiert. Ich für mein Teil neige überhaupt nicht dazu, das Militär zu überschätzen. Aber überleg dir, wie es zu Anfang war. Es gehörte schon etwas dazu, das Blatt von 1945 bis heute zu wenden. Die Leute wollten nicht mehr. Begreiflich. Sie hatten genug. Außerdem hat die erste Nachkriegsphase sich verheerend ausgewirkt. Damals haben die Amerikaner die Deutschen mit Antimilitarismus geimpft. Sie hatten es leicht. Die Leute wußten zuviel. Sie hatten zuviel mit dem Teufel zu tun gehabt. Sie mußten erst wieder vergessen. Nichtwisser mußten erst wieder nachwachsen. Eine jahrelange, zentral gelenkte Kampagne hat es gebraucht, sie wieder zur Raison zu bringen. In fünfzehn Jahren kann man viel mit Völkern machen. Inzwischen ist es soweit. Und da platzt eine solche Bombe.“

„Ich möchte wirklich wissen, wer sie geworfen hat.“

„Das werden wir so rasch nicht herausbekommen. Wir werden nur Vordermänner finden. Ein einzelner kann so etwas überhaupt nicht lancieren. Es muß von langer Hand vorbereitet gewesen sein. Ich weiß, es gibt Leute, die wirklich dieser Meinung sind. Du kannst ihnen nicht mal beweisen, daß sie unrecht hätten. Aber sie sind eine ohnmächtige Minderheit. Alles funktioniert so gut, weil sie kein Organ haben, kein publizistisches Instrument. Außerdem sind sie sich untereinander nicht einig. Linke Leute. Sie werden nie auf einen Nenner kommen. Auch in unserer Redaktion sitzen ein paar Unbelehrbare. Schön, sollen sie. Aber was sie denken, ist doch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Wann hätte in Deutschland jemals eine Minderheit dieser Art etwas gegolten?

Diese Leute sähen am liebsten einen Bundeskanzler, der den Frieden um jeden Preis will.“

„Ach, was du nicht sagst“, unterbrach in Margaret. „Du erzählst mir da eine Menge.“

„Augenblick“, sagte Zeil. „Jede Zeitung filtert Nachrichten. Auf das Wie kommt es an. Die Nachrichten laufen schon gefiltert ein. Durch ein System von Sieben, von dem du dir keine Vorstellung machst. Dir brauche ich nicht zu erzählen, Jo kann einiges ausrichten mit seinen Blättern. Er hat eine Verantwortung, um die ihn niemand beneidet, der auch nur etwas davon versteht. Seinen Kurs kennst du. Im großen und ganzen war Jo immer vorsichtig. Gewiß, in seinen Zeitungen steht manches Kritische. Seine Zeitschrift ‚Politikum‘, in der er wirklich Opposition riskiert, wer nimmt sie denn schon zur Kenntnis? Massive Schwierigkeiten hat Jo vermieden. Er weiß sehr gut, warum. Schließlich ist er der Mann, der nach zwei Seiten verkaufen muß. Einmal bedrucktes Papier, Texte und Bilder. Das andere Mal leeren Raum, die Anzeigen. Ein Verleger wie Jo, meinst du, er wäre so erfolgreich, wenn er nicht alle möglichen Rücksichten nähme? Für jede Zeitung gibt es Kardinalfragen. Es gibt bei uns fast nirgends eine direkte Zensur. Was wir haben, ist eine freiwillige Selbstkontrolle, die nach Interessensphären bemessen ist. Eigentlich dürfte dir nichts davon neu sein.“

Margaret sagte: „So neu, wie du mir bist, wenn du so redest.“

„Ob es uns gefällt oder nicht“, sagte Zeil. „Unsere Arbeit besteht aus lauter Rücksichten. Die Regierung, die Parteien, die Wirtschaft, die Kirchen, die Gewerkschaften und alle Interessenverbände, das große intrigante Spiel um Macht. Gar nicht zu reden von anderen Ländern.“

„Und da kommt euch jemand dazwischen, der keine Rücksichten kennt, sondern seine Meinung aussagt. Einer, der das Getriebe anhält, das doch so schön floriert.“

„Allerdings. Jemand mit der ganzen herzerweichenden, großartigen Ehrlichkeit eines Weltverbessers, der sich anmaßt, die Menschen zu ändern. Idealisten sind diese Leute. Aber gewöhnlich werden sie ausgenutzt von stärkeren Kräften. Sie verstehen meist nichts von Geld, selten etwas von Wirtschaftssystemen. Anscheinend begreifen sie nicht, wie komplex alles ist. Die große Verflechtung aller Mittel und Methoden. Sie wollen einfachen Menschen sein. Sie behaupten, der Mensch müsse Frieden halten. Sie verwerfen den ganzen grandiosen Apparat, der zu nichts anderem errichtet wurde, als daß die Wähler nicht mehr beunruhigt werden. Sie kommen und machen Unruhe und scheuchen manchmal selbst jene auf, die so erfolgreich durch Wohlstand konchloroformiert sind. Meinetwegen sind fabelhafte Kerle unter ihnen. Bestimmt eine Anzahl, die sich ein Gewissen aus allem und jedem macht. Aber, sag mir, was geschähe, wenn man sie losließe auf geduldige Jasager, die keine Experimente wollen? Zweifellos würde alles zu kompliziert.“

„Seit wann bist du für Vereinfachungen?“ sagte Margaret. „Ausgerechnet du? Alles, was du da redest hört sich nicht danach an.“

„Unsere Politik lebt von Vereinfachungen. Ich bin kein Politiker. Sag mir, was geschähe, wenn solche Idealisten, die zu sensibel sind, in der Politik vorankä-

men mit ihren Attacken? Sie werden Verwirrung stiften. Sie sind nicht vorgesehen. In einer Massendemokratie braucht man sie gar nicht. Alles geht einfacher ohne sie. Sie sollten bei ihren Berufen bleiben, etwas Musisches tun, malen oder meinetwegen auch schriftstellern. Jedenfalls wäre es besser, sie wendeten sich der Vergangenheit zu. Die Gegenwart ist ein zu holpriges Pflaster. Sie taugt nur für die bewährten Vereinfacher.“

Das Telefon schnitt Zeils Ekstase ab. Er sprang zum Schreibtisch, setzte sich auf die Platte und zappelte mit den Beinen. Erst eine Weile nachdem er den Hörer aufgenommen hatte, meldete er sich mit gespitzten Lippen.

„Nein“, sagte er. „Das ist nicht möglich. Wie? – Ja. – Ich verstehe zwar nicht, aber – hören Sie, Fräulein Brandt, taub bin ich nicht. Ich komme. In einer Viertelstunde bin ich im Verlag. Sagen Sie das Herrn Karrer.“

Zeil drehte sich zum Fenster, schnaufte, schüttelte die Schultern. Gegen das Licht erschien der Hahnenkamm silbern. Endlich strich er ihn glatt. Der Hörer, den er aufgelegt hatte, war wieder herabgefallen. Es flötete beharrlich in der Leitung.

„Skandal ist gar kein Ausdruck“, sagte er. „Ein einziger Mann. Natürlich hat er Helfer gehabt. Aber wenn es stimmt, angezettelt hat er alles allein. Und weißt du, wer? Pars war es. Bongarts Assistent. Er hat sich gestellt und sitzt bei Jo. Bis die Polizei ihn bekommt.“

„Pars?“ sagte Margaret. „Der schwächliche junge Mann? Unmöglich. Den gibt's doch gar nicht.“

Zeil sagte: „Anscheinend doch.“

Während sie ihm zusah, wie er seinen Mantel nahm und auch ihren Pelz brachte, fand sie einmal mehr, Zeil ließ sich nicht festlegen. Er würde sich immer um Entscheidungen drücken. Er könnte alles drehen und wenden, was er je gesagt und geschrieben hatte. Nach allen politischen Richtungen.

Géza Kirchknopf Ein Alptraum vom Hauptwiderspruch

„Wissen Sie, daß Sie auf einer Leiche stehen?“

Ort: Nagasaki, danach. Als einer der ersten betritt Morton Sontheimer die Stadt.

„Wir standen auf dem Nullpunkt. Exakt im Zentrum der Explosion. Nicht dort, wo die Bombe eingeschlagen war, denn sie war nirgendwo eingeschlagen. Man hat sie so getimet, daß sie über der Stadt explodieren sollte. Und genau dies ist geschehen. Noch genauer gesagt über jenem Platz, auf dem wir

standen. Ein offenes Feld, Ziegeln und Steine in kleinen Haufen. Keine Bäume, keine Leichen. Alles war auf eine gespenstische Art und Weise ordentlich. Mehr noch: rein. Captain, so einer der Wissenschaftler, wissen Sie, daß Sie auf einer Leiche stehen?

Zum Teufel! – was sagt er? Er zeigte vor meine Füße. Ich schaute hinunter. Ich stand in einem Kreis aus feiner, weißer Asche, sie war so dünn, daß ich sie durch die Schuhsohlen nicht gespürt habe. Tausend und tausend weiße Kreise lagen ringsumher . . .“

Schuld und Sühne – oder: der aktuelle Börsenstand

Nobuco Nawata, Paul Tibbets, Yves Mourousi. Drei Gesichter. Yves Mourousi ist Chefreporter beim ersten Kanal des französischen Fernsehens. Seine Gäste vor der Kamera: der Bomberpilot von Hiroshima sowie eine japanische Nonne, die die Explosion vierzehnjährig überlebt hatte. Zeit: Winter 1981. Schnitt. Um 36 Jahre werden die Ereignisse zurückgespult. Bilder in Schwarz-weiß. Von einem Flugzeug. Dann von Männern: ernsthaft, konzentriert, energisch, mitunter von Fröhlichkeit und Freude leicht angestrahlt. Ein Daumen zeigt nach oben. Ruhig und fest. Auf den Erfolg. Nun ist das Flugzeug bestückt, mit „Baby“. Dann sieht man einen um 36 Jahre jüngeren Tibbets. Er wirkt angespannt aber zuversichtlich. Der Start gelingt ausgezeichnet. Schließlich ein Schwenk über der verwüsteten Stadt. Schnitt. Studio. Nobuco Nawata wird von Mourousi befragt. Sie antwortet.

Schwester Nawata: „An jenem Tag hätte ich in die Schule gehen sollen, aber ich fühlte mich ein wenig unwohl, so daß ich zuhause blieb und ruhte. Plötzlich sah ich ein gewaltiges Licht, wie das Blitzlicht eines Fotografen, und ich sprang aus dem Bett. In diesem Augenblick brach unser Haus zusammen, und ich geriet unter die Trümmer. Unsere Nachbarn haben mich schnell aus der Ruine gerettet. Ich sah eine Art Silberregen brennen, der mir sehr schön erschien, dann begann der schwarze Regen zu fallen. Danach sah ich eine Mutter mit ihrem toten Kind auf dem Rücken. Sie war wahnsinnig . . .“

Moderator: „Schwester, neben Ihnen sitzt jener Mensch, Sie wissen schon, der die Bombe auf Hiroshima geworfen hat. Haben Sie jetzt Tibbets etwas zu sagen?“

Schwester Nawata: „Nein, nichts . . . Ich glaube, man darf es nicht so auffassen, daß dies ein Treffen zwischen dem Täter und seinem Opfer ist. Nicht nur die Bürger von Hiroshima waren Opfer, sondern die ganze Welt, und die ganze Welt ist schuldig. Und was müssen wir heute tun? Verhindern, daß die Atombombe je wieder eingesetzt wird.“

Moderator: „Schwester Nobuco, sind Sie bereit, hier, vor der Kamera, Tibbets die Hand zu reichen?“ (Sie geben sich die Hand. Schwester Nobuco ist bewegt, Tibbets zeigt keine besondere Reaktion.) „Mr. Tibbets, sind Sie mit der Feststellung von Schwester Nobuco einverstanden, daß die ganze Welt schuldig sei?“

Tibbets: „Schuldig? Das ist es nicht, was wir eigentlich untersuchen sollten. Eine gewisse Schuld empfinde ich, aber die muß man im Zusammenhang mit der damaligen Zeit sehen. Damals stand unser Land in einem vom Feind

ausgelösten Krieg. Wir hätten vielleicht zu unserer Entschuldigung jene Filme benutzen können, die über die damalige Zeit gezeigt worden sind, daß die Mannschaft sich während der zehneinhalbmonatigen Vorbereitung nicht im klaren darüber war, was geschah. Aber wir wußten, und gerade die Kenntnis dessen hat es ja möglich gemacht, daß die Menschen im Lauf der Geschichte zuerst mit Steinen, dann mit anderen Waffen einander angegriffen haben, und die Schaffung jener Waffe war ja nichts anderes, als eine neue Methode der wissenschaftlichen und militärischen Anwendung der Waffen. Und ich füge hinzu, daß die Waffe seither noch weiter entwickelt wurde; wenn Sie im Krieg teilgenommen haben, können Sie wiederum nicht sehen wollen . . .“

Moderator: „Mr. Tibbets, haben Sie niemals darüber Zweifel gehabt, ob es notwendig war, die Bombe zu zünden?“

Tibbets: „Ich habe alles vollkommen durchdacht, was man durchdenken mußte, und auch heute bin ich davon überzeugt, daß es notwendig war, was ich getan habe. Ich glaube, daß zu meiner Überzeugung der japanische Angriff gegen Pearl Harbour nicht wenig beigetragen hat. Später habe ich den Japaner Fushijada in unser Haus eingeladen; mit ihm und anderen zusammen haben wir sachlich diskutiert, was er und seine Regierung gemacht haben. Was sie in Pearl Harbour gemacht haben, kostete Tausende von Menschen das Leben . . . Die Historiker könnten bekräftigen, daß es auch eine weniger dramatische Lösung gegeben hätte. (Einwurf: Die Beendigung des Krieges . . .) Die Invasion der japanischen Inseln, möglicherweise mit Millionen von Opfern. Die Bombe hat diese Invasion überflüssig gemacht . . . Ich freue mich darüber, was der Papst in Hiroshima gesagt hat, daß es keinen neuen Krieg mehr geben solle, weil die heutigen Waffen mörderischer seien als die von 1945, und er hat schon mehrmals gesagt, daß es in einem neuen Krieg nur Verlierer geben würde.“

Moderator: „Was bedeutet für Sie, in Ihrem Alltag, die Verantwortung, der Bomberpilot von Hiroshima zu sein?“

Tibbets: „Verantwortung? Nein! Seither habe ich meine eigene Verantwortung objektiv untersucht. Wenn man in den Krieg zieht, dann aus Patriotismus, für sein Land, und man führt den Befehl aus. Also habe ich ihn ausgeführt. Was ich tat, war gesetzlich, der Befehl kam von oben, und niemals habe ich empfunden, daß ich eine individuelle Aggressionstat begangen hätte. Deshalb habe ich beschlossen, diesen Zustand schnellstens zu beenden, und ich könnte riskieren, daß es kalt und unangenehm klingt: ich habe nie bereut, was ich tat, auch im nachhinein nicht.“

Moderator: „. . . Aber . . . Schwester Nobuco hätte doch sterben können . . .“

Tibbets: „Eine bedauerliche Tatsache . . .“

Moderator: „Schwester! Haben Sie gehört, daß Tibbets, der neben Ihnen sitzt, nichts bereut? Gibt es Ihnen nicht zu denken?“

Schwester Nawata: „Wie ich vorhin sagte . . . die ganze Welt ist schuldig, die ganze Welt ist Opfer. Alles, was geschah, war vielleicht notwendig, damit nie wieder ein Krieg ausbricht.“

Der Moderator bedankt sich bei den Gesprächsteilnehmern und setzt das Programm fort:

„Werfen wir nun, liebe Zuschauer, einen Blick auf den aktuellen Börsen-

stand . . .“

Eine Utopie und die Mathematik

Zeit: Ende Januar 1982. Ort: Leningrad. Auf dem Piskarjowskoje-Friedhof wird am 38. Jahrestag des Blockadedurchbruchs vor Tausenden ein Theaterstück aufgeführt.

Die Zuschauer stehen in drangvoller Enge zwischen den Massengräbern, in denen Überreste von Blockadeopfern ruhen. Wie viele, darüber gibt das Registraturbuch des Piskarjowskoje Auskunft: Am 18. Februar 1942 wurden 3 241 Leichen gebracht, am 19. Februar 5 569 Leichen, am 20. Februar 10 043 Leichen . . . 900 Tage befand sich die Stadt in der Umklammerung der deutschen Truppen. Und was diese deutschen Truppen 900mal 24 Stunden lang unter Aufbietung ihrer sämtlichen Möglichkeiten zu erreichen versucht haben, ist z. B. in der Geheimen Kommandosache des Marinestabes vom 29. September 1941 unter „betrifft Zukunft der Stadt Petersburg“ formuliert worden: „Der Führer ist entschlossen, die Stadt Petersburg vom Erdboden verschwinden zu lassen. Es besteht nach der Niederwerfung Sowjetrußlands keinerlei Interesse an dem Fortbestand dieser Großsiedlung . . .“

Es ist beabsichtigt, die Stadt eng einzuschließen und durch Beschuß mit Artillerie aller Kaliber und laufenden Lufteinsatz dem Erdboden gleichzumachen.

Unsererseits besteht keinerlei Interesse daran, daß auch nur ein Teil der Einwohnerschaft dieser Großstadt am Leben bleibt . . .“

Auf der Bühne, zu Füßen der Mutter-Heimat-Statue, wird von Schauspielern aus der Bundesrepublik ein Stück gespielt, Dostojewskijs dramatisierter Roman „Schuld und Sühne“. Trotz der fremden Sprache versteht jeder hier, daß die auf Menschen angewandte Mathematik, das *wirklich ganz einfache Rechenexempel* – ein Mord gegen viele Wohltaten; Mord an vielen Völkern für den Triumph des einen – nur in von Fieberwahn heimgesuchten Hirnen aufgehen kann.

Und noch eine andere Erkenntnis ist diesem Schauspiel abzugewinnen, ebenfalls eine Art Gleichung: Wenn der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist, dann muß der Weg zur zehnfachen Hölle führen, wenn schon die Vorsätze böse sind . . .

Diese Aufführung sei als Reverenz des deutschen Volkes vor den Völkern der Sowjetunion zu verstehen, als eine Geste der Trauer vor den Toten und der Versöhnung an die Lebenden, sagte der Bundeskanzler, der mit seinen Ministern, den wichtigsten Bonner Oppositionspolitikern und gemeinsam mit der sowjetischen Staats- und Parteiführung der Vorstellung beigewohnt hatte . . .

Eine Kamera in Raskolnikow

Ende Januar 1982, im Theater tri-bühne, Stuttgart. Uraufführung von „Raskolnikoff 1990“, in Szene gesetzt von Michael Koerber – im Schatten von Hiroshima. Am Einführungsabend nämlich, eine Woche zuvor, konfrontierte er das Publikum mit den äußersten denkbaren Konsequenzen, die sich aus dem „Schuld und Sühne“-Stoff ergeben: er ließ Auszüge aus dem Sontheimer-

Bericht sowie dem Gespräch zwischen Schwester Nawata und General a. D. Tibbets von Schauspielern vortragen. Koerber gab damit zu verstehen: Heutzutage können Raskolnikows Konflikt und sein Alptraum von der chaotischen Selbstvernichtung der Menschheit künstlerisch nicht dargestellt werden, wenn man die reale Bedrohung durch Atomexplosionen und Neutronenstrahlen nicht ins Auge faßt. Durch diesen Hinweis findet sich ein guter Einstieg in das Verständnis der Absichten eines der begabtesten Theatermacher der Bundesrepublik, dessen Stück fast schon schmerzhaft sensibel jene Gedanken und Gefühle reflektiert, die, in der Friedensbewegung und außerhalb, im Bewußtsein vieler Menschen ihr widersprüchliches Spiel treiben.

Zutiefst inspiriert, gelang ihm eine Inszenierung von hoher Suggestivkraft. Er entwickelte eine Form, die Dostojewskij adäquat ist: Eine Folge von stakkatohaft springenden und weich ineinander fließenden Bildern macht jene Widersprüche sichtbar, die in Raskolnikow und dessen Umwelt ihren mörderischen Kampf ausfechten. Filmische Techniken wie Überblendung oder Schnitt – eingesetzt durch schauspielerische und audiovisuelle Mittel, unterstützt von rasch veränderlichen, Zimmer, Brücken, Straßen, Treppenhäuser signalisierenden, geometrisch-zwanghaften Kulissen, und unterstützt auch von der sehr wichtigen Komponente Musik . . . also alles in allem ein Experiment der Versöhnung von Theater und Film; dieser Versuch bewegt sich unter Koerbers Regie auf etwas Neues hin, das ein Mehr als die Summe beider Kunstformen ist.

Seine Methode wirkt so, als habe er eine auf Weitwinkel gestellte Kamera im Innern des Haupthelden versteckt, die nicht nur den jeweiligen Traum- und Bewußtseinszustand von Raskolnikow aufzeichnet, sondern auch jenes Bild von der Außenwelt, das ihm seine Sinne vermitteln. Auf diese Weise wird der wesentlichste unter den vielen Schicksalssträngen des 700seitigen Romans freigelegt, durch Abwandlungen überhöht und mit einer solchen Eindringlichkeit dargestellt, daß der Zuschauer Raskolnikows Herzklopfen mitunter mit seinem eigenen verwechselt. Sonja, Swidrigaljow, die unglückliche Lisaweta Iwanowna, Schwester der Wucherin, die berauschten Sadisten, die das Pferd in Raskolnikows Traum zu Tode prügeln, und all die anderen Figuren agieren deshalb vor allem in Bezug auf Raskolnikow, sind ihm Widerpart in seinen Konflikten. Sie bieten ihm – und dem Zuschauer – sozusagen ihre Frontseiten, seitlich und nach hinten existieren sie nicht. Man könnte bedauern, was an Plastizität solcher Charaktere wie von Pulcheria Alexandrowna oder der Jekaterina Marmeladowa auf diese Weise verlorengeht, aber der Mangel wird auf der anderen Seite mit Gewinn aufgehoben. Um so deutlicher wird nämlich, welche Ähnlichkeiten, miteinander korrespondierende Eigenschaften, identische Wesenszüge Raskolnikow mit ihnen gemeinsam besitzt.

Auch und gerade mit jenen, von denen er sich abgestoßen fühlt, denen er aggressiv begegnet. Seine Feinde stecken zum Teil in ihm selbst. Beispielsweise so ähnlich, wie Luschin, könnte auch Raskolnikow in zwei, drei Jahrzehnten sein, wenn er nicht die Katorga, das Leiden auf sich nehmen würde: ein wenig fettlich geworden durch das Geld der Wucherin, aber immer noch gutaussehend, ein eleganter Anwalt mit silbernen Schläfen und Knaufstock, gewandt, gebildet, nicht ohne deutliche Spuren von Resignation, Zynismus. Auch

könnte er ohne weiteres, wie Luschin, die Lehre vertreten, daß Eigennutz die Welt vorantreibe, schließlich hat er ja gerade deswegen gemordet. Am Ende würde er wohl ebenfalls eine verarmte Schöne heiraten wollen, um sich auf dem Markt der menschlichen Gefühle Dankbarkeit und Liebe zu kaufen, wie Luschin. (Obendrein würde er diese Heirat vielleicht sogar als eine der Wohltaten gegen den Mord aufrechnen, während Luschin in bezug auf die mittellose Dunja – Raskolnikows Schwester – mit brutaler Offenheit bekennt: er will sie haben, weil sie ihm ausgeliefert ist.) In anderen Figuren erkennt also Raskolnikow seine eigene Schreckensvisage, aber ebenso sein humanes Ich. Seine Entwicklung vollzieht sich unter vielfältigem Einfluß; wenn von einem der großen Romanhelden der Weltliteratur mit vollem Recht gesagt werden kann, er sei als Individuum ein „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“, dann von Rodjas zersplitterter Persönlichkeit. Edith Bäumer, Sonny Hoss, Dieter Trapp, Bernardo Walterspiel, Gabriele Werner, Harald Wieczorek, Hans Zahn u. a. haben es in der trüb- bühne auf bravouröse Weise deutlich werden lassen.

Nulllösung

Stuttgarter Zeitung, 6. November 1981: „Ein Vertrag über die sofortige Vernichtung aller vorhandenen nuklearen Waffen, ein sofortiges Verbot des Baues von Atomwaffen und eine internationale Kontrolle der Einhaltung entspreche den Vorstellungen der Sowjetunion. Das erklärte Valentin Falin, Mitglied des Zentralkomitees und Leiter der Abteilung Auslandsinformation der KPdSU, zu entsprechenden Vorschlägen einer atomaren ‚Nulllösung‘, die die katholische Theologiestudierende Uta Ranke-Heinemann in gleichlautenden Schreiben an den sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew und US-Präsident Ronald Reagan gemacht hatte.“ Eine Antwort aus Washington ist nicht eingegangen.

Weihnachtsgruß

Stuttgarter Zeitung, 16. Dezember 1981: „Der Erzbischof von New York, Kardinal Terence Cooke, hat in einem Schreiben an die katholischen Armeegeistlichen und die Angehörigen der Streitkräfte seine Auffassung dargelegt, daß die Strategie der nuklearen Abschreckung moralisch vertretbar sei. Diese Strategie berge zwar große Gefahren in sich; solange die USA aber in Zusammenarbeit mit anderen Staaten aufrichtig darum bemüht seien, einen anderen Weg zur Vermeidung einer Katastrophe zu finden, sei sie moralisch vertretbar, wenn auch nicht befriedigend, schrieb Cooke. Folglich könnten jene Angehörige der Streitkräfte, die mit Atomwaffen Umgang hätten, dies guten Gewissens tun.“

Von St. Petersburg nach „Leningrad“ und zurück
„Schuld und Sühne“ ist die Basis, auf der sich Michael Koerbers Stück „Raskolnikoff 1990“ vollzieht. Aber die Konklusion des Romans wollte sich der Stuttgarter Regisseur nicht zu eigen machen. Er hat eine andere Botschaft, eine, die jener Dostojewskijs diametral entgegengesetzt ist. Am Ende des Romans steht Raskolnikow auf der Schwelle zu etwas Neuem, auf das der

Schriftsteller selbst ein Leben lang Anlauf genommen hat, zuletzt in „Karamasow“, ohne es je definieren zu können. Diese Unabgeschlossenheit der Entwicklung, das offene Ende machen bei ihm die Katharsis möglich. Noch ist über die Welt nicht das letzte Wort gesprochen, noch hat die Menschheit ihre Chance: „Das ist vielleicht das ausdrucksstärkste, wesentlichste Element an seiner zutiefst der Dialektik verhafteten künstlerischen Denkweise, und z. T. auch an jener inneren Unzufriedenheit, die er der fertigen biblischen Lösung gegenüber empfindet“, schreibt Jurij Karjakin.

Bei Koerber hingegen ist das Jüngste Gericht bereits am Werk, das biblische Ende ist da, vermittelt durch eine dem eigentlichen Stück vorgespannte Vision: Der Fortschritt hat sich karzinomatös gegen sich selbst gewendet, den ewigen Kampf zwischen „Gut“ und „Böse“ hat der Mensch verloren. Um diese Botschaft zu verstärken, läßt er das Stück 1990 stattfinden, nach dem Dritten Weltkrieg, wobei die Rückführung der in der Welt wirkenden Widersprüche auf die Ebene von „Gut“ und „Böse“ auf eine Fiktion angewiesen ist, daß in der Sowjetunion ein historisches Ungetüm, der „kommunistische Imperialismus“ gesiegt habe. Folgerichtig wird die Handlung von St. Petersburg nach „Leningrad“ verlegt, in eine x-beliebige Stadt, denn in dieser Vision sind alle Städte gleich. Koerber fragt nicht nach Gerechten und Ungerechten, sondern hält nur die Vernichtung vor Augen, die gerade noch so viel Leben übrigläßt, damit es sich selbst vollends zerfleischen kann. Nicht der Osten, nicht der Westen ist böse oder gut, sondern böse ist ihr Kampf, ihr Krieg miteinander. „Die ganze Welt ist schuldig, die ganze Welt ist Opfer.“ Raskolnikow, der Killer, geht zum Schluß eigenhändig verstümmelt von der Bühne: Ein Christus, von dem sich niemand erlösen lassen mag, ein Messias, den niemand kreuzigen will. Sein Abgang hinterläßt keine Hoffnung.

Aber welche Hoffnung vermag auch eine Botschaft zu verkünden, die die Quelle des Übels im Menschen selbst sieht? Eine Botschaft, die „Gut“ und „Böse“ in die Seele verbannt und in die Sphäre der reinen Logik, wo sie als abstrakte Urkräfte wirken? Dann ist in der Tat keine Entwicklung, kein Fortschritt mehr möglich, dann ist das Gute schuldig, weil es das Böse voraussetzt, das Gute wird zum Bösen und retour – die Begriffe verlieren ihre Gültigkeit . . . Bei der Umsetzung in die reale Handlung entsteht jedoch *raskol*, eine Spaltung, und darin wird Hoffnung sichtbar, denn das Stück selbst lehnt sich gegen seine eigene Botschaft auf: In der mehr zufälligen Stadt „Leningrad“ trägt sich jene ganz und gar nicht zufällige Geschichte zu, die Geschichte von dem Studenten aus verarmter Familie, der Elendsprostituierten Sonja Semjonowa, den Marmeladows, der Wucherin. Hier, in den „Leningrader“ Slums findet die Botschaft Leben, um sich zu materialisieren. Aber sie materialisiert sich nicht. Das Stück vermittelt etwas anderes als sie: daß das Verbrechen weit über den Täter hinausreicht, hinein in konkrete Verhältnisse, daß das „Böse“ eben diese Verhältnisse zu seiner Existenz braucht, wie die *Trichinen* ihren Nährboden, ohne den sie nicht gedeihen können. Raskolnikows Attentat, die Untat der Bombenflugzeuggeschwader des Kapitals in Leningrad, Paul Tibbets Tat in Hiroshima sind Produkte von labyrinthartig verzweigten zwischenmenschlichen Verhältnissen, in denen sich der Grundwiderspruch zwischen Besitz und Besitzlosigkeit wie ein roter Faden

verfolgen läßt. Und eben diese Verhältnisse sind in Leningrad abgeschafft, indem die Wucherin nicht erschlagen, sondern enteignet wurde. Nicht der „böse“ Mensch soll vom Leben in den Tod befördert werden, sondern seine Verhältnisse, seine gesellschaftliche Rolle gehören verändert. Ist das nicht die Antithese zum Chaos, zum Mord, zur Selbstvernichtung? Die einzige weit und breit sichtbare Chance zur Menschlichkeit?

Wenn man jedoch die Menschheit als Beute zwischen ihren eigenen, messerscharf abstrahierten Prinzipien rettungslos verbluten sieht, bleibt einem nichts anderes übrig, als sich, zur Sühne bereit, nach innen zu wenden. Und wer, wie Iwan Karamasow – auf den sich Michael Koerber bei der Einführung zur Premiere als Kronzeugen berief –, nicht bereit ist, den gesellschaftlichen Fortschritt, die *Harmonie der Welt*, um den Preis der Tränen eines gequälten Kindes zu akzeptieren, der gibt in der Tat seine Eintrittskarte dem Schöpfer zurück. Und merkt nicht, daß er dabei nur das Opfer eines Paradoxons geworden ist. (Denn wenn dies richtig ist, so gilt auch das Umgekehrte: genauso wenig ist es moralisch statthaft, die Qualen der Menschen, auch die der noch gar nicht geborenen Kinder, in Kauf zu nehmen, damit die Tränen eines Kindes jetzt nicht fallen.)

Die kleinen Greise von Leningrad

Die Blockade Leningrads durch die Wehrmacht war nicht nahtlos. Der Ladogasee bot eine Verbindung zum Großen Land, zu den unbesetzten Gebieten der Sowjetunion. Sobald der See zugefroren war, wurde auf dem Eis die „Straße des Lebens“ errichtet, eine von regelmäßigen Bombenangriffen gefährdete Nabelschnur. Olga Nikolajewna Melnikowa-Pisarenko hat dort Dienst getan. Ales Adamowitsch und Daniil Granin führten ein Gespräch mit ihr.

„In der zweiten Januarhälfte hat die Evakuierung begonnen. Zuerst kamen die Schwerverletzten fort. Der Transport war furchtbar, als die Reihe an die Kinder, an die kranken Frauen kam . . . Sie sahen erschreckend aus, sie waren so mager, daß man sie in Decken, in Tücher, in alles Mögliche gewickelt hatte, damit sie lebend über diese Eisstraße kamen. Gegen Morgen aber, als sie über den Ladogasee fuhren, haben sich die Chauffeure sehr beeilt, um diese 30 bis 32 Kilometer schnell zu bewältigen – gegen Morgen aber fanden wir immer fünf, sechs kleine Leichen. Erschöpfte Kleinkinder. Denn, stellen Sie sich vor: das Fahrzeug fuhr mit voller Geschwindigkeit, und das Kind fiel aus den Händen seiner Mutter . . . Von acht Monaten bis zu einem Jahr – Kinder, Buben und Mädchen.“

„Konnten ihre Mütter sie nicht festhalten?“

„Verstehen Sie doch. Die Mutter hält das Kleine in den Armen. Nehmen wir an, der Wagen holpert über einen Eishügel, und die Mutter ist so schwach, daß ihr das Kind aus den Händen fliegt. Denn sie war schwach: die Mutter litt vielleicht an Dystrophie dritten Grades, ja vielleicht tatsächlich dritten Grades. Denn keine von ihnen war aus eigener Kraft auf den Lastwagen gekommen . . . Manchmal aber haben ganze Autokonvois nur Kinder transportiert – in geschlossenen Wagen, Omnibussen. Diese Kinder mögen schon im Kindergarten- oder Grundschulalter gewesen sein. Es war sehr kalt in den Wagen, sie

wurden nicht geheizt, wie heutzutage. Und in den Schneestürmen wurde der Kühler oft verstopft, so daß das Kühlwasser augenblicklich zu Eis gefroren ist. Um den Kühler auf dem offenen Eisfeld zu erwärmen, brauchte der Chauffeur anderthalb, vielleicht auch zwei Stunden. Ein Glück war es noch, wenn der Wagen in der Nähe eines Zelttes stehengeblieben ist; dann haben wir die Kinder mit ins Zelt genommen, sie bekamen ärztliche Hilfe und zu essen. Das heißt, was haben sie zu essen bekommen? Ein Stückchen Zwieback – 50 Gramm. Und süßen Tee . . .

Im Februar haben in meinem Zelt Sibirjaken gearbeitet, aus der Uralgegend: solche großgewachsenen Soldaten – meine Sanitäter. Und sie sagten: „Olga Nikolajewna, diese Kinder sind doch tot!“ Worauf ich: „Nein, diese leben noch, ihr kleines Herz schlägt noch, sie leben.“ Ihre Augen schienen nur deshalb leblos zu sein, weil sie so geschwächt waren. Oft kam es vor, daß im Gesichtchen dieser Kinder Barthaare wuchsen.“

„Wie bei alten Leuten?“

„Genau so. Deshalb nannten wir sie die ‚kleinen Greise‘. Als diese Winzlinge ins Zelt kamen, fehlte ihnen die Kraft, der Wille, und sie bewegten sich nicht . . . Ich faßte ihre kleinen Hände an, ihre Haut war dünn, sehr dünn, durch die konnte man sämtliche Knochen zählen. Und als der Chauffeur hereinkam, um zu melden, daß der Wagen fahrbereit sei . . . – also, wissen Sie, diese Kinder haben einen solchen Widerstand geleistet! Sie wollten nicht aus der Wärme hinaus. Sie spürten, daß sie Aufmerksamkeit geschenkt bekamen, ein Stückchen Zwieback, etwas gesüßten Tee. Sie leisteten Widerstand. Nun, wir haben sie überredet: ihr kommt an einen noch besseren Ort, ihr werdet Suppe bekommen, weiche Semmeln, dort wird man euch heilen, und es wird noch wärmer sein. Dort wird es euch gutgehen. ‚Wir fahren bis nach Kobona mit euch‘, sagte ich. Und manchmal mußten wir sie tatsächlich begleiten, um sie zu beruhigen. Wenn sie sahen, daß wir dabei sind, haben sie sich beruhigt. Und ihre Augen waren so leblos, wissen Sie, sie glänzten gar nicht, leblose Glasaugen, wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf. Als der Zwieback ausgeteilt wurde, da glänzten ihre Augen für einen Moment, aber dann ist dieser Glanz irgendwie in einem Augenblick wieder erloschen.“

The show must go on

Zweites Deutsches Fernsehen, Ende Januar 1982. Ein Bericht.

Bei Harlingen, in der Nähe der mexikanischen Grenze, werden dem staunenden Publikum Luftkämpfe und Bombenangriffe aus dem Zweiten Weltkrieg vorgeführt. Messerschmitts, Junkers', Spitfires, Mustangs donnern und dröhnen vorbei. Rauch, Explosionen, Feuer. Das Getöse wird per Lautsprecher übertragen, damit die Schaulustigen möglichst hautnah dabei sind.

Als Höhepunkt steigt General a. D. Paul Tibbets mit seiner alten B-29 in den Himmel, um eine Attrappe der Hiroshima-Bombe über Texas auszuklinken . . .

Jürgen Kuczynski Möglichkeiten der Geschichte

Ein Brief aus dem Jahre . . .

Lieber Freund:

Durch einen merkwürdigen Zufall erhielt ich Deine Adresse über die Weltzentrale des Roten Kreuzes in New Delhi, wo ja jetzt auch die Zentrale der UNO sein soll. Ich sage sein soll, denn unser Nachrichtensystem funktioniert immer noch nicht gut.

Zuerst muß ich Dir sagen, wie traurig ich für Dich bin, daß auch Du zu den Überlebenden des Drei-Tage-Nuklear-Krieges in Europa und Nordamerika gehörst, aber wie man mich wissen ließ, brauchst Du nur noch wenige Monate zu leben, während man mir noch vier, fünf Jahre dieses Elends gibt.

Meine Großmutter hatte mir immer erzählt, wie glücklich im allgemeinen die Soldaten und ihre Angehörigen waren, die den Zweiten Weltkrieg überlebt hatten. Wie anders ist das doch nach dem Dritten Weltkrieg, nach dem es die einige hundert Millionen Toten sind, die glücklich sein müßten, während wir paar hunderttausend Überlebende die Unglücklichen sind – nur Angehörige haben wir wohl kaum, die unser Unglück teilen können. Die Überlebenden beneiden die Toten. Der Alptraum des Überlebens, den wir vor dem Krieg hatten, ist für uns Wirklichkeit geworden.

Ja, nun lebe ich oder besser sterbe ich langsam, Du, wenigstens um ein Hundertstel glücklicher, schneller dahin. Ich hier in Japan, Du in Indonesien, jeder in einem, wie es hier heißt, Rettungslager für Europäer. Mich haben durch Zufall mit japanischen Flugzeugen gekommene „Europa-Rettungsmannschaften“ gefunden, Dich wohl indonesische. Amerikaner sind nicht hier – vielleicht hat man die Überlebenden der USA und Kanadas nach Südamerika gebracht, denn Zentralamerika wird wohl, obgleich nicht in den Krieg hineingezogen, auch teilweise verseucht worden sein. Da ich erst im Flugzeug zu mir kam, weiß ich natürlich nicht, wer noch gerettet worden ist, hier jedenfalls –

Entschuldige, ich hatte einen meiner Schlafanfälle, die sich hier niemand erklären kann. Plötzlich habe ich dann das Gefühl unendlicher Müdigkeit und schlafe ein. Die paar Momente, in denen ich das Gefühl müde – müde – müde habe, sind eigentlich die einzigen, in denen ich mich wirklich wohl fühle, weil sie so ganz meiner Situation entsprechen.

Doch zurück zu dem, was ich Dir vor ein paar Stunden schreiben wollte: hier jedenfalls habe ich nichteinmal Bekannte, um gar nicht von Freunden oder Verwandten zu sprechen. Ein Sowjetgenosse ist hier, der einen alten Freund in der SU, und ein Engländer, der unseren guten Bekannten Fritz H., den Kulturattaché in London, kannte. Aus Frankreich sind besonders viele Kinder hier, etwa 25, natürlich ahnungslos über ihr trauriges Schicksal, obgleich man manchen schon ansieht, wie sie langsam sterben.

So merkwürdige Gedanken gehen einem durch den Kopf. Zum Beispiel, daß die europäische Kultur nun durch die Völker der Dritten Welt überleben wird: Teils natürlich im täglichen Leben, dort aber nur für kurze Zeit, da die Technik bald das europäisch-amerikanische Niveau, das man noch vor zwei Monaten

„zu Hause“ beobachten konnte, überholt haben wird. Teils in den großen kulturellen Werken, in den Romanen und Gedichten wie wissenschaftlichen Werken . . . aber wohl nur als Gelehrtenkultur, da nur ein winziger Teil übersetzt sein und werden wird und schon allein durch die Übersetzung irgendwie entfremdet ist.

Meinst Du, daß wir vielleicht Besuch von Freunden aus unseren diplomatischen Vertretungen in der, was wir einst die Dritte Welt nannten, und was jetzt wohl mit ganz wenigen Ausnahmen die einzige Welt ist, erhalten werden? Aber wo sollen sie das Geld zu solchen Besuchen hernehmen? Vielleicht gibt es Sammlungen für landlose Diplomaten oder das Rote Kreuz stellt einige von ihnen als Hilfskräfte ein. Es wäre schon schön, ein bekanntes Gesicht zu sehen und, gewissermaßen aus historischem Interesse, einiges aus der Geschichte und Nachgeschichte des Krieges zu hören, denn wir in Deutschland – es wäre kindisch, noch von zwei deutschen Staaten zu sprechen, denn Staaten und gesellschaftliche Ordnungen höherer Art gibt es doch dort nicht mehr, wurden natürlich am ersten Kriegsvormittag „ausgeschaltet“ . . . übrigens – verzeih, wenn ich plötzlich wieder auf einem Vortragskatheder stehe – die zweite verfehlte „Einigung Deutschlands“: diesmal Einigung als Schutthaufen.

Merkwürdigerweise schreibe ich viel, das heißt, in den wenigen Stunden, in denen ich mir einbilde, wirklich noch wach zu sein, was ich so schwer kontrollieren kann. Zuerst hatte ich mir nämlich eingebildet, wenn ich aus meiner Müdigkeit wieder aufwache und das zuvor Geschriebene vernünftig finde, es in Ordnung sei. Aber das braucht natürlich nicht so zu sein, weil, wenn in den beiden Zeiten, in denen ich mir einbilde völlig wach zu sein, ich gleichmäßig halbwach bin, eine wirkliche Kontrolle nicht möglich ist. Lenin hätte von einer relativen Kontrolle gesprochen.

Was ich schreibe, wirst Du vielleicht fragen – nun, natürlich meine Memoiren. Der Titel steht auch schon fest: „Erinnerungsfetzen“. Mit Literatur ist es hier natürlich schlecht bestellt. Ich meine vom wissenschaftlichen Standpunkt oder richtiger, vom Standpunkt wissenschaftlicher Forschung. Denn an sich erhalten wir hier im „Rettungslager“ viele Bücher aller Art aus Japan und, fast hätte ich geschrieben, aus aller Welt, was ja vielleicht auch richtig ist, nur sind eben eineinhalb Kontinente fortgefallen, der europäische und der nördliche Teil des amerikanischen.

Natürlich schreibe ich zunächst über die letzten Jahre – wobei mir einfällt, daß ich neulich so dumm war, einen der japanischen Ärzte, die uns umsorgen, zu fragen, wie es der Friedensbewegung hier geht, worauf er mich traurig erstaunt ansah und sagte: Die ist ja nun wohl nicht mehr nötig. Alle haben nun wohl alles gelernt, was diese einst den Menschen beibringen wollte.

Mein Guter, wenn Dich dieser Brief noch erreicht und Du noch am Leben bist, schreibe mir. Wie immer Dein alter Freund P. F.

Der Brief wurde nicht mehr beantwortet, jedoch kam ein Schreiben von einem Helfer des Lagers, in dem es hieß, daß der Brief noch in der letzten Lebensstunde des Freundes eintraf, der nicht mehr die Kraft hatte, ihn zu öffnen und zu lesen, aber sich so freute, als er den Namen des Absenders sah – seine letzte Freude und seine erste seit langem . . .

Günter Demin
Salvadorianisches Tänzchen
oder: Die Todsünden des Kardinals *)

Für Sergio Ramirez

An einem Tag, an dem hochgestellte Persönlichkeiten aus Militär und Wirtschaft auf einer Geburtstagsparty in der US-Botschaft zu San Salvador sich ein Stelldichein gaben, forderte Don Marco Aurelio Gonzales eine junge Dame, deren liebreizendes Dekolleté ihn schon den ganzen Abend bezaubert hatte, zum Tanz auf.

Mühe los ergab sich eine Plauderei, die auf seiten der Tänzerin durch schnörkellose Unbefangenheit, auf seiten ihres Partners durch den Genuß solch unlateinamerikanischer Unbekümmertheit gekennzeichnet war. Nachdem sie ihn aufgeklärt hatte, mitnichten Nordamerikanerin zu sein (obwohl sie der Aussprache nach dafür hätte gelten können) sondern Salvadorianerin, und zwar, wie sie sich ausdrückte, vom Besten, was das Land zu bieten hätte, verriet sie ihm, daß sie demnächst in die USA zurückkehren werde, um das Universitätsstudium anzutreten, auf das sie dank ihrer Familie im vornehmsten Mädchen-Internat von ganz Virginia vorbereitet worden wäre. Im übrigen sei sie für den Zufall dankbar, mit jemandem zu tanzen, der ihr gewiß ein paar Dinge werde erklären können, von denen sie in Virginia nur undeutlich habe läuten hören. Jedoch erinnere sie sich gut, wie die Mädchen im Internat sie entsetzt gefragt hätten, ob dieser Romero wirklich ein Erzbischof gewesen sei, denn einen Priester, noch dazu den katholischen Oberhirten von San Salvador mitten in einer heiligen Messe am Altar zu erschießen, das würde in New York oder Chicago nicht einmal das schlimmste Gangstersyndikat wagen. Don Marco Aurelio Gonzales, nicht unempfänglich für Schmeicheleien, verbarg eine Aufwallung von Stolz hinter einem beiläufigen Lächeln und holte zu einer seiner meisterhaft lässigen Darlegungen aus, deretwegen er übrigens mit dem Amt des Sprechers der salvadorianischen Streitkräfte betraut worden war. Unsere nordamerikanischen Freunde, sagte er leise am Ohr seiner Partnerin, haben zwar viel Geld, aber wenig Phantasie. Sie kommen gar nicht auf die Idee, daß der Teufel sich am besten unter den Gewändern eines Erzbischofs versteckt. In dieser Beziehung sind wir Lateinamerikaner ganz anders. Warum soll der Kommunismus ausgerechnet vor dem Kopf eines Priesters einen Bogen machen? Die Tänzerin, die den Worten ihres Partners ebenso leicht folgte wie seinen geschmeidigen Körperbewegungen, begehrte Genaueres zu wissen und fragte, ob er für möglich halte, daß ein Erzbischof einer Todsünde fähig sei. Beinahe hätte Don Marco Aurelio Gonzales laut gelacht, hatte sich aber in der Gewalt und versicherte, daß dieser Romero nicht nur eine, sondern einen ganzen Rosenkranz von Todsünden begangen habe. Bibelfest, wie sie als wohlherzogene Salvadorianerin vermutlich sei, werde sich die Señorita gewiß daran erinnern, daß Jesus Christus im Hause Gottes nicht einmal die Händler und Geldwechsler geduldet, sondern davongejagt und ihre Tische umgestoßen habe. Doch was, fragte Don Marco Aurelio, tat dagegen dieser Romero? Nicht

nur duldete er, daß Woche für Woche die verstümmelten Leichen in seiner Kirche abgelegt wurden, was leicht hätte unterbunden werden können, man brauchte ja nur die Türen abzuschließen, doch die sollten ja für alle immer offen sein. Damit noch nicht genug, Verehrteste, obendrein verlas Romero Sonntag für Sonntag auch noch die Namen der Toten! Für Leute mit Stilgefühl eine Zumutung, finden Sie nicht auch? Also sind sie fortgeblieben, vertrieben ausgerechnet vom Seelsorger ihrer Kirche! Ist das etwa christlich? Sagen Sie selbst, Señorita, steht in der Bibel, wo es heißt, gehet hin in alle Welt und lehret sie im Namen des Vaters und so weiter, daß so ein Apostel einen Rundfunksender betreiben soll, mit dem das Volk gegen die Regierung aufgewiegelt wird? Natürlich steht davon nichts in der Bibel! Und auch nichts von Revolution! Und schließlich, Señorita, wissen Sie, was dieser Romero zum Gebot „Du sollst nicht töten!“ von der Kanzel herunter gepredigt hat? Brüder, hat er unsere Streitkräfte angesprochen, Brüder, vor dem Befehl zu schießen, den euch ein Vorgesetzter erteilt, gilt das Gesetz Gottes, das da heißt: Du sollst nicht töten! Oh, mein Gott, seufzte die Señorita, während die Kapelle den zweiten Tanz zu spielen begann.

Tango, Verehrteste, flüsterte Don Marco Aurelio und ging seiner Dame tiefer in den Schritt. Das Todesurteil hat Romero praktisch sich selbst gesprochen, denn das war glatte Aufforderung zur Befehlsverweigerung.

Oh, mein Gott, hauchte die Tänzerin.

Und das verführte Volk, sagte Don Marco Aurelio, badet es aus im eigenen Blut. Übrigens sind wir den USA dankbar, Señorita, daß sie uns in dieser schwierigen Lage nicht allein lassen. Sie können von Glück sagen, daß Sie wieder in die Vereinigten Staaten zurückkehren. Da bekommen Sie wenigstens nicht dauernd diese Zumutung zu Gesicht, die man Staatsbürger nennt. Ich sage Ihnen, dieses ewig bettelnde, ewig fordernde, ewig stinkende Geschmeiß belästigt uns mit immer frecherem Blick, daß einem Angst und Bange werden kann. Das ist doch kein Zustand mehr, wenn unsereins nachts nicht mehr ruhig schlafen kann.

Ach, seufzte da die Señorita, und legte sich im Tangorhythmus weit zurück, ich kann Sie ja so gut verstehen.

*) Gemeint ist Oscar Arnulfo Romero, Erzbischof von El Salvador, der am 24. März 1980 während einer Messe in der Kapelle des „Hospitals der Göttlichen Vorsehung“ in San Salvador von einem berufsmäßigen Killer durch einen Schuß aus 30 Meter Entfernung ermordet wurde.

Zur Korrektur freigegeben von Sarah Camp

Hausaufsatz:

Macht die Nachrüstung den Frieden sicherer?

A. Einleitung. Um zum Thema hin zu führen, möchte ich bedenken, wenn hunderte von Leuten zusammenhängend mit der Nachrüstung sternförmig auf dicht befahrenen Straßen marschieren, man sich fragen muß, ob der Friede heute noch sicher ist? Zur Inhaltsbestimmung der Leitbegriffe schließt das Wort Nachrüstung die Rüstung als solche aus; Dagegen bedeutet Friede, wie ich an einem Beispiel erläutern möchte: Wenn mein Vater gemein wird, ist das normal. Aber wenn die Mutti wieder mal zum Anwalt will, das ist unfriedlich, und zwar in persönlicher, sozialer und politischer Bedeutung. Ich leite hinüber zur

B) Themafrage: Macht die Nachrüstung . . . ? und komme dann zum Hauptteil, wo in

I, die Argumente der Gegenseite erledigt werden müssen. Ich schwöre, daß ich solche Stichpunkte nur von ferne auf Stoffe zugelesen habe, einige sind auch an der Tafel gestanden. Ich werde sie an Ort-und-stelle wiederlegen, sonst gelte ich als sympatisch.

1. Man sagt, die Nachrüstung ist in Wirklichkeit eine Vorrüstung. Dazu kann ich in

a) wenig sagen, weil ich sonst den Leitbegriff Nachrüstung unzuverlässig erweitern täte, was wegen Themaverfehlung einen 6er nachschießt.

b, Man muß andererseits beachten, daß unsere Verbündeten uns die neuen Geschosse erst dann aufzwingen, wenn sie merken, daß sie mit den Sowjetunionen nicht reden können. Vielleicht müssen sie noch russisch lernen, vor sie zum verhandeln anfangen und das kann bei einem Ami lang dauern.

2) Die Behauptung die neuen Raketen höhlen den Sozialstaat unter und den Arbeitsfrieden, weil sie vielleicht 100 Milliarden Mark kosten, muß man auch unter die Lupe nehmen.

a(Da schließe ich mich meiner Lehrerin an, daß die wo immer geschrien haben, es gibt keinen Sozialstaat, jetzt auch noch jammern, wenn er zusammengeschnitten wird. Wo bleibt hier der Widerspruch! Außerdem bin ich kein Kind mehr und möchte auch in diese schlechte Welt keine Kinder hineinschicken, also ist es mir egal, wenn ein Kinderkripenplatz 80 Prozent teurer wird.

b. wenn der Staat, damit er sich einen Krieg leisten zu können, von den Rauchern, Säufern und Autofahrern mehr Steuer verlangt, ist das nicht nur gesünder, sondern dient auch der Schönheit.

3, Wir haben sogar durchgenommen, daß man irrtümlich lesen kann, daß die deutschen Ami-Raketen jetzt Beton durchschlagen, wodurch sie jetzt zuerst schießen müssen, deswegen aber vorher zusammen mit Deutschland ausradieren, was die Russen nie tun würden, aber die Amis sich brennen und sowieso mit drauf gehen. Das ist mir ein bißchen zu hoch, aber z. B. muß man hochachtungsvoll sein, wenn ein Feldherr nicht nur auf dem Feldherrnhügel sondern an der Front mit zerhackt wird. Ich persönlich glaube nicht, daß die Amerikaner so blöd sind, weil es dann auch das Münchner Hofbräuhaus nicht mehr geben wird.

c) Man kann auch nicht sagen, daß die Deutschen die erste Nation ist, die draufgeht, weil wir ja gar keine Nation mehr sind.

4. Ein datericher Generalpensionist sollte sich schämen, in den Strom hineinzuhetzen, daß die Nachr. zuviel Geld bringt. Man muß ja auch als toter anständiger Mensch seinen Sarg wenigstens bezahlen. Wer einem Raketenbauer das tägliche Brot neidet, hat gänzlich vergessen 1, wie schon das Sprichwort sagt: Um sonst ist nur der Tod und der kostet einen Haufen Geld. 2, der Mensch ist auch sterblich, und das Leben besteht nicht nur aus lauter Haschen und Schallplatten-Aufnahmen-hören. 3) man darf auch nie vergessen, daß sowieso alle kommunistisch gesteuert ist. Jetzt endlich gelange ich an bei Römisch

II) Die Nachr. macht den Fr. sicherer! Weil

1. Politischer Friede!

a, Solange es Kriege gibt, seitdem gibt es keinen Frieden!

Das ist schon eine ältere Wahrheit. Veranschaulichung:

In der Steinzeit hat man Löcher in den Kopf geschlagen, in der Kugelzeit ist die Kugel hinten wieder rausgekommen, dazwischen hat man ihn vom Rumpf getrennt, in der Granatenzeit war der Kopf nicht mehr da, in der Atomzeit denkt man ohne Kopf und in der Nachrüstungszeit wird man unter 4 Minuten kopflos. Da alle Ursachen gleichermaßen zum Tode führen können, kann man nicht sagen, daß der Frieden unsicherer geworden ist.

b.) Wenn man immer von Abschrecken redet und nicht nur ein hartes Ei meint, kann ich nur ausrufen! Wen wundert es, daß wir in Oberbayern soviel preußische Urlauber haben, die sind ja gewohnt an Blut und Eisen. Aber wenn die Natos noch mehr Gift- und Atom hereinschleppen, dann wird sogar für einen Russen Bad Reichenhall wertlos. Wenn man eine Gulaschkanone so eingebrockt hat, daß sie nicht mehr entpfeffert werden kann, hilft auch das Salz kaum.

2? Der soziale Friede wird sicherer.

a. Im Staat. Das merkt man schon daran, daß der Bürger bescheidener geworden ist. Wenn stattd. primitiven Lokomotiven hochwertigere Panzer gebaut werden muß man sich um den Arbeitsplatz raufen und kann nicht dauernd krank feiern. Sowie der Bürger das Maul aufreißt, kann er die Knödel, die ihm hineinfliegen nur noch an einem Finger abzählen. Auch wir Schüler merken das schon an den Noten. Wenn ich immer schwänze, weiß ich nicht, was ich im Aufsatz schreiben muß. Der soziale Friede mit meiner Lehrkraft wird gefördert. Ganz besonders friedlich ist es, wenn die großen Parteien sich nicht mehr mit Arschloch beschimpfen, wenn es um die Nachr. handelt. Sonst sind sie eher garstig zueinander.

b, in der Familie macht die Nachrüstung den Frieden am meisten sicherer, z. B. bei mir zuhause.

a, Wenn wir zum Opa rausfahren, hab ich mir immer gedacht, warum die Autobahn so kurz ist. Wenn bei Landsberg keine Pörsching 2 hinkommen sollten, wäre auch das kurze Stück nicht da und mein Vater würde uns noch länger im Stau beschimpfen. Ähnlich ist es mit der Pratzpfanne meiner Mutter. Wenn die Kriegsindustrie nicht auch mal einen Ausschuß hätte und unsere Spiegeleier immer noch papen würden, dann könnte ich nicht dankbar

ausrufen daß ich dem einen großen Gehalt gönne, wo unser Leben so erleichtert.

b, das Verhältnis in der Familie wird viel herzlicher, wenn ich mir denke, daß ein Neutronenblitz uns auslöscht und das Auto allein weiter zum Ammersee fährt. In einem solchen Moment entzündet die Neutronenbombe bei mir die Kindesliebe, sogar zu meinem Vater.

3)Least not last fördert die Nachr. den inneren Frieden

a Vorher) Das kann ich nur an einem Erlebnis erläutern, obwohl dies kein Erlebnisaufratz ist. Letztes Jahr war ich mit meinem Eltern am Kochelsee. Es gab einen Alarm. Die Leute in der Wirtschaft sassen stumm und bedrückt. Nach fünf Minuten sagte einer: Ein Atomalarm war es nicht, sonst wären wir jetzt schon tot. Das hat mir einen großen Seelenfrieden gegeben, weil man nichts machen kann und man sich in sein Schicksaal fügen muß. Mir ist es eh wurscht, woran ich krepire.

b nachher, Wenn es gekracht hat und die meisten Leute tot sind, ist der Seelenfrieden am größten, weil die Menschen endlich ihre Ruhe haben vor dieser schlechten Welt. Mir ist es lieber, wenn es schnell kommt. Es kostet auch für einen jungen Menschen zu viel Nerven wenn man darauf warten muß. Ob solche, die dann noch lebendig herumsiechern, einen Seelenfrieden haben, kann ich nicht beurteilen. Das gehört in die Gewissensfreiheit.

c) Nach reiflichem Abwägen des für und wieder komme ich zum Schluß. Die Nachrüstung macht den Frieden sicherer.

Anm. d. Red.: Ob das wohl noch eine 2 gibt?

Heinrich Schauerte Was willst du auf Arbeitsamt groß reimen?

Und wieder auf Arbeitsamt-Fluren, im Dämmerlicht dieses Zwischenreichs, Hoffnung den wenigsten, der Schiffbrüchige greift nicht mehr nach dem Strohalm, er wetzt apathisch am pflegeleichten Kunstleder der Stahlrohrmöbel, studiert die neue Welt seiner Schuhe, Hosennähte, Fußbodenquadrate, vielleicht noch die Schuhe des Nebenmannes.

Da kommen welche vorbei, die kenn ich schon, ich scheine mich zum alten Hasen zu entwickeln. Das hier ist für die unterste Kategorie, das ist für die Proleten, ich merke gleich, daß ich nicht in meinem wohltemperierten Glas-Amt bin, hier ist bis zur Kopfhöhe alles gekachelt, damit sich der Schmutz der Armut leichter abwaschen läßt, das ist offen und deutlich, hier hungerst du auf Fluren rum, kein Wartezimmer, alles Schlichtbauweise, billigstes Linoleum, nicht mal genug Stühle, der Rekrut ist ein Abzuhärtender, und nur ein Tisch auf dem ganzen Flur. Hier gibt es keine Illusionen, du starrst an nackte Wände, nicht mal bunte Plakate verheißen geschickte Schachzüge mit deinem Arbeitsamt. Ja, den kenn ich schon, diesen grauen Herrn, graue Eminenz, Mitlenker meines Schicksals, was ist beschlossen über mich, werden Konferenzen abgehalten, ist das ein Grinsen oder Mitleid, ist es das Wissen, das tausend Hoffnungen zusammenbrechen sah, oder bist du nur froh, daß du hier über Flure laufen kannst, während die Gattin die Tagesdecke glattzieht, ich sehe dir an, daß du die Stunde kennst, in der du in den wohlverdienten Ruhestand trittst, Ostlandreiter, Zierde des Amtes, Freude der Vorgesetzten, noch drei Jahre bis Buffalo, wie kann man auf diesem Linoleum so zufrieden sein, ist es vielleicht der Abstand zwischen mir und dem Rat der Götter, aus dem du gerade kommst? Ja, wenn jetzt einer käme, da um diese Kachelecke, über dieses Linoleum und sich auf diesen Stuhl setzte, die Aktentasche auf den Knien, und würde wortlos eine Höllenmaschine auspacken, dann würde ich sagen, Mann, ich versteh dich, ich sitze erst ein paarmal hier und du vielleicht Jahre, wie können die noch so friedlich wie die Lämmer sein. Ich weiß, ich weiß, was nützt das schon, schadet nur, das sind doch auch alles nur kleine Nummern hier, der Rat der Götter tagt anderswo, und längst ist es beschlossen, daß man auch mich nicht braucht.

Man will mich nicht, keiner hat die Gnade, mich auszubeuten. Niemandes Profite darf ich vermehren, das Abendland umsonst studiert, Königsberg und Riga vergeblich geplündert, der Tod in Venedig und der Tod in Rom, ja aber dieser Tod auf diesem Flur, Freund Hein sehe ich herumschleichen, komm her, Schnitter, sag mir wie das möglich ist, kein Langemarck, kein Stalingrad und doch verloren, eingekachelt wie im Sterbezimmer, ein Mausoleum ohne Schmuck, keine Kränze, selbst der Blick auf den staubigen Busch da draußen verwehrt, Milchglas wie in der Anatomie, Linoleum als letzter Gruß und das Getrappel der Sachbearbeiter, Zettel hin, Zettel her, Akten werden angefordert, höheren Orts nachgefragt, Boten ausgeschickt, Stadt hinter dem Strom, sie schleppen sich ab an der Verwaltung meines Elends, meine 25Mark50 sind zu bewilligen, eine Fahrt zweiter Klasse ohne Zuschlag nach Düsseldorf und zurück zwecks Arbeitsaufnahmeförderung oder so ähnlich, Stirnen furchen

sich, Köpfe werden gewiegt, Juristen tuscheln, Schreiber spitzen die Federn, ist es recht und billig, war ich befugt, habe ich meine Kompetenzen nicht überschritten, Telefone läuten, hat man die Elektronengehirne schon befragt, wird erkennungsdienstliche Behandlung erwogen? Wahrscheinlich bin ich ein Unbefugter und war von Anfang an null und nichtig, seit meinem ersten Erscheinen in diesem Schattenreich, dem gut getarnten, über die ganze Stadt verteilt, hier und da eine Etage, für jeden Furz anderswohin, immer erstmal falsch, ein unsichtbares Labyrinth, nur kleine Schilder an den Türen verweisen auf die Eingänge, kein Styx, Chrom und Glas, Aufzüge in die Unterwelt, das soziale Netz zieht mir das Hirn zusammen.

Wie geschäftig das durch die Gänge wieselt, hoherhobenen Hauptes Formulare transferiert, beim erstenmal hat mir das noch imponiert, muß nicht soviel Aufwand Ergebnisse zeitigen? Ach ja, beim erstenmal, in dem ominösen Zimmer 10, als meine Karriere hier begann, dies Nadelöhr, durch das wir alle müssen, hoffnungsvoll angestarrt diese ekelhafte graue Tür, Geheimzahl, die an Theken geflüstert wird, die wir uns grinsend zuraunen, unten im Keller gelegen, Katakomben im hintersten Winkel, gehaßt und doch ständig belagert, keiner, der nicht nochmal und nochmal wiederkommen muß, nicht zu glauben, wie viele Formulare es gibt in einem einzigen Amt. Was habe ich nicht alles hinuntergetragen in diese Stempelstelle, und alles umsonst, die verborgenen Herrscher waren mir nicht gnädig, Fürsten, die man nie zu Gesicht bekommt, Geheimräte, die aus dem Verborgenen ihre Ratschlüsse mitteilen lassen.

Da erscheint man also zum erstenmal, lange Gänge, Treppen, hier und da lungert einer rum, den man kennt, aha denk ich, so ist das mit dir, jetzt weißt du auch, wie es mit mir steht, ab der Lack, arbeitslos. Nur weiter, hier gibt es kein Hallo, kein langes Palaver, hier trifft man keinen wie auf der Straße, hier heißt es nur du auch? Fragen nach dem wie und was, nach der rasanten Karriere gibt es nicht, und soll man hier vielleicht Weibergeschichten zum besten geben? Hier heißt es nur wie lange schon und kriegst du was, die Themen sind vorgegeben wie im Krankenhaus, hier hören die Völker Signale nicht, alles starrt vor sich hin, nur ein Neuer erregt müde Aufmerksamkeit, und der Neue bin heute ich, ich muß der einzige sein, so komm ich mir jedenfalls vor. Und da ist das Zimmer 10, oder der Vorraum, denn so schnell schießen die Preußen nicht, sagt man, obwohl die oft schneller schießen, als man hier zu einem Formular kommt. Ich drücke mich am Eingang rum, trau mich nicht in diesen Wartesaal zum kleinen Glück, keiner redet, die können doch alle nichts tun als mich anstarren. Aber auch nicht lange, dann geht der Blick wieder runter oder zu diesem Kellerfenster raus, als wäre da irgend was zu sehen, oder ziehen da Schiffe vorbei, wiegen sich nicht Palmen, Karawanen mit Samt und Seide, Savannen und Eismeere, New York und Odessa, und du, Mädchen mit den Turnschuhen, ist das hier schon deine letzte Station, gestattet man dir nicht mehr, anderer Leute Schmutz zu wischen, mußt du die Miete bezahlen und ein neues Kleid, komm her, laß uns gehen, das kann nicht überall so sein in der Welt, sprach der Hase zum Igel, irgendwo wird man uns brauchen können, was könnten wir nicht alles tun in diesen Stunden, die uns keiner zurückgibt, Sklavenaufstände und Bauernkriege, die französische Revolution und der rote Oktober, und das hier soll das Ziel der Geschichte sein? Endstation,

Zug endet hier
Umleitungen können nicht empfohlen werden
Wir wünschen Ihnen einen angenehmen Aufenthalt
Heißer Tee bei der Bahnmissionsmission
preiswerter Trost heute im Sonderangebot
Frauen, Kinder und Unternehmerpersönlichkeiten
bitte zuerst
Liebende werden gebeten, sich in Geduld zu fassen
Kettenraucher, Alkoholiker
Kommunisten
haben den Wartesaal Erster Klasse zu räumen
Bedienstete werden ihnen
die Freiheitlich Demokratische Grundordnung aushändigen
Zur Panik besteht kein Anlaß
Im Gegenteil,
die Zukunft
hat nach Ansicht gewöhnlich gut unterrichteter Kreise
schon begonnen.

Endlich ein paar Profis, gestandene Arbeitslose, die regeln hier den Verkehr, klären, wer drankommt, es sind nicht nur Sprachlose hier, fast entsteht ein wenig Solidarität, fast wie in der Straßenbahnlinie 12, in der man früher nach Holland fuhr zum Butterschmuggel, einer macht sogar einen Witz, weil einem wieder mal ein Formular fehlt. Am schlimmsten dran sind die Ausländer, die leiden am meisten unter der Unfähigkeit dieser Sachbearbeiter, eine Tatsache verständlich mitzuteilen: Was hat der arme Schelm davon, daß derselbe Satz immer wiederholt wird, den er doch nicht versteht. Kann dieser Mensch das nicht anders ausdrücken, einfacher, ich glaub, der versteht das selbst nicht und hat es nur auswendig gelernt. Und dafür mußte dieser Kumpel nun Anatolien verlassen oder Sizilien, Gebirge und Meere, das Glas Wein am Abend, die Freunde und die Gräber der Ahnen, ich möchte aufspringen und sagen, ich hab studiert und versteh das nicht, aber dann bleibe ich doch sitzen, bin ich nicht ein Grünschnabel hier, der Moses, der sich noch nichts rausnehmen darf, ohne Äquatortaufe, nicht mal amtlich anerkannter Arbeitsloser, in jedem Seminar würde ich schreien, aber hier, wird man sich solidarisieren, wird man mich fallenlassen, ich weiß es nicht und sehe wenig Aussichten, es noch zu lernen. Wir werden systematisch vereinzelt, lernen uns nie kennen, selbst das zuständige Personal wird dauernd ausgetauscht, damit sich die Fremdheit nie verliert. Ja, das ist das schlimmste, wir sind doch so viele, lesen es jeden Tag in der Zeitung, wie viele wir sind, aber mehr als zehn von uns sind selten auf einem Haufen, wir kommen von irgendwoher, stehen kurz zusammen und verschwinden wieder irgendwohin, der Nachbar kann dabeisein und wir wissen es nicht, jeder für sich tauchen wir wieder ein ins *normale* Leben, den Unschlag mit dem Aufdruck Arbeitsamt drehen wir nach innen und zwanzig Meter vom Ausgang weiß keiner mehr, woher wir kommen, unauffällig, als kämen wir aus einem Pornofilm, reihen wir uns in den Strom ein, das rettende geschäftige Geschiebe, die Leute, zu denen wir nicht gehören, die von der Arbeit kommen oder hingehen, ein Ziel vor Augen, nützliche Mitglieder der Gesellschaft,

keine Minute zu verlieren, und wir reihen uns ein, markieren Leistungsdenken, Dazugehörigkeit, auch auf uns warten vieler Augen, Lob der Direktoren, Beflissenheit der Untergebenen, unentbehrliche Ratschläge haben wir auszu- teilen, die entscheidenden Handgriffe zu tun und endlich die Türe zu und wieder diese Langeweile, keine Lust zu dem, wovon andere träumen, zum Nichtstun muß man das dicke Fell des Couponabschneiders haben, das will jahrhundertlang eingeübt sein, Herr Graf geruhen zu schellen, bei mir schellt keiner, ich merke, wie ich immer weniger dazugehöre, wie könnte ich mit den Erfolgreichen abends an der Theke stehen, nur Erfolgreiche können sich mit letztem Genuß zuprosten. Wer wird da Hinterhofgeschichten hören wollen, tiefstes neunzehntes Jahrhundert, Steckrüben und Gaslicht, Schlafburschen und das Klo auf dem Gang, leben wir nicht in Appartement-Seligkeit, tausend Mark für die Miete, na und, zahlen wir doch aus der Portokasse, Grüß Gott, Herr Abteilungsleiter.

Da gerät man allmählich an die Peripherie, so muß das Exil gewesen sein, oder ist das hier nicht schlimmer, ein Exilierter im eigenen Land, verbannt in seine Höhle, für überflüssig erklärt, ich verlerne allmählich, wie man dazugehört, stammle manchmal rum, muß den Leuten wie ein Verrückter vorkommen, es überfällt mich in der Supermarkt-Schlange siedend der Gedanke, daß ich irgend was falsch mache, gleich auffallen werde als Nichtmitunterderdecke- steckender, wird man das Kainsmal entlarven, erscheint schon das Menetekel an der Wand, oder flammen da nur Neon-Signale?

Und jetzt ins Museum, sagt Opa Stingl, oder könnte es sagen, Muße für Kulturelles, mal ins Theater und ein gutes Buch, aber die ganze Kultur, die kann mir den Buckel runterrutschen, Spitzweg ist tot und ein Buch braucht Energie. Ich will mich nicht brav zu Tode hungern im Dienste der Musen, und ich will auch nicht Hilfsarbeiter werden im Dienste des Mammons, ich will mein gottverdammtes Recht, oder hatte ich vielleicht die Schnapsidee, von dem Geld, das mir zusteht, Raketen zu kaufen, im Land der Dichter und Denker? Was kann ich dafür, wenn hier nur Pharmaberater und Top-Verkäufer, so nennt sich das doch wohl in eurem schwachsinnigen Kauderwelsch, gesucht werden? Im Land der Dichter und Denker . . . – Hungern meint ihr, wäre etwas übertrieben, und man soll das doch alles mal etwas emotionsloser sehen, keine Polemik ist ja der beliebteste Zwischenruf bei euch, ihr wißt doch nicht, was Polemik ist, und auf die Sachlichkeit, mit der ihr Moskau ausradieren wolltet, kann ich verzichten, na gut, nennt mir die Stelle, die mir auch nur einen einzigen Pfennig zum Leben ausspuckt, ich hab noch keine gefunden, im Land der Dichter und Denker. Ja, ich bin mit meiner Wut beschäftigt, noch, noch ist es nicht Resignation, und wenn ich mal nicht rechtzeitig den Fernseher ausmache und diesen im Bundestag vertretenen Wahnsinn mitansehen muß, diese geschniegelten Gewissenshelden, Krone der Schöpfung, den Scheitel mit dem Beil gezogen, den Riemen, diesmal ohne Hakenkreuz, um den feisten Wanst gezurrt, Geistesheroen, in faustischem Drang die Bahnen des Geistes durchmessend vom Exerzierreglement bis zum Steuerrecht, öltriefende Pedanten, preußische Schulmeister mit Onkelgrinsen, wenn ich euch sehe und wie ihr euch im Erlös eurer Gewissensentscheidungen wälzt, woher nehmt ihr eure Arroganz, Helden der Schützenfeste und Kirmesplätze, Bad in der Menge,

Händeschütteln, Jovialität, und das schüttelt auch noch diese Hände, die ohne Wimperzucken zehn Riesen zum Frühstück schon wegstecken, was für ein Volksschädling – ist das der Ausdruck, ja? – muß ich sein, daß ich kaum die 25Mark50 wert bin, für die ich hier sitze.

Dafür bin ich wenigstens, so hört man, Besitzer der unveräußerlichen Men- schenrechte, Teilhaber der goldenen Freiheit, berechtigt zum Streben nach Glück, niemand darf mich aufhalten, wenn ich über eine Treppe von Men- schenleibern nach oben stürmend meine Persönlichkeit entfalte, Privatinitia- tive entwickle, förderungswürdig werde, freier Unternehmer auf freier Scholle, bei zehn Prozent schon gibt es kein Gesetz mehr, oder erstmal Taxifahrer, Seemann, welcher große Mann wäre das nicht gewesen, welche Schauer des Entzückens jagen über Bildungsrücken, Koeppen als Seemann, Jack London als Goldgräber, Thomas Mann als Taxifahrer, Jesus kellnert bei McDonalds, stell dir vor, der Portier damals, das war . . . und wir haben ihm noch ne Mark gegeben, schöngestiges Mäzenatentum, fast ein Schokoladenkönig, aber jetzt sei mal Hafenarbeiter und werd nicht Goethe, sei mal Taxifahrer ohne Nobelpreisverdacht, und kommt so ein vollgefressener Geschäftstyp aus dem Puff und kotzt dich an, rülpsst dir Sekt für zweihundert Mark aufs Polster, logo, das ist der erste Schritt zum Nobelpreis. Klar, wenn du jetzt Jack London wärst, dann würdest du fünf unsterbliche Seiten draus machen und irgendwie wär es am Ende dann doch noch romantisch, Abenteuer der Landstraße, on the road again, aber jetzt sag mal dem Geschäftstyp, he Freundchen, hier hast du es mit Jack London zu tun, sagt der Jerry Cotton, kenn ich, schon mal von gehört, gestatten, Jägermeister.

Und mach das mal ohne Gesamtausgabe bei Lebzeiten, als Stammkunde in Zimmer 10, als schwer Vermittelbarer, als Null und Nichtiger, als Sockel! Ja, als der Sockel, auf dem euer Modell errichtet ist, mit dem ihr hausieren geht bei denen, die noch mehr Nullen haben, saisonbereinigte, saisonbedingte, gar befürchtete, statistisch desinfiziert steht der Sockel wie die Wacht am Rhein, nur unsichtbar, zuhause vor der Schrankwand, was Geistiges am Hals, hurra, hier stehen wir, Sockel vollzählig angetreten, melde gehorsamst tausend Neuzugänge, saisonal bereinigt, numeriert und gestempelt, ein Volk, ein Amt, ein Formular, und auf dem Sockel der Gaul, Standbein, Spielbein, und auf dem Gaul der wiehert bald vor Lachen, wie das klappt, und irgendwo waltet die züchtige Hausfrau. Wartet nur, balde, da habt ihr ausgewiehert, und ihr glaubt, euch hat ein Pferd getreten.

Also jetzt mal der Reihe nach, vorläufig werden wir getreten, und nicht schlecht, und ob durch diesen zähen Brei die Signale zu hören sein werden, weiß ich noch nicht, selten, verdammt selten wurden sie gehört bisher, aber was mußte man sich sonst alles anhören in Goethes eigenem Land. Ich weiß, achtundvierzig, achtzehn, Ruhrkrieg und Hamburger Aufstand, der rote Großvater erzählt, Matrosen mit flatterndem Band, und all das Verdrängte und Unterdrückte, trotzdem verzweifelt wenig, Jan Petersen, Karl Grünberg und die unbekannten Geschichten, selten gehört, nie aufgezeichnet, aus den Gehirnen geprügelt und dann schnell Plastikfolie drüber, Volk ohne Geschichte, Biertischstrategen gewinnen jeden Abend ihre verlorenen Schlachten, hunderttausend Mann saßen in dem berühmten letzten Flugzeug

aus Stalingrad, und sowas unterrichtet unsere Jugend. Auch bei uns war so einer, Doktor und Humanist, Pfleger des klassischen Altertums, erzählte wie von der Schnitzeljagd, brüstete sich, an tausend Todgeweihten vorbei, trickreich sich selbst gerettet zu haben, morituri te salutant, du Retter des Christlichen Abendlands, Verzehrter fetter Pensionen, Generalswitwe zum Tee auf hochlehnigen Stühlen, zurückgelassen das schwere Tafelsilber, verbrannt das Generalsporträt, versteckt die Runenfahne, Kreuze durchgedrückt, Geraune und Gezeter, von Unrecht schreit ausgerechnet ihr, immer nur marschierst, immer nur erobert, den preußischen Leutnant macht uns keiner nach, gestatte mir Hochachtungsschluck. Ja, da zittern die morschen Knochen, werden schlaffe Ärsche zusammengerissen, da blitzen die Monokel und braust ein Ruf wie dingsda. Auf – nieder, das ist die Sprache, die ihr versteht, ihr ehrenvoll Pensionierten, Lenker unserer Geschicke, Vorbilder der Jugend, in der Zwergschule oder vor Verdun, immer zackig und schmissig, ob Pickelhaube oder feldgrau, das berauscht sich an Lederfett und Stiefelwichse. Ordensburg und Wölflingsgeilheit, zäh wie Leder, braun wie Scheiße, später reiben sie dann nur noch Salamander, hohe Tannen intoniert der Führer, das Lager liegt in weiter Ferne, oder nicht? Und Weihnachten, da wird der deutsche Landser romantisch, der Küchenbulle stopft Extraportionen in die traulich bruzelnde Gulaschkanone, alles gestohlen, versteht sich, requiriert, nicht wahr, Herr Oberproviandmeister, der lockige Knabe schwebt durch die Gräben und Bunker, da ist dem Unteroffizier nichts Menschliches mehr fremd und auch der Spieß muß sich was Feuchtes aus den Augenwinkeln wischen, das deutsche Gemüt kennt keine Grenzen mehr, da würgt es Frontschwein und Etappenhengst im Hals.

Und mich laßt ihr hier sitzen, o Herr, ich bin nicht würdig, einzutreten unter dein Dach, nie den Drang nach Osten verspürt, mea maxima culpa, eure Verlockungen dankend abgelehnt, keine Lust, für euch die Ukraine oder Lothringen zu erobern, oder auch nur die Köpfe der Leute, habe zusehen müssen, wie sich die Dummheit spreizt, gesinnungstüchtige Tölpel hochstolpern, feige Beflissenheit in Amt und Würden sitzt, Adam Kuckhoff und dieser Globke waren auf meiner Schule, dich haben sie ermordet, Adam Kuckhoff, deinen Leichnam in die Anatomie gegeben, so müssen sie noch nach meinem Tode von mir lernen, hast du gesagt, den Stein mit deinem Namen sieht man kaum noch hinter dem Gestrüpp, eine Straße haben sie bis heute nicht nach dir benannt, die alerten Geschäftsleute und Rechtsanwälte, die sich des G. nicht schämen, Friedrich-Wilhelm-Platz und Bismarckstraße, das haben sie gemacht aus meiner Heimat, terra da fraternidade, ausgehöhltes Land, Kohlengebirge und alte Wälder, ein lebenslustiges Volk, und jetzt das hier.

Aha, da erscheint Doktor Faust, der Höllenstürmer. Sei mir begrüßt mein Freund, was läßt den Kopf du hangen, bist jetzt auch du in diesem Netz gefangen? Hör mit dem Unsinn auf sagt der, wir leben in prosaischen Zeiten, Mann, und was willst du auf Arbeitsamt groß reimen? Überhaupt habe ich keine Lust mehr, bin sozusagen amtsmüde. Philosophiere du mal auf ner halben BAT IIa-Stelle, und obendrein wirst du noch verarscht, wenn du dir anhören mußt, daß der Oberzweig sich für nen Philosophen hält. Ping Peng und Helmut plaudern über Kant, da fallen dir doch die Pantoffeln aus. Ich

kannte den Königsberger, war paarmal mit ihm in den Seemannskneipen, bestimmt kein einfacher Fall, das Preußentum war sein Verhängnis, na, wie dem auch sei, der Helmut soll jedenfalls die Finger von ihm lassen, der soll mit seinem englischen Hofnarren glücklich werden. Ich will dir mal was im Vertrauen sagen, manchmal, wenn es mir so richtig bis oben steht, geh ich in irgendeine Provinzschmiede und beseh mich in meiner alten Philosophenklausur, das rührt mich immer wieder zu Tränen. In dem Appartement, das ich jetzt habe, passiert ja sonst nichts Aufregendes mehr, meine alten Schwarten haben längst die Antiquitätenhändler, weil ich Geld brauchte, und das meiste ist sowieso im letzten Krieg draufgegangen. Ich brauch das Zeug auch nicht mehr, zuletzt hab ich mich in ner Werbeagentur vermarktet, aber denen waren meine Sprüche nicht doof genug, oder fetzig, wie sie das nannten, vielleicht geh ich doch zum Theater.

Ich frage, und die Überirdischen, helfen sie dir nicht mehr, nennt man das gerettet? Ach, sagt er, ich stehe auf einem höflichen Besuchsfuß mit ihnen, aber da können sie auch nichts machen, damals ging es ja noch bergauf mit unsereinem, aber heute sind andere dran, sieh sie dir doch an, eure Philosophen, ich sage dir, das ist das Ende, da stehen Höllenfürst und Polizei machtlos, na, machs gut, Kumpel, ich bin dran.

So sprach der deutsche Doktor, während er sinnierend auf das Linoleum starrte, und verschwand. Tja, denk ich, da wird wohl auch bald noch Karl der Große erscheinen, der wohnte doch hier fast um die Ecke, aber jetzt werde auch ich aufgerufen, und schon öffnet sich die Tür, knapp zwei Stündchen nur gewartet, da strahlt auch schon mein Lebenshelfer, vertrauter Berater, zu dem ich immer kommen kann, der macht ganz auf jovial, alles halb so schlimm, wo drückts denn heute? Aha, 25Mark50 und Urlaub machen will der Kumpel, warum denn nicht, steht uns doch zu, wo leben wir denn schließlich. Und schon ist es mir auch gestattet, drei Wochen durch die Welt zu reisen, ich brauche nur anzugeben, wo ich mich aufhalte, Hilton New Delhi, dein Arbeitsamt läßt grüßen, und da unten noch was Kleingedrucktes, oder dachte jemand, das ginge ohne Formular, da trifft mich der Schlag, zum Glück schon zuhause, hier hat doch der beschränkte Untertanenverstand mit Akribie den Tag nach meinem Urlaub errechnet und mich schon herbeizitiert, mit Stempel und Unterschrift und Androhung der im Nichtbefolgungsfalle unvermeidbaren Folgen. Hat man mir was anzubieten, einen Job gar, was mitzuteilen, darf ich Mehrwert produzieren, nein, ich muß mich nur zeigen, muß zurück sein, beweisen, daß ich nicht zügellos gewährte Gnade unverdient wie konnte ich nur zerknirscht untröstlich wird nicht wieder bitte wegtreten zu dürfen. Preußische Härte, seht mir zu, daß die Kanaille nicht übermütig wird, je sinnloser die Ordnung, desto höriger der Untertan. Noch nie hat man mich hierherbestellt, nicht einen einzigen Job je angeboten, niemals etwas von mir gewollt außer Verwaltungskram, aber am zweiundzwanzigsten Tag nach meiner Abfahrt muß ich hier erscheinen, nur der Anblick meiner fleischlichen Hülle ist erwünscht, das Material will man sehen, wie der General den Bauernlummel, nein schlimmer, nicht die kleinste meiner Eigenschaften ist gefragt, ich bin im Grunde sogar lästig, weil ich nach einem Job fragen könnte, ich beneide die Pfingstochsen, denn ich bin nur ein Darsteller, der durch das Herumtragen

einer Physiognomie zum Anlaß einer Aktennotiz wird.

Mit Zucht und Ordnung sind wir geworden, was wir sind, darf untätigst zu hoffen wagen, daß Dero Hochwohlgeboren zu gestatten geruhen, in Devotion ersterben zu dürfen; Puderzöpfe und Talare, Muff von tausend Jahren, Freiheitsbäume im Knabenstift, mein Führer, ich halte die Stellung bis zum letzten Mann. Stellungen sind grundsätzlich bis zum letzten Mann, bis zum letzten Blutstropfen, bis zur letzten Patrone zu halten, Uniformknöpfe sind grundsätzlich bis zum Spiegelglanz zu polieren, Arbeitslose haben grundsätzlich nach planmäßiger Rückkehr aus dem Urlaub vorstellig zu werden, Freiheitsbäume sind grundsätzlich im Planquadrat B 3 zu pflanzen.

Ja, Freiheitsbäume . . . aber jetzt mach ich erstmal den amtlich gestempelten Urlaub.

Jens Hagen Das neue Modell

war noch nicht in Serie gegangen, da liefen schon die ersten Bestellungen ein. Tausende zuerst, dann Zehntausende und schließlich Millionen aus allen Bezirken der bewohnten Räume.

Per Indiskreionssteuerung waren Einzelheiten über das neue Produkt bekannt geworden. Sogar die vereinigten Dreidim-Heimbildtonanlagen hatten darüber berichtet. Und jede, die auch nur ein bißchen die Möglichkeiten ihres Denkkundemotionscomputers (Dec) zu nutzen verstand, bekam schon bald nach Herausgabe der ersten Indiskreionen den Erkenntnisimpuls übermittelt, daß dieses neue Modell eine sensationelle Neuerung darstellte in der langen Geschichte der Entwicklung genehmer Gefährten.

Schon allein der Hinweis auf die geplante Ausstattung des neuen Modells mit verschiedenen, täglich und sogar stündlich austauschbaren Programmen, hatte ihre Decs aufmerksam werden lassen. Was dann aber noch darüberhinaus an Informationen zu ihnen kam, versetzte sie per Dec geradezu in Erstaunen. Nicht nur, daß es zahlreiche technische Neuerungen in sich barg, auch im Design war das neue Modell völlig verschieden von allen vorherigen Modellen. Die per Indiskreionsautomatik aus der Entwicklungsabteilung der interstellaren Gefährten schmiedete übermittelte Normstimme der Kategorie Mistery Minor sprach in diesem Zusammenhang sogar von einer geradezu revolutionären Entwicklung auf dem Gebiet der Formgebung genehmer Gefährten. Man werde an diesem neuen Modell natürlich zunächst die lieb gewordenen glatten Flächen, die Gleichmäßigkeit der zylindrisch respektiv sechseckig

durchgeformten Hauptelemente vermissen, meinte Mistery Minor. Aber sie sei sicher, daß die komplizierteren, unregelmäßigeren Formen der Haupt- und Nebenelemente dieses neuen Modells, zusammen mit der ebenfalls völlig neuartigen Anbringung unsichtbarer Sensoren an funktionsgerechten Punkten, der Kundschaft gefallen werden.

Als dann schließlich auch die ersten Bildelemente übermittelt wurden, war es vielen der besser bestückten Decs sofort klar, daß es sich hier um die getreue Nachbildung einer vor etlichen tausend Jahren beendeten exotischen Spezies handelte, einschließlich jenes seltsamen, behaarten ovalen Hohlgebildes oben, in dessen oberem Teil zu jenen Zeiten seltsamerweise die gesellschaftlichen Kodierungen in die Informations- und Emotionsebenen eingespeichert worden waren.

Etwas erstaunt zeigten sich einige Kommentatorinnen über jenes am neuen Modell unterhalb der Mitte angebrachte, mit einem Beutel versehene, schwellfähige Vorhängerchen, das jedoch – wie sie ernst aber gefaßt versicherten – erstens wegen seines lächerlichen respektive ekligen Aussehens, zweitens wegen seiner fürs gesamte Ganze unnützen Funktion und drittens ja sowieso und überhaupt wegen des vor langer Zeit vom Rat der großen Mütter vorgeschlagenen und beschlossenen allgemeinen Penetrationsverbotes mit Sicherheit nicht zur Anwendung kommen werde. Man hätte, so sagten sie übereinstimmend, dieses ja nun schon vor langen Zeiträumen beendete Assessor also auch ruhig weglassen können.

Andere Kommentatorinnen bedachten das neue Modell mit weit härterer Kritik. Beim Entwurf des neuen genehmen Gefährten hätten die Designerinnen nicht alle allgemein beschlossenen Regeln beachtet, meinten sie. Das zeige besonders die Anfügung jenes ominösen und – wie man jetzt herausgefunden habe – sogar mit Sensoren ausgestatteten schwellfähigen Vorhängers. Und in tiefer Sorge um das allgemeine Wohl der Mütter und Schwestern aller Räume hoben sie mahnend ihre Stimmen. Es sei, so betonten sie ernst aber gefaßt, vorzuschlagen und zu beschließen, daß dieses schon vor Urzeiten als unnütz und bedrohend erkannte Assessor im Design geändert und bei den Serienprodukten nicht mehr zur Anfügung gelange. Und überhaupt sei in Zukunft wieder verstärkt auf solche und ähnliche Zeichen alten Ungeistes zu achten, worauf die Inhaberinnen der besser bestückten Decs in tiefes Nachdenken und Zustimmung verfielen.

Wie wichtig und richtig die Warnungen dieser letztzitierten Kommentatorinnen waren, erwies sich bereits bei der nächsten Informationssendung der illuminierten Indiskreionsautomatik.

Schockiert vernahmen die Dec-begabten Wesen der bewohnten Räume, daß zwei der Designerinnen bereits die umstrittenen Vorhänger bei sich zur Anwendung gebracht hatten. Aber nur so zum Spaß, versicherten die beiden, und es habe ihnen auch gar keinen Spaß gemacht. Dennoch wurde daraufhin sofort vorgeschlagen und beschlossen, das neue Modell ohne jenes gefährliche Assessor und auch ohne jene ovale Hohlraumfortsetzung oben in Serie zu geben. Woraufhin sich eine allgemeine Erleichterung breitmachte und eine jede sich freute auf die Lieferung des neuen genehmen Gefährten.

Peter Maiwald Fetzer

1
Nah bei Greffrath auf dem Feld
warf ein Weib ihn in die Welt
und: der Fetzer: war sein Nam,
weil es fetzte, wenn er kam.
Schlug nicht, weil er Schläge liebt,
sondern weil man sonst nichts kriegt.
Hört vom Fetzer: wie er lebt,
daß ihr ihm ein Ansehn gebt.

2
Wer nur Kohl hat, wird nicht satt,
sprach der Fetzer und Soldat
ist ein besseres Gewerbe
als gedeihlicher Verderb.
Zu den Generälen: Brüder: geht
weil der Krieg dort reichlich steht.
Arme Leute in der Not
schießen sich ums Leben tot.

3
Auch: wer arm ist: nie gewinnt,
sagt der Fetzer und er nimmt
sich das Geld vom Regiment
nächtlich und schwer unterm Hemd.
Und der Fetzer ging vom Krieg
weg mit Hand und Fuß und Sieg.
Und weil's Geld nicht lange hielt,
kriegt er weiter, denn er stiehlt.

4
Wißt: die Welt ist ziemlich reich,
nur die Leute nicht so gleich,
fand der Fetzer und er stahl
von den Reichen allemal.
Himmlisch zeigt die Kirchturmspitz
Fetzer Gott und Geldes Sitz.
Denn wer Geld hat: Herr, woher?
Fetzer fand viel Hände leer.

5
Hört: im Lande das Geschrei,
daß kein Mensch mehr sicher sei,
schrie der Junker und Baron

und der Pfaff im selben Ton.
Viehhändler und Kaufmannsstand
wuschen ihre Räuberhand.
Doch die Löhner und die Knecht
sahen im Fetzer sich gerächt.

6
Geld, sprach Fetzer, liebe Leut
ist die größte Sinnlichkeit.
Doch im Frühjahr steht das Holz
saftig und auch Fetzer schmolz
wie der Schnee vom letzten Jahr
und was an ihm männlich war.
Und: die Geld nahm: Gertrud Struck
war ihm arm und reich genug.

7
Soff die Jahre nicht sein Bier,
stahl und schrie: Der Fetz war hier.
Gertrud gab ein Kind zur Welt
welche Menschen nicht erhält,
sei denn: jemand dreht ein Ding,
weil die Welt nicht an ihm hing
wie dem Fetzer Neuss am Rhein,
sackte dort das Silber ein.

8
War gefangen und entging
weil sein Arsch so schwer ihm hing
an dem Leben, das er liebt
und das nichts zu leben gibt.
An der langen, langen Heck
lebt der Fetzer im Versteck
der Gesellschaft, die selbst fetzt
und darüber sich entsetzt.

9
In dem Puff nah bei Neuwied
sah er sie: das alte Lied:
schwarzes Haar, ein Rock, Christine.
Sie sprach nichts und meinte ihn.
Ach: das Leben ist ein Furz
viel zu schwer und viel zu kurz.
Liegt an einem, was man tut.
Fetzer tat's. Und mit Gertrud.

10
Die Geschichte weiß der Wind,
der auch friert, wo Fröste sind.
In der Nacht am Kappesfeld
steht ein Mann, und eine fällt
und ein Stein, ein Schrei, der gelbt.
Viel zu klein ist Fetzers Welt.
Früh am Morgen sah man ihn
weggehn, ohne Gertrud, mit Christine.

11
Viele Wölfe sind am End
auch des einen Wolfes Tod.
Fetzer sag, wie geht's? Er rennt
um sein Leben um die Not.
Doch der Doktor Guillotine
findet Fetzer und Christine.
Nehmt euch: Brüder: aus dem Lied:
daß ihr nicht in Kriege zieht

12
die zu klein sind und verlorn,
dazu seid ihr nicht geborn.
Schlag euch: Brüder: in der Not
nur die großen Räuber tot
und die kleinen Räuberein
werden nicht mehr nötig sein.
Dieses Land hat nicht Moral
wo zu leben heißt: bezahl.

13
Gut sind fünfundzwanzig Jahr
wenn ich jetzt zur Hölle fahr,
sprach der Fetzer, fahr ich gern,
denn zu teuer war mein Stern.
Und wenn ihr ihn neu vermeßt,
macht ihn, daß er leben läßt
und ein jeder länger lebt
wenn ihr ihn zur Erde gebt.

Mathias Weber (1778 bis 1803), genannt „der Fetzer“, welcher mit seiner
Bande 181 gewaltsam gelungene und 121 mißlungene Diebstähle begangen hat
und in Köln unter der Guillotine endete.

Karl Siebig Rettungsstelle

Notizen von den Dreharbeiten zu einem Dokumentarfilm von Johann Feindt.

Wir machen Aufnahmen zu einem Dokumentarfilm über die Rettungsstelle des Kreuzberger Urbankrankenhauses.

Ich mache die Kamera, und die Kamera, so hoffe ich, werde mir schon die Distanz ermöglichen, die ich für notwendig halte. Aber schon nach wenigen Tagen ist das Ding, das mich vom Patienten und meinem Auge trennt, mehr zu einem Sucher nach Nähe geworden. Ich scheue mich nicht, die von der U-Bahn abgeschlagenen Beinstümpfe eines jungen Mannes zu drehen. Vom Flur aus sehe ich in den Behandlungsraum, und als sich die Tür schließt und die Schreie des Mannes hinter der geschlossenen Tür weiter weg klingen, ist mir klar, die Kamera ist mir zu einem Komplizen geworden, ich kann mich hinter ihr verstecken. Nach dem Drehen rauchen wir eine Zigarette im Aufenthaltsraum der Schwestern und Ärzte. Etwas später sprechen wir mit den Pflegern über den Unglücklichen. Er hat kurz vor der Einfahrt in den U-Bahnhof die Tür geöffnet, sich mit beiden Händen an den Haltegriffen hochgestemmt und seine Beine heraushängen lassen. Ein Pfeiler schlug ihm dann beide Beine bis zum Knie ab.

Einige der Pfleger erzählen sofort weitere Beispiele schrecklicher Unfälle, die sich in den letzten Tagen in U-Bahnhöfen ereignet haben. In ihren Schilderungen ist eine eigentümliche Mischung aus sachlichem Bericht, Mitleid und Sarkasmus. Und ich frage mich, weshalb einige lachen, als die Geschichte eines Punkers erzählt wird, der offenbar eine Mutprobe bestehen wollte, aufs Dach einer im Bahnhof haltenden U-Bahn stieg, sich hinlegte mit dem Kopf nach vorn in Fahrtrichtung und unmittelbar nach der Anfahrt des Zuges gegen eine Dachverstrebung schlug, mit einer solchen Wucht, daß ihm der Kopf abgeschlagen wurde.

Wir wollen diesen Film machen, um die Machtlosigkeit zu zeigen, der das Pflege- und ärztliche Personal ausgesetzt ist, wenn ein Alkoholiker mit aufgeplatztem Schädel von der Feuerwehr in die Rettungsstelle gebracht wird. Es wird geröntgt und genäht, doch die Ursache der Trunksucht bleibt verborgen und wird nicht, kann nicht behandelt werden. Ein erheblicher Teil der Patienten, auch die selbst kommenden, nicht immer geduldig im Wartezimmer sitzenden, ist mindestens alkoholisiert, wenn nicht stockbesoffen: Frauen und Männer, Alte und Junge, Penner und Bessersituierte, da gibt es kaum Unterschiede. Höchstens in der Schwere der Verletzungen oder im Bekanntheitsgrad. Fast täglich können wir erleben, daß die Aufnahmeschwester gar nicht mehr nach Namen, Adresse und Krankenkasse zu fragen braucht. Der hat die goldene Kundenkarte, wird uns oft zugezwinkert. Wieder einmal wird dann die Kopfplatzwunde zugenäht.

Die Rettungsstelle: ein Flur. Auf der einen Seite vier Behandlungsräume für innere, auf der anderen für chirurgische Fälle. Die Türen stehen offen.

Lediglich der gynäkologische Raum wird meist geschlossen, manchmal auch der Reanimationsraum. Patienten, die auf Tragen liegen, Feuerwehrleute, die neue Patienten bringen, Mütter, die ihren kranken Kindern Mut zusprechen. Polizisten, Patienten, die sich bei Schlägereien verletzt haben, ausfragend, und Ärzte, die sich über den eben eingelieferten Infarkt oder die Fraktur unterhalten, bevölkern den Flur.

In einem Rollstuhl im Flur sitzt ein alter Mann, freundlich lächelnd. Es ist etwa 22 Uhr. Er kam allein. In Hausschuhen. Krank ist er nicht, und er hat auch keinerlei äußere Verletzungen. Aber er weiß nichts mehr, weder wie er gekommen ist, noch woher, noch weshalb, nur seinen Namen kann er nennen. Schwestern und Ärzte versuchen in stundenlangen Telefonaten mit dem Krankenhausarchiv, der Polizei und Altersheimen die Herkunft des Mannes zu ermitteln. Inzwischen hat man ihn in einen der internen Behandlungsräume abgestellt. Nur durch einen Plastikvorhang getrennt, wird neben ihm ein vermutlicher Selbstmordfall behandelt. Ein etwa 20jähriger hat Tabletten genommen und liegt reglos auf der Trage. Ein Arzt schlägt ihm mehrfach ins Gesicht, versucht ihn aufzuwecken. Die Schwester kramt inzwischen in seinen Taschen, um an Ausweispapiere zu kommen. Der Arzt beugt sich weit über das Gesicht des noch immer ruhig liegenden Patienten und riecht in dessen Atem hinein. Alkohol auch noch, sagt er. Aus der Gesäßtasche fischt die Schwester einen abgegriffenen Personalausweis. Dabei muß sie den Mann auf der Trage drehen und läßt ihn nun wieder herumplumpsen. Seine Augen öffnen sich kurz zu einem schmalen Schlitz, Hoffnung für den Arzt, er schlägt weiter ins Gesicht, brüllt ihn an. Der junge Mann bekommt die Augen langsam auf. Sie sind stark gerötet. Fragend sieht er den Arzt an. Die Schwester macht sich daran, ihn auszuziehen. Währenddessen fragt der Arzt, was passiert ist. Er hatte Kummer mit seiner Freundin. Beim Ausziehen des Hemdes muß der Arzt helfen. Vorbereitungen für die Kreuzberger Wasserspiele. So werden in der Rettungsstelle Magenspülungen genannt. In leichteren Fällen gibt man Brechmittel, aber die funktionieren nur, wenn der Patient auch schlucken kann.

Während dieser nur wenige Minuten dauernden Prozedur telefoniert eine zweite Schwester wegen des noch immer geduldig dasitzenden alten Mannes. Es stellt sich heraus, er ist aus einem Altersheim entwichen, wie es amtsdeutsch heißt. Ein privates Krankentransportunternehmen wird ihn zurückfahren. Die Magenspülung des jungen Mannes können wir nicht beobachten, weil der behandelnde Arzt es nicht möchte. Eine Schwester blinzelt uns zu, er kann's noch nicht richtig.

Ich habe bisher geglaubt über den Zustand unserer Gesellschaft einiges zu wissen. Und ich stelle nun fest, Untersuchungen, Analysen, Erhebungen, geben ein schwaches Bild. Das Elend steckt nicht in der Statistik, sondern ist konkret. Wer sind die etwa sechs Millionen Alkoholiker? Was geht eigentlich noch in uns vor wenn wir am Jahresende wieder einmal die Drogentoten bilanzieren? Ich lese heute in der Zeitung: Ein 15jähriges Mädchen wurde am Montag vormittag von seinem Freund in dessen Wohnung in der Gneisenau-

straße in Kreuzberg auf dem Sofa tot aufgefunden. Das Mädchen hatte mehrere frische Einstichstellen. Wir schütteln den Kopf, und wir wissen, es ist nicht zu Ende, im Dezember werden es wieder über hundert Tote sein. Vor unserer Arbeit in der Rettungsstelle sah ich nie bewußt einen Drogenabhängigen. Nun plötzlich kommt ein junges Mädchen aus dem Warteraum zur Behandlung. Sie hat eine stark geschwellene, gerötete, offenbar entzündete Hand. Wahrscheinlich ist die Ursache eine verdreckte Spritze. Ihre Augen sind verweint, die Lidschatten verschmiert, das Haar sieht klebrig aus, die Kleidung ist sicherlich tagelang nicht gewechselt worden. Die Schwester nimmt die Personalien auf. Das Mädchen hat keine Arbeit, keine Krankenversicherung. Den linken Arm mit der geschwellenen Hand hat sie auf der Stuhllehne aufgestützt. Sie weint weiter, sie hat Schmerzen. Komm, gehen wir Blut abnehmen, sagt die Schwester. Man duzt sich. Das Mädchen rollt den Pulli hoch, der linke Arm liegt frei. Die Schwester versucht die Kanüle in eine Vene zu stechen. Nach mehreren Versuchen bricht sie ab. Es kommt kein Blut aus den stark vernarbten Armvenen des Mädchens. Sie versucht es jetzt selbst. Mit einer Hand bindet sie sich den Oberarm ab, sticht die Kanüle in die Armbeuge und zieht sich Blut heraus. Eilig wird das Blut zur Untersuchung gebracht, denn bei denen gerinnt es immer schnell, sagt die Schwester. Ein junger Arzt gibt dem Mädchen eine Senatsbroschüre mit Kontaktadressen von Drogenberatungsstellen. Sie winkt ab. Sie hat schon einmal versucht, einen Entzug zu machen. Es war die Hölle für sie, schlimmer als sich langsam mit dem Heroin zu Tode zu spritzen. Ob wir mit ihr drehen können, nein, das möchte sie nicht.

Einige Tage später sprechen wir mit einer 24jährigen Fixerin. Sie hat auch nichts dagegen, wenn die Kamera dabei ist. Sie kam mit Unterleibsschmerzen und soll am nächsten Morgen auf die Station verlegt werden. Die Zeit, die der Arzt zur Erledigung der dazu notwendigen Formalitäten braucht, können wir für unsere Aufnahmen nutzen.

Sie war Heimkind. Um da raus zu kommen, heiratete sie mit 17. Schon nach wenigen Monaten Trennung von ihrem kaum älteren Mann. Sie sitzt da mit einem Kind, das sie später an die Schwiegereltern gibt. Der Versuch, einen Beruf zu erlernen, scheitert. Sie kommt mit Leuten zusammen, die Drogen nehmen, sie probiert und wird rasch abhängig. Damit ist der Kreis ihrer sozialen Umwelt festgelegt. Sie hat nur noch Freunde, die auch abhängig sind. Alles Handeln und Denken dreht sich nur noch um die Beschaffung von Heroin. Anderes wird nebensächlich, bedeutungslos. Der Tagesablauf wird vom Stoff bestimmt. Pro Tag braucht sie drei Schüsse.

Nach wenigen Tagen verläßt sie die Station, weil ihre Freunde nur wenig Stoff ins Krankenhaus bringen können. Sie muß es selbst beschaffen und verläßt auf eigenen Wunsch gegen ärztlichen Rat die Station. In der Potsdamer Straße treffen wir sie wieder, sie geht dort anschaffen. 400 bis 600 Mark kann sie dort täglich verdienen. Das reicht für sie und einige Freunde, die nichts verdienen können. Die gehen manchmal klauen, das kann ich nicht, sagt sie zu uns. Und ihre Arbeit? Beim erstenmal habe ich geweint, aber die anderen Mädchen haben mich getröstet. Jetzt macht es mir nichts mehr aus. Was kostet das Heroin? Für ein Gramm muß ich 150 Mark bezahlen. Das reicht für zwei

Schüsse. Manchmal passiert es, daß ein kleiner Dealer die Käufer linkt und ihnen Zimt oder zerstampfte Tabletten andreht. Dann mußt du versuchen, es auch wieder los zu werden, möglichst schnell, damit der nächste Schuß gesetzt werden kann.

Die Abhängigen erreichen durch das Heroin keineswegs einen berauschten Zustand, sie lindern lediglich noch ihre Schmerzen, die sie immer dann bekommen, wenn mehr als acht Stunden zwischen zwei Schüssen liegen.

Wir verabreden uns mit ihr für den nächsten Tag, um zu drehen. Aber sie kommt nicht. Wir gehen zur Ecke Potsdamer/Bülowsstraße, wo zwanzig, dreißig Leute herumlungern, Stoff besorgen. Vielleicht entdecken wir sie unter diesen in Hauseingängen Kauern, an Hausmauern Liegenden, in kleinen Gruppen Herumstehenden, unter diesen Suchenden, Verzweifelten, zum Tode Verurteilten, durchweg jungen Menschen. Manchmal führt die Polizei hier Razzien durch, ermittelt die Personalien, nimmt einige vorübergehend fest. Auch Zivis lassen sich ab und zu dort sehen, greifen aber selten ein. Es wird auch wenig Stoff gehandelt an dieser Straßenecke. Hier werden die *connections* gemacht. Verbindungsleute stehen hier, die den Abhängigen einen Dealer vermitteln, der sich anderswo aufhält.

Man darf wohl zurecht vermuten, daß die eigentlichen Drahtzieher dieses mörderischen Geschäfts der Polizei kaum ins Netz gehen. Es handelt sich mit Sicherheit um millionenschwere Geschäftsleute, deren Geld und Verbindung sie vor jeder Entdeckung bewahren.

Es ist morgens vier Uhr. Einige Ärzte, Schwestern und Pfleger kommen müde in den Aufenthaltsraum. Seit elf Uhr in der Nacht sind sie ununterbrochen mit Patienten beschäftigt gewesen. Jetzt wird Kaffee aufgesetzt. Draußen ist es ruhig geworden. Ein Pfleger holt sich ein Bier aus dem Kühlschrank. Wer spielt Doppelkopf? Natürlich finden sich rasch vier Leute. An Schlafen ist nicht zu denken. Wo auch, denn für das Pflegepersonal gibt es keine Bereitschaftsräume, wo man sich mal kurz hinstrecken könnte. Die Ärzte können zwar schlafen gehen, die meisten tun es aber auch nicht. Besonders nicht an den Wochenendnächten oder zum Monatswechsel, denn dann ist Hochbetrieb in der Rettungsstelle.

Die Schwestern und Pfleger haben noch bis halb sieben, die Ärzte bis acht Uhr Dienst. Die Schichtarbeit macht müde. Im Dreierturnus wird gewechselt. Die Frühschicht beginnt um halb sieben und endet um zwei Uhr mit dem Beginn der Spätschicht, die bis zweiundzwanzig Uhr dauert und von der Nachtschicht abgelöst wird. Zwischen fünf oder sechs Nachtschichten und anschließend sieben Tagschichten liegen in der Regel vier freie Tage. Davon brauchst du mindestens zwei Tage, um wieder in den normalen Rhythmus reinzukommen, sagt ein Pfleger. Du bist praktisch ausgeschaltet vom gesellschaftlichen Leben, jedenfalls wenn du Spät- oder Nachtschicht machst. Höchstens eine Woche im Monat hast du die Möglichkeit ins Kino oder ins Theater mit deinen Freunden zu gehen, die am Tage ihre Arbeit tun.

Nach etwa einer Stunde muß das Doppelkopfspiel abgebrochen werden, gegen fünf Uhr beginnen die Schwestern und Pfleger die Behandlungsräume zu säubern. Etwa zwischen fünf und sechs kommen selten Patienten. In dieser

Nacht, bei acht Stunden Dienst, hatte das Personal nur eine Stunde Pause. Gelegentlich ist es mehr, mitunter noch weniger Ruhe. Während die Räume gereinigt werden, gehen wir mit dem Arzt auf die 11.

Die Station 11 liegt am Ende des Rettungsstellenflures. Sie ist eine Art Pufferstation zwischen der Rettungsstelle und den anderen Stationen des Hauses. Patienten, die nach ihrer Behandlung die Rettungsstelle nicht verlassen können und stationär weiterversorgt werden müssen, kommen, zumindest in den Abend- und Nachtstunden zunächst auf die 11. Aber auch solche Patienten, die einige Stunden beobachtet werden sollen, legt man in eines der fünf Zimmer oder einfach auf den Flur der Station. Der Arzt, mit dem wir auf die 11 gehen, will jetzt entscheiden, welche Patienten nach Hause gehen können und welche auf andere Stationen des Hauses gebracht werden sollen. Meist sind solche Visiten mit dem großen Aufräumen verbunden, besonders im Fürstenzimmer: Auf flachen Tragen liegen, meist noch vollständig bekleidet, bis zu fünf, sechs Betrunkene, um ihren Rausch auszuschlafen. Entsprechend ist die Luft in diesem Raum. Oft beißt und bekotzt, mit schwerem Kopf und triefendem Blick, recken sie sich hoch. Die Schwestern öffnen die Fenster und schnauzen die Männer an, schneller zu machen. Diejenigen, die schon jahrelang hier Dienst machen, und es gibt hier „Fünfzehnjährige“, bellen in der gleichen Weise, wie so mancher Fürstenschauze an, mit der uns Patienten hier abblaffen, sagt fast entschuldigend eine der Schwestern. Dabei lacht sie amüsiert. Und übrigens, die besoffenen Frauen liegen in richtigen Betten . . .

Vor dem Röntgenraum steht eine schluchzende türkische Frau, ängstlich in den Raum hineinblickend, in dem ihr kleines Kind gerade geröntgt wird. Es ist vergleichsweise harmlos, eine Unterarmfraktur, vielleicht nicht einmal das, die Röntgenaufnahmen werden es zeigen. Im Warteraum sitzen sicher noch der Vater und Brüder und Schwestern. Solange es nichts Internes ist, geht's ja noch, meint eine der Schwestern zu den ausländischen, meist türkischen Patienten. Sie teilt damit die Meinung der meisten ihrer Kolleginnen und der Ärzte, denen ein chirurgischer Patient, bei dem man relativ leicht die Art des Leidens erkennen kann, lieber ist, als ausländische Patienten, denen alles weh tut, wie die Schwester fortfährt. Besonders in der Fastenzeit der Moslems kommen fast täglich Patienten, die, wie es im Rettungsstellenjargon heißt, unter dem großen türkischen Wanderschmerz leiden. Da diese Menschen ohnehin recht häufig Probleme mit ihrem Magen oder anderen Verdauungsorganen haben, verschärft sich die Situation während des Ramadan. Die Unfähigkeit vieler Patienten, ihre Schmerzen zu beschreiben und die Tatsache, daß nur ein Dolmetscher in der Rettungsstelle zur Verfügung ist, der natürlich auch im Schichtdienst arbeitet und daher auch nur acht Stunden am Tag anwesend ist, erschwert das Gespräch zwischen Arzt und Patient und damit die Diagnose und Behandlung.

Kurz nach zwei Uhr morgens wird ein junger Mann aus Sri Lanka von der Feuerwehr gebracht. Er hat von einem Messerstich eine tiefe Wunde im

Oberschenkel. Wie die Verletzung zustande gekommen ist, versucht der Arzt vergeblich zu erfahren. Der ängstlich dreinschauende, dünne, schwarze Mann spricht weder Englisch noch Französisch, der Arzt versteht ihn nicht. Etwa vier Stunden später, gegen sechs Uhr, fahren wir in die Puttkammerstraße, in der sich die Asylstelle der Stadt befindet. Hier wurde dem Mann aus Sri Lanka die Verletzung beigebracht. Von wem, läßt sich nicht ermitteln, auch nicht der Grund eines wahrscheinlich vorangegangenen Streites. Vielleicht ging es um einen Platz in der Schlange der Wartenden. Erschüttert sehen wir, zwischen Hausmauern und Polizeiabsperrungen gedrängt, hunderte Menschen, meist aus Sri Lanka. Auf der Straße, die riesige Menschenschlange abgehend und immer beobachtend, Polizisten mit hölzernen Schlagstöcken. Sicher unzulässig, aber mir kommen Bilder von zusammengepferchten Juden und schlagenden SS-Leuten in den Sinn.

Seit Stunden stehen diese Menschen hier, um einen Asylantrag zu stellen. Wir wissen, mindestens die Hälfte der Wartenden wird heute keinen Antrag mehr stellen können, es sind zuviele vor ihnen und die Behörden zeigen keine Eile. Die umsonst hier Stehenden werden sich um Mitternacht wieder hier anstellen, werden versuchen zu den ersten zu gehören, die am nächsten Morgen eingelassen werden, sie werden versuchen, in der Nacht, an die Hauswand gelehnt, etwas einzunicken, werden doch nicht schlafen, weil die Schlange sonst an ihnen vorbeizieht und alles von vorn beginnen würde.

Einige Tage später lesen wir in der Zeitung: die Polizei hat sich wahllos Antragsteller aus der Schlange gegriffen und will sie abschieben. Begründung: sie hätten keinen Asylantrag gestellt.

Es ist Abend. Die Feuerwehr bringt eine über 80jährige Frau. Ihre Nichte aus der DDR kam zu Besuch, klingelte an der Wohnungstür, schlug und rief, es regte sich nichts. Sie rief daraufhin die Feuerwehr, die die Tür gewaltsam öffnete. Da lag Frau D. auf dem Boden. Wie sich später herausstellt, mindestens drei Tage, ohne Essen, ohne Trinken. Die Druckstellen vom Liegen sind harmlos, wir haben schon schlimmere gesehen. Nach einigen Tagen auf den gleichen Stellen liegend stirbt die Haut und das darunter sitzende Fleisch ab, es wird schwarz, dunkelrot umrandet. Wir sahen es bei einer Frau, die auch mehrere Tage in ihrer Wohnung lag, bis irgendjemand sie fand und die Feuerwehr alarmierte. Sie hatte mehrere solche Druckstellen am Körper, ihre Kleidung klebte vom Kot und Urin. Wir hatten schon eine Frau hier, sagt eine Schwester, die beim Saubermachen in ihrer Wohnung zwischen Wand und Kachelofen gestürzt war und mehrere Tage dort eingeklemmt verharren mußte. Als man sie herbrachte, konnten wir die abgestorbene Haut von ihr abziehen. Sie starb nach wenigen Stunden.

Frau D., die soeben von der Feuerwehr gebracht worden ist, redet ununterbrochen, doch ihre Laute sind kaum zu verstehen. Nur ein einziges Mal hören wir, gebt mir einen Strick. Da, wo ich lebe, sind die Alten nichts mehr wert. Wäre ihre Nichte nicht gekommen, Frau D. wäre vermutlich in ihrer Wohnung verhungert und verdurstet, wie jener Unglückliche, der vor einigen Tagen in die Rettungsstelle gebracht wurde und nur noch aus Haut und Knochen bestand. Sind es nicht die heute 80jährigen, die zwei furchterliche Kriege,

Hungerjahre, Arbeitslosigkeit und Elend durchmachen mußten und die, wie Frau D., nach dem letzten Kriegsinferno wieder in die Fabriken gingen, um zu produzieren? Man entläßt sie mit 60 in die Einsamkeit, ins Überflüssigsein. Da sind Seniorentreffs doch nur noch Makulatur. Wer nicht gebraucht wird, dem hilft auch ein monatlich stattfindendes Kaffeetrinken nicht. Da, wo ich lebe, teilt man die Menschheit offen in nützliche und unnütze Gruppen ein. Die Alten gehören zu der letzteren.

Es ist Sonnabend. Später Nachmittag. Wir stehen am Eingang zur Rettungsstelle. Ein vielleicht 18jähriger verlangt lautstark seinen Vater zu sehen. Es wird ihm verwehrt. Wir begreifen erst später, sein Vater ist tot eingeliefert worden. Die Aufnahmeschwester vermutet zunächst, es handelt sich um einen bei einem U-Bahnunfall furchterlich zugerichteten Toten und will den jungen Mann deshalb nicht vorlassen. Aber es ist eine Verwechslung, der Vater des Jungen starb an einem Herzschlag in einem Kaufhaus. Der Tote ist inzwischen in die Pathologie gebracht worden. Dort hinunter darf der Junge, aus irgendwelchen formalen Gründen nicht. Er tobt gegen die jetzt auch an der Aufnahme versammelten Pfleger, die immer rasch kommen, wenn es droht, gewalttätig zu werden. Alle Versuche, den Jungen zu überzeugen, daß er seinen toten Vater frühestens am Montag sehen kann, nutzen nichts. Man ruft die Polizei. Wenige Minuten später kommen zwei Polizeibeamte, die stracks auf den Jungen zugehen und ihn mit der Aufforderung, kommen Sie, am Arm packen wollen. Fassen Sie mich nicht an, schreit er die Polizisten an, ich will meinen Vater sehen. Als ihm einer der beiden Polizisten Hausfriedensbruch vorwirft, versteht der Junge die Welt nicht mehr. Vor wenigen Stunden starb sein Vater und nun klagt man ihn an.

Sonnabend gegen 22 Uhr. Auf dem Flur liegt auf einer Trage ein betrunkenener, von allerlei Schlägen ins Gesicht lädierter Mann. Als wir mit der Kamera näher kommen, fühlt er sich offenbar geschmeichelt und beginnt Seemannslieder zu singen. Nach La Paloma kommt ein Arzt und will ihn in einen Behandlungsraum schieben.

Überraschend sicher schwingt sich der Betrunkene von der Trage und lehnt kategorisch jede Behandlung ab. Statt dessen stellt er sich mitten in den Flur und beginnt, sich in die Brust werfend, ein neues Lied für die Kamera anzustimmen. Die Ärzte und Pfleger machen in solchen Momenten meist keine großen Anstrengungen, die Leute zur Behandlung umzustimmen. Wer nicht will, soll gehen. Gegen ärztlichen Rat, steht dann auf dem Aufnahmeschein, hat der Patient die Rettungsstelle verlassen. Das kommt täglich vor. Auch unser Sänger entschwindet, noch immer von der weißen Möwe singend und noch immer mit blutüberströmtem Gesicht aus der Rettungsstelle.

Wir besuchen ihn zu Hause. Eine ordentliche, aufgeräumte kleine Wohnung in Kreuzberg. Nur die Wände bräuchten mal neue Tapeten oder neue Farbe. Ich hab seit einigen Monaten mehrere Rollen Tapeten in der Küche stehen, ich komm aber nicht dazu, sie zu kleben, entschuldigt A., ohne daß wir etwas gesagt hätten, diesen Zustand. Er erinnert sich schwach an uns und an die Nacht in der Rettungsstelle. Immer, wenn ich betrunken bin, fang ich an zu

singen. Gott sei dank, andere werden aggressiv, versucht er sein Verhalten in jener Nacht zu rechtfertigen, ohne daß wir darauf eingegangen wären. Ich bin Alkoholiker, faßt er schließlich zusammen, und es kommt vor, daß ich zwei, drei Tage vollständig blau bin und mich an nichts erinnern kann. Was er denn an jenem Abend getrunken habe und wo und was passiert sei, wollen wir wissen. Mindestens drei Flaschen Wein und dazwischen immer Korn. Neben ihm, in einer der tausend Kreuzberger Kneipen, habe jemand gegessen, der ihn schon den ganzen Abend schief angesehen und plötzlich, ohne irgendeinen Grund, auf ihn eingeschlagen habe. Die Feuerwehr habe ihn dann zur Rettungsstelle gefahren. Die Wunden in seinem Gesicht sind gut verheilt. Er sieht gepflegt aus, weißes Hemd, Krawatte, ein Glas Weißwein vor sich auf dem Couchtisch. Der Fernseher läuft. Es ist ungefähr 17 Uhr.

A. beginnt von sich zu erzählen. Fast alles klingt entschuldigend. Er kommt aus einem kleinen Ort im Ruhrpott. Dort hat er zunächst als Bergmann gearbeitet, bis die Zeche geschlossen wurde. Dann ging er auf Montage. Viel ist er herumgekommen und Geld hat er auch viel verdient. In dieser Zeit fing er zu saufen an. Die erst junge Ehe, aus er ein Sohn stammt, zerbrach. A. zog es in die Großstadt, Berlin war schon immer sein Traum. Hier kannst du machen, was du willst, da kümmert sich keiner drum, anders als in dem kleinen Ort, in dem er aufwuchs. Nun ist er schon einige Jahre hier, seit langem ohne Arbeit, unterstützt vom Sozialamt. Damit komm ich nicht hin, sagt er und erzählt von einer Arbeitsvermittlung, die ihm hin und wieder einen Job auf dem Bau anbietet. Durch Schwarzarbeit versucht er zusätzlich sein Einkommen aufzubessern. Seine Freundin, auch sie ist Alkoholikerin, aber seit einiger Zeit, nach einer Therapie, trocken, hat ihn inzwischen von einer Langzeittherapie überzeugt. Mal sehen, was da alles bei rauskommt, vielleicht erfahre ich da, weshalb ich immer wieder saufe, sagt A.

Wir werden von einer Schwester zum Rettungstelleneingang gerufen, das müßt ihr drehen. Draußen steht eine Gruppe Türken, ein kräftiger Mann in der Mitte, davor, schreiend, eine Frau, von einem Pfleger und einem Arzt gestützt. Sie ist von dem Mann verprügelt worden und in die Rettungsstelle geflüchtet. Das Wortduell zwischen ihm und ihr können wir nicht verstehen, aber soviel ist sicher, sie wird weiter bedroht. Pfleger und Arzt versuchen sie in die Rettungsstelle zu ziehen, drohend davor die Männergruppe. Sie wagen es aber nicht, die Rettungsstelle zu betreten. Die Frau wird auf die 11 gebracht und hier sind es vor allem die Schwestern, die ihr Ratschläge erteilen, ihr die Adresse eines der Frauenhäuser geben und sie zu einer Anzeige gegen den Mann ermuntern. Wenig später erscheint die Polizei und nimmt die Anzeige auf.

Wir haben während unserer Arbeit mehrere geschlagene Frauen erlebt, aber keine, die so entschlossen schien, wie diese Türkin. Sie lassen sich von ihren Kerlen verprügeln und kriechen hinterher doch wieder zu ihnen, stellt resignierend eine der Schwestern fest, was sollen wir da noch tun?

Nach mehreren Nachtschichten sitze ich zu Hause. Gegen Mitternacht erreicht mich ein Anruf von der 11. Schwester F. hat von Auseinandersetzungen

zwischen Polizei und Hausbesetzern in Kreuzberg gehört und meint, da kommt was auf uns zu, ihr solltet herkommen. Ich erreiche in dieser Nacht meine Kollegen nicht mehr. Allein ist es sinnlos. Wir treffen uns vormittags gegen 10 Uhr in der Rettungsstelle.

Auf der 11 sitzt vor einem der Krankenzimmer ein Polizist. Wir fragen die Pfleger nach dem Grund. Der bewacht einen Patienten, flüstert er uns zu, aber wir sind kein Gefängnis.

Wir können vom Flur aus in das Zimmer sehen, in dem sich ein Arzt um einen schädelverletzten jungen Mann kümmert.

Wie wir erfahren, ist der Verletzte von der Polizei während der nächtlichen Auseinandersetzung zusammengeschlagen worden. Zeugen wollen gesehen haben, daß er, schon am Boden liegend und völlig wehrlos, mit Stock- und Stiefelschlägen böse zugerichtet wurde, und daß mehr als eine Dreiviertelstunde verging, bis man den Schwerverletzten in die Rettungsstation brachte. Wir hören von dem Arzt, der den Patienten in der Nacht versorgt hat, wie die Polizei von ihm versuchte, die Personalien und die Diagnose zu erfahren, und wie er sich weigerte, auf die ärztliche Schweigepflicht sich berufend, der Polizei Angaben über seinen Patienten zu machen, und wie er später deswegen gerügt wird, weil er sich nicht zum Hilfsorgan der Polizei machen ließ, sondern seinen ärztlichen Pflichten nachgekommen ist.

Auf der 11 ist inzwischen ein Trupp Uniformierter angerückt. Wir vermuten, der Wache schiebende Polizist hat sie über Sprechfunk gerufen, weil ihn unsere Kamera irritierte. Das Drehen wird uns verweigert. Die Verwaltung des Krankenhauses schaltet sich ein und gibt deutlich zu verstehen, daß wir keine Bilder machen dürfen. Ich knipse am Lichtschalter im Flur vorsichtshalber doch schon mal das Licht an, vielleicht gibt es später eine Möglichkeit zu drehen. Ein bulliger Polizist schaltet das Licht wieder ab. Während ein Kollege versucht, durch freundliche Gespräche eine Dreherlaubnis zu bekommen, wiederholt sich das Lichtspiel zwischen dem Polizisten und mir. Ich habe Wut im Bauch und im Kopf. Und dann sehe ich eines der makabersten Bilder, die ich je zu Gesicht bekam, und ich stehe davor, ohne die Kamera laufen lassen zu können. Im Krankenzimmer stehen drei Kriminalbeamte, darunter zwei junge Frauen, und fotografieren den im Bett liegenden Verletzten, weisen ihn an, den Oberkörper aufzurichten, damit ein günstigerer Blickwinkel entsteht, ich sehe, wie der kopfverletzte Patient mühsam versucht sich zu erheben, sehe die müden, verquollenen Augen, das zuckende Blitzlicht, höre von hinten, wie ein Pfleger sagt, der ist doch kaum bei Bewußtsein, sehe, wie ihm Fingerabdrücke abgenommen werden. Besteht hier etwa Fluchtgefahr, daß das Krankenhaus zum Ort kriminaltechnischer Ermittlungen gemacht wird, oder handelt es sich um eine Machtdemonstration?

Die Anwesenheit der Polizei in der Rettungsstelle wird vom Krankenhauspersonal sehr unterschiedlich gesehen. Ein Aufkleber am Eingang der Rettungsstelle, mit der Darstellung dreier etwas dümmlich dreinblickender Polizisten und die Aufschrift „Wir müssen leider draußen bleiben“ mußte entfernt werden. Es gibt inzwischen aber Anweisungen, die es der Polizei verbieten, die Behandlungsräume zu betreten. Andererseits ist das Personal in manchen Fragen auf die Hilfe der Polizei angewiesen, etwa wenn es um die Ermittlung

von Patientenanschriften geht, oder bei der Abwehr aggressiver Patienten. Während unserer vierwöchigen Arbeit sahen wir täglich mehrmals Polizisten innerhalb des medizinischen Bereichs, was eine Ärztin so kommentierte: Die spazieren inzwischen wieder durch die Behandlungsräume und Flure, wie auf einem Boulevard.

Vier Wochen Rettungsstelle, das war für uns eine Konfrontation mit den Opfern einer sozialen Situation, die Alkoholismus, Drogensucht, Einsamkeit, Verzweiflung und Aggressivität hervorbringt, alles Auswirkungen, die medizinisch nicht zu ändern sind. Ohnmächtig stehen Ärzte und Pfleger vor diesen Problemen, vor ihren Patienten. Sie können in der Rettungsstelle die Wunden nur zunähen, ihre Anlässe nicht beseitigen. Wie fragwürdig wird Medizin, wenn sie nur noch im wahrsten Sinn des Wortes herumdoktert, wenn sie nicht wirklich helfen, nur aufschieben kann, wenn sie Symptome behandelt, die Ursachen aber ignoriert? Den meisten der in der Rettungsstelle Arbeitenden ist dies bewußt, die Formen der Bewältigung gehen jedoch weit auseinander. Der Sarkasmus, die Witze und die Ironie sich selbst, den Patienten und auch dem Beruf gegenüber, gehören ebenso dazu, wie die Resignation den eigenen ehemaligen Ansprüchen gegenüber. Dann gibt es noch die ganz Hartgesottene, die jeden Zusammenhang zwischen sozialen und medizinischen Problemen leugnen. Es sind keine schlechten Ärzte oder Schwestern, die so denken, es sind die schlechten Zustände, die diese Trennung bewirken.

Gegen Ende unserer Dreharbeiten sagt uns ein Arzt, er habe den Eindruck, der massenhafte Alkoholismus sei eine durchaus erwünschte Erscheinung. Er meint damit, wenn Millionen Menschen ihre Probleme mittels Alkohol zu lösen versuchen, werden die Zustände, die Vereinzelung, Vereinsamung, Überflüssigsein hervorrufen, nicht positiv verändert werden.

In einer Kieler Kneipe las ich unlängst diesen Spruch:

Sup di dumm
und sup di dick
und hol' dat Mul von Politik.

Alf Tondern verheißung

aus der zukunft schau ich herab
auf eure noch-nicht-vergangenheit

der dritte weltkrieg
hat die erde nicht entvölkert
eine brasilianische küchenschabe
immun gegen jede radioaktivität

leitete die neue evolution ein

zeitläufe

als es kalt wurde
verkroch ich mich in der achsel
höhle eines zirkusclowns

so verging meine lehrzeit

im walde
fand ich ein blatt papier
übriggeblieben von der aktion umweltschutz
ich schrieb einen vers darauf

bevor ich es verbrannte

wie ich auf den mond gekommen bin
weiß ich nicht
ich merkte es erst

als über mir die erde aufging

salto mortale

wenn man jetzt abbremst
in der alptraumhaft langen rechtskurve
besteht die gefahr
daß man aus der bahn geschleudert wird
weit hinaus in den weltraum
und dann in freiem fall
die einzige landebahn verfehlt
von der aus die straße
wieder nach links führt

Uli Becker Asphalt – schwälende Tage

(Berlin im Herbst 1981)

Wer jetzt kein Haus hat, der besetzt eins
und ruft die Bevölkerung zum Mitmischen auf:
„Kommt massenhaft zum Pinseln, Quatschen, Feiern!“
Die Grünen kommen, Schwarze, Violette, alle
durcheinander wie die Fingerfarben in der Kita.

Ein Klacks für routinierte Schlachtenmaler,
(im Rückgriff auf die Gesetze der Farbenlehre)
aus diesem kunterbunten Haufen eine monochrome
Schmiere anzurühren und die Kioske zu überrollen:
Kackbraun! Der Herbstton, Zeit der Big Abräume.

Chinakracher fliegen, um das Böse zu vertreiben,
keine Worte mehr des Großen Vorsitzenden selig.
Saubere getimed die Meldung von dem Beamten,
der erst ein Messer zwischen die Rippen kriegt
und dann doch nicht, das Dementi spät genug

für den Redaktionsschluß der Überregionalen.
Ein Hörfehler. Passiert ist passiert. Die Ente
so gut wie unsinkbar in einer Wanne voll Bullen,
die den Befehl zur Befehlsausübung erwarten.
Da kommt der Bus! Fahrer gibt in Notwehr Gas.

Blumen auf dem Asphalt: Ohnmacht, Astern-Power.
Beim Beate Uhse-Laden am Zoo die Schaufenster
vernagelt für die Schweigedemo, prophylaktisch,
sind schließlich empfindliche Körperteile,
auch wenn sie nur aus Gummi sind. *Nur Gummi?*

Was heißt das schon? Die Leistung entscheidet!
Die Knüppel tanzen, daß die Schwarte kracht,
Blut sickert in den Kragen, heiß und jung.
Männer vom Bau marschieren für den Erhalt
der Arbeitsplätze in der Absanierungsbranche,

auch samstags/sonntags, Bier wird gestellt.
Zuhälter von der Potse räumen unbürokratisch
ein Haus, Goodwill-Aktion: Soll keiner sagen,
sie vergreifen sich nur an kleinen Mädchen!
Der Senat und das Volk von Berlin sind einig:

Friede den Hütern, Krieg den paar letzten –
Chaoten! Ordnung ist das halbe Leben, und ganz
wär's eh zuviel, den Leuten steht's bis hier.
Hör ich da „Ungeil, daß Beton nicht brennt“?
Der Reichstag tat's noch – aber Gute Alte Zeit?!

Wilfried Meyer wieder kaiserwetter heute

wieder kaiserwetter heute
azoren-hoch ankert bei karlshafen
luft 32 wasser 20 grad celsius
die himmel wie weggeblasen
kein silberstreif am horizont
nichtmal blau über der stadt:

Auf geht's ins grüne Planquadrat B/7!
Jetzt sogar bewässert!
Paare bilden sich wie von selbst
und sichern die Zukunft.
für Kinder ist gesorgt.
Senioren bieten wir ein Schattendasein.

und du
in welcher klarsichthülle wirst du dich heute unterbreiten
könntest ja auch mal was
zum gelingen des tages beitragen
wo der galgenhumor längst kollektiv geworden ist

DAS LEBEN IST KEINE BUTTERFAHRT –
NUR DIE TEILNAHME ZÄHLT!

und seit die grünen
uns so schön voranleuchtmoosen
atme ich sogar bei smog
unaufhaltsam weiter

AM HAKENKREUZ
ein mit Fesseln Gekreuzigter:
ein Plakat von 1932
„Der Arbeiter im Reich des Hakenkreuzes“
Im Reich des Hakenkreuzes
bin ich geboren
auf meiner Geburtsurkunde der Adler
umspannt mit den Krallen
das Hakenkreuz
Der Adler hat überlebt
Das Hakenkreuz
hat er fallen gelassen
auf meinem Personalausweis
hat er die Krallen seitwärts weggestreckt
die Flügel gehoben
und die Muskeln gespannt
so
stempelt er heute ab

HE, MANN, WAS SINGT DA SO IN DEN DRÄH TEN
was erzählen die Pistolenkugeln
sich für Geschichten was
plaudern die Messer aus die
aus den Rücken gezogenen
Auf der Flucht erschossen
sind die die vorwärts gehn und
aufrecht he, Mann, halt mich fest
daß ich nicht davonlauf nach
wo mich niemand mehr herholt

Eberhard Kirchhoff Anhörung

Vorsitzender:	Stimmt es, daß sie in ihrer Wohnung ein Poster von Karl Marx hängen haben?
Davorsitzender:	Ja, das stimmt.
Vorsitzender:	Dann sind sie also Marxist?
Davorsitzender:	Die Leute sagen immer, Marx hätte eine gute Idee entwickelt – aber sie lasse sich nicht in die Praxis umsetzen.
Vorsitzender:	Ja und?
Davorsitzender:	Ich bin kein Anhänger dieser Theorie.

Hans-Werner Bartsch

Stell dir vor,
es ist Krieg,
und keiner geht hin.

Stell dir vor,
die Bundeswehr beruft
einen Jahrgang ein,
und keiner gehorcht.
Es gibt nicht genug
Gefängnisse und
Arrestzellen, und
alle bleiben frei.
Wir sind wehrlos
dem Frieden ausgeliefert.

Stell dir vor,
auf allen Flugplätzen
stehen die Starfighter
Bomber und
Raketenträger, und
keiner steigt ein.
Der Himmel bleibt still,
kein Dröhnen der Düsenmotoren
stört die Ruhe.
Nur ganz oben,
10 000 Meter hoch fliegen
Flugzeuge in ferne Länder
nach Ost und nach West
mit Menschen, die
Fremde freundlich
besuchen wollen.

Stell dir vor,
die BILD-Zeitung liegt
stapelweise auf Ladentischen
und in Kiosken, und
keiner kauft.
Keine blutrünstigen Geschichten,
keine Bedrohung,
keine Krise,
kein Krieg.

Stell dir vor,
stell dir vor!
Vielleicht wird es
eines Tages
Wirklichkeit.

H.-J. Buber Zwielichtige Gestalten II

Es begab sich
daß da über ihr eigenes Handeln
betrübt, in Schrecken versetzt von
der Bösartigkeit ihrer neuesten Waffen,
aufgerüttelt von Pfarrern und Sängern und
eingedenk ihres eigenen verletzlichen Lebens
– auch auf Haiti und Hawaii –
wie eine große Familie
in langem Zug der Luxuslimousinen
mit einem klagenden Geheul der Hupen,
angefeuert von Redakteuren der Presse
und wohl beraten von ihren
Abgeordneten aller Couleur die
milliardenschwere Panzer- und Bombenclique
sich geschlagen nach Bonn begab,
dort, zum Entsetzen des nun
schutzlosen Volkes die Rüstung verweigerte
und Befehl gab
in ihren Fabriken
nur noch Brot zu backen.

Hans van Ooyen
Welcher Mut!

Kämpften wir. Stürmten
wir. Griffen wir an.

Überrannten wir. Zerstörten
wir. Rückten wir vor.

Besetzten wir. Eroberten
wir. Machten wir nieder.

Gib nicht auf!
Wir haben es fast
geschafft
nur diesen einen
Berg Leichen noch.

Gabi Wehrle Kälte 1

welche grausame Kälte
will mein Gefühl
einfrieren
dieses brennend
heiße Gefühl
Hoffnung
aber das sitzt zu tief
zu tief
viel zu tief
und hilft mir
allein
in dieser Kälte
nicht zu erfrieren
nicht zu erfrieren
in dieser Kälte
wer schreit da
Spinner?

Claudia Brune Start

Einst wollt ich
was schreiben
über Hegels Wirklichkeitsbegriff,
hatte aber
meinen eigenen
noch nicht gefunden
und darüber
bin ich gestolpert,
dann
wollt ich weg,
aber
dort fand ich mich auch nicht.
Also
nochmal von vorn.

Kälte 2

welche verfassungstreue Kälte!
eingepackt in graue Anzüge
verschnürt in Krawatten
zusammen mit einem Strauß
deckfarbener Nationalflaggen
an alle Neuen
als Geschenk überreicht
Schnittkante Bügelfalte
schneidet mir in den Mund
dieses Geschenk lehne ich
undankbar ab
wer schreit da
Verfassungsfeind?

Ein kalter Tag

Es gibt Tage,
da wünsch ich mir
eine innere Kugelweste
und
ein äußeres Bärenfell,
weil
da ist mir
nur noch kalt.

Alfred Gulden Sprecherziehung

IN DIESEN SÄTZEN

In diesen Sätzen
ohne Grund
einfach zu kompliziert
von Anfang an
endlos
drückt er sich
herum
aus

AUF EINMAL

Da auf einmal stehen
in der Rede mitten
nur die Augen gehen
Hilfe suchend auf
die Decke weiß
von nichts

DIE DA

Die da so keift
das Hexenweib
war auch mal jung
im Fotoalbum klebt ihr noch
ein Lächeln schief am Mund
wer hat ihr wann
das Lächeln abgerissen
der die so keift
das Hexenweib
jetzt

IRR

Mir nichts dir
nichts zu sagen mehr
still
die Vögel picken
Brot vorm Fenster
laut lache ich
sie fort
irr

ARGUMENT

Nichts da verloren
außer die Angst
aus dem Kopf geschlagen
in die Füße
das Argument laufen
so weit es geht

WIDERSTAND SEIN

Nein gesagt immer
Widerstand sein das Kind
das hört nicht
die Hände abfaulen
sehen reiß das Auge aus
in der dunklen Ecke
stehen bis die Luft
ausgeht der Widerstand
sein

Brigitte Werner vor der Stadt

Hundegeruch an heißem Wegrand
Disteln pelziggepudert
von Staub die Felder
im Wind wie schleichende Katzen
reiben ihr grüngraues Fell
am löchrigen Blau
in das man zerrissene Wäsche
gehängt hat über odentlich gekämmten Wald

Einbank

abends im Park lauter Bänke
mit einzelnen Frauen und Männern
wie seltsam diese hölzernen Inseln
mit Robinson ohne Freitag mitten im Grünen
auf Rettung wartend los knüpft Segel
an eure Boote durchrudert die Wiesen
die Strömung ist gut die Leuchttürme blinken
wenn ihr die Deckel vom Fernrohr nehmt
seht ihr die Klippen geordnet
spuckt in die Hände die Strömung ist gut
doch man weiß nie
obesauchrechtist
obesauchrechtist
obesauchrechtist
kreischen die Möwen

vorbei

dein Zug fuhr ein
und ich konnte
mit meinem großen Gepäck
so schnell nicht
aufspringen –
nun packe ich
die Koffer wieder aus
und stelle alles
an seinen alten Platz
zurück:
das Herz
wieder in die
Vitrine

Nachbarschaft

die gefältete Sicht eurer Fenster Nachbar
bringt Ordnung in euren Ausblick
so wie die Kakteen links und rechts
vom fleißigen Lieschen im Kupfertopf
auf eurem Sofa die Kissenparade
trägt ihren Kniff genau in der Mitte
die Fransen des Teppichs sind sorgsam gekämmt
selbst die Beete im Garten werden gescheitelt
und die Mützen der Zwerge geputzt –
eure Bügelfalten Nachbar sind scharfe Linien
die reichen bis in euren Blick
und teilen die Welt in Schwarz und in Weiß
in recht und in schlecht denn: Ordnung muß sein
hinter eurer Fassade mit dem gefälteten Ausblick
WO KÄM MAN SONST HIN . . .

Jens Pallas Ein kleiner Mann in einem kleinen Zimmer

Es ist schon halb zehn
Der Mond scheint
In das Zimmer
Schimmer
Schemen
Schatten
Der schwarze Mann vom Dachfirst gegenüber
Erwehrt sich jeder Realität

Und

Der kleine Junge
Hört
Vom kleinen Mädchen
Daß die Dunkelheit
Vater und Mutter mordet

Barbara Schmidt-Alms Überlegung

Wenn's so weiter geht, sterb ich
im Kaufhaus zwischen Packtischen, die Einkaufstasche
mit Cola und Volksblatt in der Hand, das Herz
voller Packeis und Jesus auf bald, mit all
den cremig verdeckten Wunden,
mich selbst im Nacken und die Akten im Amt,
wo abgelegt ist, was ich einst wollte.

Traum und

Ja, Adorno,
da kam ich da rein
da sah ich ihn
runder Körper
abgezirkelte Schritte
sah ihn entlangspazieren
an der Decke entlang
den Luftballon in der Hand
rot schwebend
genau bewegte er sich
im leeren Zimmer
an der Decke entlang
langsam und genau
vor den weißen Wänden
kopfunter mit Leichtigkeit
im grauen Anzug mit Weste

Albert Maurer Die Lösung

Der aus 27 kleinen Würfeln
zusammengesetzte Rubik-Würfel
zeigt auf jeder seiner sechs Seiten
eine besondere Farbe.
Im Spiel sind die Farben
durch Drehen der kleinen Würfel
zu verwirren und
danach in ihren ursprünglichen
Zustand zu drehen mit
43 252 003 274 489 856 000
Möglichkeiten. „Die Lösung
kann Tage oder Wochen dauern oder
sie wird zu Ihrem Lebenswerk.“
Unter der Erde in den U-Bahnen
in den S-Bahnen über der Erde
sitzen die Menschen und suchen
nach der Lösung.

Jörg Huffs Schmid Langzeitwirkungen steigender Militärausgaben

I. Voraussetzungen

Es steht zunächst und vor allem zu befürchten, daß es keine Langzeitwirkungen steigender Militärausgaben geben wird. Die Massenvernichtungsmittel, die überall in der Welt (insbesondere aber in der Bundesrepublik) angehäuft sind – allein mindestens 50 000 Atomsprengköpfe mit der Zerstörungskraft von einer Million Hiroshimabomben, dazu chemische und biologische Kampfstoffe in unbekanntem Umfang – reichen aus, die Menschheit zu vernichten. Daß es zu einem Einsatz dieser Mittel kommt, wird in dem Maße wahrscheinlicher, in dem die USA-Regierung mit ihren Plänen zur Rückeroberung der Vormachtstellung in der Welt durchkommt. Die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen soll einen atomaren Erstschlag gegen die sozialistischen Länder von westeuropäischem (insbesondere bundesdeutschem) Boden aus ermöglichen und damit den Atomkrieg von der Stigmatisierung als *Ende* aller Politik befreien und zum *Mittel* der (Erpressungs)politik machen. Der absehbare Einsatz dieses politischen Hebels würde einen erheblichen Teil der Menschheit – und wahrscheinlich alle Menschen in der BRD und in der DDR – liquidieren und den Rest in Verhältnisse bomben, für die keine Perspektiven ausgedacht werden können.

Über die Langzeitwirkung steigender Militärausgaben sinnvoll nachzudenken, unterstellt also, daß die Welt in den nächsten Monaten und Jahren nicht atomar vernichtet wird. Diese Voraussetzung ist keine Selbstverständlichkeit; sie zu sichern, verlangt den vollen Einsatz aller, die leben wollen, in der Friedensbewegung.

II. Globale Wirkungen steigender Militärausgaben

Nehmen wir nun also an, die globale atomare Menschheitsvernichtung könne durch Massenmobilisierung für den Frieden verhindert werden. Die Perspektiven fortgesetzter Hochrüstung sind schnell geklärt: Rüstungs- und Militärausgaben bedeuten Inanspruchnahme von Energie, Land, Maschinen, Rohstoffen, menschlicher Arbeitskraft und technologischem Wissen für Zwecke, die weder – als Konsumtionsmittel – die gegenwärtigen, noch – als Produktionsmittel oder Infrastrukturleistungen – die künftigen Lebensbedingungen verbessern. Sie können nicht für die Lösung der dringenden Entwicklungsprobleme eingesetzt werden, die sich in den Jahrzehnten seit dem 2. Weltkrieg herausgebildet haben und die Lebensperspektiven der Menschheit bedrohen: Die Bevölkerung der Erde wird bis zum Jahre 2000 um knapp 50 % oder gut 2 Milliarden auf 6,4 Milliarden Menschen ansteigen. Es wird außerordentlich schwierig werden, die Versorgung dieser Menschheit mit Nahrungsmitteln und Energie sicherzustellen. Die natürlichen, erneuerbaren Lebensgrundlagen wie Wasser, Luft, Erde und Wälder sind in den letzten Jahrzehnten in einem historisch noch nie dagewesenen Maße belastet, verseucht und teilweise zerstört worden. Ihre Wiederherstellung und Erhaltung erfordert pflegliche Behandlung und steigende Aufwendungen. Die nicht erneuerbaren Ressourcen wie Kohle und Öl sind zwar nicht erschöpft, die Ergiebigkeit vieler

erschlossener Lager läßt jedoch nach, und die Erschließung neuer Lager ist außerordentlich kostenintensiv. Allein die großen weltweiten Aufgaben, Energie- und Nahrungsmittelversorgung sowie Umweltschutz, werden in den nächsten Jahren ungeheure finanzielle Mittel verschlingen, und dies unter weltweit erschwerten Wachstumsbedingungen, die für die kapitalistischen Industrieländer in offenen und anhaltenden Wirtschaftskrisen zum Ausdruck kommen.

Nach wie vor werden jedoch sechs Prozent des Welteinkommens und im Weltdurchschnitt 22 Prozent aller Staatsausgaben für das Militär verwendet. Die Militärausgaben der Welt betrugen im Jahre 1980 mindestens 500 Milliarden Dollar; das ist genauso viel wie das Volkseinkommen aller lateinamerikanischen Länder oder aller afrikanischen und südasiatischen Länder zusammen, genauso viel auch wie die Bruttoanlageinvestitionen aller Entwicklungsländer der Welt. Noch immer gibt es mehr Soldaten als Lehrer auf der Welt, und es werden mehr Forschungs- und Entwicklungsausgaben für das Militär verwendet als für den Energie-, Gesundheits-, Umwelt- und Landwirtschaftsbereich zusammen, mehr als sechsmal soviel wie die Forschungs- und Entwicklungsausgaben aller Entwicklungsländer zusammen betragen.

Es scheint mir wichtig, zunächst auf diesem globalen Aspekt steigender Militärausgaben zu bestehen. Denn auch die Probleme der Energie- und Nahrungsmittelversorgung sowie der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sind global, ebenso wie die Hindernisse, die ihrer Lösung durch hohe und steigende Rüstungsausgaben in den Weg gelegt werden. Demgegenüber sind die Erscheinungen der Probleme und die Strategien, mit denen sie angegangen werden, die Art, wie ihre Bewältigung durch Rüstungsausgaben behindert wird, je nach den spezifischen ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen verschieden.

– In den hochentwickelten kapitalistischen Industrieländern werden die Krisentendenzen verstärkt: Mehr Rüstungsausgaben auf Kosten anderer öffentlicher Leistungen senken die soziale Versorgung der Bevölkerung, steigern die Arbeitslosigkeit, beschleunigen die Inflation, untergraben das technologische Niveau der Wirtschaft, verstärken die Umweltbelastung. Die sozialökonomischen Entwicklungsprobleme, mit denen sich die Länder des staatsmonopolistischen Kapitalismus ohnehin seit Jahren in steigendem Maße konfrontiert sehen, werden durch Militärausgaben nicht gemildert, sondern vertieft.

– In den sozialistischen Ländern schlagen sich hohe Militärausgaben zwar nicht in Arbeitslosigkeit und Inflation, aber doch unmittelbar in einer Verknappung der Mittel für den gesellschaftlichen Konsum und/oder die Erweiterung und Modernisierung des Produktionsapparates nieder. Sie engen damit die Möglichkeiten zur Verwirklichung umfassender sozialpolitischer Programme und zur kontinuierlichen Steigerung des Lebensstandards ein und verlangsamen den Prozeß, in dem der Sozialismus sich als demokratische und krisenfeste Alternative zum zunehmend autoritären und krisengeschüttelten Monopolkapitalismus festigen kann.

– Insbesondere werden die Entwicklungsperspektiven der Länder der Dritten Welt verbaut, wenn diese Länder ihre ohnehin spärlichen Devisen zum Kauf

von Waffen statt von Maschinen und Anlagen sowie ihren Staatshaushalt zur Unterhaltung eines Militärapparates statt zur Festigung der eigenen ökonomischen Entwicklungsgrundlagen verwenden. Wenn darüber hinaus die Spielräume für Entwicklungshilfe von seiten der anderen Länder durch hohe Militärausgaben liquidiert werden, sinken die Entwicklungschancen für Länder der Dritten Welt weiter, das Nord-Süd-Gefälle und die damit verbundenen politischen und militärischen Spannungen nehmen zu.

III. Der Stellenwert von Rüstung und Sozialabbau in der bundesdeutschen Politik

Weiß die Bundesregierung, die für die Vorbereitung der Bundesrepublik zum atomaren Schlachtfeld und für die verstärkte Aufrüstung hierzulande verantwortlich ist, dies alles nicht? Ist sie kriegsbesessen, verrückt oder defätistisch? Ich denke nicht. Die Bundesregierung weiß, daß nach einem atomaren Schlagabtausch nichts mehr übrig bliebe, was zu regieren wäre, wahrscheinlich nicht einmal die Regierung selbst. Sie weiß, daß die Bedrohung aus dem Osten ein Märchen von kalten Kriegen ist. Sie weiß schließlich auch – und erfährt es in diesen Monaten drastisch – daß wirtschaftliche Dauerkrise und anhaltende Massenarbeitslosigkeit die politischen Grundlagen ihrer parlamentarischen Mehrheit zerstören. Also geht sie, so muß man schließen, davon aus, daß der atomare Schlagabtausch nicht stattfindet, daß die Russen nicht kommen und daß es mit der Wirtschaft über kurz oder lang wieder aufwärts gehen wird – und daß ihre Politik zur Erhaltung des Friedens und Sanierung der Wirtschaft beiträgt.

Es besteht ein Widerspruch zwischen der politischen Selbstwahrnehmung der Bundesregierung und den objektiven Wirkungen ihrer Politik, die im übrigen nicht gerade das Geheimnis esoterischer Außenseiterzirkel sind: Der Zusammenhang zwischen Rüstung und Kriegsgefahr auf der einen und Rüstung und Wirtschaftswachstum bzw. Unterentwicklung auf der anderen Seite ist nicht nur in zahlreichen wissenschaftlichen Untersuchungen und in offiziellen UNO-Berichten erläutert und analysiert worden; er ist beispielsweise auch ein zentrales Thema des Berichtes der „Nord-Süd-Kommission“, dessen Vorsitzender ja bekanntlich der Vorsitzende der maßgeblichen Regierungspartei in Bonn war.

Um diesen Widerspruch zu erfassen, muß man die Gesamtstrategie der Bundesregierung analysieren. In ihr ist Aufrüstung nur ein – und nach dem Verständnis der Bundesregierung nicht einmal besonders zentrales – Element. Die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen spielt in diesem Gesamtkonzept nur eine Nebenrolle. Das Hauptproblem in der Bundesrepublik besteht für die Bundesregierung vielmehr in der anhaltenden Wirtschaftskrise, genauer gesagt in der düsteren Perspektive für die Entwicklung der Privatwirtschaft in den nächsten Jahren. Die politische Gesamtstrategie zielt dahin, diese Perspektiven aufzuhellen, die Rahmenbedingungen für die private Wirtschaft nachhaltig zu verbessern und zu diesem Zwecke eine „grundsätzliche Wende in der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik“ herbeizuführen. Militär und Rüstung spielen in dieser Konzeption zunächst keine beherrschende Rolle. Das Problem und die Gefahr liegen aber darin, daß

im Laufe des – absehbaren – Versagens der auf ihr beruhenden Politik die Bedeutung von Militär und Rüstung unter dem Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes zunehmen und die Strategie schließlich insgesamt zu offenem Militarismus übergehen wird.

Was ist Inhalt der „grundsätzlichen Wende“?

Das Grundmuster der Argumentation ist denkbar einfach?

Überzogene Ansprüche der Menschen, ausufernde Reformtätigkeit des Staates und außenwirtschaftliche „Verwerfungen“ hätten die Wirtschaft bis zur und über die Grenze der Leistungsfähigkeit hinaus belastet. Diese Belastungen müßten jetzt durch konsequente Beschränkung der Ansprüche zurückgeschraubt werden.

Konkret heißt das:

- nachhaltiger und langfristiger *Einkommensabbau* der Lohn- und Gehaltsempfänger.

- spürbarer *Sozialabbau* durch Einschnitte in die Leistungsgesetze

- fortschreitender *Demokratieabbau* durch Einschränkung gewerkschaftlicher Mitbestimmungsrechte sowie bürgerlicher Freiheitsrechte.

Dieser Dreischritt beim Abbau sozialer und demokratischer Positionen wird verstanden als Beseitigung von „Investitionshemmnissen“ und Auflösung des „Investitionsstaus“, der sich im Gefolge hoher Lohnansprüche, staatlicher Einmischung in die Unternehmensfreiheit und anhaltender Widerstände gegen Umweltzerstörung gebildet habe. Die Belebung der Investitionstätigkeit würde auch Produktion, Beschäftigung und Einkommen wieder steigen lassen und die Dynamik der Marktkräfte anstoßen, die zur Lösung der sozialökonomischen Entwicklungsprobleme erforderlich sei.

Nehmen wir an, einer solchen Strategie sei zunächst Erfolg beschieden, es komme also tatsächlich zu mehr Investitionen. Eine Investition ist eine Erweiterung oder Verbesserung des bestehenden Produktionsapparates. Das Ergebnis eines Investitionsbooms wären also ein erheblich erweiterter und/oder modernisierter Produktionsapparat und entsprechend vergrößerte Produktionskapazitäten. Zweck der Tätigkeit kapitalistischer Unternehmen ist aber nicht die Herstellung von Produkten, sondern die Erzielung von Profit durch den Verkauf von Waren. Es stellt sich daher die Frage, wer die Waren, die mit dem erweiterten Produktionsapparat hergestellt werden sollen, kaufen kann. Die erforderliche zusätzliche Kaufkraft kann sicher nicht von den Arbeitern und Angestellten kommen, deren Einkommen durch Austeritätspolitik gesenkt wird. Sie kann auch nicht vom Staat kommen, dessen Ausgaben ja gerade erstens gekürzt und zweitens in einen speziellen Bereich, die Rüstung gelenkt werden. Sie könnte von den Unternehmen selbst kommen; Käufe von Unternehmen bei Unternehmen erfolgen jedoch zu Investitionszwecken, so daß sich das Problem erneut und verschärft stellen würde. Wenn diese inländischen Verkaufskanäle durch die Politik der Nachfragedrosselung verstopft werden, bleibt als einzig gangbare Perspektive der Warenexport. Die Expansion auf dem Weltmarkt ist in der Tat neben der Austeritätspolitik im Innern die zweite tragende Säule der Konzeption zur Sanierung der privatwirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven. Die Ausdehnung des Exports ist schon

länger ein wichtiges und wirksames Krisenventil für die westdeutsche Wirtschaft gewesen – nach 1967 wäre der Aufschwung weder so schnell noch so intensiv erfolgt ohne eine enorme Ausdehnung des Außenhandels; und auch nach 1975 wäre die Produktion noch langsamer angestiegen ohne die überdurchschnittlichen Exportentwicklungen. Bei der verstärkten außenwirtschaftlichen Expansion (die neben der Sicherheit von Absatzmärkten auch die von Kapitalanlagegebieten und Rohstoffquellen umfaßt) werden im wesentlichen drei Mittel eingesetzt:

- die Technologiepolitik, die ausdrücklich unter der Priorität der Förderung internationaler Wettbewerbstätigkeit steht (ohne Rücksicht auf die Folgen von Rationalisierungen für die inländischen Arbeitsplätze),

- die Kredit- und Entwicklungshilfepolitik, die mit Auflagen an die Empfängerländer verbunden wird,

- zu diesen mehr traditionellen Mitteln der bundesrepublikanischen Außenwirtschaftspolitik kommt in den letzten Monaten ein zunehmendes militärpolitisches Engagement. Die Bundesregierung entsendet zwar (noch) keine Bundeswehreinheiten zur Sicherung der Ölquellen im Nahen Osten (allerdings kreuzt die Bundesmarine neuerdings auch in der Karibik), aber sie unterstützt die US-amerikanischen Vorbereitungen für militärische Interventionen zur Sicherung ökonomischer Interessen „des freien Westens“ in aller Welt. Diese Unterstützung ist:

- *ideologisch-propagandistisch*: So wird von „Sicherung unserer Lebenslinien“ und „Wahrnehmung weltpolitischer Verantwortung“ durch die USA gesprochen, wenn es darum geht, militärische Intervention zur Sicherung wirtschaftlichen Einflusses zu rechtfertigen;

- *materiell-finanziell*: Die Bundesrepublik, jetzt schon größter amerikanischer Militärstützpunkt außerhalb der USA, wird auf die Rolle als Durchgangsstation für die „Schnelle Eingreiftruppe“ (deren weltweites Oberkommando übrigens in Heidelberg stationiert ist) noch besser vorbereitet: Hierzu dienen die Anlage weiterer Waffenlager und Munitionsdepots, der Bau von Militärflugplätzen und Soldatenwohnungen usw. Das im April unterschriebene „Wartime Host Nation Support Programme“ (Unterstützungsprogramm der *Gastgebernation* [!] im Krisenfall) ist das jüngste öffentlich bekanntgewordene Beispiel für diese Unterstützung.

- *militärisch*: Die Bundesregierung stimmt einerseits der Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in der BRD zu, mit denen die Sowjetunion unter der Drohung eines atomaren Erstschlages zum Stillhalten erpreßt werden soll, wenn die USA in anderen Teilen der Welt militärisch interveniert. Zum anderen wird die eigene Aufrüstung beschleunigt betrieben, um im Falle der Verlegung amerikanischer Truppen und Waffen die entstehenden Lücken füllen zu können.

Daß die Bundesregierung die militärische Überlegenheits- und Interventionsstrategie der USA als zahlender Juniorpartner so unzweideutig unterstützt, ist nicht allein aus historischen Bindungen an die USA und nicht allein aus ökonomischen und politischen Abhängigkeiten zu erklären. Es ist vielmehr Ausdruck des Interesses, das die Bundesregierung an der Sicherung ökonomischer Einflßzonen in den Ländern der Dritten Welt hat – eine Sicherung, die

notfalls auch mit militärischer Gewalt erfolgen soll. Auch wenn die Öffnung der Märkte und Anlagefelder durch die US-Globalstrategie materiell nicht für „den freien Westen“, sondern in erster Linie für die US-Konzerne erfolgen würde – dies birgt Konfliktpotentiale zwischen den USA und der BRD! – kann plausiblerweise damit gerechnet werden, daß auch bundesdeutsche Konzerne hiervon profitieren werden, jedenfalls in kürzerer Frist. In diesem Punkte decken sich US-amerikanische und bundesdeutsche Expansionsinteressen – allerdings auf der Grundlage jeweils durchaus unterschiedlicher geographischer, sicherheitspolitischer und gesamtwirtschaftlicher Ausgangslagen.

Sozialabbau und Hochrüstung stehen also nicht nur in einem Finanzierungsverhältnis zueinander. Sie sind vielmehr eigenständige Elemente einer umfassenden Gesamtstrategie, die durch Austeritätspolitik auf der einen und Expansionspolitik auf der anderen Seite die Entwicklungsperspektiven für die Privatwirtschaft in der BRD langfristig und nachhaltig verbessern will. Zur Einschätzung der Langzeitwirkungen steigender Militärausgaben müssen die absehbaren Wirkungen und Erfolgchancen dieser Strategie analysiert werden.

IV. Dauerkrise und Militarismus: Perspektiven steigender Militärausgaben in der Bundesrepublik

Rotstift und Rüstung: Schritte in die Verelendung

Die Bundesregierung betont immer wieder die Notwendigkeit, die öffentlichen Finanzen durch eine drastische Beschränkung der Staatsausgaben zu konsolidieren. Diese Priorität staatlichen Handelns ist in den Koalitionsvereinbarungen vom November 1980 festgelegt worden. Die „Haushaltsoperation 1982“ war der erste große Anlauf, der Sanierung der Staatsfinanzen dadurch näher zu kommen, daß die Steigerungsrate der Bundesausgaben mit gut vier Prozent niedriger angesetzt wurde als die Inflationsrate. Auch für die nächsten Jahre sind mit Anhebung von ca. drei Prozent weitere reale Kürzungen der Staatsausgaben vorgesehen. (Es muß allerdings bezweifelt werden, ob diese Kürzungen angesichts anhaltender Wirtschaftskrise und steigender Arbeitslosenzahlen durchsetzbar sind. Auch bei massiver Kürzung der Sozialleistungen für den Einzelnen dürfte die zu erwartende Zunahme der Zahl der Anspruchsberechtigten die staatlichen Kassen verstärkt belasten.)

Die Sparpolitik ist jedoch nicht so umfassend, wie die Bundesregierung dies vielfach behauptet. Es wird in der öffentlichen Diskussion in der Regel unterschlagen, daß im Rahmen und unter dem Mantel der scheinbar tabulosen „Konsolidierung“ gleichzeitig eine allmähliche Umstrukturierung der Staatsausgaben zu Lasten der Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und Infrastrukturausgaben und zugunsten der Unternehmenssubventionen und Militärausgaben erfolgt und weiter erfolgen soll:

- Seit Mai 1980 ist der Militäretat insgesamt dreimal über die Planung hinaus in einer Höhe von insgesamt 2,5 Mrd. DM bedient worden, die zum größten Teil aus anderen Etats gekürzt worden sind (vor allem Verkehr, Soziales, Bildung).
- 1982 erhält kein Ministerium so viel zusätzliches Geld wie das Verteidigungsministerium (plus 2,4 Mrd. DM); die Ausgabenansätze des Ministe-

riums für Arbeit und Sozialordnung sind dagegen durch die Haushaltsbeschlüsse vom Januar 1982 um eine halbe Milliarde DM, die für das Ministerium für Familie, Jugend und Gesundheit sogar um 1,4 Mrd. DM gegenüber 1981 gekürzt worden.

- In diesem Jahr liegen die Bundesausgaben für Bildung und Wissenschaft um 4,8 Prozent über (real also um ca. 11 Prozent *unter*), die für Familie, Jugend und Gesundheit um 2,8 Prozent über (real also um ca. 13 Prozent *unter*) denen des Jahres 1979. Die Mittel des Verteidigungsministeriums stiegen in der gleichen Zeit dagegen um 20,7 Prozent, davon die Ausgaben für verteidigungsinvestive Zwecke (Kriegsforschung, militärische Beschaffungen und militärische Anlagen) um 29,7 Prozent und für militärische Beschaffungen allein um 42,6 Prozent.
- Diese Umschichtung soll fortgesetzt werden. Nach der mittelfristigen Finanzplanung vom September 1981 sollen von 1981 bis 1985 die Ausgaben
 - für die soziale Sicherung um 3,4 Mrd. DM oder 4,1 % steigen
 - für Bildung, Ausbildung und kulturelle Angelegenheiten um 60 Mill. DM oder 1,3 % sinken
 - für das Gesundheitswesen um 70 Mill. DM oder 4,5 % sinken
 - für militärische Verteidigung dagegen um 7,7 Mrd. DM oder 18,3 % steigen.

Die Beschränkung der gesamten öffentlichen Ausgaben und ihre Umschichtung zugunsten der Militär- und Rüstungsausgaben schlagen sich unmittelbar in einer spürbaren Verschlechterung materieller Lebensbedingungen für die meisten Menschen in der Bundesrepublik nieder. Drei Beispiele:

Die Streichungen und Einschränkungen im Bereich der *Arbeitsförderung*, d. h., bei der Arbeitslosenunterstützung, den Qualifikations-, Weiterbildungs-, Rehabilitations- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen belaufen sich allein für 1982 auf 3,5 Mrd. DM, die Einschränkungen der Sozialhilfe auf weitere 300 Mill. DM. Sie bringen einschneidende Verschlechterungen für diejenigen, die ohnehin schon ohne eigenes Verschulden zu Krisenopfern des Systems geworden sind. Die „Operation 1982“ wird die Zahl der Armen und die Armut der Armen in der Bundesrepublik vergrößern. Die von Krise und Armut Betroffenen werden im stärkerem Maße – vor allem durch die Neufassung der Zumutbarkeitsbestimmungen durch die Arbeitsämter – diszipliniert, dequalifiziert und gedemütigt. Diese jetzt schon unverkennbare Entwicklung ist längst noch nicht an ihr Ende gekommen: Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der sozialpolitische Kampfverband der Großindustrie, hat Ende März eine Broschüre unter dem Titel „Soziale Sicherung und Zukunft“ vorgelegt, in der weitere drastische Einschnitte in das System der sozialen Sicherheit und Versorgung gefordert werden:

Orientierung der Rentendynamik an den Nettolohnsteigerungen, verstärkte Eigenbeteiligung der Kranken an den Behandlungs- und Arzneikosten, Senkung der Bemessungsgrundlage für die Lohnfortzahlung, Aussetzung der Lohnfortzahlung für die ersten Tage der Krankheit, Senkung der Sätze der Arbeitslosenunterstützung, Lockerung der Einstellungs- und Kündigungsbestimmungen für Schwerbehinderte u. a. m.

Ende März stellte die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung fest, daß

eine gemeinsame Bildungsplanung und Bildungspolitik der Länder nicht mehr finanzierbar ist. Es fehlten für die Jahre 1982 bis 1985 rund fünf Mrd. DM. Der Verzicht auf die Steigerung der Verteidigungsausgaben allein im Jahre 1982 hätte ausgereicht, die Hälfte dieser Summe bereitzustellen. Die Einstellung der gemeinsamen Bildungsplanung und -politik wird den Ländern kein zusätzliches Geld bringen. Sie wird aber zum Abbau von 50 000 Lehrerstellen und zu einer katastrophalen Überfüllung der Hochschulen führen. Sie wird darüber hinaus eine noch größere Uneinheitlichkeit der Bildungssysteme in der Bundesrepublik mit sich bringen. Anerkennungs-, Kompetenz- und Konkurrenzprobleme werden die Folge sein. Die Spätfolgen einer derartigen Verkümmern und Zerklüftung des Bildungssystems sind noch gar nicht absehbar.

Besonders drastisch schlägt die Sparpolitik des Bundes auch bei den Gemeinden durch: Einerseits stagnieren oder sinken ihre Steuereinnahmen wegen der anhaltenden Wirtschaftskrise, und die Zuschüsse des Bundes und der Länder werden wegen der Sparpolitik gekürzt. Andererseits steigen die finanziellen Ansprüche der Gemeinden, wenn mit zunehmender Arbeitslosigkeit mehr Leute aus dem System der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert werden und auf Sozialhilfe und Wohngeld angewiesen sind, die von den Gemeinden zu tragen sind. Auf diese Finanzklemme reagieren die Gemeinden mit drastischen Kürzungen in den Bereichen, in denen sie nicht gesetzlich zu bestimmten Leistungen gezwungen sind. Schließungen von Theatern und Sportstätten, Senkung des Angebotes an Volkshochschulkursen und Beratungsdiensten u. s. w. Zugleich werden die kommunalen Gebühren drastisch erhöht. Nach Angaben des Deutschen Städtetages haben 1982 von 86 befragten Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages 57 die Ausgaben für Lehrmittel und Medien an Schulen, 53 die Anschaffung der Bibliotheken, 52 die Hilfen an Sportvereine gekürzt; 48 haben freigewordene Stellen (z. T. zeitweise) nicht besetzt und 70 die Gebühren für Abwasser und Abfallbeseitigung, Märkten, Schlacht- und Viehhöfen und beim Bestattungswesen erhöht. Dies ist mit Sicherheit erst der Anfang: Die Lage der Gemeindefinanzen wird sich in den nächsten Jahren – erfolgt keine Veränderung in der Politik – weiter drastisch verschlechtern und bundesdeutsche Städte auf das Niveau von New York oder Chicago bringen.

Zerstörung und Entwicklungsgrundlagen

Die Verheißungen, daß nach einer Übergangsperiode der Entbehrungen die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik der Marktkräfte wieder zum Durchbruch komme, Investition, Produktion und Beschäftigung zunehmen und dann auch wieder mehr soziale, Bildungs- und kommunale Leistungen finanzierbar werden – diese Verheißungen werden nicht in Erfüllung gehen.

Erstens führen staatliche Rotstiftpolitik und Einkommensenkungen in der privaten Wirtschaft zu einer Drosselung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Warum sollten die Unternehmen ihre Investitionen und ihre Produktion also ausdehnen?

Für die großen weltmarktorientierten Konzerne geht die Strategie freilich auf, denn für sie bedeuten Lohn- und Steuersenkungen ausschließlich Kostensenkungen; den damit verbundenen Nachfrageausfall können sie durch zusätzliche Expansion ins Ausland ausgleichen. Für alle anderen Unternehmen und die

Geamtwirtschaft ist eine solche Kompensation nicht möglich. Die Kürzung staatlicher Ausgaben wird vielmehr eine neue Welle der Arbeitslosigkeit hervorbringen und die Wirtschaftskrise verschärfen. Die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre, die Verdopplung der Arbeitslosenzahlen innerhalb von zwei Jahren auf drei Millionen in England als Folge der Austeritätspolitik sollten eigentlich deutlich und abschreckend genug sein. (Eine derartige Politik führt dann übrigens auch nicht zur Sanierung der Staatsfinanzen: sinkende Steuern und steigende Unterstützungsverpflichtungen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger werden die staatlichen Defizite vergrößern und die Schulden ansteigen lassen.)

Zweitens leistet die Umschichtung von Staatsausgaben zum Militärbereich einen besonderen Beitrag zur Arbeitslosigkeit: Nirgendwo werden für den gleichen Betrag staatlicher Ausgaben so wenige Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten wie in der Rüstung. Werden also öffentliche Aufgaben im Sozial- oder Bildungsbereich gekürzt und in den Militärbereich verlagert, so entstehen dort weniger neue Arbeitsplätze, als in den alten Verwendungsbereichen vernichtet werden.

Drittens schließlich untergräbt die Rüstungspolitik auch längerfristig die materiellen Grundlagen für weiteres wirtschaftliches Wachstum: Die Probleme der Energieversorgung durch Energieeinsparung und Entwicklung alternativer Energiequellen, der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Umweltschutz und Wiederherstellung zerstörter Umwelt, der Bereitstellung von mehr Wohnraum und vernünftigen Verkehrssystemen erfordern außerordentlich umfangreiche Mittel, bei deren Mobilisierung und Einsatz staatliche Aktivität und Kontrolle erforderlich ist. Diese Mittel können so lange nicht aufgebracht werden, wie die Rüstungsausgaben Priorität in der staatlichen Ausgabenpolitik haben und weiter zu Lasten jener Bereiche aufgestockt werden, in denen die Zukunftsprobleme der Entwicklung anstehen und zu lösen wären.

Weitere wirtschaftliche Entwicklung wird – auch im privatkapitalistischen Bereich – zudem mehr und mehr von Fortschritten in der Produktivität der Arbeit und der Technologie abhängen. Wenn aber ein großer Teil der staatlichen und privaten Forschungs- und Entwicklungsausgaben für militärische Entwicklungen verwendet wird, bleibt der zivile Bereich zwangsläufig zurück. Die Tatsache, daß die USA ihren gigantischen Technologievorsprung, den sie nach dem 2. Weltkrieg in der Welt besaßen, mittlerweile weitgehend eingebüßt haben – der Weltmarktanteil der sehr viel kleineren Bundesrepublik am Export technologischer Spitzenprodukte ist gegenwärtig mit 20 Prozent genauso groß wie der der USA – ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß dort jahrzehntelang über die Hälfte der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in den Militärbereich gesteckt worden sind. Das Beispiel für den umgekehrten Fall ist Japan: Der weitgehende Verzicht auf militärische Forschungs- und Entwicklungsausgaben war ein tragender Faktor für den rasanten Aufstieg Japans insbesondere in vielen Spitzentechnologien. In der Bundesrepublik dürfte der Anteil der Militärforschung an den staatlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben bei einem Viertel bis einem Drittel liegen. Wenn diese Größenordnungen über längere Zeit beibehalten werden, hemmen sie

zwangsläufig die Entwicklung der Produktivkräfte im zivilen Bereich und bilden damit ein entscheidendes Handicap für die Lösung der ökonomischen Lebensprobleme und die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit westdeutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt. Dieses Untergraben der wirtschaftlichen Entwicklungsgrundlagen kann eine Zeitlang dadurch verschleiert werden, daß die insgesamt ungenügenden zivilen Forschungs- und Entwicklungsmittel immer mehr auf die großen weltmarktorientierten Konzerne konzentriert werden. Längerfristig zu verhindern ist die Zerrüttung der Entwicklungsgrundlagen durch steigende Militärausgaben nicht.

Konzentration und Polarisierung

Die Zerstörung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven durch Sparpolitik und Hochrüstung betrifft nicht alle Unternehmen gleichermaßen. Nutznießer sind in erster Linie die Rüstungsunternehmen, die von den Kostensenkungen der Austeritätspolitik profitieren und sich um den Verkauf ihrer Produkte zu hochprofitablen Preisen nicht sorgen müssen. Nutznießer ist ferner das weltmarktorientierte Großkapital, das den Nachfrageausfall als Folge sinkender Staatsausgaben und schwindender Massenkaukraft durch verstärktes Eindringen in Auslandsmärkte ausgleichen kann. Profiteure dieser Politik sind, grob gesprochen, die 100 größten Unternehmen der BRD, auf die etwa die Hälfte der Rüstungsaufträge, die Hälfte des Warenexports und weit über die Hälfte des Kapitalexports sowie der staatlichen Forschungs- und Entwicklungszuwendungen entfallen.

In ihrem Interesse und unter ihrem maßgeblichen Einfluß wird diese Strategie ja auch betrieben. Die Geschädigten sind in erster Linie die Lohn- und Gehaltsabhängigen, darüber hinaus aber auch die Klein- und Mittelbetriebe, die zu tausenden zusammenbrechen und von den liquiden Großkonzernen zu Spottpreisen übernommen werden. Die schon in den letzten beiden Jahren zu beobachtende neue Welle der Konzentration und Zentralisation von Kapital auf der einen und der Zusammenbrüche kleiner und mittlerer Unternehmen auf der anderen Seite hat zwar bereits alle Rekorde in der Geschichte der Bundesrepublik übertroffen, dürfte aber noch längst nicht ihren Höhepunkt erreicht haben.

Es war Kennzeichen reformorientierter – wenn auch reformistischer – Konzeptionen, durch staatliche Politik und Regulierung dafür zu sorgen, daß zumindest minimale Proportionalitätsanforderungen in der ökonomischen Entwicklung – sowohl hinsichtlich ökonomischer Gesamtgrößen als auch hinsichtlich struktureller Zusammenhänge und Abhängigkeiten – eingehalten oder hergestellt und so eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung auf relativ breiter Front gewährleistet wurden. Diese Politik wird nicht einmal mehr dem Anspruch nach verfolgt: Die Linie Sozialabbau und Hochrüstung opfert jede gesamtwirtschaftliche Perspektive der bedingungslosen Förderung der Großkonzerne und nimmt zugunsten ihrer Expansion die Verwüstung inländischer Wirtschaftsstrukturen in Kauf.

Reaktion und Aggressivität

Die neue Orientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik wird die sozialen und

ökonomischen Entwicklungsprobleme der Bundesrepublik also nicht lösen, sondern ausweiten und vertiefen:

Anhaltende und steigende Arbeitslosigkeit, nachhaltig sinkende Einkommen, Auszehrung der kommunalen Lebensqualität und empfindliche Einschränkung sozialer Sicherheit und Versorgung für die Lohn- und Gehaltsabhängigen sowie Zerstörung aller Entwicklungsperspektiven für die große Masse der privatkapitalistischen Unternehmen, Selbständigen, Intellektuellen und Mittelschichten – dies sind die absehbaren Folgen. Die damit verbundene objektive gesellschaftliche Polarisierung muß über kurz oder lang zu stärkeren sozialen Spannungen und Konflikten führen. Dann werden die herrschenden Kapitalgruppen, die trotz der gesamtwirtschaftlich ruinösen Politik nach wie vor ihren guten Profit daraus machen, versuchen, ihre gefährdete Position zu festigen – mit oder ohne Regierungswechsel. Die sozialpartnerschaftliche Einbindung der Gewerkschaften auf immer niedrigerem Niveau stößt jetzt schon auf Probleme und Widerstand, beides wird zunehmen. Das wird die Tendenzen stärken, die darauf zielen, autoritär-disziplinierende Herrschaftsmethoden stärker auszubauen und anzuwenden. Angriffe auf die ohnehin spärlichen gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechte in Betrieben und Unternehmen, härteres Durchgreifen gegenüber Bürgerinitiativen durch offensive Demonstration von Polizeimacht, Massenverhaftungen und Berufsverbote sind heute schon Elemente dieser autoritären Herrschaftsvariante. Antikommunismus und neuerdings zunehmende Ausländerfeindlichkeit sind ihre ideologische Begleitmusik. Bei weiterer Polarisierung der objektiven Verhältnisse und Zunahme der Konflikte ist die Einschränkung parlamentarischer Kompetenzen, Anwendung von Ausnahme- und Notstandsgesetzen denkbar und nicht unwahrscheinlich. Der Aufbau eines Außenfeindes ist dabei ein wichtiges Hilfsmittel. Neben die Ausländer im Inland werden dann die Ausländer im Ausland als Drahtzieher und Sündenböcke für die Entwicklungsprobleme der BRD aufgebaut, jene durch ihre bloße Existenz in der BRD, diese etwa durch die Art ihres Umganges mit den eigenen Rohstoffen. Zunehmende Aggressivität nach innen und außen korrespondiert mit steigenden Rüstungs- und Militärausgaben. Zusammen begünstigen sie den Prozeß der Militarisierung der Gesellschaft, die den ideologischen, politischen und materiellen Nährboden für die Abschaffung der Demokratie und den Übergang von ökonomischer Ausbeutung und Konkurrenz zu militärischer Aggression bildet. Die BRD hat keine Falkland-Inseln, aber die Straße von Hormuz ist der Bundesregierung mindestens ebenso wichtig und „verteidigungswert“, wie den Engländern die Inselgruppe am Ende der Welt.

Um es zusammenzufassen: Die Linie Sozialabbau und Hochrüstung ist eingebettet in eine umfassende Strategie zur Verbesserung der privatwirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen. Sie hat keine Aussicht auf Erfolg, sie wird vielmehr die Lage der arbeitenden Menschen in jeder Hinsicht verschlechtern und gesamtwirtschaftliche Entwicklungsperspektiven mehr und mehr untergraben und zerstören. Die für die herrschenden Kräfte naheliegende politische Konsequenz aus tiefer ökonomischer Krise und zunehmenden Konflikten ist der Ausbau autoritärer Herrschaftsform nach innen und offene Aggressivität nach außen.

Die politische Strategie, die zunächst durchaus nicht unter primär militärischer Orientierung begonnen wurde, mündet dann in die Vorherrschaft militärischer Politik. Militär- und Rüstungspolitik werden von einem Mosaikstein einer Gesamtstrategie zur Gesamtstrategie selber, in der die anderen Elemente nur noch Mosaiksteine sind.

Die Ausleuchtung der Perspektiven, die das Festhalten an der Hochrüstungspolitik im Frieden hat, führt – wenn auch zeitlich verschoben – zum Anfang zurück: zum Krieg und dem Ende aller Perspektiven.

Literaturhinweise

- Ulrich Albrecht, Peter Lock, Herbert Wulf, Arbeitsplätze durch Rüstung? Warnung vor falschen Hoffnungen, rororo aktuell, Reinbek 1978.
- Autorengruppe, Militärische Aufrüstung und soziale Demontage? Politische und wirtschaftliche Alternativen zur Rüstungspolitik der Bundesregierung, WI-Verlag, Düsseldorf 1981.
- Jörg Hufschmidt (Hg), Arbeitsgruppe Abrüstung, Rüstungs- oder Sozialstaat? Zur wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit von Abrüstung in der Bundesrepublik, Köln, Pahl Rugenstein Verlag 1981.
- SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) Rüstungsjahrbuch 81/82, rororo aktuell, Reinbek 1981.
- United Nations, Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Rüstungswettlaufs. Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, New York 1978 (deutsch in: Militärpolitik Dokumentation Heft 8, Stuttgart 1978).
- United Nations, Study on the Relationship between Disarmament and Development, Report of the Secretary General, New York 1981.
- Herbert Wulf, Ralf Peters, Sicherheitspolitik, Rüstung und Abrüstung, Einführung und Kritik, Diesterweg, Frankfurt/M. u. a. 1981.

Conrad Schuhler Großer Traum Sowjetunion?

I

Mein großer Traum war immer Amerika. Pocahontas, des mächtigen Algonkin-Häuptlings Powhatan Tochter, wie sie den englischen Abenteurer John Smith vor dem Marterpfahl rettet, dreizehn Jahre bevor die Pilgerväter ihre „Mayflower“ vor der Küste Massachusetts festmachen. Der große Ottawa Pontiac, wie er seine Stämme mit den Irokesen zum Freiheitskampf gegen die Briten vereinigt. Tecumseh, der „Berglöwe“, wie er den ganzen Kontinent durchstreift, um eine Union aller Indianer zu formen. Nat Turner, wie er seine schwarzen Brüder und Schwestern in Virginia gegen die Pflanzer-Feudalen führt. Tatanka Yotanka, der „Sitzende Büffel“, wie er lieber kämpft und stirbt, als einen Platz im Zoo anzunehmen, und wie er am Little Bighorn Custers Kavallerie vernichtet. Die Gewerkschaften, wie sie für den 1. Mai 1886 zum Generalstreik für den Achtstundentag aufrufen. Martin Luther King, wie er 1963 300 000 Bürgerrechtler beim „Marsch auf Washington“ anführt. Großer Traum Amerika, Sehnsucht nach Freiheit und Gemeinschaft, Widerchein unserer Mängel. „Solange das Gras wächst und das Wasser fließt“, Mutter Erde und ihre roten Kinder. Aber wir kennen uns auch aus am Rio Bravo und im Fort Cheyenne, der einäugige Marshall John Wayne ist unser aller Ahne, und Bud Cassidy und dem Sundance Kid sind wir von den Rocky Mountains bis in die Anden gefolgt. Amerika ist uns Kampf und Bewährung,

der Mann so viel wert, wie er tapfer ist.

Diese Mythen und Muster haben Hollywood und Co. uns so tief in die Seele gebrannt, daß die Konturen der Wirklichkeit dahinter verblassen. Die Algonkin wurden von den Engländern ausgerottet. Pontiac wurde von einem gedungenen Verräter erschlagen. Nat Turner wurde hingerichtet. „Sitting Bull“, der Häuptling der Sioux, wurde in Buffalo Bills Zirkus vorgeführt, schließlich von roten Polizisten umgebracht. Vier Tage nach dem Generalstreik am 1. Mai 1886 richtete die Polizei das Blutbad am Heumarkt von Chicago an, Ausgangspunkt der Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterbewegung. Martin Luther King ist – wie John und Bob Kennedy, wie Malcolm X – ermordet worden.

Crispus Attucks, der erste Amerikaner, der im Befreiungskrieg gegen die Briten fiel, war ein Schwarzer. Aber sein General George Washington war selbst Eigentümer von mehreren hundert Sklaven, und die unveräußerlichen Menschenrechte der Verfassung von 1776 galten nicht für die Schwarzen. Ebenso wenig, noch weniger für die Roten. Die Schwarzen ließ man für sich arbeiten, die Roten wurden ausgerottet – planmäßig mit Pocken infiziert, planmäßig alkoholisiert, planmäßig ihrer natürlichen und kulturellen Grundlagen beraubt.

Noch bevor die Arbeiterbewegung sich organisieren konnte, gab es von Küste zu Küste Pinkertons Privat-Polizei, Viehbaronen und Bergwerksmagnaten stets und blutig zu Diensten.

Rassismus und Terror sind nicht bloße Geschichte, sondern gegenwärtige Wirklichkeit. 1969/70 hat die US-Polizei die gesamte Führung der – legalen – Black Panther Party aus dem Weg geräumt; in knapp sechs Monaten wurden bei Polizei-Razzien 20 Panther-Funktionäre erschossen.

Auch diese Wirklichkeit, nicht länger mehr zu leugnen, kommt bei uns als Mythos an. Die Helden gehen leer aus. Lonesome rider, im Dienst einer Gerechtigkeit, die diese Gesellschaft von Geschäftemachern, Verbrechern und Feiglingen weder verdient hat noch zuläßt. Nach getaner Dreckarbeit verschwindet der Held ins Nichts, aus dem er kam. Philip Marlowe und Lew Archer lassen grüßen.

Der Zauber dieses Traums Amerika rührt von seinem Vermögen, unsere unterdrückten Sehnsüchte ins Bild zu setzen und uns obendrein – im Vorführen des mißglückten Versuchs, in Amerika „das Land der Freien, die Heimstatt der Tapferen“ aufzubauen – das Recht zuzusprechen, es bei der Kompensation der Sehnsucht im Traum zu belassen, es mit Freiheit und Tapferkeit und harter Arbeit so bedingungslos gar nicht erst zu versuchen.

II

Unser Jahrhundert bietet einen Stoff für Träume, die mehr sind als Ersatzbefriedigung; die herausfordern zur eigenen Anstrengung, zum Selber-Machen. In Rußland hat vor zwei Generationen das größte gesellschaftliche Abenteuer der bisherigen Geschichte begonnen. Die unterdrückten Klassen befreiten sich und nahmen das Schicksal ihres Riesenreiches selbst in die Hand. Nie gab es eine vergleichbare gesellschaftliche Umwälzung. 1917 konnten drei Viertel der Menschen in Rußland weder lesen noch schreiben. Sechs Blätter Papier hatte

die junge Sowjetmacht 1921 pro Schüler zur Verfügung zu stellen. War der Winter länger, konnte besser gelernt werden – man schrieb mit einem Stock in den Schnee. Heute kommt jeder vierte Wissenschaftler, jeder dritte Arzt der Erde aus der Sowjetunion. Nirgendwo sonst werden mehr Bücher gedruckt und gelesen. 1930 gab es 8,7 Millionen Arbeiter in der Sowjetunion. Heute sind es über 80 Millionen. Damals lebten drei von vier Sowjetbürgern auf dem Land. Heute ist es nur noch jeder fünfte. Dagegen ist die Stadtbevölkerung auf das Vierfache angewachsen. Die Industrieproduktion ist auf das 130fache gestiegen.

Welch ein Umbruch! Und welche Probleme und Widersprüche dabei aufbrechen, aufbrechen müssen! Wie können die politischen, schulischen, rechtlichen Einrichtungen in Übereinstimmung gebracht werden mit dem Wachstum der Betriebe in Industrie und Landwirtschaft? Wie kann die explodierende städtische Bevölkerung mit Wohnraum, Konsumgütern, Nahrungsmitteln versorgt werden? Wie kommt der Sowjetbürger, eben noch Befehlsempfänger im abgeschiedenen Dorf, dazu, sich verantwortlich für das Ganze zu fühlen, mitzuentcheiden, dies zu wollen und zu können? In der Formulierung von Lenin: „Sozialismus kann sich erst dann gestalten und festigen, wenn die Arbeiterklasse verwalten gelernt hat.“ Ein Prozeß, nichts Fertiges, und immer abzutrotzen einer zum mörderischen Überfall entschlossenen Umwelt. Die Nazi-Aggression kostete 20 Millionen Sowjetbürgern das Leben, der größte Teil des industrialisierten Gebiets wird verwüstet. Wieder auf die Stunde Null zurückgeworfen, und diesmal fehlen 20 Millionen gerade aus der Generation, die für den Aufbau am dringendsten gebraucht wird.

Und wieder erhebt sich der Sozialismus. Die Sowjetunion schickt den ersten künstlichen Erdtrabant hoch, mit Juri Gagarin den ersten Mann ins All. Ihre Industrieproduktion wächst schneller als die jedes kapitalistischen Landes. Die gesellschaftliche Umwälzung kommt nicht zum Stehen, im Gegenteil, sie wird noch schneller. Wieder kommt es zu den unvermeidlichen Widersprüchen zwischen Politik und Ökonomie, Zentralismus und Demokratie, zwischen individuellen Wünschen und materiellen Lebensbedingungen, zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Formen der Planung und Leitung der Produktion.

Welch ein Stoff für unsere Phantasie, für unsere Träume. Selbst wer nur von den Mängeln gehört hätte, müßte gepackt sein von der Bedeutung dieser geschichtlichen Anstrengung, müßte aus sein auf die gründlichste Überprüfung der negativen Werturteile, daß der Sozialismus in seinen Widersprüchen versinke, daß der Traum der Arbeiterklasse ausgeträumt sei.

Denn darum geht es natürlich. Sagt der *Spiegel*: „Das ist eine aberwitzige, auch von Sozialträumern im Westen gehegte Idee: befehlsgewohnte, lebensfremde und vor allem am Erreichen des Pensionsalters interessierte Bürokraten könnten besorgen, was andernorts Menschen vollbringen, die nach eigenem Gewinn, nach Überschuß über den Aufwand streben und dabei den eigenen Bankrott riskieren.“ (*Spiegel* 4/82)

Nun stehen die Menschen, die nach eigenem Gewinn streben, die kapitalistischen Unternehmer also, in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit und des Lohnabbaus bei Arbeitern und Angestellten nicht in höchstem Ansehen. „Wer

jahrelang die Stempelstellen mit bevölkert hat, wer in vorgerückten Jahren überhaupt keine Hoffnung mehr sieht, aus dem wirtschaftlichen Niemandsland der Arbeitslosigkeit herauszukommen und auf eine Stufe der Lebenshaltung zu gelangen, die als menschenwürdig bezeichnet werden kann, bei dem ist zweifellos die psychologische Lebenslust geschaffen, in der er die Auffassung hegt: Schlimmer als bei uns kann es nirgends sein! Mag der Aufbau in Rußland auch schwer sein und Opfer fordern, so hat hier der Werktätige, der arbeiten will, wenigstens Arbeit!“ Wer so hemmungslos die antisowjetische Katze aus dem Sack läßt, ist natürlich nicht der *Spiegel*, sondern der Herausgeber eines kongenialen Machwerks aus dem Jahre 1933, Walter Müntz, „Vom Kommunismus geheilt. Ein Jahr beim sowjet-russischen „Aufbau““ Berlin 1933. Wie der *Spiegel* ist auch Walter Müntz der Ansicht, daß mit dem Abhalftern der privaten Unternehmer und dem Einführen der Planwirtschaft „die völlige Verelendung des Volkes (begann)“. Dem pflichtet auch Herr Rau bei, der allerdings im Jahre 1942 Trost, weil „Gewähr“ auf Abhilfe, bieten kann. „Der deutsche Sieg im Osten bietet die Gewähr, daß die ungeheuren wirtschaftlichen Möglichkeiten des russischen Raumes ihren sinnvollen Einbau in das neue Europa finden werden.“ Hans Rau: „Bonzen, Sklaven, Bürokraten. Hinter den Kulissen der bolschewistischen Wirtschaft“, Nürnberg 1942, S. 133. Dies war ein folgenschwerer Irrtum, die Rechnung „Raum ohne Volk“ ging nicht auf. In der modernen Bilanz des *Spiegel* schlägt der „menschliche Faktor“, das sowjetische Volk, wieder mit Null zu Buch. Die maroden sozialistischen Einrichtungen werden mit den wachsenden Problemen nicht fertig – Sozialismus-Endzeit. Das ist haargenau das schon vor Jahren entworfene Konzept der CIA, des US-amerikanischen Geheimdienstes. Die Propaganda vom kaputten Sozialismus legt mit den Grund für Hochrüstung und Aggressionspolitik. Motto: Wenn wir jetzt den Druck verstärken, bricht der Sozialismus zusammen. Wem dies abenteuerlich vorkommt, dem ist nur beizupflichten. Nichtsdestoweniger handelt es sich um das – auch veröffentlichte – Konzept von CIA und US-Regierung.

III

Die CIA und das Joint Economic Committee des US-Kongresses sagen für die 80er Jahre eine erhebliche Verlangsamung des sowjetischen Wirtschaftswachstums und in ihrer Folge eine soziale Krise voraus („Soviet Economic Problems and Prospects“, Central Intelligence Agency, Directorate of Intelligence, July 1977; „Soviet Economy in a Time of Change. A Compendium of Papers submitted to the Joint Economic Committee-Congress of the United States“, Washington 1979). Die US-Experten führen u. a. folgende Gründe an:

1. Das Wachstum der Erwerbsbevölkerung geht drastisch zurück, da jetzt die geburtenschwachen Jahrgänge ins Erwerbsalter kommen (geburtenschwache Jahrgänge, weil die „Enkel“ der Kriegsoffer fehlen) und weil in der Landwirtschaft weniger Arbeitskräfte freigesetzt werden können.

2. Die Sowjetunion verfügt zwar über große Energie- und Rohstoffvorkommen. Da aber die standortgünstigen Quellen im westlichen Teil des Landes allmählich versiegen, müssen nun die Vorkommen im Osten genutzt werden. Dies erfordert enorme Erschließungs- und auf längere Zeit höhere Transport-

kosten.

Daraus leitet die CIA zwei voraussichtliche Strategien der sowjetischen Führung ab: ein wachsendes Interesse an einer möglichst hohen Senkung des Rüstungsetats und – wegen schrumpfender Devisenbestände – verstärkte Versuche, zu langfristigen Krediten und mehr Kompensationsgeschäften („Ware gegen Ware“) im Außenhandel zu kommen.

Die Reagan-Regierung praktiziert die der CIA-Studie entspringenden „Optionen“: Sie treibt bewußt die Rüstung hoch und versucht mit Sanktionen und Boykotten den Ost-West-Handel zu ruinieren. Sie hat dabei auch eine klare Frist-Vorstellung. Ende der 80er Jahre werden die ins Erwerbsleben tretenden Jahrgänge wieder stärker und sind die sibirischen Energie- und Rohstoffgebiete erschlossen. Bis dahin muß die Sowjetunion totgerüstet sein, unter Einkalkulation eines Atomkrieges. Dieser Zeitfaktor macht die Dringlichkeit der Nato-„Nachrüstungspläne“ verständlich. Die US-Regierung ist zu allem entschlossen. Jetzt oder nie. Colin S. Gray, Mitarbeiter der Reagan-Regierung, fordert in der renommiertesten außenpolitischen US-Zeitschrift „Foreign Affairs“ (39/1980), daß der Präsident den „strategischen nuklearen Erstschatz“ planen soll. „Die Vereinigten Staaten sollen die Niederlage der Sowjetunion so planen, daß der Wiederaufbau der USA nicht ausgeschlossen wird. Washington sollte sein Kriegsziel so definieren, daß letzten Endes die Vernichtung der sowjetischen politischen Autorität und die Herausbildung einer Nachkriegs-Weltordnung vorgesehen ist, die mit den westlichen Werten übereinstimmt.“ (S. 20 f.) Auch das Konzept des nuklearen Erstschatzes basiert auf der Annahme eines abgewirtschafteten, demoralisierten Sowjetsystems. Der tönerne bürokratische Koloß braucht nur ein paar Atombomben auf den Kopf, schon liegt der ganze Scherbenhaufen im nuklearen Staub.

Die fröhliche Zuversicht der Nazis bei ihrem Überfall auf die Sowjetunion beruhte auf ihrer Überzeugung, daß die Russen „Untermenschen“ und die „jüdischen Bolschewisten“ absolut unfähig seien. Diesen Kalkulationsfehler haben 60 Millionen Menschen mit dem Leben bezahlt. Es lohnt sich, genau zu prüfen, ob es sich nicht wieder – bei CIA, Joint Committee und *Spiegel* – um einen Irrtum handelt. Hinterher zu rechten, wäre jedem von uns verwehrt.

IV

Ob der 79jährige Suslow durch eigene oder fremde Hand umgekommen war, da wollte sich der *Spiegel* nicht definitiv festlegen (11/82). Aber dies wußte er ganz genau: „Die UdSSR hat praktisch Nullwachstum erreicht, gleichzeitig mit der Wirtschaftskrise im Westen, aber auf weit niedrigerem Lebensniveau der Bevölkerung, die heute schlechter versorgt ist als vor 20 Jahren“ (4/1982). Das „Nullwachstum“ in der Sowjetunion betrug 1981 reale 3,2 % – die reale Einkommenserhöhung der Arbeiter und Angestellten 3,3 %. Berücksichtigt man den Inflations- und Steuerfaktor, so hätten die Kollegen in der Bundesrepublik eine Lohnerhöhung um rund 13 bis 14 % bekommen müssen, hätten sie Schritt halten sollen mit den Werktätigen der Sowjetunion.

1981 fällt nicht aus dem Rahmen. Von 1951 bis 1979 betrug das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum in der Sowjetunion 6,2 % – in den USA 2,1 %, in der BRD 4,5 % (in der DDR 6,8 %). (Planwirtschaft contra

Marktwirtschaft, Berlin 1981, S. 157.) Das Wachstum erstreckte sich auch auf den Konsumsektor. Selbst nach den Daten des US-Kongresses erhöhte sich der Pro-Kopf-Konsum von 1955 bis 1977 um rund 25 % (real), bei Fleisch- und Milchprodukten um rund 80 % (a. a. O., S. 370 f. – der globale Pro-Kopf-Vergleich ist irreführend, da die „zweite Lohntüte“ in der Sowjetunion immer wichtiger wird: z. B. wird der Wohnungsbau so subventioniert, daß ein junges Arbeiterhepaar nicht mehr als 2 bis 3 % des Haushaltseinkommens für die Miete inklusive Nebenkosten ausgeben muß). Der *Spiegel* dröhnt seine haltlosen Negativwertungen so grob ins Land, weil er den Sozialismus als „Anti-Wirtschaft“ hinstellen will, „die ihre Produkte nicht für den Markt herstellt, sondern für anonyme, unproduktive, ständig wuchernde Verteilungsbehörden“ (a. a. O.). Man erinnert sich: da die nach eigenem Gewinn strebenden Unternehmer fehlen, muß die Wirtschaft darnieder liegen.

Da die Fakten allesamt in die andere Richtung weisen, verzichtet der *Spiegel* ganz auf sie. Sonst müßte er nämlich eingestehen, daß die „Anti-Wirtschaft“ des Sozialismus offenbar viel rationaler ist als die gepriesene Profitwirtschaft. 1960 hatten die sozialistischen Länder (RGW) einen Anteil an der Weltindustrieproduktion von 19 %, die EWG hatte 29 %, USA/Kanada 44 %. 1977 stand die Tabelle auf dem Kopf: RGW 29 %, EWG 20 %, USA/Kanada 27 % (Statistical Yearbook 1978, United Nations, New York, S. 10 ff., S. 26 ff.). Die sozialistischen Länder haben also nicht nur den am schnellsten wachsenden Industriebereich, sie verfügen auch bereits über die breiteste industrielle Kapazität (als einziges kapitalistisches Land reicht Japan an die Wachstumsraten der sozialistischen Länder heran). Wo liegen die Gründe für die offenkundig überlegene ökonomische Rationalität des Sozialismus?

Die kapitalistischen Unternehmer setzen Arbeitskräfte und Kapazitäten nur soweit ein, als die Produkte genügend Profit bringen. Ihre Propagandisten behaupten und lehren an den Hohen Schulen, daß der Höchstprofit mit dem höchsten Nutzen für „die Konsumenten“ zusammenfalle. Da aber der Kapitalist nicht am Nutzen für den Konsumenten, sondern einzig an dessen Kaufkraft interessiert ist, hört er mit der Produktion auf, wenn die Kaufkraft versiegt, Nutzen hin oder her. Mögen die Menschen noch so große Bedürfnisse nach anständigen Wohnungen, besseren Schulen und Kindereinrichtungen, mehr Freizeit und besseren kulturellen Angeboten haben, wenn die Kasse nicht klingelt, bleiben die „Produktionsfaktoren“ unterbeschäftigt. Deshalb haben die kapitalistischen Länder seit langem hohe Arbeitslosenraten, auch in den Hauptländern sind derzeit eher mehr als weniger denn 10 % der Erwerbsfähigen ohne Arbeit. In den USA, der BRD, England und Frankreich sind rund 20 Millionen Arbeiter und Angestellte arbeitslos, wird auf den potentiellen Nutzen ihrer produktiven Fähigkeiten aus keinem anderen Grund verzichtet als dem, daß die Ergebnisse ihrer Arbeit „am Markt“ nicht zum Monopolpreis und damit mit Monopolprofit abgesetzt werden könnten. Diese barbarische Vergeudung produktiver Fähigkeiten spiegelt sich wider in der mangelhaften Auslastung der Kapazitäten, die in den kapitalistischen Hauptländern bei knapp über 80 % liegt (vgl. dazu IPW-Berichte, 1981, Heft 8: Zur Wirtschaftslage imperialistischer Länder). In der Sowjetunion wurde der letzte Arbeitslose im Jahre 1930 vermittelt. Und selbst in Jahren mangelhafter Planerfüllung

liegt die Ausnutzung der Kapazitäten nahe 100 %. Wie irrational ist nun welches System?

Aber produzieren nicht die Wenigen im Kapitalismus ein Vielfaches dessen, was sie im Sozialismus zuwege bringen? Sind wir im Westen denn nicht viel schneller in der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts? Wahr ist, daß die westlichen Länder nach dem 2. Weltkrieg auf einer erheblich höheren Stufe des in der Arbeitsproduktivität ausgedrückten technischen Fortschritts begonnen hatten. 1960 kamen die RGW-Länder in ihrer Industrie auf 61 % der Arbeitsproduktivität der EWG. 1977 waren es 85 %. Im Verhältnis zur Region USA/Kanada lauten die Zahlen; 1960: 46 %, 1977: 69 %. In den 70er Jahren war die Dynamik der Arbeitsproduktivität in den sozialistischen Ländern doppelt so stark wie in den kapitalistischen Hauptländern (s. Planwirtschaft contra Marktwirtschaft, a. a. O., S. 156, S. 169).

Was für die sozialistischen Länder als ganzes gilt, gilt in allen Entwicklungstendenzen geradeso für die Sowjetunion. Mit einer hohen Erwerbsquote, mit Vollbeschäftigung und voller Auslastung der Kapazitäten, mit kontinuierlicher Erhöhung der Arbeitsproduktivität verfügt die Sowjetunion über kräftige ökonomische Muskeln.

Und dennoch hat die CIA im Ausgangspunkt ihrer Überlegungen recht: Die Sowjetunion ist an einer Wendemarke ihrer gesellschaftlichen Entwicklung angelangt. Schon 1976 sprach Ministerpräsident Kosygin von einer nötigen „Wende der Wirtschaftsstrategie“. War bisher das rapide Wirtschaftswachstum wesentlich auf die ständige Zufuhr weiterer Arbeitskräfte, neuer Ressourcen von Energie und Rohstoffen, neuer Anlagen gestützt, so mußte jetzt von dieser extensiven Entwicklung auf die Intensivierung der Produktion umgeschaltet werden. Auf dem damaligen XXV. Parteitag lautete die Hauptaufgabe: „Allseitige Intensivierung der Produktion, die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Steigerung der Arbeitsproduktivität.“

Fünf Jahre später stellt Breshnew auf dem XXVI. Parteitag neben „die wahrhaft historischen Taten des Sowjetvolkes“ die „Schwierigkeiten und Mängel, die ungelösten Probleme“. Für die „Engpässe und Disproportionen der Volkswirtschaft“ macht er nicht nur objektive Faktoren verantwortlich, sondern „auch Unzulänglichkeiten in der Planung und Leitung, ungenügende Konsequenz einiger Parteiorgane und leitender Wirtschaftskader, Disziplinverstöße und Erscheinungen der Mißwirtschaft. Die Hauptursache besteht aber wohl darin, daß Trägheit, Tradition und Gewohnheiten aus jener Zeit, als weniger Qualität, sondern vielmehr Quantität im Vordergrund stand, noch nicht überwunden sind.“ (*Neues Deutschland*, 24. 2. 1981)

Breshnew stellt also fest, daß die historisch notwendige Umstellung auf eine völlig andere Art des Wirtschaftens noch nicht erreicht ist. Und er weist darauf hin, daß „in den 80er Jahren einige Faktoren wirksam (werden), die die ökonomische Entwicklung erschweren“. Als erste dieser Faktoren nennt er die zwei, die uns aus der CIA-Studie bekannt sind: der Rückgang des Zuwachses an Arbeitskräften und „die Erhöhung des Aufwandes bei der Erschließung der östlichen und nördlichen Landesteile“. Er fügt hinzu die höheren Kosten für den Umweltschutz, die Rekonstruktion eines Großteils veralteter Betriebe und

die Erneuerung der Transport- und Kommunikationsnetze, die „den steigenden Bedürfnissen der Wirtschaft nicht mehr standhalten“.

Die Problemlage drückt sich in den Kennziffern der wichtigsten Volkswirtschaftszweige im laufenden Fünfjahrplan aus: Die Industrieproduktion soll mit 26 bis 28 % über dem Zuwachs des vorangegangenen Planjahrfünfts liegen, wobei zum ersten Mal seit der unmittelbaren Nachkriegszeit das schnellere Wachstum bei den Konsumgütern stattfinden soll. Das Wachstum der Agrarproduktion soll um 30 bis 50 % steigen. Die – zentral bedeutsame – Transportleistung der Eisenbahn soll mehr als doppelt so schnell wachsen. Aber: Das Wachstum der Investitionen wird um die Hälfte gekürzt!

Dieser Plan kann natürlich nur verwirklicht werden bei – wie es in der Hauptaufgabe heißt – „rationellerer Nutzung des Produktionspotentials, sparsamstem Umgang mit allen Ressourcen sowie der Verbesserung der Qualität der Arbeit“.

Ist das zu schaffen angesichts von „Trägheit, Tradition und Gewohnheiten aus jener Zeit, als weniger Qualität, sondern vielmehr Quantität im Vordergrund stand“?

V

Während die CIA, wie wir wissen, den Erfolg des Plans mit Hilfe einer Politik der Hochrüstung und Konfrontation vereiteln will, ist der *Spiegel* schon wieder weiter und behauptet, die KPdSU könne den Erfolg gar nicht wollen: „Abbau der hypertrophen Schwerindustrie zugunsten des Massenkonsums und der Landwirtschaft, Freisetzung überflüssiger Arbeitskräfte, Einführung von Lohnanreizen, Anpassung der Preise an den Weltmarkt – das alles bringt nur gefahrenhekkende Risiken. Die Spitze der Planungspyramide, die Partei und ihr Politbüro, will um jeden Preis ihre Verfügungsgewalt über das gesamte Sozialprodukt behalten“ (11/82).

Die fixen Ideen des *Spiegel* beiseite – als Sprecher von Partei und Politbüro identifiziert sich Breshnew mit den konkreten Bedürfnissen und Forderungen der Sowjetbürger: „Das, wovon wir sprechen – die Lebensmittel, die Massenbedarfsgüter und die Dienstleistungen – sind Fragen des täglichen Lebens von Millionen und aber Millionen. Verkaufsstellen, Speisegaststätten, Wäschereien und chemische Reinigungsanstalten werden von den Menschen täglich in Anspruch genommen. Was können sie kaufen? Wie werden sie bedient? Wie spricht man mit ihnen? Wieviel Zeit müssen sie für den täglichen Kleinkram aufwenden? . . . Die Produktion von Waren für die Bevölkerung und die Entwicklung der Dienstleistungen sind das wichtigste Anliegen der Partei . . .“ (*Neues Deutschland*, 24. 2. 1981).

Im offiziellen Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees nennt Breshnew die gravierendsten Mängel ohne jeden Umstand beim Namen, darunter verschwenderischer Umgang mit Material und Energie, schlechte Arbeit gerade der marktnahen Fertigungsstufen („sie bestimmen weitestgehend die Qualität“), riesige Verluste bei Transport, Lagerung und Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Breshnew verurteilt die häufige Praxis der Plankorrekturen nach unten: „Eine solche Praxis desorganisiert die Wirtschaft, zersetzt die Moral der Kader und führt zur Verantwortungslosigkeit . . .“

Offensichtlich ist es an der Zeit, härtere Anforderungen sowohl an die Plandisziplin als auch an die Qualität der Pläne zu stellen.“

Das Zentralkomitee hat klare Vorstellungen über die neue Qualität: „die Selbständigkeit der Vereinigungen und Betriebe sowie die Rechte und die Verantwortung der leitenden Wirtschaftskader sind zu erweitern“; im sozialistischen Wettbewerb dürfen die Selbstverpflichtungen nicht von den höheren Instanzen „herabgereicht“, sondern müssen „auf der Linie ‚von unten nach oben‘ (ausgearbeitet) sein: Werktätiger, Brigade, Betrieb und Zweig“, in allen Betrieben muß man die „ständige Sorge um die Arbeits- und Lebensbedingungen spüren“; Verstöße gegen das Kriterium der Verteilung, nämlich nach der Arbeitsleistung, sind abzustellen.

Wie entschlossen die KPdSU mit den Schwachpunkten aufräumen will, zeigen solche Sätze des Berichts an den Parteitag: „In allen Parteiorganisationen sind Selbstkritik sowie Unversöhnlichkeit gegenüber Mängeln durchzusetzen. Allen Versuchen, jemanden für seine Kritik zu verfolgen, muß eine entschiedene Abfuhr erteilt werden. Keine Nachsicht gegenüber Unterdrückern der Kritik – diese Forderung ist Gesetz der Partei und des Staates.“ Die Aufforderung zur Kritik geht noch einmal speziell an die Wissenschaft: „Gleichzeitig muß auch die Wissenschaft selbst ein ständiger ‚Unruhestifter‘ sein, indem sie zeigt, in welchen Abschnitten sich Stagnation und Rückstand abzeichnen, wo der moderne Wissensstand die Möglichkeit bietet, rascher und erfolgreicher voranzuschreiten.“

Das ist also die Partei, die alle „gefahrheckenden Risiken“ einer Änderung des eingefahrenen Laufs der Dinge scheut! So also sieht die politische Herrschaft in diesem Land aus, wo hiesige liberale Ohren geistiges Leben, Widerspruch und Meinungsstreit nur vernehmen, wenn ausgesuchte Dissidenten den Mund aufmachen.

Das Problem unserer Kreml-Astrologen liegt darin, daß sie Widerspruch, geistige Auseinandersetzung erst zählen, wenn sie von der Warte der „westlichen Werte“ aus geführt werden, also das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die zentrale Planung als solche in Frage stellen. Dann allerdings bleibt tatsächlich nichts anderes übrig, als immer wieder auf das willfähige Dissidenten-Häuflein zurückzugreifen.

Den eigentlichen Meinungsstreit in der Sowjetunion verpaßt man dabei allerdings. Der findet nämlich in aller Öffentlichkeit und dort mit großer Vehemenz statt; in den Zeitungen und Zeitschriften, in Betrieben und Hochschulen, auf Partei-, auf Gewerkschafts- oder auf Einwohnerversammlungen.

Den Kern der Auseinandersetzungen hat Pjotr Fedossejew, der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften, in die wissenschaftlichen Begriffe gebracht: Die Produktionsverhältnisse – vor allem die Planung und Leitung der Wirtschaft, aber auch die Formen der Verteilung – bleiben hinter dem Stand der Produktivkräfte zurück. Fürwahr eine gehaltvolle Feststellung für einen Marxisten, belegt doch der Marxismus die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus eben damit, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte im Wege stehen. Nun kommt die sozialistische Organisation der Produktion mit den Produktivkräften auch nicht zurecht?

Tatsächlich läuft die Kritik von Fedossejew – bekräftigt u. a. von Kossalapow, dem Chefredakteur der Zeitschrift „Fragen der Philosophie“, der auch Mitglied des Zentralkomitees ist – darauf hinaus, daß die Kennziffern, nach denen der zentrale Plan und dementsprechend die vielen betrieblichen Einzelpläne ausgerichtet sind, den kulturellen und materiellen Bedürfnissen der Bevölkerung in weiten Bereichen nicht entsprechen.

Die „Trägheiten und Gewohnheiten“ der früheren extensiven Wirtschaftsphase zeigen sich auch in der Qualität der Pläne. Auch bei Gosplan, dem zentralen Planungsamt, hat man viele Beispiele wie diese zur Hand: Das Ergebnis einer Brotfabrik wird bewertet nach der Menge des abgesetzten Brotes. In der Sowjetunion geht der Brotabsatz aber zurück, da mehr Fleisch- und Milchprodukte konsumiert werden. Daraufhin produziert die Fabrik minderwertiges Brot in großen Mengen zu sehr niedrigen Preisen, das von den Bauern als Viehfutter erstanden wird. Plan gut erfüllt, Prämie klar, Verlust für die Volkswirtschaft. Oder: Eine Uhrenfabrik wird nach dem Bruttowert ihrer Uhren eingestuft. Die Fabrik stellt nur noch goldene Uhren her. Besonders hoher Bruttowert, besonders hohe Prämie, in den Geschäften stapeln sich die teuren Golduhren, normale Uhren zu erschwinglichen Preisen fehlen. Oder: Eine Fabrik wird nach dem Gewicht der dort erstellten Bratpfannen bewertet. Folgerichtig konzentriert sich die Fabrik auf die Herstellung einer einzigen Sorte, der größten nämlich mit besonders dickem Boden. Die kann dann zwar kaum eine Hausfrau noch heben, auch braucht man dringend kleinere Pfannen, aber der Betrieb ist fein raus.

Solche – wahren – Horrorgeschichten kennzeichnen nicht die allgemeine Lage der Versorgung in der Sowjetunion. Aber sie verweisen auf ein generelles Problem, nämlich eben das der „wertmäßigen Kennziffern“, nach denen sich die Produktion richtet. Hätte die Uhrenfabrik nicht die Kennziffer „Bruttowert der Uhrenproduktion“ vorgegeben bekommen, dann wäre die Betriebsleitung nicht auf den faulen Trick mit den goldenen Uhren verfallen. Kann man denn aber überhaupt „richtige“ Kennziffern entwickeln, die den Bedürfnissen der Sowjetmenschen als Arbeiter und Verbraucher entsprechen?

In einer vom Bundesverband der Deutschen Industrie veröffentlichten Studie meint Manfred Hieber erwartungsgemäß, daß Planwirtschaften ex definitione sowohl beträchtliche Mengen von Produktionsfaktoren unwirtschaftlich nutzen als auch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt hemmen, „innovationsfeindlich“ sind. Seine Begründung: In einer Planwirtschaft ist die Erfüllung des einzelnen Plans oberstes Gebot, weil sich das Defizit sofort multiplizieren würde, da andere Betriebe ja von den Lieferungen abhängen. Deshalb wird das ganze Entlohnungs- und Prämiensystem immer vom erfüllten Plan ausgehen. Die Betriebsleitung wird alles tun, um genau dieses Ziel sicherzustellen. Aus diesem Grund baut sie, um jede Störung zu vermeiden, eine „strategische Reserve“ von Produktionsfaktoren auf, die sie normalerweise nicht braucht, aber für den Fall der Störung parat haben will. „Innovationen“, technische Neuerungen also kämen auf die Betriebe als solche „Störfälle“ zu, weil sie eine Anlaufzeit brauchten, weil sie einen Unsicherheitsfaktor enthielten usw. (Manfred Hieber, Zur Entwicklung und den Wachstumsperspektiven der sowjetischen Wirtschaft, Köln 1978).

Hieber beschreibt Gefahren und Folgen einer schlechten Planung, aber nicht zwangsläufige Konsequenzen einer Planwirtschaft schlechthin. Die seit 1965 gültigen Kennziffern für die Wirtschaftsplanung – die einer extensiven Wachstumsstrategie entsprachen – sind 1979 erstmals geändert worden. Die neuen Kennziffern sollen die Effektivität der Produktionsfaktoren erhöhen und die Produktion enger an die Nachfrage, an die Bedürfnisse der „Endverbraucher“ binden. Schauen wir uns an, ob und wie das gelingen kann.

VI

Die Kennziffern sind die Maßstäbe für die Planerfüllung. Ihnen entsprechend werden Umfang und Qualität der Arbeit bewertet. Davon wiederum hängen materielle Entlohnung und soziales Ansehen aller ab.

Die Kennziffern beziehen sich auf folgende Bereiche der Betriebe: die Produktion, den Arbeitsaufwand und die soziale Entwicklung, die Finanzen (Gewinn-Verlust-Rechnung), die Investitionen, die Neue Technik und die sogenannte materiell-technische Versorgung.

Was hat sich mit der „neuen Wirtschaftsstrategie“ in den einzelnen Bereichen geändert?

Produktion: In Zukunft gilt nicht mehr die Bruttoproduktion als Maßstab, sondern die im Betrieb selbst erbrachte Wertschöpfung (Netto-Produktion – vom Wert der goldenen Uhren würde also z. B. der Wert des Goldes abgezogen, die Versuchung für den Betrieb wäre dahin). Die vorgeschriebene Produktionspalette ist erweitert. Produkte höherer Qualität sind bindend vorgeschrieben.

Arbeitsaufwand und soziale Entwicklung: Die Arbeitslohn-Normen werden auf die Nettoproduktion bezogen. Die im Betriebskollektivvertrag (der Beschluß der gesamten Belegschaft über Produktion und Verteilung des Ergebnisses) festgelegten Summen für Bildung, für soziale und kulturelle Aufgaben, für den Wohnungsbau und den Fonds der materiellen Stimulierung (Prämien) müssen zweckgebunden verausgabt werden. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten pro Produkteinheit ist zu verringern (Entlassungen sind gesetzlich verboten, es geht um die planmäßige Erhöhung der Arbeitsproduktivität). Der Anteil der manuellen Arbeit ist zu verringern.

Finanzen: Nicht mehr nur der Gewinn, auch die Herabsetzung der Selbstkosten wird gewertet.

Investitionen: Nicht mehr nur der Zuwachs an Investitionen wird gerechnet, sondern vor allem auch der Zuwachs der Kapazitäten durch technische Umrüstung und Rekonstruktion der bestehenden Betriebe. Den Betrieben ist die Bildung von Produktionsentwicklungsfonds verbindlich vorgeschrieben.

Neue Technik: Die Ausarbeitung, Einführung und Meisterung hocheffektiver technologischer Programme wird speziell bewertet. Besonderes Gewicht wird auf Produkt-Vielfalt gelegt. Bei allen wissenschaftlich-technischen Maßnahmen steht das Interesse am schnellstmöglichen wirtschaftlichen Effekt im Vordergrund.

Materiell-technische Versorgung: Die Normen für den Verbrauch von Ressourcen werden gesenkt. Die Palette der Werkzeuge und Werkstoffe wird verbreitert.

(Siehe *Ökonomitscheskaja Gazeta*, Nr. 42, Oktober 1979)

Es kann kein Zweifel herrschen, daß die neuen Kennziffern die Wirtschaft auf höhere Arbeitsproduktivität, effektivere Nutzung aller Ressourcen, bessere Durchsetzung des Leistungsprinzips bei der Entlohnung und größere Berücksichtigung der Bedürfnisse nach einem differenzierteren und höherwertigen Konsumgüterangebot orientieren.

In dieselbe Richtung weisen Maßnahmen, die die verschiedenen „Etagen“ der Produktion bis hin zum Markt, wo das Produkt den Verbraucher trifft, zusammenfassen. Die bisherige Praxis der abgeteilten Abrechnung auf den einzelnen Ebenen ging oft auf Kosten der Verbraucher. So steigerten die landwirtschaftlichen Betriebe z. B. bei Obst und Gemüse ihre Produktion erheblich, ohne daß dies auf dem Markt ankam. Mängel bei Transport, Lagerung und Verarbeitung vernichteten oft ein Drittel der Ernte. Ähnliches war auf dem Bausektor zu beobachten. Da getrennt nach Fundamentbau und Fertigbau (einschließlich der zeitaufwendigen Elektroarbeiten, Installationen u. ä.) abgerechnet wurde, konzentrierten sich die Baukombinate auf den schneller durchzuführenden Fundamentbau, fingen mit den neuen Fundamenten auf breiter Front schon an, ehe auf den alten Fundamenten schlüsselfertig ausgebaut war. In Zukunft sind diese volkswirtschaftlich unsinnigen „Planerfüllungen“ nicht mehr möglich. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden mit den anhängenden Ebenen zu Agrar-Industrie-Komplexen zusammengefaßt, und erst wenn der Verbraucher die Produkte im Laden vorfindet, ist der Plan der Kolchose oder Sowchose erfüllt und die Prämie fällig. Gerade so am Bau – erst mit der Schlüsselübergabe ist der Bauplan erfüllt.

VII

Ob die Umwälzung der Wirtschaftsstrategie gelingt, ist allerdings nicht nur eine Frage der richtigen Kennziffern und Organisationsmodelle. Sie sind eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung. Gefordert ist eine neue Einstellung zur Arbeit und zu den Mitteln der Produktion. Seit Jahrzehnten konnten die Ziele erreicht werden, indem man „einfach“ mehr Arbeitskräfte einstellte und mehr Ressourcen einsetzte. Jetzt geht es nur noch so: der Einzelne muß mehr leisten, Material und Werkzeug müssen besser genutzt werden, wenn mehr herauskommen soll.

Die materiellen Leistungsanreize werden erhöht. Heute sind nur 40 Kopeken eines Lohn-Rubels leistungsbezogen. Unsere Probleme sind die Folge unserer Errungenschaften, sagt ein Brigadier. Der Arbeitsplatz ist sicher, für Alter und Krankheit ist gesorgt, die „zweite Lohntüte“ wächst für jeden unabhängig von seiner Arbeitsleistung, auch wer nicht die höchste Prämie kriegt, hat sicheres Auskommen. Viele Kollegen sagen, so der Brigadier, lieber mehr Freizeit als mehr Geld, oder auch, lieber die Arbeit etwas langsamer angehen als 'ne höhere Prämie einschieben.

Daß höhere materielle Stimuli auch wirklich greifen, setzt voraus, daß dem höheren Lohn dann auch mehr Waren gegenüberstehen. Die Ausdehnung des Konsumgütersektors ist also eine wichtige Bedingung für zusätzliche „produktive Motivation“ der Arbeiter, Angestellten und Bauern.

Über die Bedeutung der materiellen Stimuli wird unter Arbeitern, Wissen-

schaftlern und Politikern gestritten. Einig ist man sich in dem Ziel, das Einkommen enger an die Leistung zu binden. Solange die Befriedigung der Bedürfnisse eines jeden vom Arbeitseinsatz eines jeden abhängt, kann kein anderes Kriterium gelten. Einige aber, wie z. B. der Vorsitzende der Ukrainischen KP, W.W. Schtscherbizki, weisen auf die Gefahr des isolierten Einsatzes materieller Stimuli („Konsumdenken“) hin und betonen die Bedeutung moralischer, intellektueller Stimuli.

Schtscherbizki verlangt von den Betriebsleitern „eine Umstellung, insbesondere die Fähigkeit, sich auf den kollektiven Verstand zu stützen“ (W. W. Schtscherbizki, Die wissenschaftlich-technische Revolution und die Leitung der gesellschaftlichen Prozesse. Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge. März/April 1981, Heft 2, S. 174). Es geht um die alte Leninsche Forderung, „die gesamte werktätige Bevölkerung zur selbständigen Teilnahme an der Verwaltung“ zu befähigen. Die wissenschaftlich-technische Revolution kann nicht das Werk der Spezialisten sein. Fedossejew fordert, mit der Autorität des Vertreters der Akademie der Wissenschaften: „Der Weltanschauung und der Lebenseinstellung der Wissenschaftler und Techniker sowie Produktionsleiter muß die Einsicht zugrundeliegen, daß jeder wissenschaftlich-technische Fortschritt nur durch die Volksmassen realisiert wird. Den Werktätigen muß bewußt gemacht werden, daß Wohlstand und geistige Entwicklung nur möglich sind, wenn neueste Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik zur Anwendung kommen“ (P. Fedossejew, Die Arbeiterklasse und der wissenschaftlich-technische Fortschritt. Gesellschaftswissenschaften. 3/1981, Moskau, S. 30). Anhand einer empirischen Untersuchung in den Großbetrieben von Gorki legt Fedossejew die Kernprobleme offen. Trotz enormer Modernisierung beträgt der Anteil der manuellen Arbeit über 30 % – im Landesdurchschnitt liegt er noch höher. Natürlich sind die Möglichkeiten der Handarbeiter, „an der Verwaltung der Produktion teilzuhaben“, in den Fragen der wissenschaftlich-technischen Revolution beschränkter. Aber auch die gebildeten, erfahrenen Arbeiter sind nur ungenügend beteiligt; während z. B. die Ingenieure und Techniker mit gesellschaftlichen Aufträgen (Vorträge, Schulungen u. ä.) überlastet sind, werden die Arbeiterkader in Gorki zur gesellschaftlichen Arbeit nur ungenügend herangezogen.

Ein Gegenstück zu Gorki findet sich z. B. in Odessa. Im Großbetrieb für Bauhydraulik werden seit Jahren – neben den normalen Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen – regelmäßig Arbeiterversammlungen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen durchgeführt. Veranstalter ist die Gewerkschaft. Durchschnittlich werden auf jeder Versammlung – die etwa alle drei Monate stattfinden – rund 20 bis 25 Verbesserungsvorschläge vorgebracht, über die von der Versammlung abgestimmt wird. Wird der Vorschlag angenommen, werden Verantwortliche für die Durchführung festgelegt und auf der nächsten Versammlung der Erfolg kontrolliert. Der Bauhydraulik-Betrieb in Odessa ist mit 20 % jährlicher Produktionssteigerung seit Jahren der beste Betrieb im Bereich des Ministeriums.

Es trifft also zu, daß die wissenschaftlich-technische Revolution nicht ein von Spezialisten gesteuerter und realisierter Prozeß ist, der dann seine „sozialen Auswirkungen auf die Arbeiter“ hat, sondern daß es sich selbst um einen

sozialen Prozeß handelt, in dessen Zentrum die Arbeiterklasse stehen muß. Um die Durchsetzung dieser Erkenntnis wird gekämpft. Die Partei und die Gewerkschaft meinen es offenbar ernst. 1980 wurden rund 10 000 Betriebsdirektoren in der Sowjetunion auf Betreiben der Gewerkschaft abgesetzt.

VIII

Die sozialistische Sowjetunion hat eine gesellschaftliche Umwälzung in Angriff genommen und gemeistert, wie sie bislang im Geschichtsbuch der Menschheit noch nicht vorkam. Die Sowjetunion steht in diesem Jahrzehnt vor einer neuen, gewaltigen Herausforderung, die sie nur durch die gründliche Wende ihrer Wirtschaftsstrategie bestehen kann. Die lange und vielfältige Erfahrung, die große Kraft und Entschlossenheit vor allem von Partei und Gewerkschaften sind überzeugende Aktivposten in der neuen historischen Bewährungsprobe. Ob die Rechnung nach Plan aufgeht, hängt mit davon ab, ob die US-Regierung ihre Politik der Hochrüstung und des atomaren Erstschlags weiter durchsetzen kann. Mit Hilfe eines in die Substanz ihres eigenen Volkes schneidenden Sozialabbaus will die US-Regierung die Rüstungsspirale bis an den Punkt drehen, wo die Sowjetunion entweder volkswirtschaftlich auseinanderbricht oder mit gezielten Erstschlägen ihr politisches System zerstört werden kann. In der angegebenen CIA-Studie wird ausgeführt, daß mit weiterer Hochrüstung vor allem die „high-technology areas“ blockiert werden können. Die Hälfte der elektronischen Technologie z. B. müsse von der Sowjetunion in den Rüstungssektor gesteckt werden. Dies wäre natürlich eine überdimensionale Bremse für die notwendige schnelle Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der zivilen Produktion.

So hat die CIA denn recht: Die sozialistische Sowjetunion ist zutiefst interessiert an der Abrüstung und der Entwicklung friedlicher Beziehungen. Wie schon der alte Springer-Propagandist William S. Schlamme recht hatte, daß der Sozialismus im Frieden gedeihe, ja triumphiere.

Was eigentlich kann man Besseres von einem Gesellschaftssystem sagen, als daß es nach seiner inneren Logik am Frieden interessiert sei!

Diese Logik des Systems zeigt sich in jedem seiner Menschen. Sie haben ihre Erfahrung mit dem Krieg: Als der Nazi-Überfall abgewehrt war, waren 20 Millionen Sowjetmenschen tot. Sie haben ihre Erfahrung mit friedlicher Arbeit: An jedem Tag wird in der Sowjetunion ein neuer Betrieb eröffnet. Wer kann denn Aufrüstung wollen, den Krieg planen?

Vielleicht ist es dieses selbstverständliche Verlangen der Sowjetmenschen nach Frieden, das die Illusion der kapitalistischen Gegner nährt, sie könnten durch einen aggressiven Rüstungskurs das Sowjetvolk in die Knie zwingen. Diese Annahme der Nazis hat die Geschichte widerlegt. Die Annahme ist heute so falsch wie damals. Die sowjetischen Kumpel, die Sonderschichten fahren für die Verteidigung der Selbständigkeit Vietnams und Cubas, Angolas und Mozambiques, werden dasselbe tun zur Sicherung ihrer sozialistischen Heimat. Wer den Frieden will, hat in der Sowjetunion einen Partner. Zum Frieden drängend, aber stark genug, die Pläne der Kriegstreiber zu durchkreuzen. Sorgen wir dafür, daß die Illusionen der Atomkriegsplaner nicht noch weiter in politische Wirklichkeit umgesetzt werden können.

Irene Hübner Weniger Kultur für alle?

Fakten und Folgen

„Die Theaterlandschaft an Rhein und Ruhr ist in ihrer Existenz bedroht. Die Schließung von Spielstätten scheint unvermeidlich.“ So steht's in einem Papier des *Städtetages Nordrhein-Westfalen* vom 22. 10. 1981. Aufgeschreckt veröffentlichte der *Nordrhein-Westfälische Städtetag* die Kürzungen der Landeszuweisungen an die Kommunen, z. B.

30 % bei den kommunalen Theatern (1980 24,9 Mio – 1982 17,9 Mio)

31 % bei den kommunalen Orchestern (1980 7,9 Mio – 1982 5,5 Mio)

48 % bei den Bibliotheken (1980 8,1 Mio – 1982 3,9 Mio)

55 % bei den Ankaufmitteln für die Träger öffentlicher Museen (1980 3,3 Mio – 1982 1,5 Mio).

Über das gesamte Ausmaß der Streichorgien weiß man an kompetenter Stelle wenig. „Eine genaue Erfassung der Sparmaßnahmen in den Kulturretats unserer Mitgliederstädte gibt es bei uns nicht“, teilte mir der *Deutsche Städtetag*, der kommunale Spitzenverband der deutschen Städte, auf Anfrage mit. Also durchblättere ich meinen Zettelkasten: „Bibliotheken sehen Informationsfreiheit gefährdet“, „Höchste Einsparungen der Sportförderung sind im kommunalen Bereich zu erwarten“, „Bäder, Büchereien und Kindergärten müssen geschlossen werden!“, „Bad Hersfelder Festspiele: Zuschüsse fast um die Hälfte gekürzt“, „Vereine sollen die Arbeit der Hausmeister übernehmen“, „Finanzmangel gefährdet Bildung“, „Kein Geld für Karnevalsumzug!“, „Fällt der Vorhang?“. Diese Headlines, wohlbermerkt bürgerlichen Blättern entnommen, lassen sich beliebig fortsetzen.

Unbeschadet der Warnung des Bundeskanzlers „vor der Gefahr eines neuen Analphabetismus, der viele Menschen in eine neue, selbstverschuldete Unmündigkeit hineinfluten könnte“¹, organisieren streichbereite Stadt- und Landesväter durch Kürzung der Mittelzuweisungen an die öffentlichen Bibliotheken eben diese Unmündigkeit – selbstverschuldet! Nur zwei Beispiele: Vergangenes Jahr beschloß man in Köln, 400 Stellen im öffentlichen Dienst einzusparen, davon 30 in den städtischen Bibliotheken. So soll die Öffnungszeit in der neuen Zentralbibliothek von 60 auf 40 Wochenstunden reduziert, vier Zweigstellen geschlossen und ein Bücherbus stillgelegt werden. In Bremen wurde der Buchetat der Stadt- und Stadtteilbibliotheken um 21 %, der Patienten- und Schulbibliotheken um 30 % gekürzt. Da auch Personalstellen eingespart werden sollen, wird die Reduzierung der Öffnungszeiten und sogar die Schließung einzelner Bibliotheken erwogen.

Im allgemeinen liegen die Kürzungen der Anschaffungsetats in den Großstädten zwischen 10 und 50 %. Die Länder Baden-Württemberg und Niedersachsen streichen die Zuschüsse für kommunale Bibliotheken völlig. Die Einführung einer Lesegebühr ist in der Diskussion . . .

Zeitgemäß interpretiert heißt „Kultur für alle“: Alle werden zur Kasse gebeten. Der Hamburger Senat beschloß Gebührenerhöhungen für die Museen und die Kunsthalle. In Frankfurt überlegt man, Eintritt für den Besuch

des Historischen Museums zu verlangen. Kostenlose Volkshochschulkurse der Fachbereiche: Politische Bildung und Stadtteilarbeit wurden ebenso wie bei Frauenarbeitskreisen schon im vergangenen Jahr abgeschafft. Zudem wurde die Mindestteilnehmerzahl, was jeder sinnvollen Zielgruppenarbeit Hohn spricht, auf fünfzehn heraufgesetzt. Das Land Hessen kürzte die Zuweisungen an die Volkshochschulen um 12 %. Der *Hessische Volkshochschulverband* „sieht den Bildungsauftrag der Volkshochschulen in Gefahr“, befürchtet, daß „Strukturen zerschlagen werden, die in jahrelanger Arbeit aufgebaut worden sind.“² Noch viel rigider geht das Land Nordrhein-Westfalen vor, dessen Weiterbildungsgesetz bislang als richtungsweisend galt. Erhielten die Kommunen 1981 noch 133 Mio Mark, so sollen es 1982 nur noch 68,5 Mio Mark sein. „Erstmals“ ging 1980 die Erhöhung der VHS-Haushalte in der Bundesrepublik fast ganz, nämlich zu 18,7 % von insgesamt 20,8 % „auf den Anstieg der Eigeneinnahmen“ zurück, d. h. im Klartext: zu Lasten der Hörer. In Westberlin ist gar das „Einkommen aus Teilnehmergebühren auf mehr als das Doppelte gegenüber 1979 gesteigert worden.“³

Auch beim Sport wird kräftig geholt. Nach einer Umfrage der *Deutschen Presseagentur* werden die Bundesländer 1982 kaum mehr als 700 Millionen Mark für den Sport ausgeben. 1980 förderten sie den Sport noch mit 801 Mio Mark, 1981 sank die Summe auf 769 Mio Mark. Die Bundesregierung strich kräftig mit, von rund 200 Mio Mark 1981 auf 169 Mio Mark 1982. Frankfurt treibt hier besonders kleinkariert, will für einige Schulturnhallen, die Vereinen zur Verfügung gestellt werden, die Reinigungskosten einsparen – die Vereine sollen selbstorganisiert und selbstbestimmt putzen. Ernster wirds bei der Reduzierung der Möglichkeiten für den Breitensport überhaupt. Duisburg plant die Schließung eines Schwimmbades und will insgesamt bei den Frei- und Hallenschwimmbädern 665 000 Mark einsparen, neben der Schließung durch Hochschrauben der Eintrittsgelder.

Und wie stets um die allenthalben geforderte Kulturarbeit in den Stadtteilen? Nehmen wir zum Beispiel Hamburg, hier stehen dafür immerhin 2 Mio Mark zur Verfügung. 1978 zog die SPD mit der Aussage in den Bürgerschaftswahlkampf: die Stadtteilkulturarbeit sei ihr kulturpolitischer Schwerpunkt. Real zweigte sie vom 200-Millionen-Kulturhaushalt gerade 1.6 Mio für die Initiativen in den Stadtteilen ab. Grundvoraussetzung für Mittelzuweisung an Initiativen: erkennbare Eigenleistungen. Das bedeutet für die vermögenslosen Kulturinitiativen nichts anderes als Unterbezahlung und Selbstausbeutung der engagierten Kulturarbeiter. Manch sich fortschrittlich Dünkender vermeinte, Umschichtungen innerhalb der Kulturhaushalte könnten erweiterte, neue kulturelle Angebote ermöglichen, und beförderte Konkurrenz statt Solidarität zwischen „Freien“ und „Etablierten“. Tönte man in Hamburg, der Oper 5 Mio abzuwacken zugunsten freier Initiativen, so konnte Karla Fohrbeck vom *Zentrum für Kulturforschung* nachweisen, daß bislang nur ein Bruchteil dieses Betrages den Weg zu den „Freien“ fand.

Eine Umfrage in Nordrhein-Westfalen ergab: „Sozio-kulturelle Angebote im Sinne der Entdeckung und Entwicklung von Kreativität gibt es in den meisten Kommunen nicht, und Modellversuche des Landes wie das Projekt ‚Schüler-Künstler‘, das auf beiden Seiten Hoffnungen und Erwartungen geweckt hat,

sind sang- und klanglos der ‚Rotstift‘-Politik anheimgefallen, die verhindert, daß Kulturarbeit langfristig und perspektivisch angelegt werden kann, sondern Ansätze bereits im Keim erstickt. Sozio-kulturelle Angebote, oder besser gesagt, was in den meisten Städten und Gemeinden darunter verstanden wird, sind fast ausschließlich konsumorientiert: Bunte Nachmittage mit Kaffee und Kuchen für die Alten, Rockkonzerte oder Discos für die Jungen.“⁴

Und die „hohe“ Kultur? Zumindest beim Sprechtheater war der „Bremer Theatertod“⁵ erst ein Anfang. Reduzierung der Spieltage, weniger Produktionen, weniger Gastspiele, Abbau ganzer Sparten – insbesondere des Kinder- und Jugendtheaters – leiten den Tod auf Raten ein. Selbst in der um Jahr und Tag hinterherhinkenden Statistik wird deutlich: Rückgang der Vorstellungen in der Spielzeit 1980/81 gegenüber 1979/80 bei der Oper um 47, beim Schauspiel um 296, dazu „Vielfach starke Erhöhung der Eintrittspreise“.⁶ Nur drei Beispiele: Düsseldorf will in der laufenden Spielzeit am Schauspiel 1,75 Mio Mark einsparen, das gesamte Kinder- und Jugendtheater bliebe auf der Strecke – Ensemblemitglieder müßten entlassen werden. Bochum beschloß für die Spielzeit 1981/82 eine Kürzung von 1,4 Mio Mark. Die Direktion des Bochumer Schauspielhauses verweist auf die Folgen:

- die Schließung der Kammerspiele,
- die Kürzung unseres Premierenangebotes um mindestens drei Neuinszenierungen,
- noch mehr Schließtage,
- Kündigungen im künstlerischen und technischen Personal,
- die Absage des bereits weitgehend geplanten 3. Internationalen Kinder- und Jugendtheaterfestivals.“⁷

In Köln will man bis 1985 die Theaterkosten um runde 10 Millionen Mark reduzieren – am stärksten trifft jetzt schon die Kleinen – das Kinder- und Jugendtheater. Noch vor fünf Jahren veranschlagte der damalige Kulturdezernent Hackenberg ca. 2 Mio Mark für ein künftiges Kinder- und Jugendtheater mit eigenem Ensemble und Spielstätte und beauftragte den *Modellversuch Künstler-Schüler* mit der Erarbeitung eines inhaltlichen und finanziellen Konzeptes. Das Konzept verschwand in den Schubladen und der Modellversuch wurde von der Stadt liquidiert; sie gab vor, ihren Anteil – ganze DM 180 000, – nicht mehr aufbringen zu können, trotzdem Bund und Land bereit waren, weiterzufinanzieren. Hackenbergs Nachfolger Nestler strich die veranschlagten 2 Mio Mark auf 500 000 Mark zusammen und wollte freie Gruppen von auswärts gastieren lassen. Im Frühjahr 1981 wurde immer noch nicht gespielt, aber weiter gestrichen – auf 200 000 Mark. Und plötzlich entdeckte man, daß es ja ortsansässige, unbekannte – sprich „billige“ – freie Gruppen gibt, und reduzierte den Haushaltsansatz auf 120 000 Mark. Für diesen Betrag, der bei Drucklegung noch weiter zusammengeschmolzen sein kann, will man nun drei freien Gruppen und einem Einzelinterpreten Veranstaltungen abkaufen – beileibe jedoch nicht die Produktionen finanzieren. Bislang hat noch keine Gruppe einen Pfennig erhalten und es ist unklar, wer wann wieviel bekommt. Sie sollen wohl in „gesunden Wettbewerb“ zueinander treten und erst mal beweisen, was sie können? Kann man das anders, denn Kulturdarwinismus nennen?

Bei den Freien Gruppen, den Basisinitiativen in den Stadtteilen, den Zielgruppen-Projekten, die fast nie mit festen Haushaltsansätzen sondern nach Gusto und politischer Großwetterlage finanziert werden, sind die Folgen dieser Sparpolitik am eklatantesten, macht die Nichtmehr-Gewährung von 2 000 oder 3 000 Mark langfristig angelegte Arbeit mit hohem unbezahlten Engagement zunichte.

Aus der Not eine Tugend machen?

Olaf Schwencke, Präsident der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, zu deren Mitgliedern fast jeder sich hierzulande progressiv gerierende Kulturdezernent zählt, verkündete noch im November 1980, als für jeden Insider die künftigen Streichkonzepte erkennbar wurden: „Das Ende unserer kulturpolitischen Bescheidenheit ist gekommen! Das gilt sowohl im Politischen als auch im Finanziellen.“⁸

Die *Kulturpolitische Gesellschaft* plante für den Herbst 1981 eine „bundesweite Kultur-Konferenz aller kulturellen und Künstlerverbände sowie Vereinigungen von Kulturschaffenden . . . mit dem Ziel“ der „Hinderung weiteren Kulturabbaus in Bund, Ländern und Kommunen.“⁹ Auch freie Gruppen und Initiativen wurden zu einem Workshop eingeladen. Im Herbst war es der *Kulturpolitischen Gesellschaft* aber schon zu mulmig geworden; sie blies das Unternehmen ab und lud die Teilnehmer mit einem internen Absagebrief aus, weil nach ihrer Meinung „die bundesweiten, besonders aber in Bremen spürbaren, Sparbeschlüsse im Kulturbereich . . . zu Irritationen nicht nur in der Kulturverwaltung, sondern auch in der sogenannten Kulturszene geführt“ haben. „Die Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Behörden, Institutionen und freien Kulturgruppen sind zur Zeit noch nicht genügend abzuschätzen; unser Workshop würde auf jeden Fall in die gegenwärtig sehr diffus laufende Diskussion hineingezogen und einer sachgerechten Behandlung des schwierigen Themas dann nicht gerecht werden können.“ Es hätte wohl zu viel Putz gegeben. Da schien es angebrachter, sich – wie es die klugen Köpfe der FAZ den „Kulturschaffenden“ rieten – „rechtzeitig auf die neue Situation ein(zu-)stellen und sich auf ihr eigentliches Kapital (zu) besinnen, auf die Phantasie.“¹⁰ Selbst Frankfurts Kulturdezernent Hoffmann fiel bislang nichts Besseres ein. „Phantasie gegen Rotstift!“, animierte er auf dem letzten Dramaturgentag die Theaterleute. Weitschauend hatte sein Nürnberger Kollege Glaser schon 1979 seinen „Beitrag zu einer sozialdemokratischen Kulturtheorie“ geleistet: „Angesichts der Grenzen des Wachstums ist Kultur ein neuer Glanz von innen.“¹¹ Doch von was sollen – mit Verlaub – die „Kulturschaffenden“ in der Praxis leben?

Als sei's Naturgesetz, rechtfertigte z. B. Duisburgs Oberstadtdirektor Krämer seinen 1982er Sparhaushalt: „Ein einmal geschaffenes Leistungsangebot darf sich nicht zu unantastbaren Besitzständen erhärten.“¹² Und Olaf Schwencke stellt sich nicht nur auf die neue Situation ein, sondern versucht gar, aus der Not eine Tugend zu machen, er „begreift den Rotstift auch als Chance, neu über inhaltliche Prioritäten nachzudenken.“¹³

Über inhaltliche Prioritäten soll und muß nachgedacht werden; dazu war auch in den letzten zehn Jahren – die ganz im Zeichen der sogenannten „Kulturre-

form“ standen – Zeit genug. Die geforderte „Demokratisierung der Kultur“ hat ihr Klassenziel nicht erreicht, wurde allzu oft zur bloßen Popularisierung verkürzt, die fiskale Kulturpolitik beschränkte sich in der Regel wie eh und je auf traditionelle Kunstpflege. Und – ob „etabliert“ oder „frei“ – wenn Künstler aufmüpfig wurden, traf sie nur allzuoft die Zensurschere in Form von Mittelstreichungen.

Wie stets um die Soziokultur? Seriös interpretiert will das Soziokulturkonzept nicht mehr und weniger als jene, die den gesellschaftlichen Reichtum durch ihre Arbeit zu förderst hervorbringen, zu bewußt handelnden, kompetent fordernden und dadurch gestaltenden Teilhabern des kulturellen Prozesses qualifizieren. Es verkam, was die offizielle Förderung betrifft, in eine „reaktionäre“ und eine „progressive“ Variante, zu folgenlosen Volksbelustigungen unter dem Motto „Es werde Zirkus“ und dem kaum minder folgenlosen Slogan „Hauptsache alternativ!“. Gemeinsam ist beiden Pervertierungen, den kulturellen Prozeß aufzuspalten in einen hochsubventionierten, der sich beispielsweise in „Stauffer“- oder „Christo“-Ausstellungen unterscheidet, und jenem, der mit Brosamen vorlieb nehmen muß, seien es nun traditionelle Vereins- oder alternative Straßenfeste. Ob mehr christ-, sozial- oder freidemokratisch geprägt, ist die Tendenz mehr ablenkend-bewahrend, mehr desorientierend-bunt oder bürgerschaftlich-billig.

Die wirklich inhaltlichen Auseinandersetzungen um Prioritäten gerieten aus den Augen. Sie sind nie und nimmer: traditionell oder soziokulturell, Stadttheater oder „Freies“, sondern: wer setzt sich wie mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit und mit notwendigen Veränderungen vermittelt ästhetischer Medien auseinander? Zu fördern wäre das breite Spectrum dieser Medien und deren Qualifizierung. Der bereits zitierte Schwencke meint nun: „Picasso für jedermann ist zwar gut und schön, aber wichtiger ist beispielsweise eine Ausstellung, bei der Arbeiter dazu beitragen, ihre eigene Geschichte aufzuarbeiten.“¹⁴ Ganz abgesehen davon, daß die Arbeiterklasse ausgerechnet eines Künstlers beraubt werden soll, der ihr nicht nur „im Geiste“ sondern auch organisatorisch verbunden war, wird hier eine kulturpolitische Konzeption sichtbar, die Kunst überhaupt negiert¹⁵ und „Selbertun“ fetischisiert – inklusive Dilletantismus. Darüber ließe sich akademisch trefflich streiten – jedoch: wenn die Kulturretats rapide zusammengestrichen werden, gerät diese Konzeption – auch ohne es zu wollen – ins reaktionäre Fahrwasser, in dem sie die Berechtigung höchster ästhetischer Produktionen und den Anspruch auf deren Aneignung durch jedefrau und jedermann in Abrede stellt. So wird einer kulturellen Pauperisierung Vorschub geleistet, deren Folgen unabsehbar sind.

Horrorvorstellungen 1984

Ginge der eingeleitete Kulturabbau ohne kollektive Gegenwehr bis 1984 weiter, würden heute schon bestehende Überlegungen und keimhaft vorhandene kommerzielle Surrogate lähmende Wirklichkeit. Sollen doch nach dem Willen der „Systemveränderer von Rechts“ die „Theater, Sportstätten, Verkehrseinrichtungen, Müllabfuhr und Krankentransporte“ und „sogar Bahn, Post, Schule und Universitäten“ privatisiert werden. Kommerzielles Fernsehen und Bildschirmtext für jedermann (Die Deutsche Bundespost wirbt

penetrant mit einer *Familie Fröhlich*, deren Freizeit und Familienleben um Fernsehapparat und Telefon kreist!) sind darauf angelegt, zombihafte Inaktivität zu befördern.

Daß Kulturhaushalte noch ganz anders aussehen können, wie in der BRD, zeigt ein Blick auf die USA: „Im US-Bundeshaushalt 1982 sind für alle Künste zusammen 88 Mio Dollar vorgesehen. Im Verteidigungshaushalt stehen allein für Militärkapellen 92 Mio zur Verfügung.“¹⁶ Hat nicht Dortmunds ehemaliger Kulturdezernent Alfons Spielhoff 1976 gefordert: „Grundsätzlich muß erreicht werden, daß die Kosten der Oper durch entsprechende Eintrittspreise eingespielt werden.“¹⁷ (Spielhoff glaubte allerdings, das darf zu seiner Ehrenrettung nicht verschwiegen werden, mit den eingesparten Geldern die sogenannte Alternativ-Kultur finanzieren zu können.) Vor zehn Jahren gründete Herbert von Karajan mit finanzieller Unterstützung Jürgen Pontos und anderer potenter Geldgeber die *Orchesterakademie*, deren Absolventen zu besonderen Anlässen in der Vorstandsetage der Deutschen Bank spielen dürfen. In Köln gibt es Überlegungen, die Städtischen Bühnen in eine GmbH umzuwandeln mit dem Ziel der Produktionsoptimierung, der personellen Rationalisierung und des Wegfalls lästiger demokratischer Kontrolle. Fassen wir zusammen: für die oberen Zehntausend dürfte traditioneller Kunstgenuß auch unter den „Gesetzen des Marktes“ weiterhin möglich sein, vielfältig versteckt subventioniert.

In Gütersloh entsteht eine neue Stadtbibliothek in der Rechtsform einer GmbH. Gesellschafter sind die Stadt und der Bertelmann-Konzern. Günther Beyersdorff, Direktor des *Deutschen Bibliotheksinstituts* warnte nicht ohne Grund vor der Gefahr eines „Zweiklassensystems“ im Bibliothekswesen, das von den Etatkürzungen mit am stärksten betroffen ist:

„Da der Bedarf nach schneller Belieferung mit Literatur mindestens bei Wirtschaft und Forschung besteht und die technischen Möglichkeiten sich noch ausweiten werden“, wird es „Benutzer geben, die sich den teuren Weg an den Bibliotheken vorbei (Elektronische Abrufung von auf Bildplatten gespeicherten Informationen bei kommerziellen Medienverwertern. Anm. d. V.) leisten können und solche, die auf die konventionellen, im Vergleich langsamen und qualitativ schlechteren Dienste der Bibliotheken angewiesen sind.“¹⁸

Auch die Volkshochschulen könnten ihres „Bildungsauftrages“ enthoben werden durch den verstärkten Ausbau leistungsfähiger, jeglichen emanzipatorischen Schnickschnacks bereinigter Weiterbildungstrainings der Konzerne für ihre Betriebsfamilien nach dem Modell „Bayer-Leverkusen“ und anderer Konzernriesen. Bieten doch darüberhinaus diese Unternehmen heute schon ein viel zu wenig beachtetes kulturelles Angebots- und Betätigungsprogramm: skandalfrei, politikfrei, stromlinienförmig angepaßt.

Freie Kulturgruppen und soziokulturelle Basisaktivitäten wird es weiterhin geben – zu Sozialamtssätzen. Heute schon finanzieren sich sehr viele Mitglieder dieser Gruppen von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, dem Einkommen des/der Ehemanns/-frau. Die von der Bundesanstalt für Arbeit prognostizierte anhaltende Massenarbeitslosigkeit wird immer mehr Berufsanfänger und Langzeitarbeitslose zu Sozialhilfeempfängern pauperisieren. Kommunen verpflichten zunehmend Sozialhilfeempfänger zu „gemeinnütziger Arbeit“. In

Frankfurt am Main z. B. für eine Mark pro Stunde. Müssen die unfreiwilligen Sozialhilfeempfänger bislang überwiegend in öffentlichen Parkanlagen, Friedhöfen, Schwimmbädern und der Straßenreinigung Zwangsarbeit leisten, so ist ihr Einsatz im Kultur- und Bildungsbereich – was den akademischen Nachwuchs betrifft – absehbar.

Unter dem Motto „Wer machts am billigsten“ hat der Westberliner Senat das Subsidiaritätsprinzip konsequent auf die Alternativszene ausgeweitet und subventioniert alternative Selbsthilfegruppen mit 39 Mio Mark. Mit der *Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk*, die das ehemalige UFA-Gelände besetzte, schloß der Senat einen Nutzungsvertrag und äußert sich voll des Lobes: „Der Verein nutzt die auf dem Gelände befindlichen Gebäude und hat diese durch erhebliche Eigenleistungen wieder instand gesetzt. Diese Instandsetzung erfolgte, wie die Einrichtung der dort befindlichen Werkstätten, durch Eigenarbeit und wurde selbst finanziert . . .

Unter jugendpolitischen Gesichtspunkten hat die Freizeit- und Kulturarbeit des Vereins Bedeutung, da eine erhebliche Anzahl von Jugendlichen in die Arbeit der „Fabrik“ mit eingebunden werden. Ohne besonderen zusätzlichen Aufwand wird eine Form von Sozialarbeit praktiziert, durch die Jugendliche motiviert werden, eigene Lösungswege aus ihren oft schwierigen Lebensverhältnissen zu finden.“¹⁹ Der Berliner Senat schlägt gleich zwei Fliegen mit einer Klappe, er entzieht sich der Pflicht, der heranwachsenden Generation Arbeit und Zukunft zu garantieren und verweist auf Lösungswege mit materiellen Rahmenbedingungen, die an den Morgenthau-Plan erinnern; gleichzeitig versucht er die Alternativ-Bewegung zu spalten. Eine „gewalttätige Minderheit“ zu eliminieren und die Vielen zu vereinnahmen, die nicht „die Gesellschaft im Großen und Ganzen“ verändern wollen sondern sich bemühen, „die Lebensverhältnisse im Kleinen und Besonderen zu verbessern, menschlicher zu machen.“²⁰ Nachtigall, ick hör dir trapsen!

Geht da niemand auf die Barrikaden?

Fatalismus ist fehl am Platze. Kultur und Kunst gehören zur erweiterten Reproduktion. Was sich seit den späten 60er Jahren auftut an kultureller Opposition und Begehrlichkeit einerseits und kultureller Reformkonzeptionen andererseits kam nicht von ungefähr – entsprang im Grunde den gleichen gesellschaftlichen Triebkräften. Der Übergang von der extensiven zur intensiven Reproduktion des Kapitals, der sich in den 50er und 60er Jahren, bedingt durch den technischen Fortschritt, vollzog,²¹ führte zu einer durchschnittlich gestiegenen Qualifikationsstruktur der abhängig Beschäftigten, zugleich zu einer Arbeitsorganisation, die infolge Rationalisierung zunehmend gekennzeichnet ist durch die Zerstückelung von Arbeitsvorgängen und steigende psychische und physische Belastungen, schließlich zur Zerstörung des Reproduktionsumfeldes durch eine verfehlte Stadt- und Regionalplanung, die primär an den Interessen der Kapitalverwertung orientiert ist.

Auf die kommunale Kulturpolitik und -planung kamen also neue Aufgaben zu, sie sollte auch die Unwirtlichkeit der Städte, Arbeitsplatzhetze, sinnentleerte Arbeit und zunehmende Massenarbeitslosigkeit kompensieren. Auf der anderen Seite soll sie neuen, erweiterten Forderungen nach kulturellen Angeboten

und Betätigungsmöglichkeiten Rechnung tragen, die qualifiziertere, wachere, aktivere Teile der Bevölkerung einzuklagen begannen. Es hieß das Kind mit dem Bade ausschütten, würde man den Kulturreformern unterstellen, mafioshaft finstere Systemstabilisierung zu betreiben, um den gesellschaftlichen „status quo“ aufrechtzuerhalten. Sicher lassen die schönen Worte: Emanzipation, Identifikation, Kreativität, Partizipation, Kommunikation etc. als Elemente des kulturellen Prozesses, an dem jedefrau und jedermann teilhaben soll, gerne übersehen, daß es hierzu grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen bedarf. Jedoch: Prozesse kamen in Gang; neben dem offiziellen Kulturbetrieb entwickelte sich eine vielfältige Gegenkultur, lief den wohlklingenden und auf sozialliberale Weise sicherlich auch wohlmeinenden, jedoch nicht konsequenten Reformstrategien davon. Das läßt sich via Rotstift nicht so ohne weiteres zurückschrauben. Es zeigt sich, daß der kulturelle Part im Ensemble menschlicher Fähigkeiten aufmüpfig, rebellisch, begehrt ist. Protestaktionen gegen Rotstiftpolitik und Kulturabbau nehmen zu. Die *Gewerkschaft Kunst* startete in Nordrhein-Westfalen eine breit angelegte Kampagne „gegen noch weniger Kultur und Kunst“. Der Aufruf dazu wurde u. a. in allen Theatern ausgehängt, Schauspieler traten zwischen den Vorstellungen vor den Vorhang und klärten das Publikum auf. In wenigen Wochen wurden über 100 000 Unterschriften gesammelt. Die Düsseldorfer Kulturinitiativen machten auf einem gemeinsamen Fest gegen den Kulturabbau Wirbel. In Dortmund fand ein „Anti-Rotstifttribunal“, in Bremen fanden an vier Aktionstagen 30 Veranstaltungen gegen die Rotstiftpolitik statt.

Die entscheidend neue Qualität der kulturellen Gegenwehr liegt jedoch darin, daß sie den Zusammenhang aufdeckt zwischen „Rotstift- und Rüstungspolitik“, sich gefordert und herausgefordert sieht, ihr Können, ihre Künste, ja auch ihre Phantasie einzusetzen gegen eine Politik, die die fehlenden Milliarden im bittersten Wortsinn verpulvert. Die atomare Bedrohung ist so groß geworden, daß „Furcht in Widerstand sich verwandelt“. Theaterleiter Hansgünther Heyme: „Je mehr Atomraketen stationiert werden zum ‚Schutz‘ abendländischer Reste – desto weniger Werte gibt es zu schützen. Das Minuswachstum unserer Kultur ist eingeläutet. Die letzte Runde hat begonnen. Wohlgemerkt: es geht nicht ums Sparen . . . Es geht darum, daß sich auflöst, was unsere Welt im Innersten zusammenhält, um was man uns beneidete. Unsere urbane Kulturlandschaft.“²² Kultur und Kunst kann nur im Frieden gedeihen – die großen Friedensdemonstrationen werden gleichzeitig zu kulturellen Manifestationen. Orchestermusiker leisteten ihren Beitrag zum Hamburger Ostermarsch, erklärten: „Musik, und gerade die klassische . . . ist eine Ausdrucksform, die einem eigenständigen menschlichen Bedürfnis entspricht. Sie braucht Optimismus, die Perspektive, den Frieden, damit sie ihren Sinn behält und Freude, Hoffnung und Trost in uns wachzurufen vermag. Deshalb wenden wir uns mit dieser Musik auch besonders an die große Zahl der noch Unentschlossenen, sich mit uns für die Erhaltung des Friedens einzusetzen. Wir verlangen als ersten Schritt die Zurücknahme des NATO-Nachrüstungsbeschlusses . . .“²³

Noch nie beteiligten sich so viel Künstler an den großen Massenbewegungen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung, gegen Sozialabbau und

Wohnungsnot und vor allem für den Erhalt des Friedens. Erkennend und lernend ergreifen sie Partei für notwendige gesellschaftliche Veränderungen, ohne die es auch keine Zukunft für Kunst und Kultur gibt.

Anmerkungen:

- ¹ Helmut Schmidt in: Bulletin der Bundesregierung Nr. 45/1981, S. 3
- ² Zit. nach: Frankfurter Rundschau v. 23. 3. 1982
- ³ Statistische Mitteilungen des Deutschen Volkshochschulverbandes. Arbeitsjahr 1980. Bonn 1981, S. 5
- ⁴ Gewerkschaft Kunst, Landesbezirk NRW: Umfrage Kulturhaushalte. Köln, 1981
- ⁵ In der Spielzeit 1981/82 gibt es in Bremen trotz Massenprotesten kein eigenes Theater – ob es wieder entsteht, ist zweifelhaft.
- ⁶ Zit. aus: Pressemitteilung des Deutschen Bühnenvereins v. 19. 4. 1981
- ⁷ Zit. nach: Deutsche Volkszeitung v. 1. 4. 1982
- ⁸ Olaf Schwencke auf der Jahrestagung der Kulturpolitischen Gesellschaft am 13./14. 11. 1980 in Hannover. Zit. nach: Was ist uns die Kultur wert? Köln, o. J. S. 7
- ⁹ Zit. nach: Frankfurter Rundschau v. 7. 8. 1981
- ¹⁰ Zit. nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 14. 7. 1981
- ¹¹ Hermann Glaser: Beitrag zu einer sozialdemokratischen Kulturtheorie. In: Bruno Friedrich (Hrsg.): Kulturelle Demokratie. Plädoyer für die Macht der Humanität. Bonn 1979. S. 33
- ¹² Zit. nach: Unsere Zeit v. 10. 4. 1982
- ¹³ Olaf Schwencke bei einem öffentlichen Vortrag in Tübingen. Zit. nach: Süddeutsches Tageblatt v. 12. 2. 1982
- ¹⁴ Ebd.
- ¹⁵ „Ich bin relativ skeptisch im Blick auf gesellschaftliche Innovationsfähigkeit durch ‚Kunst‘, jedenfalls soweit und solange sie an Institutionen gebunden bleibt ... Enzensberger hat heute wie seinerzeit 1968 (im Kursbuch 15) immer noch recht: ‚Die Kultur ist das ... Terrain, auf dem die Bourgeoisie unangefochten dominiert. Ein Ende dieser Herrschaft ist nicht abzusehen.“ Olaf Schwencke: Ansichten über die Zukunft der Kulturpolitik. In: Kulturpolitische Mitteilungen, Beiheft 1. Köln 1980, S. 4)
- ¹⁶ Zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 30. 7. 1981
- ¹⁷ Alfons Spielhoff: Strategien alternativer Kulturpolitik. In: Loccumer Protokolle 1/1976, S. 99
- ¹⁸ Günter Beyersdorff auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Bibliotheksverbandes am 3. 11. 1981 in Bremen. Zit. nach: DBV-Info Nr. 7, Tel. I. S. 31
- ¹⁹ Der Senat von Berlin, Senator für Gesundheit, Soziales und Familie: Antwort auf die Große Anfrage über Alternatives Leben v. 29. 1. 1982
- ²⁰ Ebd.
- ²¹ Vergl. hierzu: Bernd Günther: Infrastruktur und Staat. Marburg 1977
- ²² Hansgünther Heyme: Einen letzten Tusch. In: Deutsche Volkszeitung v. 1. 4. 1982
- ²³ Gemeinsame Erklärung des Friedensorchesters, Hamburg, v. 12. 4. 1982

Wladimir N. Kotow Ökonomische Aspekte des Wettrüstens

1.

Einer der wichtigsten ökonomischen Aspekte des Wettrüstens besteht darin, daß unter den heutigen Bedingungen die Rüstungsproduktion mit riesigen Aufwendungen der materiellen Ressourcen verbunden ist. Nach den Angaben des Stockholmer Instituts für Friedensforschung (SIPRI) wurden in den 70er Jahren für militärische Zwecke ungefähr 4 000 Milliarden US-Dollar (in Preisen des Jahres 1978) ausgegeben. Gegenwärtig gibt die Welt für die Rüstung jährlich 500 bis 600 Millionen US-Dollar aus. In den 50er, 60er und 70er Jahren, d. h. in den letzten 30 Jahren, haben die militärischen Ausgaben um ein Vierfaches zugenommen und betragen (in Preisen des Jahres 1979) 8 000 Milliarden US-Dollar. Der Anteil der Rüstungsausgaben an der Weltproduktion schwankte in dieser Periode zwischen 6 und 8 %.

2.

Betrachten wir das Problem vom Standpunkt der Möglichkeiten des Wirtschaftswachstums, so führen die Militärausgaben zur Schrumpfung jener begrenzten Ressourcen, die die Menschheit für die ökonomische Entwicklung zur Verfügung hat. Die Rüstungsproduktion fügt den ökonomischen Ressourcen nichts hinzu, sie entzieht die Ressourcen dem wirtschaftlichen Wachstum. Produzierte Rüstung kehrt nicht in den ökonomischen Kreislauf zurück, wie dies mit Investitions- und Verbrauchsgütern geschieht. Schon im 19. Jahrhundert hat ein großer Gelehrter gesagt, die Produktion von Rüstung bedeute dasselbe, wie wenn eine Nation einen Teil ihres Kapitals ins Wasser werfe.

3.

Zur gleichen Zeit verspürt die Menschheit einen riesigen Mangel an ökonomischen Ressourcen zur Lösung komplizierter und akuter Probleme. Für die Mittel, die zur Rüstungsproduktion aufgewandt werden, gäbe es eine Menge nutzbringender, alternativer Möglichkeiten. Dabei könnte ein hoher sozial-ökonomischer Effekt erzielt werden. Gegenwärtig gibt es in der Welt etwa ebensoviel Soldaten wie Lehrer. Und dabei existieren etwa 800 Millionen Analphabeten in der Welt. Die Ausgaben für medizinische Betreuung betragen lediglich 60 % der militärischen. Gleichzeitig fehlt etwa 1,5 Milliarden Menschen die elementarste medizinische Hilfe. In unserer Welt hungern und verhungern Millionen von Kindern, zu ihrer Ernährung würden etwa 10 % der Rüstungsausgaben genügen. Militärausgaben übersteigen die Mittel für Entwicklungshilfe um das Dreißigfache.

4.

Im Westen ist die Überzeugung ziemlich weit verbreitet (sie kennzeichnet keineswegs alle Politiker und Wissenschaftler), wonach die Rüstungsproduktion und die damit verbundenen Militärausgaben dem westlichen System einen bestimmten und dabei nicht geringen Vorteil verschaffen, sie bringen also nach dieser Auffassung einen politischen und ökonomischen Effekt. Deshalb sind

Erörterungen über alternative Anwendungen der für Rüstung aufgewandten Ressourcen irgendwie abwegig, sie hätten nichts mit den Ländern des Westens sondern mit den Entwicklungsländern zu tun. Vielen Menschen im Westen bleiben jedenfalls solche Überlegungen gleichgültig. Manchmal fürchten die Vertreter dieser Theorie, daß eine Verringerung der Militärausgaben nicht nur zum Verlust jener Vorteile führe, sondern darüber hinaus eine ganze Reihe neuer Probleme hervorrufen würde. Worin sehen diese Leute die Vorteile der riesigen Militärausgaben? Im politischen Bereich erzeugen demnach die Militärausgaben das Gut „Sicherheit“, im wirtschaftlichen Bereich würden die Militärausgaben eine unzureichende Nachfrage kompensieren, zu einer größeren Auslastung der Kapazitäten führen, zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und ein erhöhtes Tempo des technischen Fortschrittes bewirken. Von einem solchen Standpunkt wäre eine Senkung der Militärausgaben notwendigerweise ein Verlust des Gutes „Sicherheit“, eine Schrumpfung der effektiven Nachfrage und eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit.

5.

Betrachten wir zuerst die zweite, ökonomische Seite dieses ziemlich verbreiteten Standpunktes. Militärausgaben schaffen tatsächlich ein bestimmtes Nachfragevolumen, und Investitionen auf dem Gebiet der Rüstung eine bestimmte Zahl der Arbeitsplätze. Erstens hat aber diese Nachfrage nur eine kurzfristig belebende Wirkung auf die Wirtschaft. Langfristig betrachtet haben jedoch Militärausgaben und die mit ihnen verbundene Nachfrage eine fortschreitende Inflation zur Folge, die letzten Endes auch die ökonomische Stabilität aushöhlt. Eine Nachfrage, die auf Militärausgaben beruht, hat, langfristig gesehen, einen negativen Einfluß auf das Wirtschaftswachstum zur Folge, weil die Militärausgaben die Produktionsressourcen der Gesellschaft nicht vermehren sondern vermindern. Die Senkung der Militärausgaben und die Abzweigung der Mittel zur Finanzierung einer erweiterten Infrastruktur, der Ausbildung und Bildung, des Gesundheitswesens u. ä. erzeugen aber keineswegs eine geringere Nachfrage, sondern sie sichern auch ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum und vermindern die Inflationsraten. Nach Berechnungen einiger westlicher Fachleute wäre eine alternative Anwendung der Militärausgaben dazu geeignet, die Zahl der Arbeitsplätze keineswegs zu vermindern sondern zu vermehren. Nach den Berechnungen von Professor Leontieff, USA, könnte man mit 8 Milliarden US-Dollar im Militärsektor 288 000 Arbeitsplätze sichern, bei einer Investition dieser Summe in zivilen Sektoren der Wirtschaft würde das 542 000 Arbeitsplätze bedeuten. Der Nettoeffekt bei einer alternativen Ausgabe dieser Summe läge hier bei einem Zuwachs von 254 000 Arbeitsplätzen.

6.

Kehren wir nun zum ersten Teil der These von dem „positiven Effekt“ der Militärausgaben zurück. Dieser besteht darin, daß man als Resultat dieser Ausgaben die Produktion des Gutes „Sicherheit“ betrachtet. Diese These ist die Folge eines elementaren logischen Fehlers. Das unmittelbare Ergebnis der Militärausgaben ist die produzierte Rüstung und die Akkumulation ihrer Bestände (gelagerte Reserven, Installationen usw.). Führt jedoch die Akkumu-

lation der Rüstungsbestände tatsächlich zur Vermehrung des Gutes „Sicherheit“? Das wäre noch zu beweisen, diese Frage ist jedenfalls umstritten. Von unserem Standpunkt führt die Akkumulation der Rüstung auf keinen Fall zu dem Wachstum der Sicherheit der Länder, die diese Waffen produzieren. Zur Vergrößerung des Gutes „Sicherheit“ könnte die Beachtung des Prinzips der „gleichen Sicherheit“ bei Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation führen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen hängt die Schaffung des Gutes „Sicherheit“ von den vorbereitenden Arbeiten Tausender Experten ab, die auf dem Gebiet der Abrüstung tätig sind, sie hängt auch von der Entscheidung eines Dutzends von Spitzenpolitikern ab, die Abkommen über Abrüstung und politische Zusammenarbeit vereinbaren und keineswegs von 60 Millionen Militärs und 600 Milliarden Dollars, die jährlich für militärische Zwecke ausgegeben werden. Stellen wir uns eine ganz einfache Frage: Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind die Militärausgaben um das Tausendfache gestiegen, ist jedoch unsere gemeinsame Sicherheit in diesem Zeitraum proportional dazu gestiegen? Um das Zehnfache? Oder hat diese „Sicherheit“ eine Tendenz zur Senkung des Wachstums der Militärausgaben zur Folge gehabt?

7.

Das riesige Wachstum der Militärausgaben, das die begrenzten Ressourcen der Menschheit verschwendet, einer Menschheit, die unter vielen, noch nicht gelösten sozialen und ökonomischen Problemen leidet, findet im Namen der Produktion des Gutes „Sicherheit“ statt, während die Menschheit im Ganzen wie jeder Einzelne von uns das Gefühl der wachsenden Gefahr verspürt — dies ist eines der tragischsten Paradoxa der Zeitgeschichte. Für einen Wissenschaftler ist dies zugleich auch eines der wichtigsten sozialpolitischen Erscheinungen der modernen Geschichte, die eine sorgfältige Analyse und Erklärung erfordern. Wie ist es dazu gekommen, daß wir an die Grenze des atomaren Abgrundes gelangt sind? Welche Wege und welche Kräfte haben uns dahin gebracht? Ohne Beantwortung dieser Fragen können wir den Weg zurück nicht finden, der uns aus der Katastrophe herausführt. Die Aufgabe des Wissenschaftlers in dieser kritischen Situation besteht darin, die Mechanismen des Wettrüstens aufzudecken, Elemente in diesem Mechanismus aufzufinden, mit deren Hilfe die Prozesse des Wettrüstens gezügelt und zurückgedämmt werden können.

Es gibt einige Theorien, die diesen Mechanismus beschreiben. Eine davon, die im Westen wohl am meisten verbreitet ist, leitet das Wettrüsten aus dem Mechanismus der Koppelung der Aktionen und Reaktionen auf Seiten der Großmächte ab, mit anderen Worten erklärt diese Theorie das permanente Wachstum der Rüstung in unserer Welt durch das außenpolitische und vor allem das militärpolitische Verhalten der Großmächte und durch die entsprechenden Reaktionen auf dieses Verhalten. Nach dieser Auffassung liegen die Gründe für jenen Teufelskreis im Bereich der wechselseitigen Außenbeziehungen der Länder, die am Wettrüsten beteiligt sind.

Diese Theorie ist jedoch nicht imstande, die fundamentale geschichtliche Tatsache zu erklären, wonach im Laufe der Nachkriegsgeschichte die Vereinig-

ten Staaten von Amerika mehrfach als die Pioniere bei der massenhaften Einführung neuer militärischer Technologien für die Rüstungsproduktion aufgetreten sind. (Die USA haben als erste die Atombombe gebaut, so dann als erste die Wasserstoffbombe, als erste haben sie Mittelstreckenraketen mit nuklearen Sprengköpfen ausgestattet, als erste Unterseeboote mit nuklearbestückten Raketen, als erste haben sie taktische Atomwaffen eingeführt, als erste haben sie die Neutronenbombe und Marschflugkörper konstruiert.) Die Tatsache eines solchen Vorsprungs im militärpolitischen Verhalten, die Tatsache des ständigen Überholens in der Spirale des Wettrüstens durch die USA ist evident und wird auch von mehreren westlichen Forschern, die das Problem analysiert haben, bestätigt (unter anderem auch von dem westdeutschen Politologen Lutz).

Auf solche Weise kann die Theorie des „außenpolitischen Reagierens“ nur in gewisser Hinsicht für die Erklärung des militärpolitischen Verhaltens der UdSSR herangezogen werden, die auf die Politik der USA reagiert hat, doch ist diese Theorie folglich nicht dazu geeignet, das militärpolitische Verhalten der USA selbst zu erklären und damit auch nicht die Prozesse des Wettrüstens im Ganzen.

8.

Es gibt auch die Versuche, das Wettrüsten durch die technologischen Gesetzmäßigkeiten der Rüstung als solcher zu erklären, durch die Gesetze einer inneren Dynamik der Rüstungsvorgänge. In Übereinstimmung damit sei das Wettrüsten schon vorzeitig durch innere technologische Ursachen dieses Prozesses in jedem Land vorprogrammiert und sei deshalb vom Verhalten der Gegenseite unabhängig. Die Handlungen der Projektanten und der Auftraggeber der Rüstung orientieren sich demnach nicht auf das militärische Potential des Gegners, Entscheidungen werden am Niveau der eigenen Rüstung gemessen und im Hinblick auf die potentiellen Möglichkeiten ihrer Entwicklung entschieden. Man geht davon aus, daß die Gegenseite derartige potentielle Ergebnisse bereits erzielt hat oder versuchen wird, diese potentiellen Ergebnisse zu erzielen. Es gäbe demnach eine Art Wettbewerb mit sich selbst, gleichsam der „Kampf mit dem eigenen Schatten“.

Obgleich sich die Anhänger dieser Erklärung des Wettrüstens auf die Technologie berufen, so fällt es jedoch nicht schwer, daß tatsächlich die Entscheidungsgrundlage für die Vorrüstungen, die die gesamte Weltlage destabilisieren, keine technologische darstellt; das ist kein technologischer Imperativ, sondern dahinter verbergen sich echte (eher wohl angebliche) Ängste, daß die Gegenseite den Weg der Ausnutzung der Militärtechnologien gehen wird, die soeben in dem vorgegebenen Land entdeckt worden sind – hier ist das russische Sprichwort über den Menschen angebracht, der seinen eigenen Schatten fürchtet – oder aber diese Entscheidungen werden von realen Interessen und Berechnungen bestimmt. Die Erhellung dieser realen Interessen scheint für uns außerordentlich wichtig zu sein.

9.

Im Rahmen meines Vortrages möchte ich die möglichen ökonomischen

Interessen herausarbeiten, die im Prozeß des Wettrüstens entstehen können und entstehen, und die Rolle aufzeigen, die diese Interessen im Mechanismus des Wettrüstens spielen. Außerordentlich wichtig ist dabei die Frage, wie der Mechanismus jener ökonomischen Interessen realisiert wird, die dem Wettrüsten entgegenstehen und die uns helfen könnten, den Prozeß des Wettrüstens anzuhalten und umzukehren. Wir werden in unserer Analyse davon ausgehen, daß das Wettrüsten eine komplexe Erscheinung darstellt, die nicht nur durch politische und militärische, sondern auch durch ökonomische Faktoren bestimmt wird, daß das Wettrüsten keine systemneutrale, keine technologisch geprägte, sondern eine systembedingte Erscheinung ist. Wir wollen zu klären versuchen, ob die ökonomischen Prozesse auf die Prozesse des Rüstens Einfluß nehmen und in welcher Weise dies in beiden sozial-ökonomischen Systemen stattfindet, und wenn dies zutrifft, welcher Art die Mechanismen sind, die auf das Wettrüsten einwirken.

10.

Die ökonomischen Systeme des Ostens und des Westen sind unterschiedlich. Damit weisen sie unvermeidlich außerordentlich wesentliche Unterschiede bei der Realisierung der Rüstungsprogramme auf, bei der Einwirkung der Wirtschaft und der wirtschaftlichen Interessen auf den gesamten Prozeß der Rüstung, der nicht nur ökonomische, sondern auch militärische und politische Elemente einschließt. Die hauptsächlichen Unterschiede bestehen im Folgenden:

In den ökonomischen Systemen des Westens gehören die Unternehmen, die Rüstung produzieren, hauptsächlich privatem Kapital. Sie befinden sich meist in privatem Eigentum, und die Produktion von Rüstung ist eine Branche des Business. Das Ziel eines modernen Großunternehmens, auch für die Rüstungsproduktion, besteht nach Feststellung führender wissenschaftlicher Autoritäten des Westens (Baumall, Galbraith) in der Maximierung des Umsatzes als Voraussetzung für eine langfristige Maximierung des Gewinns. Konkret bedeutet das, jede Firma, die Rüstung produziert, will ihr Geschäft erweitern. Dafür ist es nötig, vom Staat morgen größere Aufträge zu erhalten als heute. Das läßt sich nur durch ein ständiges Wachstum der Militärausgaben erzielen, denn durch das Ausmaß der Militärausgaben werden auch die Grenzen und die Dynamik der Märkte dieser Unternehmen bestimmt. Jede Maßnahme für eine Begrenzung des Wettrüstens bedeutet für das militärische Business eine Stagnation oder eine Schrumpfung des Marktes. Nationale Interessen (oder gesamt menschliche Interessen) geraten in diesem Fall in einen Gegensatz zu den privaten ökonomischen Interessen. In unserer Welt gibt es sehr wenig Institute, die gesamt menschliche Interessen wahrnehmen, und sie sind arm. Die Unternehmen des militärischen Business sind zahlreich und reich. Und sie wissen, wie sie ihre Geschäftsinteressen wahrzunehmen haben. Das Marketing für die Erweiterung des Marktes hat in diesem Bereich des Geschäftes ganz spezifische Merkmale. Es umfaßt Maßnahmen von der Einwirkung auf die Massenmedien (etwa das Stichwort „sowjetische militärische Bedrohung“) bis zu dem, inzwischen bekannt erschienen der Listen des Militärkonzerns Lockheed, deren Veröffentlichung zum Rücktritt einiger bekannter Staats-

männer geführt hat.

Weithin bekannt sind auch die Tatsachen hinsichtlich manipulierter Informationen über das Niveau der sowjetischen Rüstung durch das Verteidigungsministerium der USA, jeweils in Zeiten vor der nächsten ersten Runde für Militärausgaben (so war das etwa mit den Angaben über die Zahl der sowjetischen Interkontinentalraketen).

Ich bin weit entfernt davon zu glauben, daß die Leute, die an der Spitze der Rüstungskonzerne stehen, blutrünstig sind und der Menschheit den atomaren Holocaust wünschen. Das glaube ich nicht. Was wollen diese Leute? Sie wünschen eine Vergrößerung des Marktes für ihre Unternehmungen. Und sie versuchen alles zu tun, um diesen Wunsch zu realisieren. In Übereinstimmung mit diesen Spielregeln handeln auch andere Vertreter des Militärbusiness. Das Ergebnis ist, daß aus diesem Bereich mächtige Impulse für das Wettrüsten ausgehen, also aus dem ökonomischen Bereich des Westens.

Der Rüstungsmarkt hat unter den gegenwärtigen Bedingungen eine außerordentlich wichtige Besonderheit aufzuweisen: es gibt für die Güter, die auf diesem Markt produziert und verkauft werden, keinen Massenverbrauch. Dieser Verbrauch könnte nur Krieg bedeuten. Die Akkumulation der verkauften Waren geht in die Rüstungslager. Dies führt zu einer verhältnismäßig schnellen Sättigung des Marktes, nach jeder einzelnen Rüstungsart. Den Ausweg aus dieser ungünstigen Situation findet das Militärbusiness in einer ständigen Erneuerung des Sortiments der Produktion, was zum sogenannten moralischen Verschleiß der produzierten, jedoch noch nicht genutzten Rüstung führt und damit die Grenzen des Marktes für die Militärproduktion verbreitert. Das Angebot der Militärgüter, das aufgrund der neuen Militärtechnologie ständig erneuert wird, führt auch zur Entstehung einer entsprechenden Nachfrage seitens der Verbraucher – der Militärs. Zugleich führt die Bestrebung, den Rüstungsmarkt auf Kosten neuer und neuer Arten der Militärtechnologie zu erweitern, zu einer neu und neu entstehenden Destabilisierung der internationalen Lage – sie stellt die Feder dar, die das Wettrüsten zu immer neuen Spiralen antreibt.

11.

In der UdSSR gibt es auch Militärindustrie, es gibt Unternehmen und Betriebe, die Rüstung produzieren. Worin bestehen ihre ökonomischen Interessen? Bestehen diese Interessen, wie im Fall des Militärbusiness im Westen, darin, den Umfang des Militärmarktes zu erweitern? Sind sie mit diesem Ziel bestrebt, auf die Entscheidungen der Personen einzuwirken, die Ausmaß und Wachstum dieses Militärmarktes bestimmen? Die Antwort lautet: es gibt weder solche Interessen noch die Mittel für die Realisierung solcher Interessen auf Seiten der sowjetischen Betriebe. Das Hauptziel eines sowjetischen Unternehmens ist die Planerfüllung. Das ganze System der ökonomischen Kennziffern, das in der Volkswirtschaft der UdSSR wirkt einschließlich des Gewinns und der Prämien ist auf die Erfüllung des Planes gerichtet. Die Unternehmen, ihre Direktoren, Ingenieure und Arbeiter erhalten ihre Prämien für die Erfüllung des Planes. Dadurch vor allem sind ökonomische Interessen bestimmt, die den Unternehmen zugrunde liegen. Die Übernahme

eines maximalen Produktionsplanes seitens der Unternehmungen, was wir bei der gegenwärtig durchgeführten Reform anstreben, bedeutet auf keinen Fall, daß die Unternehmen in der Sowjetunion an einer Erhöhung der Militärausgaben, einer Erhöhung der Rüstungsproduktion interessiert sind. Es ist die Rede von angespannten Plänen, ihrer Erfüllung und Übererfüllung im Rahmen der bereits vorgegebenen Produktionskapazitäten. Die Unternehmen in der UdSSR verfügen zwar über die Mittel für Ersatzinvestitionen, aber die Mittel für Neuinvestitionen stehen nicht den Unternehmen zur Verfügung sondern dem Gosplan – dem Staatlichen Komitee für Planung.

Die Entscheidungen über Rüstungsproduktion, über die Investitionen in Bereichen, wo Rüstung produziert wird, werden auf derselben Ebene getroffen, wo man über die Frage nach der Produktion von Verbrauchsgütern entscheidet, Fragen der Sozialversicherung usw. Im Westen wird dieses System der Entscheidungen in der Sowjetunion so interpretiert, als sei es für Rüstungsproduktion förderlich. Dabei vergißt man absolut die Tatsache, daß gerade dieses System der Entscheidungen an harte, innere Grenzen der Militärausgaben zur Verteidigung heranhält. Wir wollen und können es auch nicht so anstellen, wie das vor kurzem Präsident Reagan getan hat, als er die Militärausgaben beträchtlich erhöht und zugleich die Sozialprogramme gekürzt hat, während er die Verantwortung für die sozialen Leistungen auf die einzelnen Bundesstaaten und die materielle Versorgung auf die einzelnen Familien selbst abgeschoben hat. In unserem Wirtschafts- und Sozialsystem liegt die Verantwortung für die äußere und die soziale Sicherheit des Landes auf den Schultern der Zentralregierung und der einzelnen Bürger. Diese Verantwortung ist sehr wichtig als Hebel für die Begrenzung des Wachstums der Militärausgaben.

12.

Wettrüsten bedeutet noch nicht „heißer Krieg“, doch das ist schon ein „ökonomischer Krieg“. Die Waffen, die man produziert, schießen noch nicht, doch sie schießen ökonomisch. Die Länder der NATO, die Rüstung produzieren und auf die UdSSR und ihre Verbündeten zielen, sind zugleich die reichsten Länder des Westens, wenn wir als Kennziffer für den Reichtum die Höhe des Sozialproduktes nehmen. Zugleich ist die UdSSR zur Erhaltung des Gleichgewichts (der gleichen Sicherheit) dazu gezwungen, die entsprechenden Gegenmaßnahmen durchzuführen, die ernsthafte wirtschaftliche Aufwendungen mit sich bringen.

Der „Fünfjahrplan“ Reagans, der eine Ausgabe von 1 500 Milliarden Dollar für militärische Zwecke vorsieht, zwingt auch die UdSSR dazu, Maßnahmen zur ihrer Verteidigungskraft und Sicherheit zu ergreifen. Dies ist eine harte Notwendigkeit und erfordert eine Herausnahme nicht geringer Mittel, die für unsere Pläne des friedlichen Aufbaues vorgesehen sind.

„Doch, wie ich schon wiederholte Male sagen mußte“, erklärte vor kurzem L. Breshnew, „wir werden für diese Zwecke keinen einzigen Rubel darüber hinaus ausgeben und dafür arbeiten, was für die Sicherheit unseres Volkes, seiner Freunde und Verbündeten notwendig ist. Und die Zukunft sehen wir nicht unter dem Aspekt der unbegrenzten Anhäufung von Bergen an Waffen, sondern der Erzielung vernünftiger Vereinbarungen mit der anderen Seite

über die gegenseitige Reduzierung der militärischen Konfrontation.“

13.

Im Westen vergleicht man die Militärausgaben der Sowjetunion oft mit denen des Westens. Dies geschah auch während unseres Kolloquiums in Tutzing. Mr. Burt aus den Vereinigten Staaten von Amerika hat in seinem Referat erklärt, daß der Anteil der Militärausgaben im Bruttosozialprodukt der Sowjetunion 11 bis 13 % betrage, daß dagegen der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt der USA um zwei **Mal niedriger als in der UdSSR** läge. Den Angaben zufolge, die das Verteidigungsministerium der USA vor einem halben Jahr veröffentlicht hat („Soviet Military Power“), war dieser Anteil noch größer und lag zwischen 12 bis 14 %. Heißt das, daß offizielle Vertreter der USA die Tatsache anerkennen, daß die Sowjetunion ihre Militärausgaben in der letzten Zeit reduziert hat? Wie kann man diese unterschiedlichen Angaben in offiziellen Äußerungen der USA interpretieren?

Diese unterschiedlichen Angaben bedeuten doch viel eher, daß beide erfunden worden sind. Dafür spricht die heutige Erklärung des Botschaftsrates Mr. Mollineux von der Bonner US-Botschaft, in der wir eine neue amerikanische Angabe über die sowjetischen Militärausgaben sehen. Den Angaben von Mr. Mollineux zufolge beträgt sie schon zwischen 12 und 15 %. Dementiert damit Mr. Mollineux die Angaben von Mr. Richard Burt, des Verantwortlichen für militär-politische Fragen im State Department? Oder revidiert Mr. Burt die Angaben des Weinberger-Papiers? Und wie steht es um die Stichhaltigkeit der anderen amerikanischen Angaben über die sowjetische Rüstung? Das ist doch alles unseriös und zeigt uns, wie die Angaben über sowjetische Rüstung und sowjetische Militärausgaben manipuliert werden.

Horst Klaus Rüstungssituation aus gewerkschaftlicher Sicht

Der Kampf gegen Militarismus und Krieg, für Frieden und Völkerverständigung ist Wesensmerkmal gewerkschaftlicher Politik – internationale Solidarität würde zur hohlen Phrase, wäre es anders. Antimilitarismus und Friedenspolitik haben deshalb in den Gewerkschaften nicht nur Tradition, sondern sind nach wie vor programmatische, sogar satzungsgemäße Aufgaben des DGB und der in ihm zusammengeschlossenen Gewerkschaften:

„Der Frieden ist elementare Voraussetzung für gewerkschaftliches Wirken und Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt. Deshalb ist die umfassende Sicherung des Friedens in der Welt ein zentrales Anliegen der Gewerkschaften.“ (Grundsatzprogramm des DGB.) Die Satzung des DGB zählt zu den „politischen Aufgaben des Bundes“ „insbesondere“ „das Eintreten für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Sinne der Völkerverständigung“.

Kein Bundeskongreß des DGB, kein Gewerkschaftstag einer Einzelgewerkschaft, keine Jugendkonferenz auf Bundesebene hat nach 1945 stattgefunden, ohne zur Wiederbewaffnung Deutschlands – im Osten und Westen –, zum – insbesondere atomaren – Wettrüsten und für Entspannung, Abrüstung und Frieden Stellung zu beziehen.

Konkret forderte bereits der 11. ordentliche Bundeskongreß des DGB im Mai 1978

- *Sofortige Einstellung des Wettrüstens*
- *keine Erhöhung der Rüstungshaushalte in allen Ländern*
- *sofortiger Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West einschließlich der Neutronenbombe* (ergänzend dazu wurde in einem gesonderten Antrag die Bundesregierung aufgefordert, „Schritte einzuleiten, um ein völkerrechtliches Verbot der Neutronenbombe herbeizuführen“)
- *einen konstruktiven Beitrag der Bundesregierung bei allen derzeit aktuellen Rüstungsverhandlungen.*

Ferner wurde ein Initiativ-Antrag angenommen, mit dem „an die Bundesregierung und die Fraktionen des Bundestages, insbesondere an die gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten“ „appelliert“ wird, „in der Bundesrepublik ein Abrüstungsamt zu schaffen, das beim Bundeskanzleramt die Verbindung von Forschung, Verhandlungsvorbereitung und Verhandlungsführung für die Bereiche Rüstungskontrolle und Abrüstung, Rüstungsexporte und Arbeitsmarktp Probleme gewährleistet.“ Aufgabenstellung: Ein solches Abrüstungsamt soll „für jeden Abrüstungsschritt die innenpolitischen und vor allem beschäftigungspolitischen Folgeprobleme erörtern, konkrete Umstellungspläne für die betroffenen Branchen und Regionen und Wiedereingliederungs- bzw. Umschulungskonzepte für die betroffenen Arbeitnehmer in der Rüstungsindustrie und bei der Bundeswehr entwickeln“.

In gewisser Weise stellt dieser Initiativantrag eine praktische Ergänzung der Aussage zur Rüstungskonversion im wirtschaftspolitischen Leitantrag A 73 dar. Dort heißt es im Abschnitt „Ergänzende Maßnahmen einer beschäfti-

gungsorientierten Wirtschaftspolitik“ unter c) *Rüstungspolitik*:

„Aus politischen und moralischen Gründen, aus wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen wendet sich der DGB entschieden gegen alle Bestrebungen zur Lockerung der Exportbeschränkungen für Rüstungsgüter. Im Interesse der organisierten Arbeitnehmer in den rüstungsproduzierenden Unternehmen müssen jedoch Maßnahmen gegen die Gefährdung von Arbeitsplätzen getroffen werden. Dies kann geschehen durch

- eine langfristige Kapazitätsplanung für Forschung, Entwicklung und Produktion;
- staatliche Auflagen zur Erhaltung und Erhöhung des Anteils ziviler Fertigungen;
- schrittweise Umstellung von militärischer zu ziviler Produktion im Gefolge der Entspannungspolitik auf der Basis vorhandener hochentwickelter Technologien.“

Soviel zu „Grundsatz-Positionen“, praktischen Forderungen und Arbeitsplatzproblematik.

Inzwischen haben Einzelgewerkschaften des DGB die Beschlußlage insbesondere im Hinblick auf den NATO-Doppelbeschluß weiterentwickelt. Die 1980 stattgefundenen Gewerkschaftstage der IG Metall und der Gewerkschaft HBV verurteilen diesen Beschluß; die IG Metall fordert gleichzeitig die Sowjetunion auf, „die Produktion und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen, damit die NATO ihren Nachrüstungsbeschluß annullieren kann“. Der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier forderte die Bundesregierung auf, „im Rahmen der NATO darauf hinzuwirken“, daß der Beschluß der NATO, „eurostrategische Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren“, aufgehoben wird. Inzwischen hat auch die Gewerkschaft Holz und Kunststoff auf ihrem Gewerkschaftstag 1981 ihren Hauptvorstand beauftragt, „sich bei der Bundesregierung für die Rücknahme des sogenannten Nachrüstungsbeschlusses einzusetzen“.

„Die Gewerkschaftsbewegung ist immer auch eine Friedensbewegung.“

Diese Forderung zielt zunächst nach innen. Da die Gewerkschaften in den letzten 10 bis 15 Jahren ihre eigenen Beschlüsse zu Frieden und Abrüstung nicht ernst genug genommen haben, haben sich viele der kritischen „Aktiv-Mitglieder“, vor allem Jugendliche und Funktionäre in anderen Teilen der Friedensbewegung engagiert.

Insofern war der DGB-Appell und die Unterschriftenaktion wohl auch eine Art Konkurrenzunternehmen zu anderen Aufrufen. Die Unterschriftenaktion hat jedoch längst Eigendynamik entwickelt. Dabei ist nicht die Zahl der Unterschriften das Entscheidende. Vielmehr ist in der Massenorganisation Deutscher Gewerkschaftsbund (7,5 Mio. Mitglieder) eine breite Diskussion nicht nur über den NATO-Beschluß in Gang gekommen, sondern über Sinn und Unsinn des Wettrüstens überhaupt.

Dies ist ein Vorgang, wie er seit dem Ende der Auseinandersetzungen um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr (Ende der 50er / Anfang der 60er Jahre) nicht mehr zu verzeichnen war.

Der DGB ist damit in der Tat auch in der gegenwärtigen Friedensbewegung zu einem eigenständigen Faktor geworden.

Er befindet sich auf dem Wege zu dem Ziel, das Prof. Eugen Kogon im September 1981 so definiert hat:

„Die Gewerkschaften sollten sich durch die Verfechter des Kalten Krieges, die Gläubigen der ‚Nachrüstung‘, die Ideologen der Freund-Feind-Theorie und durch deren Diffamierungen nicht davon abhalten lassen, den Bemühungen um den Frieden durch beständige Aufklärung in den Millionen-Reihen ihrer Mitglieder einen festen, gediegenen ideellen und der Bereitschaft zum Engagement förderlichen Sockel zu schaffen. Man muß es spüren, daß sie ein machtvoller Friedensfaktor sind . . .“

Der DGB-Appell enthält im übrigen auch eine eigenständige Position zu den Genfer Verhandlungen. Wenn er als Verhandlungsziel u. a. formuliert, „auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten (und) die bereits stationierten abzubauen“, dann wird nicht unterschieden zwischen

- land- und seegestützten und

– amerikanischen, sowjetischen, englischen und französischen Systemen. Nimmt man den Text ganz genau wörtlich, sind (lediglich) Flugzeuge angenommen, die Atombomben tragen können (der Aufruf spricht nur von „Raketen“).

Der gewerkschaftliche Ansatz in der Diskussion um Frieden und Abrüstung (im Aufruf heißt es Frieden durch Abrüstung – das ist so auch noch nie formuliert worden!), der gewerkschaftliche Ansatz geht also über die aktuelle Mittelstreckenraketen-Diskussion hinaus und verweist

- auf die Gefährdung des Friedens durch das Wettrüsten und

– auf die sozialen Kosten des Wettrüstens in den westlichen wie den östlichen Industrieländern, vor allem aber in den Ländern der Dritten Welt.

Wenn Frieden auch mit Gerechtigkeit zu tun hat, dann gehört soziale Gerechtigkeit dazu, also menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen.

In dem Industriestaat Bundesrepublik Deutschland befinden wir uns gegenwärtig in einer scharfen Auseinandersetzung um die Verteidigung unseres sozialen Standards:

gegen Reallohnabbau, gegen Massenarbeitslosigkeit, gegen die soziale Bestrafung von Arbeitslosen, Rentnern, Kranken durch Abbau der sozialen Leistungen bzw. Erhöhung der Steuer- bzw. Sozialabgabe-Belastungen.

In anderen Ländern ist ein solcher sozialer Standard noch gar nicht erreicht, ist soziale Gerechtigkeit eine Forderung, die je nachdem als kommunistisch oder antisozialistisch diffamiert wird.

Ich denke dabei an Polen und die Türkei ebenso wie etwa an El Salvador oder andere Staaten, in denen sich eine hungernde, arbeitslose, unterdrückte Bevölkerung auflehnt gegen ihre Ausbeuter oder Unterdrücker.

Niemand kann im übrigen voraussagen, welche Folgen eine während der ganzen 80er Jahre in der Bundesrepublik wie in Westeuropa anhaltende millionenfache Arbeitslosigkeit haben kann, die zusammenfällt mit offensichtlich unnötigen Milliardenausgaben für eine aberwitzige Aufrüstung, die Frie-

den immer unsicherer statt sicherer macht.

Die Abwendung großer Teile der jungen Generation von den großen Parteien, vom demokratischen Staat, droht sich doch schon fortzusetzen in den Gewerkschaften, die zu den wichtigsten stabilisierenden Elementen der Industriegesellschaften gehören.

Im wesentlichen sprechen zwei Gründe aus gewerkschaftlicher Sicht deshalb gegen das Wettrüsten:

1. die zunehmende Gefährdung des Friedens

2. die abnehmende Fähigkeit, weltweit menschenwürdige Lebensbedingungen, soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Auch die Gewerkschaften haben natürlich keine Patentlösung für die Erreichung des Ziels, das wir alle anstreben.

Aber wenn weiterhin Übereinstimmung darüber besteht, daß der Rüstungswettlauf über den anderen Konflikten im Ost-West-Verhältnis eine gewissermaßen eigenständige jedenfalls aber die aktuell größte Bedrohung darstellt, dann muß dieser Rüstungswettlauf endlich an einer Stelle aufgehalten werden. Die Genfer Verhandlungen könnten diese Stelle sein.

Die „Friedensbewegung Gewerkschaft“ will ein Verhandlungsergebnis, das den Menschen vor allem in Europa Hoffnung macht.

Das bedeutet eine Lösung, zu der beide Seiten ernsthaft beitragen müssen.

Dabei darf im Verhandlungsverlauf keine der beiden Seiten das Engagement der Friedensbewegung mißverstehen:

Es ist weder ausschließlich gegen die amerikanische Position gerichtet, noch darf der Widerstand gegen den NATO-Beschluß als bedingungslose Unterstützung der sowjetischen Position gewertet werden.

Die Arbeitnehmer in diesem Lande gehen davon aus, daß sie keinen Krieg hier überleben — atomar oder konventionell —.

Sie erwarten von denen, die die Macht dazu haben, eine Politik, die nicht nur den Krieg verhindert sondern den Frieden wirklich sichert.

Alexander Leaf Der Atomkrieg und seine medizinischen Folgen

Ich werde oft gefragt, warum sich Ärzte denn gerade für den Atomkrieg interessieren sollten. Welche Voraussetzungen haben sie, um auf diesem Gebiet besondere Kenntnisse und Fachwissen für sich in Anspruch nehmen zu können, da ja so viele politische Fragen und Themen mit dem Gegenstand Rüstung und Krieg verbunden sind? Und man antwortet mir, daß, wenn es auf diesem Gebiet Spezialisten aus der Wissenschaft gibt, es natürlich Ärzte sind. Ich stimme mit all diesen Fragen und Behauptungen vollkommen überein. Wie unsere Mitmenschen sind wir Laien, wenn es um den politischen Aspekt von Krieg geht. Geht es jedoch um die gesundheitlichen Auswirkungen der Atomwaffen und des Atomkrieges, müssen wir als Experten auftreten. Die Gesundheit des einzelnen in unserer Gesellschaft stellt den Wirkungsbereich für unser fachliches Können dar, und es ist unsere ärztliche Pflicht, diese Verantwortung voll zu tragen. Die Gesellschaft hat uns für diese althergebrachte und ehrenvolle Aufgabe ausgebildet und uns mit ihrer Erfüllung betraut, und die Fragen, die über den Atomkrieg auftauchen, verlangen von uns, daß wir uns über die Art und den Grad der zu erwartenden gesundheitlichen Risiken informieren und sie durch die Verbreitung unseres Wissens laut werden lassen.

Am 9. Dezember 1981 hat das Kuratorium der amerikanischen Ärztekammer¹ einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher die Ärzte dringend aufgefordert werden, sich selbst, andere Ärzte und auch Regierungsbeamte und die Öffentlichkeit über die gesundheitlichen Auswirkungen eines Atomkrieges zu unterrichten.

Ich möchte einen kurzen Überblick über das Tatsachenmaterial geben, das für die Erkenntnis der Öffentlichkeit und der Regierenden wichtig ist, daß einem Atomkrieg aus ärztlicher Sicht nicht begegnet werden kann.

Um sich eine vernünftige Vorstellung von den gesundheitlichen Auswirkungen einer thermonuklearen Explosion machen zu können, muß man die Menge der Opfer zahlenmäßig bestimmen, und so werde ich die genauesten Schätzungen amtlicher Quellen verwenden. (Der Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen von 1980; die Behörde für technologische Bewertung²; „Die Auswirkungen von Atomwaffen“ von Glasstone und Dolan, 1977; die Anhörungen vor dem Unterausschuß für Gesundheit und Wissenschaftliche Forschung des 96. Kongresses am 19. Juni 1981.) Wegen der vielen möglichen Szenarien, in denen sich ein Waffenschlagabtausch abspielen könnte, herrscht über die Zahl der Toten und Verletzten große Ungewißheit. Um den Bedarf an ärztlicher Versorgung bestimmen zu können, muß man sich jedoch auf diese Zahlen stützen. Leider wurde bisher noch keine maßgebende Untersuchung durchgeführt, in der die übrigbleibenden ärztlichen Versorgungsmittel mit dem Bedarf der Überlebenden an ärztlicher Versorgung verglichen werden, obwohl begrenzte Analysen zum Teil schon vorgenommen wurden. Das medizinische Institut der nationalen Akademie der Wissenschaften der Vereinigten Staaten³ nimmt zur Zeit eine Untersuchung in Angriff, um diese Information zu erlangen. Auch die Weltgesundheitsorganisation beginnt gerade mit solch

einer Untersuchung.

Es ist weithin bekannt, daß die gewaltige Energie einer thermonuklearen Explosion in Form einer Druckwelle frei wird oder sich in mechanische Energie umwandelt, wobei 50 % der Explosionskraft frei werden. Weitere 35 % werden in Form von Wärmestrahlung und 15 % der Energie (5 % davon sofort, die restlichen 10 % mit Verzögerung) in Form von ionisierender Strahlung frei. Opfer werden bei einer thermonuklearen Explosion durch die Auswirkungen der Druckwelle oder des Schockes, durch Wärmeverletzungen und durch die ionisierende Strahlung hervorgerufen.

Die radioaktive Anfangsstrahlung, die sich vor allem aus Neutronen- und Gammastrahlen zusammensetzt, wird in den ersten zwei Sekunden frei. Wenn sich diese Strahlung in der Luft fortpflanzt, verliert sie mit zunehmender Entfernung rasch an Intensität. In relativ kurzer Entfernung wäre sie tödlich, aber da bei großen Bomben das durch die Druckwelle zerstörte Gebiet viel größer ist als das Gebiet, in dem die unmittelbar freiwerdende Strahlung tödlich wirkt, verursacht eher die Druckwelle den Tod als die Strahlung. Der Tod wird entweder durch die Druckwelle oder, wenn auch etwas langsamer, durch die Strahlung herbeigeführt. Bei großen Explosionen ist die unmittelbar freiwerdende ionisierende Strahlung also intensiv, aber von kurzer Dauer und begrenztem Wirkungsradius; dieser ist kleiner als der Wirkungsradius der todbringenden Druckwelle oder der Wärmestrahlung. Bei der Verwendung von kleinen Bomben wie beispielsweise der Neutronenbombe können die unmittelbaren Strahlungswirkungen erheblich sein und die Auswirkungen der Druckwelle übersteigen.

Bei einer Explosion in der Luft wandeln sich 10 % der Energie in radioaktiven Niederschlag um. Eine Explosion auf der Erdoberfläche, durch die große Erd- und Schuttmengen aufgewühlt und teilweise radioaktiv gemacht werden, um dann mit dem Feuerball in die obere Atmosphäre gewirbelt zu werden, von wo aus sie mit dem Wind treiben und über eine große Fläche hinweg niedergehen, kann den radioaktiven Niederschlag wesentlich erhöhen. Das Ausmaß und die Verteilung des Niederschlags sind je nach den klimatischen Bedingungen und je nachdem, ob die Bombe in der Luft oder auf der Erdoberfläche explodiert ist, so verschieden, daß es sehr schwierig ist, die Intensität der Reststrahlung oder die der Niederschlagsstrahlung zu schätzen. Obwohl dieser Niederschlag ernste Folgen für das Leben jedes einzelnen in den verseuchten Gebieten hat, möchte ich nicht weiter auf diese Quelle möglichen Schadens für den Menschen eingehen.

Etwa 35 % der Explosionsenergie werden in Form von Wärmestrahlung abgegeben. Der erste helle Blitz ist so intensiv, daß jeder, der unwillkürlich zum Himmel und genau in den Blitz blickt, bei einer Explosion von einer Megatonne an einem klaren Tag schon in einer Entfernung von 21 km infolge des Blitzes erblinden würde oder in einer klaren Nacht schon in einer Entfernung, die zwischen ihm und dem Horizont liegt. Trifft der Strahl des Blitzes die Netzhaut, so entstehen bleibende Netzhautverbrennungen. Menschen, die der thermischen Energie ausgesetzt sind, erleiden unmittelbar thermische Verbrennungen (Verbrennungen ersten Grades in einer Entfernung von etwa 11,2 km, Verbrennungen zweiten Grades in etwa 9,6 km

Entfernung und Verbrennungen dritten Grades in einer Entfernung bis zu 8 km). Wenn Verbrennungen dritten Grades über 24 % und Verbrennungen zweiten Grades über 30 % des Körpers bedecken, entsteht ein gefährlicher Schockzustand, der, wenn er nicht sofort behandelt wird, tödlichen Ausgang haben kann. Der Radius, in dem thermische Verletzungen auftreten, hängt sehr von atmosphärischen Bedingungen, durch die die Energie abgeschwächt werden könnte, und von der Bekleidung der Opfer ab. Eine Menschenmenge, die sich an einem warmen Tag leicht bekleidet draußen aufhält, würde schlimmere Verletzungen erleiden, als bei einer Explosion in einer trüben Winternacht.

Außer den unmittelbaren thermischen Auswirkungen der Explosion sind die Menschen der Gefahr von Bränden ausgesetzt, die durch die Explosionshitze ausgelöst werden. Wärmestrahlung kann durch eine Fensterscheibe hindurch Möbel und andere Gegenstände in einem Haus in Brand setzen. Windverhältnisse, die Menge brennbaren Materials und möglicherweise noch andere Faktoren sind für die Beschaffenheit und die Größe des Feuers maßgebend. Es gibt zwei Arten von Großbränden. Es können einerseits Sturmbrände mit einem heftigen und schnellen Wind auftreten, die extrem hohe Temperaturen entwickeln. Fast alle Menschen, die sich im Bereich eines Sturmbrandes befinden, kommen höchstwahrscheinlich infolge der Hitze oder durch Erstikungstod um, auch dann, wenn sie sich in Schutzräumen aufhalten. Andererseits können auch Großbrände entstehen, bei denen sich das Feuer langsam über große Flächen hinweg ausdehnt. Normalerweise können Menschen einem Großbrand entkommen, eine hohe Zahl von Todesopfern könnte es jedoch unter denjenigen geben, die zu schwer verletzt sind, um gehen zu können. Der Hauptanteil, nämlich 50 % der Explosionsenergie, wird als Druckwelle frei. Dieser Effekt kann bei einer Explosion in der Luft optimal genutzt werden, um einen größtmöglichen Bereich, in dem Verletzungen auftreten sollen, abzudecken. Die Auswirkungen, die durch die Druckwelle einer thermonuklearen Explosion von einer Megatonne hervorgerufen werden, habe ich schon beschrieben. Der menschliche Körper könnte einen Überdruck von $2,1 \text{ kg/cm}^2$ ($= 30 \text{ psi}$, pound per squareinch) schon aushalten, die Druckwelle jedoch tötet Menschen auf indirekte Weise. Der Wind, der schon bei so geringen Größen wie $0,14$ bis $0,21 \text{ kg/cm}^2$ ($= 2$ bis 3 psi) auftritt, würde Menschen aus den Gebäuden tragen, hochheben und gegen feste Gegenstände schleudern, oder sie durch fliegende Trümmer, Glas usw. töten, die bei solchen Windstärken zu lebensgefährlichen Geschossen werden.

Eine einfache Methode zur Bestimmung der Zahl der Todesopfer ist die Annahme, daß alle Menschen, die sich in einem Bereich von $0,35 \text{ kg/cm}^2$ Überdruck ($= 5 \text{ psi}$) oder mehr aufhalten, getötet werden. In Wirklichkeit überleben einige Menschen, aber die Zahl der Todesopfer außerhalb dieser Zone erreicht fast die Zahl der Überlebenden innerhalb einer Zone mit $0,35 \text{ kg/cm}^2$ Überdruck, und die Zahl der Toten ist daher mit der Zahl der Menschen, die sich innerhalb dieser Zone aufhalten, identisch.

Um die gesundheitlichen Folgen einer einzigen Explosion von einer Megatonne und den daraus resultierenden Bedarf an ärztlicher Versorgung zu bestimmen, wollen wir uns diese Explosion als Luftdetonation über dem

Bostoner Stadtpark vorstellen. Im Kreis 1 (Radius von 2,4 km) mit einem Überdruck von 1,4 kg pro cm² und einer Windgeschwindigkeit von 800 Stundenkilometern sind Gebäude aus Stahlbeton zerstört und die meisten Menschen tot. Im Kreis 2 (Radius von 4,8 km) mit einem Überdruck von 0,7 kg pro cm² und einer Windgeschwindigkeit von 480 Stundenkilometern sind Stein- und Betongebäude zerstört und ungeschützte Menschen haben, wenn sie nicht schon tot sind, lebensgefährliche Verbrennungen erlitten. Im Kreis 3 (Radius 6,4 km) (Gebiet von 128 km²) mit einem Überdruck von 0,35 kg pro cm² und einer Windgeschwindigkeit von 250 Stundenkilometern sind Ziegelsteinbauten und Holzhäuser zerstört, und ungeschützte Menschen haben schwere Verbrennungen erlitten. Im Kreis 4 (Radius von 8 km) haben Kleidung und anderes brennbares Material Feuer gefangen, und wahrscheinlich wird das ganze Gebäude von Feuer zerstört. Im Kreis 5 (Radius von 9,6 km) mit einem Überdruck von 0,21 kg/cm² treten an ungeschützter Haut Verbrennungen dritten Grades auf, und der Wind mit einer Geschwindigkeit von 150 Stundenkilometern ist stark genug, um Menschen, die sich im Freien aufhalten, zu töten. Im Kreis 6 (Radius von 13,6 km) mit einem Überdruck von 0,14 kg/cm² sind Backsteinhäuser und Holzhäuser leicht beschädigt (Sprünge im Mauerwerk, zerbrochenes Glas, eingestürzte Innenwände, teilweise abgetragene Dächer) und an ungeschützten Körperteilen treten Verbrennungen zweiten Grades auf.

Die Listen, die von der Behörde der Vereinigten Staaten für Rüstungskontrolle und Abrüstung⁴ in Washington DC angefertigt wurden, führen in Zahlen die Verwundbarkeit der Stadtbevölkerung der Vereinigten Staaten nach dem Stand vom August 1979 auf. Eine Luftexplosion von einer Megatonne über Boston würde von den 2 884 000 Einwohnern 695 000 Todesopfer und 1 430 000 weitere Opfer fordern. Somit bleiben 735 000 Überlebende, die verletzt sind und ärztliche Behandlung brauchen. Eine Unterscheidung zwischen Verletzten, die hauptsächlich Brandverletzungen, Strahlenschäden oder Verletzungen infolge der Druckwelle, und denen, die diese drei zu erwartenden Verletzungsarten in irgendeiner kombinierten Form erlitten haben, ist sehr schwierig.

Wir wissen, wie sich die drei Verletzungsarten auf die Opfer von Nagasaki und Hiroshima verteilen, Opfer, die den unmittelbaren Atomschlag jedoch überlebt haben. Unter den Verletzten betrug der Anteil der Überlebenden mit Verletzungen, die von der Druckwelle herrührten, 70 %, derer mit Verbrennungen 65 % und derer mit Strahlenschäden 30 %. Die Gesamtzahl übersteigt 100 %, da viele einzelne nicht nur eine Verletzungsart erlitten haben. Dennoch sind die Zahlen in jeder Gruppe wahrscheinlich riesig und belaufen sich auf mehrere Tausend, denkt man nur an die 735 000 Verletzten in Boston. Ärzte teilen die Erfahrung, daß die Probleme, die sich aus der Behandlung von Patienten mit schweren Verbrennungen oder Traumata ergeben, sehr schwierig sind. Ob ein Patient mit zahlreichen Verbrennungen dritten Grades überlebt, hängt fest davon ab, ob besondere Einrichtungen für die Behandlung von Verbrennungen verfügbar sind; dort müßten voll ausgebildete ärztliche Fachkräfte, hochentwickelte Laboreinrichtungen, im Grunde unbegrenzte Vorräte an Blut, Plasma und Medikamenten bereitstehen. Der gleiche Bedarf an intensi-

ver ärztlicher Versorgung besteht für Überlebende mit Quetschungen, mehreren einfachen und komplizierten Brüchen, tiefen Wunden am Kopf, Brustkorb und Unterleib, mehreren Fleischwunden, schweren Blutungen und gebohrten inneren Organen, besonders Lungen — alles Folgen eines Explosionsdruckes und des Einsturzes von Gebäuden, Brücken usw. Zu diesen Verletzungsarten kämen noch mehrere Tausend Fälle von Strahlenschäden, deren Schweregrad unterschiedlich, auch unbekannt sein kann.

Wie wird man mit den verbleibenden ärztlichen Versorgungsmitteln den Bedarf derjenigen decken können, die Explosions- und Brandverletzungen oder Strahlenschäden erlitten haben? Da Krankenhausärzte vor allem in großen Bevölkerungszentren zu finden sind, ist ihre Verwundbarkeit unverhältnismäßig groß.

Im Raum Metropolitan Boston gibt es etwa 7000 Ärzte. Inzwischen kann man also berechnen, daß durch unsere Luftexplosion von einer Megatonne 34 %, das sind 2 367 Ärzte, getötet und weitere 2 500 verletzt werden. Von insgesamt 7 000 würden also 4 860 getötet oder einsatzunfähig gemacht werden, und nur 2 140 überlebende und unverletzte Ärzte übrigbleiben, um allein im Raum Boston mit 735 000 überlebenden Verletzten fertigzuwerden. Auf jeden überlebenden, unverletzten Arzt kämen 343 Verletzte. Stellen wir eine absurde Berechnung an: jedem Patienten wird eine Empfangszeit von 15 Minuten für Diagnose und Behandlung zugeteilt. Es würde 5,4 Tage dauern, bis jeder Verletzte empfangen würde, um einmal kurz behandelt zu werden, wenn jeder Arzt 16 Stunden am Tag arbeitet. Es wird jedoch vorausgesetzt, daß es dem Verletzten gelingt, den Arzt aufzusuchen, da für Hausbesuche keine Zeit bemessen wurde. Diese Berechnung enthält noch viele andere Voraussetzungen; nämlich, daß alle 2 140 überlebenden, unverletzten Ärzte bereit wären, in schwer zerstörte Gebiete zu kommen und sich den möglicherweise hohen Strahlendosen auszusetzen; daß die Ärzte psychisch mit der Katastrophe fertig werden; daß Krankenhäuser, Vorräte an Medikamenten, Krankenschwestern usw. vorhanden sind, um die Verletzten zu versorgen, daß man gerade noch von einer angemessenen ärztlichen Behandlung sprechen kann. Im Raum Boston stehen etwa 80 % der Krankenhausbetten in dem Gebiet, das eine Bombe von einer Megatonne zerstören würde. Außerdem haben wir stillschweigend angenommen, daß Strom, Wasser, Transportmittel, Nahrung, sowie medizinische Einrichtungen und Versorgungsmittel wie im Normalfall zur Verfügung stehen. Keine dieser Voraussetzungen wäre erfüllt. Somit muß man, glaube ich, zu dem Schluß kommen, daß ärztliche Gegenmaßnahmen wirkungslos wären, selbst dann, wenn nur eine einzige Bombe von einer Megatonne auf ein modernes Zentrum wie Boston, Detroit oder Leningrad fiel.

Auf Hiroshima und Nagasaki fielen zwei kleine Bomben. Das übrige Japan war unversehrt geblieben, und Hilfe konnte von außen rasch erlangt werden. Bei einem totalen Waffenschlagabtausch zwischen den zwei größten Atommächten ist das nicht mehr der Fall. In einer kurzen Übersicht über die Auswirkungen eines totalen Atomkrieges wäre auch eine Untersuchung über die Zahl der atomaren Gefechtsköpfe und die Sprengkraft der Waffen aus dem Arsenal der Welt angebracht. Die gesamte Megatonnenzahl der Sprengstoffe entspricht 20

Millionen Tonnen Dynamit. Vergleichsweise schätzt man, daß die gesamte Sprengkraft im 2. Weltkrieg 2,7 Megatonnen betragen hat. Man sollte sich die Worte des Verteidigungsministers McNamara ins Gedächtnis rufen, der definierte, was unerwünschte Vernichtungskraft ist: die Fähigkeit, ein Viertel bis ein Drittel der Bevölkerung einer großen Industrienation zu vernichten und die Hälfte bis ein Drittel ihres industriellen Produktionsvermögens zu zerstören. Damals Anfang der 60er Jahre, glaubte man, daß in einem Vergeltungsangriff gegen die UdSSR der entsprechende Wert etwa 400 Megatonnen betrüge und daß ungefähr die gleiche Menge für einen ähnlichen Angriff auf die USA erforderlich wäre. Folglich haben beide Seiten heute ein Arsenal, mit dem die unerwünschte Vernichtung 20fach erzielt werden kann. Neuere Untersuchungen weisen jedoch darauf hin, daß ein geringerer Wert als 400 Megatonnen ausreichen würde, um die unerwünschte Vernichtung der UdSSR oder der USA zu erzielen. In einer Reihe von Berichten wird darauf hingewiesen, daß beiden Supermächten mit einer relativ geringen Waffenanzahl schwere Schäden zugefügt werden können, wenn die Waffen auf entscheidende Angriffsziele gerichtet werden.

In den USA ist in einer Reihe von Untersuchungen der Versuch unternommen worden, die Zahl der Opfer zu schätzen, die ein größerer Schlagabtausch von strategischen Waffen zwischen den beiden führenden Mächten hervorrufen würde. Die geschätzte Anzahl der Todesopfer in den USA reicht von Höchstwerten zwischen 155 und 165 Millionen bis zu Mindestwerten zwischen 20 und 55 Millionen. All diese Zahlen beziehen sich auf die ersten 30 Tage nach dem Angriff. Viele würden schließlich wegen mangelnder ärztlicher Versorgung sterben. Außerdem würden Millionen von Menschen in dem darauffolgenden Winter verhungern oder erfrieren und weitere Millionen an den verborgenen Auswirkungen der Strahlen sterben.

In einer von der Behörde für Zivilschutz und Sicherheit¹ angefertigten Untersuchung wurde versucht, Schätzwerte für die Zahl der Verletzten anzugeben, die sich je nach äußeren Umständen zwischen 33 und 12 Millionen bewegen. Jeder dieser Verletzten würde ärztliche Versorgung benötigen, und das in einer Welt, in der nur noch wenige ärztliche Versorgungsmittel vorhanden sind und in der die gesamte soziale Struktur, von der die ärztliche Versorgung abhängt, zerstört wäre. Es scheint, als ob die Mediziner nach einer derartigen Katastrophe so gut wie nichts tun könnten, um das Ausmaß der menschlichen Vernichtung zu mindern. Es ist eine alte und ehrenvolle Aufgabe der Medizin, Vorbeugungsmaßnahmen zu ergreifen, wenn Wege der Heilung zu teuer oder unzureichend sind. Da wir fast sicher sein können, daß ein Atomkrieg die uns vertraute Zivilisation in den am Krieg beteiligten Ländern und den sie umgebenden Nachbarländern zerstören würde, ist es offensichtlich, daß die Verhinderung eines Atomkrieges der einzig mögliche Weg ist, dieses ernste Problem anzugehen.

¹ American Medical Association

² Office of Technology Assessment

³ Institute of Medicine of the National Academy of Sciences of the United States.

⁴ United States Arms Control and Disarmament Agency

⁵ Defense Civil Protection Agency

Nikolaj P. Botschkow Nukleares Wettrüsten und medizinische Probleme

Die gewaltigen materiellen Rüstungsausgaben der ganzen Welt sind weithin bekannt. Die Ausgaben pro Tag werden mit Milliarden Dollar, die für eine Minute mit einer Million beziffert. Wenn eine Reihe von Anträgen zur Herabsetzung der Rüstungsausgaben gestellt wird, verändern sie im wesentlichen diese nicht. Das Wettrüsten wird fortgesetzt und die Mittel dazu werden sich vergrößern.

Die große Gefahr der weiteren Entwicklung des Wettrüstens wird ersichtlich, wenn dieses Problem vom ärztlichen Standpunkt aus betrachtet wird. Ihrem Beruf nach kämpfen Ärzte immer für das Leben und die Gesundheit der Menschen. Sie riskieren ihr Leben, indem sie die Menschen von besonders gefährlichen Infektionen retten. Sie verbringen schlaflose Nächte am Bett des Kranken, erleichtern seine Leiden und verlängern sein Leben. Wegen des Mangels materieller Anlagen im Gesundheitsschutz gibt es in der Welt viele ungelöste Probleme, die mit dem Bevölkerungsgesundheitsschutz verbunden sind und kollektive Anstrengungen für ihre schnellste Lösung fordern. Um nur einige Stichpunkte zu nennen:

Von den 4,5 Milliarden Menschen der Weltbevölkerung sind 1,5 Milliarden einer elementaren medizinischen Hilfe beraubt, die Hälfte der Menschheit hungert, 300 Millionen leiden an verschiedenen Krankheiten, 30 bis 40 Millionen sterben an Hunger. Mehr als eine Milliarde Menschen in 66 Entwicklungsländern können möglicherweise an Malaria erkranken. Jede Minute sterben vier Menschen an Myokardinfarkt. Jährlich sterben mehr als fünf Millionen Kinder an Kinderinfektionskrankheiten wie Masern, Keuchhusten, Kinderlähmung, Diphtherie und Tuberkulose. Die Menschheit hat nicht genügend Trinkwasser von ausreichender Qualität, sie braucht Abfallbeseitigungssysteme und verschiedene Einrichtungen für die Verhinderung der Verschmutzung der Atmosphäre und des Wassers.

Wie verhalten sich Rüstungsausgaben und Ausgaben für das Gesundheitswesen, medizinische Hilfe und wissenschaftliche Forschungen zueinander? Nach Angaben der UNO sind zur Zeit die Militärausgaben um 2,5 mal höher als die Gesundheitsausgaben. Hieraus ist klar, wie viele medizinische Probleme gelöst werden könnten, wenn mindestens ein Teil der Rüstungsausgaben zur Erweiterung der medizinischen Hilfe bei der Durchführung des sanitätshygienischen Dienstes, zur Verhinderung von Epidemien und zur Verbesserung der Ernährung ausgegeben würde.

Auf dem Erdball sind die Pocken ausgerottet, diese Krankheit hatte tödliche Epidemien hervorgerufen. Die WGO (Weltgesundheitsorganisation) hat dafür in den letzten zehn Jahren 83 Millionen Dollar ausgegeben, das sind weniger Kosten als die für ein Bombenflugzeug. Nach Angaben der WGO benötigt man für die Beseitigung der Malaria, die besonders in Entwicklungsländern mit heißem und feuchtem Klima verbreitet ist, 450 Millionen Dollar. Dies stellt nur ein Drittel des Wertes des amerikanischen Unterseebootes „Trident“ dar oder weniger als die Hälfte aller Ausgaben, die man täglich für die Rüstung braucht. Dank dem Fortschritt der medizinischen Wissenschaft sind Wege zur Beseiti-

gung und zur drastischen Senkung vieler Kinderinfektionskrankheiten bekannt. Die Kinderimpfung schützt und rettet vor Infektionen. Dafür sind für jedes Kind zwei Dollar erforderlich, und für alle Neugeborenen 260 Millionen Dollar insgesamt. Diese Summe würde das Leben von fünf Millionen Kindern schützen.

In vielen Ländern gibt es nicht genug Krankenhäuser, die medizinische Hilfe leisten könnten. Nur die Hälfte aller Militärausgaben eines Jahres würde den Bau von 30 000 Krankenhäusern mit 18 Millionen Krankbetten sichern, und das würde das Leben und die Arbeitsfähigkeit von 100 Millionen Menschen bewahren.

Für die Versorgung mit Trinkwasser von guter Qualität – der Mangel an Trinkwasser kann zu Infektionskrankheiten führen – und für die Schaffung notwendiger sanitärhygienischer Lebensbedingungen sind etwa 135 Milliarden Dollar erforderlich, das ist nur die Hälfte des vermutlichen Militärhaushaltes der USA im Jahre 1983.

Es könnten viele Beispiele angeführt werden, die anschaulich zeigen, wie das Wettrüsten den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und die Verlängerung des Lebens beeinträchtigt. In den oben genannten Beispielen handelt es sich um die von der Medizin schon gelösten Probleme, weitere Militärmittel könnten jedoch für die medizinische Forschungsarbeit ausgegeben werden. Jeder vierte Wissenschaftler der Welt arbeitet jetzt an Militärproblemen. Es ist bestens bekannt, daß die Kreislauferkrankungen eines der Hauptprobleme der Medizin sind. Für die Forschungsarbeiten auf dem Gebiet des Kampfes gegen den Myokardinfarkt wird – nach Angaben von Professor B. Laun – 250 000 mal weniger als für die Entwicklung neuer Militärwaffen ausgegeben.

Die WGO verkündet das Motto: „Die Gesundheit allen bis zum Jahre 2000“. Das kann man nicht erreichen, wenn der Frieden nicht gewährleistet werden wird. 1981 hat die WGO-Vollversammlung eine Sonderresolution angenommen, die die medizinischen Folgen des nuklearen Krieges und die Rolle der WGO bei der Einstellung des Wettrüstens betrifft. Diese Resolution wurde von den bedeutendsten Genetikern auf der dritten Konferenz über die Mutagene der Umwelt in Tokio im September 1981 unterstützt.

Das Wettrüsten, die Gefahr des nuklearen Krieges ruft bei den Menschen neue psychologische Probleme, den Spannungszustand hervor und all das beeinflußt die Gesundheit. Die Menschen beginnen, an der Zweckmäßigkeit ihrer schöpferischen Tätigkeit zu zweifeln und die Zahl der Nerven-, psychischen und anderen Erkrankungen nimmt zu. Die Bevölkerung weiß, zu welchen schweren Folgen der nukleare Krieg führen kann, und unter den Bedingungen des zunehmenden Wettrüstens verlieren die Menschen den Glauben an die Zukunft. Es wird nicht nur die Gesundheit der Völker auf der Welt, sondern das Bestehen des Lebens auf der Erde angezweifelt.

Die Ärzte, die täglich, jede Stunde das Leben der Menschen schützen, dürfen nicht zulassen, daß die Menschen sich an den Gedanken der Zwangsläufigkeit eines Krieges gewöhnen und den Selbsterhaltungstrieb unterdrücken. Eben darum breitet sich die internationale Bewegung „Die Ärzte der Welt für die Abwendung des nuklearen Krieges“ aus. 1981 wurde der erste internationale Kongreß durchgeführt. In einer Reihe von Ländern fanden nationale Konfe-

renzen von Ärzten statt (in England, USA, Canada, BRD), die die möglichen medizinischen Folgen eines nuklearen Krieges erörterten und die Staatsmänner zur Einstellung des Wettrüstens aufriefen. Die päpstliche Akademie führte eine Beratung durch.

Mitte 1981 wurde vom Präsidium der Akademie der medizinischen Wissenschaften der UdSSR der sowjetische Ausschuß „Ärzte für die Abwendung des nuklearen Krieges“ gebildet, an dessen Arbeit die führenden Wissenschaftler der verschiedenen medizinischen Zweige aus verschiedenen Republiken beteiligt sind. Der Ausschuß erforscht den möglichen Einfluß verschiedener Arten von Kernwaffen auf den menschlichen Organismus und auf die Umwelt. **Zugleich führt der Ausschuß die Aufklärungsarbeit über die medizinischen Folgen eines nuklearen Konfliktes durch. Die Völker sollen die Wahrheit über die Folgen des Krieges wissen und das Wettrüsten einstellen.**

Die klare Haltung der Ärzte in der Abwendung der schrecklichsten Epidemie des Massentodes durch nukleare Waffen findet das Verständnis und die Unterstützung aller friedenswilligen Menschen, bei gesellschaftlichen, politischen Repräsentanten und Religionsvertretern verschiedener Staaten.

Patricia Jones / Randolph Perry Von Wall Street bis zur Main Street – wehrt den Reaganauts!

1.

Als Amerikaner interessiert es uns, was die restliche Welt über die Vereinigten Staaten denkt, besonders jetzt, da Ronald Reagan unser Land repräsentiert. Dieser Mann ist einer der am wenigsten qualifizierten Männer, die je zum Präsidenten gewählt wurden. Es gab seit langem keine Gruppe von Präsidentenberatern, die so ungebildet, unerfahren und grundsätzlich unwissend waren, wie die jetzigen. Diese Männer denken wie Kinder. Wie Schwachsinnige sind sie blind gegenüber Tatsachen. Ihre Kenntnis der Geschichte, Gesellschaft, Wirtschaft und Regierung ihres eigenen Landes besteht aus einigen Plattitüden und verbrauchten ideologischen Sprüchen. Ihr Interesse für internationale Ereignisse ist darauf begrenzt, sich einfach der Sowjetunion zu widersetzen. Um sich zu rechtfertigen, sagen sie, daß sie gemäß den besten alten amerikanischen Traditionen handeln. Das ist eine Lüge. Daß ihre Politik eine Entstellung traditioneller amerikanischer Werte repräsentiert, würde der Wahrheit näher kommen. Daß sie eine Gefahr für den Weltfrieden darstellen, wird offensichtlich sowohl im Inland, wie auch im Ausland. Als Amerikaner glauben wir, daß Reagans Versuch, sich für die restliche Welt als Vertreter verantwortungsbewußter amerikanischer Ansichten darzustellen, nicht unangefochten bleiben darf.

2.

Amerikanische Außenpolitik schien bislang kaum so inkonsequent wie gegenwärtig. Folgendes verdeutlicht den Widerspruch: Nach Verhängung des Kriegechts in Polen am 13. Dezember 1981, rief der amerikanische Präsident zu einem internationalen Handelsembargo gegen das polnische Militärregime und die Sowjetunion auf. Die Reaganauten, Präsident Reagan und seine Minister, vor allem Haig und Weinberger, haben versucht, eine europäische Zustimmung zu ihrer Politik zu erzwingen, und Schritte unternommen, um den Bau der geplanten Pipeline zwischen Rußland und Westeuropa, die von William Safire die „Kreml-Pipeline“ genannt wurde, zu verhindern (*New York Times*, 5. März 1982). Im Widerspruch jedoch zu dieser angekündigten Politik, haben sie nichts unternommen, um die enormen Lieferungen von amerikanischem Weizen in die Sowjetunion einzustellen. Ferner haben die Reaganauten mehrmals die Verletzung der Menschenrechte in Polen verurteilt, unter anderem des Rechts auf freie Meinungsäußerung und des Versammlungsrechts. Gleichzeitig jedoch unterstützen sie weiterhin das Militärregime in der Türkei, wo politische Gegner nicht nur ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und ihr Versammlungsrecht verloren haben, sondern wo manche davon auch, nach eigenem Eingeständnis der Regierung, gefoltert wurden. Auch in bezug auf El Salvador, wo Tausende von Nichtkämpfenden routinemäßig von den, mit amerikanischen Waffen ausgerüsteten, Regierungsagenten abgeschlachtet werden, hat Reagan vor dem amerikanischen Kongreß über eine angeblich bedeutsame Verbesserung bezüglich der Menschenrechte gesprochen. Wir

haben uns während der letzten Jahre an die Argumente für eine verstärkte Präsenz des amerikanischen Militärs in Westeuropa gewöhnt, insbesondere jene für die Stationierung von Cruise-Missiles- und Pershing-Raketen und schließlich für den Einsatz von Neutronensprengköpfen. Aber im März 1982 hat eine große Gruppe von konservativen amerikanischen Kongreßabgeordneten, die zuvor zu den eifrigsten Befürwortern der Wiederaufrüstung in Europa mit Kernwaffen zählten, merkwürdigerweise eine Beschlußfassung für den völligen Abzug amerikanischer Truppen aus der BRD dem Kongreß vorgelegt.

3.

Das, was die amerikanische Außenpolitik an Folgerichtigkeit verloren hat, hat sie an Zielstrebigkeit gewonnen. Die Reaganauten haben aktiv nach Gelegenheiten gesucht, um ihre unerbittliche Gegnerschaft gegenüber dem was sie für Kommunismus halten zu demonstrieren, sogar wenn sie dies dazu veranlaßt hat, zweifelhafte Bündnisse zu schließen, unvernünftig zu handeln, verkehrte Schritte zu unternehmen und absichtliche Täuschungsmanöver durchzuführen. Um den Sandinisten in Nicaragua Brutalität zu unterstellen legte Außenminister Haig bei einer Pressekonferenz ein Foto vor, auf dem die Verbrennung eines Miskito-Indianers zu sehen war. Nach Untersuchung dieser Sache wurde in der *New York Times* vom 5. März 1982 berichtet, daß das Foto tatsächlich einen Miskito-Indianer darstellte, aber einen Mann, der vor vier Jahren durch Schergen des Somoza-Regimes verbrannt wurde. Die Reaganauten gaben zu erkennen, daß sie einen Einmarsch der Sowjets in Polen erwarteten. In Wirklichkeit unterschieden die Reaganauten mit Absicht nicht zwischen der Verhängung des Kriegechts in Polen und einem wirklichen sowjetischen Einmarsch. Aber als der Einmarsch nicht stattfand, beschlossen sie, daß die Verhängung des Kriegechts genauso gut zur Steigerung der anti-sowjetischen Kampagne dienen würde. Anscheidend dachten die Reaganauten nie daran, daß es dabei vielleicht um mehr als nur die Verletzung polnischer Rechte ginge, etwa um die Interessen der Europäischen Gemeinschaft in Westeuropa und die Interessen der amerikanischen Farmer, die Weizen anbauen. Die Amerikaner, die die Richtung der Außenpolitik bestimmen, scheinen nicht damit gerechnet zu haben, daß die europäischen Regierungen sich den Sanktionen gegen Polen und die Sowjetunion erfolgreich widersetzen würden. Und jetzt, in ihrem Vorhaben gehindert, konnten sie kaum ihre Wut gegenüber ihren angestammten Alliierten, insbesondere gegenüber Helmut Schmidt und der Bonner Regierung, verbergen.

4.

In den Vereinigten Staaten hat es häufige und deutliche Kritik an der Reagan-Regierung gegeben. Reagans Politik in El Salvador, im Mittleren Osten und in Afrika hat starken Widerstand innerhalb des Landes hervorgerufen. Reagans Innenpolitik wird weitgehend als eine Katastrophe betrachtet. Die amerikanische Presse hat an Reagan in jedem Zusammenhang Kritik geübt, aber in Sachen Polen und Sowjetunion hat sie ihm eine fast einhellige Unterstützung gewährt, obwohl seine Sanktionen unwirksam geblieben sind. Mit Hilfe der amerikanischen Presse konnte Reagan aus der Kritik gegenüber Europa – und

in Amerika heißt das Kritik gegenüber West-Deutschland – seinen Nutzen ziehen.

Zwar zeigt sich die amerikanische Presse auch in anderer Hinsicht nicht als besonders verständnisvoll – auf die jetzige Politik der deutschen Regierung bezüglich Polen reagiert sie mit Bestürzung, nahezu feindselig. Schmidts angebliche Weigerung, sich den Amerikanern anzuschließen, wurde in den Vereinigten Staaten bestenfalls als unverantwortlich, schlimmstenfalls als Verrat am Atlantischen Bündnis angesehen. Bonns Widerstreben gegen die Verhängung von Sanktionen über Polen und die Sowjetunion wurde in der amerikanischen Presse auf drei verschiedene Arten dargestellt. Erstens wird gesagt, die Deutschen hätten eine so große Angst vor der russischen Militärmacht, daß sie es nicht mehr wagten, eine starke und entschlossene Stellung gegenüber den Sowjets einzunehmen. Die Berichterstattung in der amerikanischen Presse über die deutsche Friedensbewegung bestätigte diese Interpretation. Zweitens wird von der Presse die deutsche Handlungsweise in der Polenkrise wirtschaftlichem Eigennutz zugeschrieben. Den Deutschen wird unterstellt, sie seien am Gewinn aus dem Handel mit Osteuropa mehr interessiert als an der Verteidigung der Grundsätze westlicher Demokratie. Drittens wird bei Gelegenheit angedeutet, daß diese angebliche Bereitschaft, beschränkte wirtschaftliche Interessen auf Kosten demokratischer Grundsätze zu verfolgen, eine eventuell gefährliche Wiedergeburt des deutschen Nationalismus darstellte. Wie die Weigerung der Deutschen, die amerikanische Politik in der Polenkrise zu übernehmen, deutschem Nationalismus dienen könnte, wird jedoch nie ausführlich erklärt, aber nachdem diese Anspielung gemacht wird, wirkt sie auch.

5.

Die Behauptung der Bonner Regierung, daß sie die Verhängung des Kriegsrechtes in Polen auch verabscheue, wird immer wieder außer Acht gelassen; für die Amerikaner war das zu wenig und es kam zu spät. Obwohl Helmut Schmidt zu den Ereignissen in Polen kritisch Stellung nahm, wird seine Verurteilung des Jaruzelski-Regimes in den Vereinigten Staaten als der unaufrichtige Versuch dargestellt, eine neutrale, vielleicht sogar pro-sowjetische Politik zu verschleiern. Die *Washington Post* deutete an, daß Schmidt die Sowjetunion wegen ihrer Einmischung in Polen nie verurteilt hätte, wenn er von der Reagan-Administration nicht getadelt und durch die gezielten Fragen der amerikanischen Presse nicht in Verlegenheit gebracht worden wäre. Mit Ausnahme der Sprecher der amerikanischen Banken, die ein unmittelbares Interesse an der Rückerstattung ihrer Investitionen in Polen haben, sind es nur wenige, die ernsthaft argumentierten, daß der Versuch, eine Konfrontation wegen Polen zu vermeiden, vielleicht vernünftig wäre. Eigentlich ist die am häufigsten geäußerte Meinung in den Vereinigten Staaten die, daß die Reaktion der Amerikaner bis jetzt zu schüchtern war, und daß die Situation ein härteres Vorgehen verlange. Die Befürworter dieser Meinung sind nicht nur unter den politisch rechts Gerichteten zu finden, wo man sie zu finden erwartet. Zu ihnen zählt Henry Kissinger, einer der Architekten der Détente. Kissinger war bei weitem nie ein Liberaler gewesen und jetzt, da er sich von den Instanzen der

Macht ausgeschlossen findet, dementierte er jegliche Verantwortung für die gegenwärtigen Früchte seiner früheren Europa-Politik, in aller Öffentlichkeit machte er Reagan den Vorwurf, daß er eigentlich gegenüber dem Kommunismus zu nachgiebig sei (*New York Times*, 17./18. Januar 1982). Die Führer der amerikanischen Gewerkschaften verlangen härtere Sanktionen gegen die Sowjetunion und Polen. Die *New York Times* und die *Washington Post* haben sich der antisowjetischen Stimmung angeschlossen, indem sie jede Gelegenheit wahrnehmen, Jaruzelski und Breschnew zu verleumden, und angesichts der deutschen Abtrünnigkeit traurig den Kopf zu schütteln. Sogar linke Intellektuelle haben sich diesem Protestgeschrei angeschlossen, obwohl es ihnen in einer so ungewohnten Gesellschaft ein wenig unbehaglich zumute ist. Alle zogen ein ungeheures Maß an Befriedigung daraus, auf die unheilvolle Heuchelei sogenannter marxistischer Ideologie hinzuweisen. Es wurde dabei an Zeit und Zeilen nicht gespart, die Moral der Unterdrückung einer allgemein beliebten Arbeiterbewegung durch eine „kommunistische“ Regierung in Polen zu entlarven. Das amerikanische System wurde noch einmal durch die Ereignisse eindeutig gerechtfertigt. Aber im Rausch des landesweiten Selbstgratulierens, ist es der Reagan-Administration nicht gelungen, eine klare Politik darzulegen. Man hat es schwer, in Erklärungen amerikanischer Politiker oder in der Presse eine klare Bewertung der gegenwärtigen Lage in Osteuropa zu finden, geschweige denn eine intelligente Methode der Analyse gegenüber den Problemen Europas im Ganzen.

6.

Was wir jetzt sehen, läuft auf eine Wiederholung der Reaktion der Amerikaner auf die Geiselkrise 1979–1981 im Iran hinaus. Betroffen durch Ereignisse, auf die amerikanische Politiker keinen Einfluß ausüben konnten, gelang es ihnen zu diesem Zeitpunkt, mit Hilfe der Presse die wesentlichen Fragen in einem Wirbel von leerer Rhetorik und theatralischen Posen zu verbergen. Amerikaner haben nie viel Interesse für die Einzelheiten der iranischen Revolution gezeigt: für ihre Parteien, ihre Führer, für den Charakter der iranischen Gesellschaft oder für die Geschichte der Rolle der USA in dem Land. Versuche, die Ursachen der Ereignisse im Iran aufzudecken oder Beweggründe dafür zu finden, wurden verdächtigt, da man sie als Rechtfertigungen betrachtete. Die öffentliche Diskussion hat sich im großen und ganzen auf Gebete für die amerikanischen Helden, auf Flüche über die persischen Bösewichte beschränkt.

Statt Khomeni haben wir jetzt Jaruzelski/Breschnew, anstelle der Amerikaner in der US-Botschaft in Teheran die Führer der „Solidarnosc“. Weder vor noch nach der Verhängung des Kriegsrechtes hat es eine bemerkenswerte Diskussion in den Vereinigten Staaten über den wahrscheinlichen Lauf der Ereignisse in Polen gegeben. Es ist jetzt schwierig, eine realistische Bewertung der wirtschaftlichen Probleme dieses Landes vorzunehmen, ihre möglichen Ursachen und die Mittel, die es für ihre Beseitigung noch geben könnte, zu finden. Der Protestschrei ersetzt schon wieder die Analyse. Und, wie mit dem Iran, haben die amerikanischen Politiker keine Gelegenheit verpaßt, die Polenkrise für ihre eigenen eigenartigen Zwecke auszunutzen.

Jimmy Carter konnte die Krise im Iran als Ausrede benutzen, um eine Debatte mit Kennedy während der Vorwahlen der Demokratischen Partei 1980 zu vermeiden. Zu dem Zeitpunkt war Kennedy gerade dabei, unangenehme Fragen nach Carters Innenpolitik zu stellen. Carter habe keine Zeit mit Kennedy zu verschwenden, behauptete er. Seine ganze Aufmerksamkeit wurde angeblich von den Ereignissen im Iran völlig in Anspruch genommen. Er selber sei Geisel im Weißen Haus, wie er merkwürdigerweise sagte, solange die Amerikaner im Iran Geiseln seien. Die Art und Weise, in der Reagan dann wieder bereit war, die Situation in Polen auszunutzen, war schon vor seiner Wahl offensichtlich. Während seines Wahlkampfes sprach er im Oktober 1980 vor einer Versammlung in der Industriestadt Brunswick, New Jersey, in der eine große Anzahl Amerikaner polnischer Abstammung leben. Reagan lobte den Mut des polnischen Volkes und versprach ihnen seine Unterstützung in ihrem Freiheitskampf. Der Vater von Lech Walesa, der in Brunswick lebt, stand neben Reagan auf der Tribüne; er trug ein T-Shirt, auf dem ein Werbeslogan für das Holzlager, in dem er arbeitete, aufgedruckt war. Reagan fühle sich geehrt, sagte er, die Unterstützung von Walesas Vater in seinem Wahlkampf für die Präsidentschaft zu haben. Der alte Walesa jedoch versteht kein Englisch und schien etwas verwirrt und unsicher über seine Rolle bei diesem Anlaß. Er lächelte die Versammlung einfach an und wurde von seinem Dolmetscher, der auch sein Chef im Holzlager ist, dazu veranlaßt, einige Male auf den Werbeslogan auf seiner Brust zu deuten. Es war ein gelungener Tag. Anschließend gewann Reagan in New Jersey. Es wurde kostenlos für das Holzlager geworben. Nur der Pole bekam nichts.

7.

Obwohl die polnische und die iranische Krise sich auch in anderer Hinsicht ähneln, hat die Krise in Polen ein Merkmal an sich, das bei der Krise im Iran fehlte: einen *Sündenbock*. Und das bringt uns zurück zu Helmut Schmidt und seiner Regierung in Bonn. Reagans Reaktion auf die Ereignisse des 13. Dezember 1981 bestand darin, Wirtschaftssanktionen anzukündigen, einschließlich der Aussetzung der Notlieferungen von Lebensmitteln und Medikamenten nach Polen. Zunächst schien es, als ob Reagan die Absicht hätte, die Polen *bis zur Freiheit verhungern zu lassen*. Aber außer dieser merkwürdigen Konsequenz war es schon im voraus klar, daß die Verhängung von Sanktionen seitens der Vereinigten Staaten (ohne die Mitwirkung Europas und Japans) weitgehend unwirksam bleiben mußte. Mit diesen beiden Parteien wurden jedoch erst einige Zeit, nachdem die Amerikaner schon gehandelt hatten, ernsthafte Verhandlungen aufgenommen. Die Einwilligung der Europäer und der Japaner, ihre Zustimmung zu gemeinsamen Sanktionen und deren Wirksamkeit waren für die Amerikaner absichtlich oder unabsichtlich eine Nebensache. Es war unerheblich, ob eine erfolgreiche Ausschließung Polens und der Sowjetunion von den Märkten und den Kreditquellen, die für ihre Wirtschaften notwendig sind, fürchterliche Folgen für alle Beteiligten hätten haben können. Was ursprünglich am wichtigsten war für die Leute, die alles entscheiden, waren weniger die Sanktionen und deren Auswirkung auf die Weltlage, als der Eindruck, den die neue republikanische Administration auf die amerikanische

Wählerschaft machen würde (oder wie die Administration in den Tagen Nixons zu erklären pflegte, wie gut sie in den Kleinstädten abschneiden würde). Das soll nicht heißen, daß die Ankündigung von Strafmaßnahmen gegen die Sowjetunion nur als Propagandaübung beabsichtigt war. Reagan und seine Mitarbeiter meinen es ernst mit der Zerstörung der Sowjetunion und werden dafür jedes Mittel, das ihnen zur Verfügung steht – ob wirtschaftlich, militärisch oder sonstige – anwenden. Doch in diesem Fall, im Rausch ihrer Selbstgerechtigkeit und von ihrer eigenen Arroganz geblendet, verwechselten sie erfolgreiche Propaganda mit einer wirksamen Politik. Was den Amerikanern gefällt, könnte gerade da Mißfallen finden, wo es am meisten zählt, und könnte anderswo völlig unverständlich sein. Die Reaganauten waren nicht unaufrichtig; sie waren unfähig. Sie haben nicht erkannt, daß es ihnen an Mitteln und Autorität fehlt, ihre Pläne in Europa durchzusetzen. Hätten sie das erkannt, hätten sie anders gehandelt. Jedoch lieber als zuzugeben, daß die Schritte, die sie vorgeschlagen hatten, nicht durchdacht waren und eventuell auch ihre eigenen Interessen beeinträchtigen könnten, entschlossen sie sich dazu, die Schuld für ihre Unwissenheit und Unfähigkeit dem Bundestag zuzuschieben.

Breschnew und Jaruzelski würden demnach schon jetzt um Verzeihung bitten, wenn die feigen, selbstsüchtigen, undankbaren Deutschen den amerikanischen Plan nicht vereitelt hätten. „Mit Freunden wie diesen“, riefen die Reaganauten, die eigentlich Glück hatten, den Folgen ihrer Dummheit zu entrinnen, „braucht man keine Feinde“.

8.

Man möchte es sich gern vorstellen, daß all dies nur ein Fehltritt ist und daß es lediglich die Dummheit einer bestimmten amerikanischen Administration widerspiegelt, die versucht, eine Reihe beispielloser Umstände zu meistern. Und in gewisser Hinsicht tut sie es auch. Die Reaganauten selber behaupten, daß ihre Methode, die Probleme der amerikanischen Außen- und Innenpolitik zu beseitigen, einmalig in jüngster Zeit ist. Ihr Antritt in Washington sollte eine neue, mutige Ära amerikanischer Politik einleiten, ihr entscheidendes Merkmal sei die Wiederaufnahme jener alten Qualitäten, Traditionen und jener Staatspolitik, die Amerika in der Vergangenheit groß machten, die aber in letzter Zeit durch den „schleichenden Sozialismus“ im Inland und durch militärische Schwäche im Ausland gefährdet worden seien. Während sich Lyndon Johnson als politischer Erbe John F. Kennedys vorstellte, Richard Nixon sich gelegentlich mit Abraham Lincoln verglich und Jimmy Carter Franklin Roosevelt nachzunahmen versuchte, ruft Ronald Reagan öffentlich den Geist des Calvin Coolidge an, jenes unbedeutenden Tu-Nix-Präsidenten der zwanziger Jahre, dessen Hauptbeitrag zur Geschichte des Denkens die Behauptung war: „Was gut für das Geschäft ist, ist gut für Amerika.“ Die Bezugnahme auf Coolidge und die Ideale, die er verkörpern sollte, ist jedoch nichts Neues. Die Republikaner und ihre Anhänger in der Geschäftswelt haben seit Generationen wie Coolidge geredet. Der Versuch der Reaganauten, die Feuer des amerikanischen Nationalismus und des Antikommunismus neu zu entfachen, ist auch nicht besonders neu. Beide sind seit dem Zweiten Weltkrieg

wichtige Bestandteile amerikanischer Außenpolitik gewesen. Was an dem Reaganprogramm wirklich originell ist, sind die sturen Versuche, diese alten Ideen auf eine Situation zu übertragen, für die sie keine Anwendung haben, und das Beharren, bei diesem Versuch zu bleiben, obwohl die Anzahl von Beweisen wächst, die zeigen, daß sie die amerikanische Wirtschaft und die amerikanischen Interessen im Ausland schwächen – genau die Gebiete, die durch das Programm gestärkt werden sollten.

9.

Reagan bekam 1980 ungefähr 26 % der Stimmen der amerikanischen Wähler. Über die Hälfte der Wahlberechtigten haben bei der Präsidentenwahl überhaupt nicht gewählt und die übrigen 23 % wählten Reagans Gegner. Dieses Ergebnis, verschleiert durch Reagans überwältigenden Sieg bei dem Gremium der Wahlmänner, wurde von Reagans Anhängern als Volksmandat interpretiert, die angeblich radikale Überarbeitung der amerikanischen Außenpolitik, die sie vorbereitet hatten, durchzusetzen. Ihrer Meinung nach hatten Jimmy Carter und seine Minister, Zbigniew Brzezinski und Cyrus Vance, leichtsinnig die amerikanischen Interessen im Ausland kompromittiert. Sie waren demnach nachgiebig in ihren Geschäften mit den Sowjets, sie waren unfähig, die Führung im westlichen Bündnis auszuüben, und nicht gewillt, die amerikanischen Alliierten in der Dritten Welt zu unterstützen. Carter habe sogar Zweifel an der Fähigkeit der Vereinigten Staaten ausgedrückt, eine entscheidende Rolle in internationalen Angelegenheiten zu spielen. Die Reaganauten haben sich nicht zum Ziel gesetzt, Carters angebliche Fehler einfach auszubessern. Sie stellten eine neokonservative politische Theorie als Ergänzung zu ihrem Programm auf; eine Theorie, die eine eindeutige antisowjetische Haltung, eine beispiellose Wiederaufrüstung und die Unterstützung antikommunistischer Diktaturen in der Dritten Welt rechtfertigt. Ein Hauptpunkt dieser Theorie sollte ein Grundsatz der „Menschenrechte“ sein.

Historisch gesehen haben die Amerikaner ihre Gegnerschaft gegenüber dem Kommunismus vom Standpunkt der „bürgerlichen Freiheiten“ und der „Freiheit des Einzelnen“ gerechtfertigt. Seit mindestens 1945 ist das verkündete Ziel amerikanischer Außenpolitik gewesen, politische und bürgerliche Rechte, die denen ähneln, die in den Vereinigten Staaten geschätzt werden, im Ausland zu unterstützen. Das war sowohl im Propagandakrieg mit Moskau, wie auch für die amerikanische Selbstdarstellung wichtig gewesen. Verletzungen der Menschenrechte sind nicht etwas, was amerikanische Politiker ohne weiteres ignorieren können. Andererseits wird eine Anzahl von Ländern, die mit den Vereinigten Staaten alliiert sind und die für amerikanische Militär- und Wirtschaftsinteressen als unerläßlich betrachtet werden, von menschenrechtsverachtenden Regimen regiert. Wie ist das Hauptinteresse, die „Menschenrechte“ mit den Ansprüchen politischer Zweckmäßigkeit in Einklang zu bringen?

Jimmy Carter, unterstützt von seinen Ministern, beschloß, daß die Verletzung von Menschenrechten eine konsequente öffentliche Verurteilung erforderte, gleich ob diese von Alliierten oder Feinden der USA begangen werden. Carter habe es sogar abgelehnt, den Schah von Persien und Somoza in Nicaragua (zwei

zuverlässige pro-amerikanische Autokraten) gegenüber ihren revolutionären Gegnern zu unterstützen. Das war nach Ansicht der neokonservativen Theoretiker ein Fehler. Sie meinten, daß Carter entscheidende amerikanische Interessen unnötigerweise für eine irregeleitete Auffassung der Gerechtigkeit geopfert hatte. Er habe den entscheidenden Unterschied zwischen „autoritären“ und „totalitären“ Regimes nicht begriffen.

10.

Diese Unterscheidung ist einem der einflußreichsten Texte des amerikanischen Neokonservatismus (dem Artikel „Dictatorships and Double Standards“, veröffentlicht November 1979 in *Commentary*, einer führenden neokonservativen Zeitschrift) zu entnehmen. Der Artikel lenkte Ronald Reagans Aufmerksamkeit auf die Autorin, Jean Kirkpatrick, Professorin an der Georgetown-Universität; nach Reagans Wahl wurde sie von ihm zur Delegierten der USA für die Vereinten Nationen ernannt. Das Hauptargument in „Dictatorships and Double Standards“ lautet, daß die Verletzung der Menschenrechte, die von den autokratischen Regimen begangen werden, die mit den Vereinigten Staaten befreundet sind – sie werden als „autoritäre“ Regimes bezeichnet – weniger ernst sind als diejenigen, die von kommunistischen oder „totalitären“ Regierungen begangen werden. Die Vereinten Staaten seien deshalb dazu berechtigt, alliierte Diktatoren in Schutz zu nehmen, wenn sie von revolutionären Bewegungen bedroht werden. Gleich, wie korrupt und gewalttätig diese „autoritären Regimes“ scheinen mögen, sie sind in Wirklichkeit besser als die „totalitären Regimes“, die sie in der Regel ersetzen. Daher war etwa Kirkpatrick Meinung nach Carters Weigerung, den Schah und Somoza in ihren schwersten Stunden zu unterstützen, nicht nur schädlich für die amerikanischen Interessen, sondern es war auch schädlich für die Bürger Irans und Nicaraguas, die jetzt (unter Khomeini und dem Sandinista-Regime) weniger Rechte als vorher genießen.

Die Kirkpatrick-Theorie ist jetzt offizielle Doktrin der Regierung der Vereinigten Staaten für Menschenrechtsfragen. Sie schreibt eine ideologische Grundlage für die gegenwärtige Intervention der Vereinigten Staaten in El Salvador und Nicaragua vor. Sie wurde zitiert, um die Wiederaufnahme amerikanischer militärischer Unterstützung für die argentinischen Generale 1980 und die Aufhebung wirtschaftlicher Sanktionen gegen Südafrika 1982 zu rechtfertigen. Mit Hilfe dieser Theorie ist es den Reaganauten gelungen, im gleichen Atemzug die menschenrechtsverachtenden Regierungen in der Türkei und in Chile zu entschuldigen und das polnische Militärregime wegen Verletzungen der Menschenrechte heftig zu kritisieren. (Daniel P. Moynihan in *Newsletter*, 24. Dezember 1981) Unabhängig davon, was die Kirkpatrick-Theorie sonst für Vorteile haben mag, hat sie zumindest einen Fehler, der ihre Anhänger in Verlegenheit bringt: ihre grundlegende Behauptung, daß pro-amerikanische Diktatoren weniger grausam sind als ihr anti-amerikanisches Gegenstück, läßt sich in keinem Fall nachweisen.

11.

Den meisten Menschen fällt es schwer, Unterschiede zwischen Handlungen

oder Grausamkeit zu machen. Die Hinrichtung eines politischen Dissidenten in Chile zum Beispiel scheint weder weniger noch mehr eine Verletzung grundlegender Menschenrechte zu sein als etwa die Hinrichtung eines politischen Dissidenten in Afghanistan. In beiden Fällen wird das Recht auf freie Meinungsäußerung und der Anspruch auf ein Gerichtsverfahren vorenthalten, und das Schicksal beider Opfer war das gleiche. Die Neokonservativen behaupten, daß dahinter mehr steckt als man zuerst meine. Sie haben einen Prüfstein entdeckt, der es ihnen angeblich möglich macht, zwischen solchen scheinbar gleichen Fällen zu unterscheiden. Überprüft man das, stellt es sich jedoch heraus, daß dieser Prüfstein die angebliche Treue ist, die ein menschenrechtsverachtendes Regime gegenüber den amerikanischen Interessen zeigt. Frau Kirkpatrick selbst erklärte vor kurzem, daß die erzwungene Umsiedlung von 8 500 Miskito-Indianern durch die Sandinista-Regierung in Nicaragua eine „schwerwiegendere Verletzung der Menschenrechte“ darstelle, „als jede andere in Mittelamerika, von der ich Kenntnis habe“. (*International Herald Tribune*, 11. März 1982). Es ist ausgeschlossen, daß sie keine Kenntnis hat von der durch das Außenministerium am 7. Februar 1982 veröffentlichten Schätzung, wonach zwischen 6 000 und 12 000 Nichtkämpfende 1981 in El Salvador getötet worden sind. Sie muß auch wissen, daß El Salvador, wie Nicaragua, in Mittelamerika liegt. Daher muß es ihre wohlerrungene Meinung sein, daß die Umsiedlung eines Miskito-Indianers eine „schwerwiegendere“ Verletzung der Menschenrechte darstelle als die Ermordung eines salvadorianischen Landarbeiters. Der wesentliche Unterschied ist eben, daß die Täter im ersten Fall den Vereinigten Staaten gegenüber feindlich eingestellt sind, und die Täter im zweiten Fall, nach allen verfügbaren Beweisen, zur Kundschaft Amerikas gehören. Gemäß der neo-konservativen Terminologie sind die Sandinisten „totalitär“, während das Regime Duartes lediglich „autoritär“ ist, und diese Bezeichnungen, nachdem sie angewandt wurden, reichen als Grund aus, die Handlungsweise eines Regimes zu verurteilen und die des anderen zu entschuldigen.

Regierungen, die die erkannten Interessen der Vereinigten Staaten unterstützen, sind laut Definition weniger menschenrechtsverachtend als diejenigen, die es nicht tun. Das ist das grundlegende Prinzip der heutigen Menschenrechtspolitik der Vereinigten Staaten. Man fragt sich nur, warum sich die Neokonservativen überhaupt die Zeit nehmen, ihren Standpunkt zu rechtfertigen, da es doch offensichtlich ist, daß sie die Frage der Menschenrechte sowieso nicht bewegt. Es ist ihnen anscheinend nicht eingefallen, daß sie vielleicht dabei ihre eigene Glaubwürdigkeit kompromittieren. Sie scheinen sich auch nicht darüber im klaren zu sein, daß diese Heuchelei ihrer Interessensphäre, die sie zu repräsentieren behaupten, schaden könnte. Keiner ihrer Kritiker, weder im Inland noch im Ausland, scheint sich von ihren Spitzfindigkeiten täuschen zu lassen. Die Menschen glauben dieser Rhetorik einfach nicht. Die unterdrückten Völker der „autoritären“ Regimes glauben bestimmt nicht, daß es ihnen jetzt besser geht. Die Neokonservativen reden anscheinend zum größten Teil mit sich selbst. Ihre Äußerungen sind jedoch instruktiv, da sie die Erklärung eines Verhaltens bieten, das vielleicht sonst unverständlich wäre.

12.

Das Ziel der amerikanischen Außenpolitik ist es immer gewesen, Freunde zu unterstützen und Feinde zu bekämpfen. Das einzige Problem dabei war, den Unterschied zwischen den beiden zu erkennen. In der Dritten Welt ist dies besonders schwierig. Kirkpatrick jedoch hat eine Methode gefunden, durch die man den Unterschied erkennen kann:

„Wenn revolutionäre Führer (in der Dritten Welt) die Vereinigten Staaten als die Plage des zwanzigsten Jahrhunderts, als Feind der freiheitliebenden Menschen, und als denjenigen beschreiben, der Imperialismus, Rassismus, Kolonialismus, Völkermord und Krieg verantwortete, dann sind sie keine echten Demokraten, oder um es sanfter auszudrücken, keine Freunde. Gruppen, die sich selber als Feinde bezeichnen, sollen als Feinde behandelt werden.“ (Jean Kirkpatrick *Commentary*, November 1979, S. 45).

Obwohl Kirkpatrick die Behauptung vermeidet, alle Freunde der Vereinigten Staaten seien „authentische Demokraten“, sind alle Feinde Amerikas, in diesem Fall diejenigen, die die amerikanische Hegemonie in der Dritten Welt angreifen, antidemokratisch und, gemäß Frau Kirkpatrick's Denkweise, „Kommunisten“. Mit dieser Behauptung beruft sie sich auf einen grundlegenden amerikanischen Glauben: der Glaube, daß die Interessen der Vereinigten Staaten letzten Endes identisch sind mit den Interessen der Demokratie und daß die Kritiker Amerikas schließlich direkt oder indirekt den Interessen von Amerikas größtem Gegner, der Sowjetunion, helfen. Diese Überzeugung kommt nicht nur in den Handlungsweisen gegenüber den verschiedenen Regierungen und den in der Dritten Welt aktiven revolutionären Bewegungen zum Ausdruck. Sie liegt auch der Beziehung der Vereinigten Staaten mit ihren Alliierten zugrunde.

13.

Seit dem Zweiten Weltkrieg sind die Vereinigten Staaten der unbestrittene Führer des westlichen Bündnisses. Die amerikanische Wirtschaft beherrscht mehr oder minder die Wirtschaften ihrer Alliierten in Europa, Asien, Nord-, Mittel- und Südamerika, Afrika und Australien. Amerikanische Truppen sind überall in der Welt stationiert, amerikanische Schiffe befinden sich auf den Ozeanen und der amerikanische Nuklearschirm breitet sich so weit aus, daß diese Alliierten vor sowjetischer Aggression geschützt sind. Dieser Stand der Dinge hat eine väterliche Haltung in Washinton begünstigt, wo als selbstverständlich gilt: was den Interessen der Vereinigten Staaten dient, dient gleichermaßen, entweder direkt oder indirekt, den Interessen ihrer Alliierten. Manchmal natürlich hat eine bestimmte Politik, die zugunsten des amerikanischen Nationalinteresses gedacht war, schädliche Folgen für einen ihrer Alliierten gehabt – Vietnam fällt einem dabei ein. „Wir haben sie erstmal zerstören müssen, um sie zu schützen“, sagte 1968 ein amerikanischer Feldwebel, als er auf die rauchenden Trümmer von Hue deutete. „Es ist nur zu ihrem Besten“, sagen die Reaganauten, wenn sie auf die negative konjunkturelle Auswirkung ihrer Politik auf europäische Wirtschaften aufmerksam gemacht werden (*International Herald Tribune*, 18. Februar 1982). Wenn andererseits ein Alliieter der Vereinigten Staaten eine Politik verfolgt, von der man annimmt,

sie stehe mit amerikanischen Zielen oder Interessen im Konflikt, wird dies in den Vereinigten Staaten als Treulosigkeit und Undankbarkeit angesehen, die von engstirnigem Eigennutz motiviert sein würden. Wenn eine Abweichung von den amerikanischen Ansichten als wirklich ernsthaft eingeschätzt wird, müßte sie vielleicht sogar bestraft werden. „Ich weiß nicht, warum amerikanische Truppen Europa verteidigen müssen, wenn sie (die Europäer) Handel mit der Sowjetunion betreiben“, erklärte neulich ein amerikanischer Senator. „Wenn sie sich in ihrer Beziehung mit den Russen so sicher fühlen, dann meine ich, daß es höchste Zeit wäre, die Anzahl unserer Truppen in Europa zu überprüfen“ (*International Herald Tribune*, 18. Februar 1982).

Der Führer der Mehrheit im Senat der Vereinigten Staaten, Howard Baker aus Tennessee, hat sich auch einmal laut gefragt, ob die Alliierten, die es versäumen, die amerikanische Position zu unterstützen, amerikanische Hilfe in Anspruch nehmen sollten. Während diese Frage bis jetzt hauptsächlich eine rhetorische Übung geblieben ist, steckt im Hintergrund die Annahme, daß die Handlungsweise der Europäer in letzter Zeit prosowjetische Neigungen widerspiegelt. Es würde den Europäern wohl recht geschehen, wenn sowjetische Truppen sie überrannten, wird im Senat der Vereinigten Staaten angedeutet, da sie sowieso „Handel mit der Sowjetunion betreiben“ wollen. Die Moral heißt schlicht: Man darf die amerikanische Außenpolitik nicht anzweifeln und man darf sich ihrer Durchführung nicht widersetzen, weder in Europa noch in der Dritten Welt, ohne daß dann einem unterstellt wird, den Russen Vorschub zu leisten. Alle Angelegenheiten bezüglich der internationalen Lage werden so behandelt, zumindest in Amerika: Der Streit mit der Sowjetunion ist wie eine Nacht, in der alle Kühe schwarz sind.

14.

Der Kalte Krieg hat in den Vereinigten Staaten über Jahrzehnte hindurch eine Art Belagerungsmentalität hervorgerufen. Eine Haltung gegenüber der Welt jenseits der amerikanischen Grenzen, die sich über die inlandspolitische Skala ausbreitet. Egal, welche Meinungsverschiedenheiten die Amerikaner unter sich haben, werden sie alle zur Seite geschoben, wenn es sich um die Russen handelt. Sie sind der gemeinsame Feind, eine eindeutig böse Macht: unermüdlich, unbarmherzig und bösartig. Seit den letzten 37 Jahren wird den amerikanischen Schulkindern mit ziemlichem Erfolg eingehämmert, daß die bedeutsamste Aufgabe des amerikanischen Volkes darin bestehe, der „russischen Bedrohung“ zu widerstehen. Gegenüber der Sowjetunion und ihren Vertretern haben die Amerikaner es gelernt, sich keine Zweifel, kein Zögern, keine Kompromisse zu erlauben. Das könnte dem Feind nur helfen. Kein Aufwand, kein Opfer für die Nationalverteidigung ist zu groß, wenn die Existenz des eigenen Landes gefährdet ist. Der Hauptbestandteil dieser Doktrin ist die Angst. Der russische Götze wurde für den Amerikaner als praktisch unbesiegbar, unerbittlich, feindselig und mit einer teuflischen Zielstrebigkeit ausgestattet dargestellt. Die politische Rechte und das militärische Establishment in Amerika haben diese Ansicht immer unterstützt. Die Handlungsweise der Sowjets in Afghanistan und Polen in letzter Zeit hat dieses verstärkt. Es wird gesagt, daß Entgegenkommen unter diesen Umständen unsinnig wäre. Sicher-

heit läge nur in Waffen. Während 1981 der Etat in fast jedem Bereich gekürzt wurde, billigte der US-Kongreß auf Betreiben der Reaganauten den größten Militäretat der amerikanischen Geschichte. Auf die zeitweise Ruhe nach dem Vietnamkrieg kommt wieder die alte Ideologie des Hasses zum Vorschein. Lust zur Konfrontation und die alte „große Angst“.

15.

Gleich welche Rechtfertigung es in jüngster Geschichte für die Einteilung der Welt in zwei einander feindliche Lager auch geben mag, existiert diese Einteilung selber in Wirklichkeit nicht mehr. Versuche, die Zweiteilung des Kalten Krieges als politischen Grundsatz aufrechtzuerhalten, haben nur Verwirrung herbeigeführt. Das ist vielleicht die wichtigste Lehre, die man aus der Handlungsweise der Reaganauten während der letzten 14 Monate ziehen kann; eine Lehre, die jedoch die Reaganauten selber übersehen haben. Indem sie stur zu ihrem veralteten Glauben halten, haben sie das Maß an Einfluß, den sie auf die Ereignisse in Polen vielleicht gehabt haben, der Gelegenheit, Punkte für Rhetorik zu gewinnen, geopfert. In der Dritten Welt haben sie sich als Vertreter der Menschenrechtsfrage völlig blamiert. Mit ihrer Arroganz haben sie ihre eigenen Alliierten verärgert. Und mit ihrer sturen Weigerung zuzugeben, daß sie mit der Sowjetunion ein gemeinsames Interesse haben, und mit ihrer Weigerung, ein Abkommen über Atomwaffen auszuhandeln, haben sie die Aussichten auf Frieden gefährdet und die Stabilität Amerikas in Gefahr gebracht.

1980 hat Reagan sich als Gegner des Salt II-Abkommens erklärt; er behauptete, daß es nur zugunsten der Sowjetunion sei, und er deutete an, die Verhandlungen wären ein Trick gewesen, mit dem die UdSSR ihre Aufrüstung verschleiert habe. Die Amerikaner würden nicht wieder verhandeln, sagte er, bis die militärische Parität wieder hergestellt sei. Damit schaffte Reagan die Grundlage für ein neues Wettrüsten. Sie rechnen sich aus, daß sich die Russen kein neues Wettrüsten leisten können. Wenn die Reaganauten die Sowjetunion zum Bankrott treiben könnten, wäre das demnach noch besser. Das Wettrüsten gilt als eine Art fortgeschrittenes Pokerspiel, wobei man herausfinden will, wer als erster die Karten hinwirft. Die Reaganauten erkennen jedoch nicht die Tatsache, daß das, was die Sowjetunion zum Bankrott treibt, auch die Amerikaner zum Bankrott treibt. Um die neuen Waffensysteme zu bauen, an die sie denken – unter anderem die MX Raketen, die B-1 Bombenflugzeuge, die M-1 Panzer und zwei atomkraftbetriebene Flugzeugträger – und um die Rapid-Deployment-Streitkräfte auszubilden und auszurüsten, werden 1983 US-\$ 216 Milliarden und in den nächsten fünf Jahren US-\$ 1,6 Billionen benötigt (*International Herald Tribune*, 9. Februar 1982). Das sind Summen, die durch Kürzungen des Budgets nie aufzubringen sind. Das Bundeshaushaltsdefizit 1983 wird zwischen \$ 91,5 und \$ 120 Milliarden liegen und in den zwei darauffolgenden Jahren bei jeweils mehr als \$ 120 Milliarden, die genaue Zahl ist von der jeweiligen Quelle abhängig. Keiner kann die Auswirkung dieses Defizits auf die amerikanische Wirtschaft voraussagen. Keiner erwartet, daß sie positiv sein wird. Die meisten wohlunterrichteten Beobachter sehen auf uns eine Katastrophe zukommen. Die Republikaner, die Partisanen des Big

Business, haben Angst. Die Anzahl jener, die sich gegen den Präsidenten wenden, den sie gerade vor 14 Monaten wählten, nimmt ständig zu. Der Geist von Calvin Coolidge ist zurückgekehrt, um seinen Erben, den ehemaligen Schauspieler von Kalifornien, zu verfolgen. Als Caspar Weinberger, der Verteidigungsminister und der Architekt des Wiederaufrüstungsprogramms, im März 1982 vor dem Militärausschuß des Senats erschien, wurde ihm von den Mitgliedern dieses Ausschusses – Republikaner und Demokraten – gesagt, daß er einen Plan für Kürzungen im Militäretat vorlegen müßte (*International Herald Tribune*, 5. März 1982). Als er protestierte, dies sei unmöglich und alle gegenwärtigen Geldbewilligungen für das Militär seien notwendig, wurde ihm klar gemacht, wenn er keine Vorschläge für Kürzungen erbringe, würde es der Senat erledigen. Als David Stockman, Direktor des Haushalts, der sogenannte Robespierre der Wirtschaftspolitik der Reaganauten, im März 1982 vor dem Haushaltsausschuß des Senats erschien, sagte ihm ein Mitglied dieses Ausschusses, daß die Budgetvorschläge des Präsidenten kaum 10 Ja-Stimmen im Senat und noch weniger im Repräsentantenhaus hätten (*International Herald Tribune*, 12. März 1982). Das Defizit sei einfach zu groß.

16.

Das Schiff der Reaganauten, das auf den Wellen der Angst des Kalten Krieges segelt, ist dabei, auf den Felsen wirtschaftlicher Notwendigkeit auseinanderzubrechen. Der amerikanische Militarismus könnte mit dem Schiff untergehen. Indem die Reaganauten den alten Glauben, daß die Herstellung von Waffen einen gleichwertigen Ersatz für Verhandlungen darstelle, ausnutzen, wird es ihnen vielleicht gelingen, diese Vorstellung in Verruf zu bringen, eine Sache, die Kritiker dieses Glaubens nie erreicht haben.

Sogar wenn wirtschaftliche Überlegungen nicht in Betracht gezogen werden, ist es zunehmend schwierig zu begreifen, wie eine Expansion des Militärs in dem Ausmaß, das Reagan vorschlägt, zum Besten der Sicherheit Amerikas ist. Das Durcheinander in Reagans Militärplanung wird durch seinen Entschluß im letzten Herbst über die Streitfrage um die MX-Rakete erleuchtet. Die MX sollte das Neueste unter interkontinentalen Raketen sein: bedeutend wirksamer und treffsicherer als die Vorgänger. Die Strategen unter den Reaganauten waren sich jedoch über ihre Stationierung nicht einig. Gemäß dem Glauben, daß die Sowjetunion ein hochentwickeltes Raketensystem habe, das sehr präzise zielen kann, argumentieren die Strategen, daß die amerikanischen Raketen jetzt gegen einen von den Russen eingeleiteten Angriff ungeschützt seien. Es habe keinen Zweck, die neuen MX-Raketen in feststehenden Silos unterzubringen, da sie dort zerstört werden könnten, bevor sie je gebraucht werden. Daraufhin ist dem Pentagon eingefallen, daß sie die MX-Raketen auf spezialgebauten Zügen aufstellen und sie durch die Wüsten des Westens Amerikas fahren könnten. Die Sowjets hätten es dann schwer, diese Raketen zu finden und zu zerstören; die Sache würde aber sehr viel Geld kosten. Dank einer Tradition der amerikanischen Militärs, ihr Budget zu überziehen, war es unmöglich, die Kosten eines solchen Programms zu schätzen. Aber die von der Administration bekanntgegebene Zahl von \$ 180 Milliarden schien zu niedrig (*Stern*, 8. Oktober 1981). Nach einer Periode der Ungewißheit, während sich

Reagan die Alternativen auf seinem Gut in Kalifornien durch den Kopf gehen ließ, wurde angekündigt, daß dieses Programm als undurchführbar aufgegeben worden sei. Stattdessen wurden die Raketen in den alten, renovierten Minuteman-Silos aufgestellt, die über die ganzen Vereinigten Staaten verstreut sind. Für die Bürger der Bundesstaaten Utah und Nevada, denen die Vorstellung von Atomsprengköpfen jenseits ihrer Stadtgrenze nicht gefallen hatte, war das eine erhebliche Erleichterung, aber dieser Entschluß hat das ganze MX-Programm aus dem Weg geräumt. Keine renovierten Minuteman-Silos könnten je einem sowjetischen Angriff standhalten: Was ist dann der Unterschied, ob eine alte Minuteman- oder eine neue MX-Rakete sich in dem Silos befindet? Beide wären im Falle eines sowjetischen Angriffs gleichermaßen ungeschützt, laut Aussagen der Reagan-Strategen. Aber, wie es sich herausgestellt hat, waren militärische Überlegungen allein nie die wirkliche Frage. Obwohl die Stationierung von MX-Raketen in den bestehenden Silos keinen Beitrag zur Verteidigung der Vereinigten Staaten leisten würde, wie die Reaganauten selber zugeben, hätte die Fortsetzung dieses ungeheuer teuren Programms die Willenskraft der Reagan-Administration gegenüber der wachsenden Militärmacht der Sowjetunion zur Schau gestellt. Obwohl nutzlos für die wirkliche Verteidigung, könne das MX-Raketenprogramm ein Zeichen der Entschlossenheit der Amerikaner angesichts der Not sein. Der angeblich psychologische Vorteil eines höher entwickelten ICBM war gewichtiger als die praktische Folgewidrigkeit, und rechtfertigte einen Aufwand in Höhe von \$ 180 Milliarden (James Fallow, *New York Review of Books*, 17. Dezember 1981).

17.

Das ist schließlich die Zusammenfassung der Denkweise der Reaganauten. Diese Männer sind Gefangene ihrer Ideologie, sie glauben ihrer eigenen Rhetorik und sie haben die Ziele, denen diese Ideologie dienen soll, aus den Augen verloren. Da sie bereit sind, die Interessen ihres eigenen Volkes außer acht zu lassen, darf es keinen wundern, wenn sie wenig übrig haben für die Interessen ihrer Alliierten oder der verarmten Bevölkerung der Dritten Welt. Es ist ihnen lieber, als entschlossene, als unnachgiebige, als unbeugsame, statt als weitdenkende Männer zu erscheinen. Egal, ob das, was sie sagen und tun, einen Sinn hat. In dieser Hinsicht ähneln sie einer Verschwörung von Gläubigen, von modernen Hashshashin, für die Tatsachen nebensächlich sind. Etwas, das für die Reaganauten selbstverständlich ist, wenn sie von alten Maßstäben und Traditionen reden, aber was sie nicht verstehen, ist die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten eine Demokratie sind. Und man kann tatsächlich nicht zu lange den wirtschaftlichen und anderen Interessen der Vereinigten Staaten schaden und bestimmte Grundsätze des Anstands und der Vernunft schamlos verletzen, ohne auf die Unterstützung des amerikanischen Volkes verzichten zu müssen. Die von Ideologie inspirierte Perversität der Reaganauten langt uns allmählich. Amerika im Frühling 1982 befindet sich in Aufruhr, was man seit den sechziger Jahren nicht mehr erlebt hat. Opposition gegenüber der Politik der Reaganauten wächst von Wall Street bis zur Main Street. Die Gouverneure der verschiedenen Bundesstaaten haben gemeinsam ihre Bestürzung über die Prioritäten der Reaganauten zum Ausdruck gebracht. Die Bürgermeister der

Städte Amerikas haben Reagans Programm als katastrophal bezeichnet. Prominente Mitglieder der Partei des Präsidenten haben sich in aller Öffentlichkeit gefragt, ob Reagan selber zwischen Wirklichkeit und Unwirklichkeit unterscheiden kann (*International Herald Tribune*, 4. März 1982 / *Newsweek*, 15. März 1982). Die Direktoren der Körperschaften, der Banken und der Börse haben dringend darum gebeten, daß die Finanzpolitik der Reaganauten geändert werde (*International Herald Tribune*, 17. März 1982). Bischöfe der katholischen Kirche rufen zum Widerstand gegen Reagans Programm für die Weiteraufrüstung mit Atomwaffen auf (*The Nation*, 20. März 1982).

Es gibt ein typisches Mißverständnis unter Europäern gegenüber den USA, das darauf zurückzugehen scheint, daß sich in Europa die öffentliche Meinung einigermaßen überblickbar verändert, während solche Veränderungen in den Vereinigten Staaten plötzlich und radikal auftreten können. Die USA hatten häufig ideologische Kehrtwendungen zu verzeichnen – ähnlich wie gegenwärtig die unvermittelte Reaktion einer Mehrheit auf die Innenpolitik der Administration unter dem Slogan „Roll Back Reagan!“ Die scheinbar nur schweigende Mehrheit merkte, daß die Reaganauts das Maß überzogen hatten, und reagiert nun darauf mit Empörung und Wut.

Die Gewerkschaften, die Arbeitslosen und die, die zu den Minderheiten der Vereinigten Staaten gehören, strömen auf die Straßen mit ihren Beschwerden: massive Demonstrationen werden für den Frühling geplant. Das ist aber nur der Anfang.

Hans von Gaigern Bedrohliches und Ermutigendes in den USA

Beobachtungen eines Deutschen nach 18 Monaten Reagan

Die Militärmacht USA

Das Programm Ronald Reagans ist nicht nur eine Abkehr von den meisten politischen Prinzipien, die seit Franklin D. Roosevelt (Präsident von 1933 bis 1945) in diesem Land galten. Es ist zugleich die Rücknahme der meisten fortschrittlichen sozialen Programme und Errungenschaften. Was unendlich mühsam und langsam, oft im Verlauf eines halben Jahrhunderts, an „kleinen Schritten“ der Emanzipation von Armen und Minderheiten erreicht worden war: Der Hollywood-Sheriff brauchte für seinen Kahlschlag nur ein knappes Jahr.

Wo immer es jenem Phänomen Ethik gelungen war, in die Randbereiche autoritärer wirtschaftspolitischer „Sachzwänge“ einzudringen: Reagan wirkte schnell und wirksam dafür, daß die alte Ordnung wiederhergestellt wurde; die Bereiche „Wirtschaft“ und „Soziale Verantwortung“ wurden wieder säuberlich getrennt.

In drei Bereichen hauptsächlich wütet die Re-Reform:

1. In der unbedingten wirtschaftlichen und waffentechnischen Unterstützung von rechtsgerichteten Regimen rund um den Globus,
2. in der Unkenntlichmachung oder totalen Demontage sozialer und emanzipatorischer Programme im Innern, und
3. in der politischen Herausstellung und materiellen Aufstockung des Militärkomplexes, in einem Umfang, dem jede historische Parallele fehlt.

Obwohl in der Realisierung der beiden ersten Punkte ebensoviel Sprengstoff für künftige Kriege der Völker und Klassen angesammelt wird, muß ich mich hier auf den letzten Punkt beschränken.

Wenn der Kongreß Reagans Militärprogramm weiter unterstützt, dann wird in den nächsten fünf Jahren mehr Geld in die Rüstung fließen als in den letzten 16 Jahren zusammen. Im Haushaltsplan von 1986 sind 343 Milliarden Dollar heutiger Kaufkraft für Army, Navy, Air Force und Marines vorgesehen: eine glatte Verdoppelung der 162 Milliarden Dollar von 1981. Hier ein paar Schlaglichter der Mobilmachung:

1. Das amerikanische Etatsystem unterscheidet in jedem Ressort zwischen zwei verschiedenen Beträgen: dem „outlay“ (dem Betrag, der in einem Rechnungsjahr effektiv zur Verfügung steht) und der „budget authority“ (dem Betrag, über den das Ressort in rechnerisch-jähr-übergreifender Disposition verfügen kann). Für das Pentagon lag „outlay“ 1982 bei 188,8 Mrd. Dollar, „authority“ aber bereits bei 226 Mrd. Dollar. (Man kann sagen, daß der authority-Betrag der Realität grundsätzlich näher kommt als outlay.) Die authority von 1982 liegt bereits um 14,6 % real höher (d. h. nach Berücksichtigung der Inflation) als die authority von 1981, Carters letztem Etat. Veröffentlicht aber werden meist nur die outlay-Ziffern, die im gleichen Zeitraum „nur“ um 5,6 % gestiegen sind.

2. Ähnliche Steigerungsraten sind für die kommenden Jahre vorgesehen. Bis

1986 will Reagan die budget authority des Pentagon im Schnitt um real 9,2 % pro Jahr steigern. Die 1,5 Billionen Dollar (eine Billion sind 1 000 Milliarden, also eine Eins mit zwölf Nullen), die in den nächsten fünf Jahren in die Kriegsmaschinerie fließen werden, implizieren höhere Steigerungsraten, als während der Kriege in Korea und Vietnam bewilligt wurden.

3. Der größte Anteil aus dem authority-Zuwachs 1981 bis 1982, nämlich 60 % geht in die Entwicklung neuer, extrem teurer technologischer Waffensysteme, wie etwa des geplanten neuen Langstreckenbombers, dem Nachfolger des B 1.

4. Die wirklichen Kosten der Mobilmachung – und die wirklichen Auswirkungen auf das dann verbleibende Relikt des Sozialsystems – werden erst in ein paar Jahren abzusehen sein, wenn die authority-Beträge und -Bestellungen von 1982 und 1983 nach radikal erhöhten outlay-Ziffern schreien werden: in dem Moment, wenn die Waffen geliefert werden.

5. Noch mit real 10 % jährlicher Budgetsteigerung fürs Pentagon in den Jahren 1982 bis 1986 unterschätzt Reagan die wirklichen Kosten seiner Militarisierung: Erstens sind nach Einschätzung vieler Wirtschaftler die Inflationsprognosen Washingtons unrealistisch tief angesetzt. Zweitens steigen die Kosten für militärische Technologie bereits doppelt so schnell wie bei allen anderen Gütern – eine Tatsache, die das Weiße Haus zu ignorieren vorzieht, die es aber durch seine (Militär-)Politik der offenen Geldschränke selbst provoziert hat.

6. Die Inflationierung des Militäretats, zusammen mit den Steuersenkungen für Großverdiener und der Limitierung des Gesamtetats, wird dazu führen, daß es in künftigen Bundeshaushalten immer weniger Masse für irgend etwas gibt, das nicht Militär, Renten oder Schuldendienst ist. Was über diese Dreieinigkeit hinaus den Washingtoner Finanzplanern zu entlocken war, stellte 1981 noch knapp 30 % vom Ganzen, wird aber 1986 nur noch 15 % ausmachen.

Der amerikanische Nationalismus. Oder: „Let's Make America Great Again“
Alles ist größer in Amerika, sogar der Nationalismus. Manche Soziologen bestreiten das. Sie sagen, was wir in Amerika sehen, ist kein Nationalismus (europäischer Bauart). Es sei vielmehr ein gesunder Patriotismus, der aus dem berechtigten Stolz auf den selbstgemachten Staat herrührt, ohne Gottes oder Kaisers Hilfe.

Wie dem auch sei. Ich will hier nur beschreiben, wie nationales Bewußtsein sich äußern kann: 1. Alternativ zum Schulgebet, beginnt kein Kind einen Schultag, an dem es nicht im Chor das „pledge of allegiance“ aufgesagt hat, mit der Hand auf dem Herzen und dem Blick auf die allgegenwärtige „flag“, das „Sternenbanner“: „Ich gelobe meine Untertanentreue zur Flagge der Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik, für die sie steht: *Eine* Nation unter Gott, unteilbar, mit Freiheit und Gerechtigkeit für alle.“ 2. Die Flaggen der Union und des jeweiligen Unionstaates stehen in Kirchen links und rechts vom Altar. 3. Das Sternenbanner hat seinen Platz nicht nur an und in jedem öffentlichen Gebäude. Es schmückt auch viele Privathäuser. 4. Jeder Schuster, jeder Wurstladen, der auf sich und auf Umsatz hält, stellt die Flagge aus. 5. In schöner Übereinstimmung mit den tatsächlichen Machtverhältnissen gebraucht jeder US-Bürger das Wort „America“ in doppelter Bedeutung:

Erstens für die USA, und zweitens für die Gesamtheit von Nord-, Mittel- und Südamerika.

Ein auf diese Weise geschärft National-Bewußtsein kann sich nicht an sich selbst abreagieren. Es braucht Bezugspunkte. Als solche dienen die anderen Nationen. Ihr Verhältnis zum „Rest der Welt“ definieren die USA mit der Parole: „We are No. 1 in the world“, eine Denkweise, die nicht nur von ungezählten bumper stickers (Stoßstangen) und T-Shirts verkündet wird, sondern sogar offizielle Staatsdoktrin ist. (Ronald Reagan in seiner Rede zum Amtsantritt als Präsident: „Wir sind die letzte Bastion der Freiheit in der Welt.“) Die Vorstellung, daß den USA eine gleichsam übernatürliche Lenkerrolle bei der Gestaltung des Weltenlaufs zukommt, gilt zwischen San Franzisko und New York als allgemeines Glaubensgut.

Mit dieser Gigantomanie unvereinbar ist ein Gedanke, der mir als die Voraussetzung jeder Internationalität erscheint: Die Erkenntnis, eine Nation unter anderen zu sein, und die Wahrnehmung der eigenen Interessen mithin nur in Ausgleich und Absprache mit den anderen Bewohnern des Erdballs auszuüben. Von nichts sind die USA weiter entfernt:

Kein internationales Gremium, das sie nicht zu dominieren versuchen (am deutlichsten in UNO und NATO erkennbar), sofern sie es nicht, wirtschaftlich-militärisch, schon in der Tasche haben, wie z. B. die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS).

Mehr als ein Drittel aller Gelder die die USA seit 1950 im Innern wie nach außen ausgegeben haben – und das ist, bei Gott, eine Menge – dienen dem Ziel, den USA eine beherrschende Rolle in der Welt zu sichern, und/oder zu bewahren: Ein Phantomziel, das nie erreicht werden kann, dessen Befriedigung (in den Profiten derer, die an den Fleischtöpfen sitzen) jedoch ausschließlich im Versuch liegt.

Für eine Nation, die sich ihr Territorium durch Annexionen im Pionierstil zusammengeklaut hat, die von Neu-England bis Neu-Mexiko stets nur Freibeuter war, die mit den unterworfenen Eingeborenen so unpfleglich umging, daß alsbald Ersatz aus Afrika importiert werden mußte, für eine Nation, die bereits 1945, in Hiroshima, den „begrenzten nuklearen Konflikt“ als Mittel der Kriegsführung praktizierte: Für eine solche Nation mußte es natürlich ein Schock sein, als ihr „die Araber den Ölhahn zudrehten“ (ich kenne nicht viele Amerikaner, die diese Story nicht glaubten) und wenig später 50 seiner besten Bürger 400 Tage lang in der Teheraner Botschaft eingeschlossen waren.

Da kam der Mann aus Hollywood. Einer international „geknechteten“, böse herumgestoßenen Nation versprach er, sie zur angestammten Größe zurückzuführen („Let's make America great again“). Viele Menschen hatten zwar so ein unbestimmtes Gefühl, daß diese Größe wohl meistens vertan sei. Und daß nichts an der amerikanischen Gegenwart zu Hoffnungen auf neue Größe berechtigt. Und noch zwei Stunden vor der Wahl behaupteten Soziologen: Der „Größen“-Komödiant wird einfach ausgelacht. Doch nein. Es setzt der „Nun gerade“-Effekt ein. Jeder Augenschein spricht zwar gegen Größe. Aber vielleicht können wir sie ja herbeischreien. – So wurde der Mann gewählt, der als Maxime seiner Außenpolitik verkündet: Besser *wir* stellen in xy die Diktatoren, als wenn es die Russen tun. Besser *wir* verkaufen dort Waffen als

die ändern. Besser wir zwingen unsere Pappgeneräle in xy zum Kampf gegen ihre Guerillas als zu freien Wahlen oder zu Verhandlungen mit dem Ziel einer pluralistischen Regierung.

„America the beautiful. Love it or leave it.“ Entweder du liebst dies lebenswerte Land, oder du verläßt es.

Antikommunismus

Der Kommunismus ist nie tiefer in die amerikanische Gesellschaft eingedrungen. Obwohl es vor dem Zweiten Weltkrieg eine aktive sozialistische Bewegung gab, hat die KP nur am Rand der amerikanischen Politik existiert. Die Bewegung war oft von Organisationsquerelen und Fraktionskämpfen blockiert. Während der Großen Depression und zu Zeiten sowjetisch-amerikanischer Zusammenarbeit (während des Zweiten Weltkrieges) verstärkte sich ihr Zulauf. Das Bewußtsein war vorhanden, daß es den Völkern von Amerika und Rußland gemeinsam gelungen war, den Faschismus in Europa auszurotten. Kommunist zu sein, war zu dieser Zeit halbwegs normal und in vielen Kreisen, besonders in der Filmbranche, ausgesprochen chic. McCarthy's Behauptung damals, Amerikas öffentliches Leben sei „kontaminiert“ vom Kommunismus, war nicht ganz falsch. Als die Strategen des Ersten Kalten Krieges, Eisenhower, Dulles und Adenauer, Strategien für das „roll back“ (eine Ostverschiebung des Eisernen Vorhangs) entwarfen, erleichterte dies dem kommunistischen Fähnlein hier nicht das Leben. Der Zweite Kalte Krieg, unter Reagan, Thatcher und Schmidt, entwickelte auch in den USA unendlich verfeinerte Repressionsmethoden gegenüber Kommunisten. In Übereinstimmung mit einer Außenpolitik, die auf die Dimension Anti-Sowjetismus fixiert ist, ist der innenpolitische Antikommunismus – zusammen mit der „Liebe Gottes“ und dem „Freien Unternehmertum“ seit der 80er Wahl in seine angestammte Rolle als gesellschaftliche Schwungfeder wiedereingesetzt.

PS.: Die beiden angelsächsischen „Brockhäuser“, die Encyclopedia Americana und Encyclopædia Britannica, kennen beide keinen „Antikommunismus“. Wer nichts als Nebel kennt, braucht dafür kein Wort.

Technikliebe

Die Begeisterungsfähigkeit des Amerikaners für Technik ist sprichwörtlich. Einen meiner tiefsten Einblicke in die anima americana erhielt ich, als ein Nachbar mich eines Tages zu einer Strandpartie einlud. Am Ziel, verbrachte er eine volle Stunde mit dem kunstvollen Bau eines Segeltuchhauses, in dessen Schatten er sich anschließend per Color-TV die herrlichsten Landschaftsfilme zu Gemüte führte, echte grüne Pinienwälder und warmen weißen Pazifikstrand genau hinter dem Segeltuch. Elektrische Maschinen zum Bleistiftspitzen, Farberühren, zum Schneiden von Rasenkanten und Bartenden sind hier so alltäglich wie Geschirrspüler und Rasensprinkler, oder das Zermahlen der Wüste mit zwei-, drei- und vierrädrigen Sandschleudern. Eine Magie, der nicht viele Amerikaner entkommen, setzt dort ein, wo Energie verbraucht und Bewegung erzeugt wird. Gesichter erstrahlen, Gemüter entflammen, Augen leuchten auf, als wollten sie sagen: „Wie wunderbar weit haben wir es doch gebracht.“

Technik ist aber nicht nur schön und macht Spaß. Sie ist auch Garant für den Fortschritt. Wer beim Joggen oder auf dem Campus per Kopfhörer Minikassetten hört, der hat die höchste Stufe menschlicher Genealogie erreicht: individuelle Autarkie.

Als die Raumfähre Columbia diesem Technik-Volk den Gefallen einer Sonntagslandung machte, pilgerten Dreihunderttausend (Bonn am 10. 10. 81!) an einen ausgetrockneten Salzsee, um sich beim Auftauchen des (militärischen) Riesenspielzeugs die Seele aus dem Leib zu brüllen: „Eat your heart out, Russia“ (Rußland, dir haben wir's gezeigt). Ich meine, daß 30 Jahre antikommunistisches Freund-Feind-Denken und ungebremster Technikglaube hier eine furchtbare Symbiose eingegangen sind. Militärtechnik, das ist angewandte Technik: Die ist nicht nur schön, die nützt auch noch was. Wenn die Neutronenbombe im „body count“, also in der Zahl der vernichteten feindlichen Körper, effektiver ist als die „herkömmliche“ Atombombe: warum sollten wir sie dann nicht einsetzen. Sie ist neu. Sie ist eine technische Weiterentwicklung. Also ist sie besser.

Ein anderes Beispiel: Präsident Carter hatte die Idee, 1 000 Interkontinentalraketen in 4 000 unterirdischen Silos derart zu „verstecken“, daß sie ständig rotierten: Der „Feind“ sollte nie wissen, in welchem Silo nun gerade eine Rakete steckte und in welchem nicht. – Selbst im Angesicht der vielen hundert Milliarden Dollar, die für das Projekt veranschlagt waren, hat nie ein Militärexperte jemals die kindliche Frage gestellt: „Was passiert, wenn der Feind zur gleichen Zeit 4 000 Raketen zündet und auf unsere Silos richtet?“ – Das Projekt ist von Reagan inzwischen fallengelassen. Doch nicht, weil er an der Logik des „shell game“ (Silo versteckspiel) zweifelte, sondern wegen veränderter Prioritäten.

Ich meine, daß die Attraktion der Silo-Rotation für Carter und für die Amerikaner weitgehend in der Gigantik und ausgetüftelten Technologie des Projekts bestand. Technik ist schön, Technik macht Spaß. „It's fun.“ Fun aber ist per Definition harmlos. Wer fun verbietet, vergeht sich bierernst an einem Privileg, das im „Streben nach Glück“ als einem der Grundrechte in der Verfassung verankert ist, gleichrangig mit dem Recht auf Leben und Freiheit. Wer in der Präzision der „Columbia“-Landung oder im „shell game“ von Utah und Nevada mehr sieht als die Bravour technisch-menschlicher Genialität – wie ist dem noch zu helfen?

Das Fernsehen

Es scheint, als wenn der Ausübung von Gewalt in diesem Land quasi göttliche Verehrung entgegengebracht wird, und ich kann über dieses Thema nicht „ausgewogen“ sprechen: Ich lebe in dieser Gewalt-Atmosphäre und man hat an meinen Kopf schon mal eine geladene Waffe gehalten. USA und Gewalt, das sind fast schon Synonyme. Das fängt bei den Schlägereien, Schießereien, Machokraftakten und verbalen Kraftmeiereien im Fernsehen an. Täglich 24 Stunden, auf über 300 TV-Kanälen, erhalten 30 Millionen Kinder Anweisungen für möglichst gemeines, hinterlistiges und brutales Verhalten. Zieht man dann in Betracht, daß jeder Amerikaner, vom Säugling bis zum Großpapa, im Schnitt sechs Stunden fernsieht (manche Leute also den ganzen Tag), dann

lassen sich die Wirkungen dieses Landregens an Gewalt leicht erraten. Würde dieser Mattscheibenquark nur dumm machen – die Sache wäre ja halb so schlimm. Dummheit ist selten aggressiv. Gefährlich für mich als Zeitgenossen dieses Fernsehvolkes ist dessen epidemischer Glaube an Faust, Axt, Pistole und Bombe als Mittel privater und nationaler Politik.

Mein Freund Jack Lorne, der sich mit diesen Zusammenhängen wissenschaftlich befaßt, attestiert: „In den letzten zehn Jahren ist die Zeit, die der statistische John E. Doe vorm TV-Set verbringt, im gleichen Maß gestiegen wie die Wahrscheinlichkeit, daß er Raub, Diebstahl, Mord und Totschlag begeht. Der Zusammenhang ist nicht streng kausal. Es ist wie mit dem Krebs: Nichtraucher kriegten ihn manchmal auch.“

Bereitschaft zur Gewalt

Ein Faktor bei der Gewalt-Renaissance im Reagan-Country ist die Verrohung der vielen Millionen Menschen, die ihren Job oder ihre Sozialhilfe verloren haben, inzwischen auch ihr Liebstes und hier in der Tat Wichtigstes, ihr Auto, opfern mußten, und nun im bloßen „leben“ (ohne Arbeit, also auch ohne Freizeit) keinen Sinn mehr sehen. Aus Jux, alias Verzweiflung, werfen sie zugleich mit ihrem bürgerlichen Arbeitsleben alles über Bord, wovon dieses geprägt war: beispielsweise das Recht auf (anderer Leute) Eigentum.

Die Hauptschauplätze, an denen die vielfach eingeübte Gewalt sich dann austobt, sind das traute Heim und der Pausenhof in der Schule. 40 % aller Kinder from coast to coast werden mindestens einmal im Monat von Herzen durchgeprügelt – ein Ansatz der Problemlösung, der von den Kindern an ihren Altersgenossen dann weitere Verfeinerung erfährt. Körperliche Zuwendung, die die eheliche Zärtlichkeit „gewaltig“ transzendiert, ist nach meinen Eindrücken hier noch stärker verbreitet als in Deutschland. Und die allgemeine „crime rate“ (Verbrechensrate) – bezogen auf Mord, Totschlag, Raub und Diebstahl – liegt bei 15 %: Jeder 7. Bürger war hier in den letzten fünf Jahren an einem dieser Delikte aktiv beteiligt. – Das alte Volk der Pioniere und Grenzgänger also, in dem der Starke recht hat?

Soweit mein Rundblick auf Tendenzen, die mir Angst machen, weil ich sie für potentiell kriegerrisch halte. Es gibt aber auch Erfreuliches zu berichten.

Die Anti-Nuke-Bewegung

Kernenergie hat in den USA andere Dimensionen als in Deutschland. Rund hundert Kernkraftwerke sind in Betrieb, teilweise seit 20 Jahren. Bereits knapp 15 % der zwischen Pazifik und Atlantik verbrauchten Energie kommt aus Kernreaktoren.

Vergleichbar „fortgeschritten“ ist die Produktion von Kernwaffen. 30 000 atomare Sprengköpfe gibt es jetzt schon. 15 000 werden bis zu Reagans Abtritt hinzugekommen sein. Die Präsenz des Atoms ist in den USA manifest, deutlicher, näher.

Für die Anti-Nuke-Bewegung könnte dies ein Plus sein: Dem Bürger einer Nation, deren Atomarsenale auf tausendfachem overkill beruhen, braucht man keinen Diavortrag über Rüstungswahnsinn zu halten. Denkt man.

In Wahrheit ist es anders. Atomarsenale und 100 KKW's wirken als Fakten

normativ: Ein Mensch, der 20 Jahre inmitten atomarer Wirklichkeit lebt, hat erhebliche Schwierigkeiten, sich eine nichtnukleare Wirklichkeit vorzustellen. Dies funktioniert, weil Massenmedien und Öffentlichkeit sich gegenseitig in einen immer desolateren Zustand drängen: Der eine informiert nicht, und weil der andere dadurch immer uninformatierter wird, kollabiert sein Informationsinteresse schließlich vollständig (nur der Glaube, informiert zu sein, überlebt), was wiederum für die (verbliebene) Qualität der Medien nicht zum Segen ist, und so weiter und so weiter. So hat der Amerikaner freiwillig einen Grad der Informationsverarmung erreicht, der jede autoritative Regierung nur mit grünem Neid erfüllen kann.

Die herrschenden Medien sind in den USA ausnahmslos auf Seiten der Kernindustrie. Auch habe ich noch nicht einen wirklich kritischen TV-Beitrag über Washingtons Atomwaffenpolitik gesehen (von einem Feature der einzigen nicht kommerziellen Station, PTV, einmal abgesehen). Ergebnis: Unfälle in Atomarsenalen, Raketensilos und KKW's finden nicht statt. Falls sie doch einmal stattfinden, macht das „Völlig ungefährlich“ des KKW-Betreibers den letzten Satz der 10-Sekunden-Meldung.

Dies ist der Stand des öffentlichen „Bewußtseins“ (man sollte wohl treffender von öffentlicher Bewußtlosigkeit sprechen), mit dem Atomgegner es hierzulande zu tun haben. Und es klingt wie ein Wunder, daß es trotzdem zwei Millionen erklärte Gegner kriegerrischer oder „friedlicher“ Kernspaltung gibt, und daß dieses eine Bevölkerungsprozent sich nicht in Pazifisten (Anti-Bombe) und Umweltschützer (Anti-KKW) auseinanderdividieren läßt. Mut macht auch die Entwicklung, daß diese zwei Millionen, die vor fünf Jahren noch in hunderten von exotischen Einzelgruppen werkten, sich zunehmend in kräftigeren Organisationen formieren, wie Abalone Alliance, American Friends Service Committee, Coalition, Mobilization for Survival und anderen.

Wehrpflicht- und Wehrsteuerngegner

Es gibt in den USA keine Wehrpflicht. Die 1,8 Mio Soldaten dienen sämtlich freiwillig. Präsident Reagan hat erklärt, er wolle keine Wehrpflicht einführen. Der Druck in diese Richtung, im Parlament und in einer bestimmten Öffentlichkeit, nimmt jedoch zu. Es gibt nämlich alarmierende Zahlen über die allgemeine Intelligenz und die fachliche Qualifikation der GI's. So waren laut Report der US Army neun von zehn Soldaten, die für die Handhabung und Wartung der in Europa stationierten taktischen Waffen zuständig sind, nicht in der Lage, militärtechnische Kenntnisse der allgemeinsten Art nachzuweisen. Der Prozentsatz der Inkompetenz bei anderen Dienstfunktionen war entsprechend: 88 % aller Artilleristen, 89 % aller Mechaniker, 82 % der Bedienungsmannschaften für die in Deutschland stationierte Hawk-Rakete und 77 % der Computer-Fachleute blieben bei Leistungstests auf der Strecke. Als die Armee 1979 371 Panzermechaniker testete, bestand ein einziger. Ein Sprecher des Pentagon hat unlängst zugegeben, daß 46 % aller Armee-Rekruten der niedrigsten mit dem IQ meßbaren Intelligenzstufe angehören.

So war die sowjetische Afghanistan-Invasion wohl nur einer der Gründe, warum Präsident Carter 1980 eine „Registrierung“ aller 18jährigen Amerikaner anordnete, die – sobald ein Krisen-Kongreß die Wehrpflicht beschließen

sollte – dann schneller „greifbar“ sind. Um dieses „Registrieren“ ist es nun zwischen Land und Leuten zum Konflikt gekommen: Nur jeder Zweite der „registrables“ meldete sich; eine Million blieb zu Hause. Der Ausgang des Konflikts steht noch aus.

Um eine andere Art der Weigerung, in die Kriegsvorbereitungen mit eingebunden zu werden, geht es bei der Einbehaltung von Teilen der Steuern. 10 000 Menschen – nach Schätzungen – behalten ein Drittel ihrer Steuern zurück (den Anteil des Verteidigungshaushalts am Gesamtetat) und überweisen es an *Tax resisters*, Steuerverweigerungs-Organisationen, die mit den Zinsen des auf Sonderkonten sichergestellten Geldes Sozialprogramme im Innern finanzieren – eine Verwendung, die im Zeichen von Reagans sozialem Kahlschlag nötiger und hilfreicher ist denn je.

Admiral La Rocque

Harvey Cox erzählte mir von einer Umfrage unter 18jährigen Amerikanern zur Möglichkeit eines Atomkrieges. 85 % der Menschen dieser Altersklasse äußerten sich überzeugt, daß dieser Krieg noch zu ihren Lebzeiten ausbrechen werde, und daß sie ihn nicht überleben würden.

Dies zeigt nicht nur, daß die jungen Amerikaner in ihrem Selbstverständnis buchstäblich eine Generation ohne Zukunft sind. (Diese Information wirklich zu begreifen, fällt mir nicht leicht: Was heißt das für das Leben in der Gegenwart: Keine Zukunft haben. Und was für eine Art Zusammenleben ist das, zwischen den Zukunftslosen und denen, die einen Großteil ihrer Sinn- und Seinsdefinition aus dem Sachverhalt Zukunft herleiten?)

Die 85 % besagen aber noch etwas anderes: Die These der Weinberger, Reagan, Haig, daß ein atomarer „Schlagabtausch“ möglich ist, d. h., daß er begrenzt ist und (von den Amerikanern) überlebt werden kann: Diese These wird von den jungen Menschen hier nur zur ersten Hälfte geglaubt: Der atomare Schlag findet statt.

Was der „amerikanische Bastian“, der pensionierte Admiral Gene R. La Rocque, dem Federal Government in Washington vorwirft, liegt auf dieser Linie: Das Es-den-anderen-Zeigen, das Wieder-wer-sein-Wollen und das ganze militärische und politische Säbelgerassel und Macho-Machtgehebe eines Reagan-Jahres hat zwischen Pazifik und Atlantik eine Atmosphäre erzeugt, die es den Bürgern wichtiger erscheinen läßt, Atomkriege zu gewinnen als zu vermeiden.

Im April letzten Jahres in Groningen/Holland, auf der „Conference on Nuclear War in Europe“, sagte La Rocque: „Die Stimmung in Amerika ist wie vor einem Krieg. Das Pentagon läßt jede Begeisterung zu neuen Abrüstungsinitiativen vermissen – um das wenigste zu sagen. Ich glaube, sie würden jeden Versuch blockieren, den das Weiße Haus in der Richtung unternähme . . . Ich traue den Russen nicht über den Weg. Aber ich glaube nicht, daß sie einen Kernwaffenkrieg dringender wollen als . . . viele Leute bei uns.“ Und an anderer Stelle fügte er hinzu: „Der dominante Motor der amerikanischen Gesellschaft ist das Militär.“ Ich meine, der Admiral weiß sicher, wovon er spricht.

Es erstaunt nicht, daß La Rocque seine Kritik an der Rüstung nicht prinzipiell

ansetzt, sondern lediglich von der Militärökonomie ausgeht. Einem Ausschuß der Vereinten Nationen rechnete der einsame Rufer vor: Im Januar 1970 verfügten die USA über die Möglichkeit, 4 000 nukleare Sprengköpfe in Richtung Sowjetunion oder China abzufeuern. Das war etwa das Zehnfache dessen, was zur völligen Vernichtung dieser Länder vonnöten wäre. Als Carter das Weiße Haus verließ, standen für einen solchen Schlag 30 000 Nuklearwaffen bereit: Der 75fache „overkill“. Und dieser Wettlauf zum Holocaust ist noch längst nicht zu Ende: Nach Reagan werden weitere 15 000 Sprengköpfe dazugekommen sein. 45 000 Atomexplosionen wird es dann bei unseren Feinden geben können: Eine Zahl, die sich der Vorstellung genauso entzieht wie der rationalen Erklärung.

Doch der Punkt, auf den es La Rocque ankommt, ist: Die größte Kriegsgefahr geht von der militanten, aggressiven Stimmung aus, die sich in diesem Land ausgebreitet hat, genauer: die geschürt worden ist durch ständiges öffentliches Gerede vom „nuklearen Schlagabtausch“. Das Tabu, mit dem ein Nukleareinsatz seit Eisenhower – wenigstens offiziell – umgeben war, ist gebrochen. Präsident, Vizepräsident und Minister haben wiederholt öffentlich Atomstrategien entwickelt, mit einer lockeren Hand, wie andere Leute Monopoly spielen. La Rocque sagt nun:

Hierdurch werden Stimmungen geschürt. Und über das Ausmaß an öffentlicher Aggressivität, das am Ende dieser psychologischen Kettenreaktion steht, haben wir nur Vermutungen.

Gemessen an Bastian in Deutschland, ist La Rocque hierzulande eher unbekannt. Die offizielle Propaganda macht halt die lautere Musik. Der Admiral sitzt zudem zwischen sämtlichen nur verfügbaren Stühlen: Jeder aufrechte Amerikaner sieht in ihm einen „Commie“, und die Linken stört die Uniform.

Die Kirchen

Zu den wenigen Kräften in der amerikanischen Gesellschaft, die überhaupt zuweilen noch ein kritisches Wort riskieren, gehören die Kirchen: Die meisten protestantischen Denominationen (von denen es hier eine große Menge gibt) und die katholische Kirche. 70 Mio US-Bürger sind Protestanten, 50 Mio Katholiken.

Ich will an dieser Stelle nicht von dem Unheil reden, das diese Kirchen in der amerikanischen Abtreibungs-Debatte schon verursacht haben. Da scheint es oft so, als sollte der „Heim und Familie“-Fetischist Reagan noch von den Kirchen rechts überholt werden. Hier soll nur die Rede sein vom kirchlichen Protest gegen Washingtons Militärpläne. Ein offener Brief, den 350 führende Vertreter aller amerikanischen Kirchen jüngst dem Kongreß zugestellt haben und der auch vom Präsidenten des Nationalen Rates der Kirchen, Dr. James Armstrong, unterzeichnet ist, stellte fest:

Präsident Reagans Erklärung vom Januar, daß die Junta in El Salvador ihre Menschenrechts-Praktiken geändert habe, ist eine schwere Verletzung des öffentlichen Vertrauens in das Präsidenten-Amt. Die katholische Kirche sowie Amnesty International verfügen über eindeutige Beweise des Gegenteils dessen, was Washington behauptet. Reagans moralische Kompetenz ist auf diese Weise in Frage gestellt.

Mit dem Brief, hauptsächlich von evangelischen Kirchenführern unterzeichnet, zieht der Protestantismus gewissermaßen gleichauf mit den katholischen Bischöfen, die aus ihrem Widerstand zur Salvador-Politik sowie auch zur atomaren Rüstung, längst keinen Hehl mehr machen.

Reagan hat El Salvador zum Prüfstein seiner außenpolitischen Festigkeit erklärt. Zwar werden keine Truppen entsandt. Doch die Lieferungen von Waffen und Flugzeugen haben sich im letzten Jahr verdreifacht. Vor einigen Monaten hatte nun die katholische Bischofskonferenz die sofortige Einstellung der Militärhilfe an El Salvador gefordert und Washington stattdessen zu einer Vermittlung unter den streitenden Parteien aufgefordert. Und der Präsident der Konferenz, Erzbischof John Roach, hat öffentlich erklärt, Reagans Kurs in Mittelamerika sei gefährlich und bringe den USA ebensoviel Unheil wie den dortigen Verbündeten.

Eine klare kirchliche Stimme wie diese wird in der überwiegend frommen amerikanischen Öffentlichkeit sehr wohl gehört. Den Bischöfen der USA, deren enge und gute Beziehungen zu ihren lateinamerikanischen Kollegen bekannt sind, traut man zudem in gewisser Weise mehr Objektivität zu als den gegenwärtigen Inhabern der Macht.

Mit dem neuen Brief der Bischöfe hat sich die Front der Kirchen gegen Washington geschlossen. Salvador ist dabei durchaus nicht der einzige Streitpunkt. So haben die Protestanten bereits im vergangenen Jahr Reagans Politik im Ganzen als eine Gefahr für Gerechtigkeit und Menschlichkeit in diesem Teil der Welt abgelehnt.

Dieses Selbstbewußtsein der Kirchen ist in nur wenigen Jahren entstanden. „Das größte Hindernis“ bekannte neulich Erzbischof Weakland aus Milwaukee, „ist die Vorstellung vieler Leute: Wenn man gegen Washington ist, ist man für die Russen. Wir Bischöfe treten für eine Politik der Verhandlungen in Salvador ein. Wir stellen uns in Lateinamerika auf die Seite der Armen. Das hat nichts mit links oder rechts zu tun.“

Die Pflugschar-Aktionen

Im September 1980 verschafften sich sechs Männer und Frauen vor der Morgenschicht Zugang zur Montagehalle einer Waffenfabrik im Bundesstaat Pennsylvania. Die Firma stellt u. a. Stahlmäntel her, die später auf nukleare Sprengköpfe aufgesetzt werden, um in unterirdischen Silos, in Flugzeugen oder auf Atom-U-Booten radioaktive Strahlung von der Besatzung fernzuhalten. Die Eindringlinge, die nicht in der Fabrik beschäftigt waren, nahmen sich einige der Stahlmäntel und zerbeulten sie mit Hilfe schwerer Eisenhämmer, die sie mitgebracht hatten. Andere schütteten Blut über Bürodokumente.

Bei der Vernehmung nach ihrer Festnahme erklärten sie, indem sie sozusagen Schwerter in Pflugscharen umgewandelt hätten, seien sie ihrem christlichen Auftrag als Friedenssucher und Friedensstifter nachgekommen.

Ein paar Monate später sammelte sich eine andere Gruppe von Christen außerhalb einer Fabrik in Amarillo, Texas, wo die Zündaggregate von Nuklearwaffen gebaut werden. Sechs aus der Gruppe überwinden mit Strickleitern einen äußeren Zaun. In dem Moment, wo ihre Füße wieder den Boden berühren, sind sie in Sirenengeheul und Flutlicht gehüllt. Sie laufen weiter zu

einem zweiten Zaun, der unter Hochspannung steht. Dort fallen sie auf die Knie und verrichten Gebete für den Frieden. Aufgefunden und verhaftet, werden sie zu Freiheitsstrafen zwischen sechs und zwölf Monaten verurteilt. Gewaltloses Eindringen in Fabriken, die Waffen herstellen, geriet im vergangenen Jahr zu der Form des Protests christlicher Pazifisten in den USA. Die Proteste richteten sich einmal gegen das Ausufern der Rüstung, zum andern aber auch gegen das Fehlen jeder ernstesten Initiative Washingtons, mit der Sowjetunion über Fragen von Tod und Leben ins Gespräch zu kommen. Fast allen Aktionen war gemeinsam, daß erklärte Christen beteiligt waren, daß Gebete für den Frieden verrichtet wurden, daß kein Personenschaden sowie nur geringer Sachschaden entstand und daß überregional großes Aufsehen erregt wurde. Der Name „Pflugschar-Aktionen“ hatte sich bald eingebürgert nach dem Jesajawort, wonach „die Völker ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln umschmieden werden“. Insgesamt fanden etwa hundert solcher Aktionen statt. Sie kommen der amerikanischen Sympathie für Einzelkämpfer, für Rebellen mit Zivilcourage, entgegen. So wurden auch die Pflugschar-Aktionen in der Öffentlichkeit weitgehend mit verhaltener Sympathie, auf jeden Fall aber mit Nachdenklichkeit quittiert.

Das Echo auf die Friedensbewegung in Europa

Mein unvollständiger Report der beängstigenden und der hoffnungsvollen Begebenheiten im Lande der „westlichen Führungsmacht“ wäre noch um eine Lücke reicher, wenn ich die zahlreichen Sympathie-Erklärungen – öffentlich wie privat – zu den Friedensdemos in Europa unerwähnt ließe. Die respektvolle Hochachtung z. B. vor der Zahl 300 000, in einem Volk, das viermal kleiner ist als das amerikanische, war stets der Aufhänger solcher Ovationen. Das zweite Element des Kommentars von amerikanischen Linken war meist die Ermutigung, die die Demos für die hiesige Friedensbewegung bedeuten, eine Ermutigung, die beredter und effektiver war, als irgendeine andere Form des solidarischen Kontaktes hätte sein können.

Coretta King sagte die Wahrheit, als sie im Bonner Hofgarten von der Liebe ihrer USA zu den deutschen Friedenshetzern sprach. Coretta King, USA: Man übersieht es so leicht, hier schon, und erst recht, wenn man von Europa aus schaut. Aber es gibt sie.

Aufruf der Intellektuellen und Künstler von Nicaragua an die Intellektuellen und Künstler der Welt

Zum Jahr der Einheit gegen die Aggression

Das freie Nicaragua ist eingekreist. Im Westen, im Golf von Fonseca, haben die USA in nicaraguanischen Gewässern ein Spionage-Schiff voll mit Elektronik postiert, um unseren Funk zu kontrollieren und zu beeinträchtigen. Auf der Insel Amapala, im gleichen Golf, errichten sie eine Militärbasis. Im Osten, vor unserer Atlantikküste, planen sie die Errichtung einer Militärbasis auf der Insel San Andres, die zu Nicaragua gehört und usurpiert wurde. In der Karibik halten sie das Manöver „Safe Pass 82“ ab mit Schiffen der NATO und wollen damit die europäischen Bündnispartner ebenfalls in ein kriegesisches Abenteuer stürzen. Im Norden konzentrieren sie die Banden von Ex-Nationalgardisten und geben ihnen Waffen und logistische Hilfen, wobei der reaktionäre Teil des hondurianischen Heeres das Territorium als Basis zur Verfügung stellt. Auf dem hondurianischen Flughafen Toncontin sind nach internationalen Meldungen Dutzende von Söldnern aus den USA angekommen, die nach Nicaragua eingeschleust werden sollen, um Sabotage- und Terroraktionen durchzuführen, die unsere Wirtschaft destabilisieren soll.

Im Süden haben die USA Fallschirmjäger und Hubschrauber aus der Panama-Kanal-Zone nach Costa Rica gebracht, um, wie das US-Süd-Kommando selbst sagt, „sie an Zentralamerika zu gewöhnen“.

Unser Luftraum wird ständig durch U-2 Spionageflugzeuge verletzt, wie das Pentagon erklärt hat. Was die CIA früher heimlich machte, um souveräne Regierungen zu destabilisieren, verkündet sie heute unverschämterweise offen und hat nicht den geringsten Skrupel zu sagen, daß sie 19 Millionen Dollar für die Finanzierung von internen konterrevolutionären Gruppen vorgesehen hat. Dies alles wird komplettiert durch eine diplomatische Offensive des State-Departement zusammen mit den Regierungen von Argentinien, Chile und Kolumbien, die vor allem in der Anrufung des Interamerikanischen Vertrages über gegenseitige Hilfe (TTAR) und in der Fabrizierung einer Demokratischen Gemeinschaft Mittelamerikas besteht, die von El Salvador, Honduras und Costa Rica gebildet wird.

Das nicaraguanische Volk hat eine lange Tradition von antiinterventionistischem Kampf: gegen den Seeräuber William Walker, den Repräsentanten der Sklaverei und des nordamerikanischen Expansionismus; 1912 kämpfte Benjamín Zeledón einen ungleichen Kampf gegen nordamerikanische Interventionstruppen; ab 1927 kämpfte Augusto César Sandino mit seinem Heer sieben Jahre lang gegen die Invasoren und vertrieb sie schließlich. Die sandinistischen Generale Ramón Raudales und Santos López hielten den Patriotismus aufrecht, bis die Frente Sandinista de Liberación Nacional von Carlos Fonseca gegründet wurde. Diese führte einen zwanzigjährigen Kampf gegen die Repräsentanten der US-Interessen auf unserem Boden, bis am 19. Juli 1979 der Sieg errungen wurde.

Wir wollen nicht Krieg, sondern den Frieden erhalten, aber nichts wird uns daran hindern, unser historisches Projekt der sandinistischen Volksrevolution

voll durchzuführen.

Die nicaraguanischen Intellektuellen und Künstler, als Teil dieses Volkes, sind bereit, mit ihren Mitteln zur Erhaltung des Friedens beizutragen, der nicht nur auf regionaler, sondern auf weltweiter Ebene bedroht ist. Deshalb rufen wir dringend alle Intellektuellen und Künstler der Welt auf, zur Erhaltung des Friedens beizutragen, indem sie ihre Stimme erheben und die Belagerung verurteilen, die die Reagan-Haig-Regierung macht, um ein Volk zu zerstören, das sich seit seiner Befreiung dem Wiederaufbau eines Landes widmen möchte, das durch Erdbeben, Kriege und jahrhundertelange Ausbeutung verheert wurde.

Jede individuelle oder kollektive Äußerung wird dazu dienen, die Lawine von Aggressionen aufzuhalten, mit denen versucht wird, uns in die Vergangenheit zurückzubringen oder uns zu vernichten.

Wir sind von der Legitimität unserer Sache überzeugt und davon, daß ein einiges Volk unbesiegbar ist. Aber wir vertrauen auch darauf, daß die Kraft der internationalen Solidarität den Kurs der Geschichte beeinflussen kann.

Nein zur Intervention in Mittelamerika.

„PATRIA LIBRE O MORIR“

Ernesto Cardenal, Kulturminister

Rosario Murillo, Generalsekretärin der sandinistischen Vereinigung der Kulturschaffenden und zahlreiche andere Organisationen aus dem Kulturbereich. Managua, Nicaragua Libre, 20. März 1982.

Copyright KÜRBISKERN. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden; Rücksendung nur, wenn Rückporto beiliegt.

KÜRBISKERN – Literatur, Kritik, Klassenkampf – wird herausgegeben von Friedrich Hitzer, Oskar Neumann, Conrad Schuhler, Hannes Stütz. Redaktion: Friedrich Hitzer (verantwortlich). Klaus Konjetzky, Elvira Högemann-Ledwohn, Oskar Neumann. Redaktionsanschrift: Hohenzollernstraße 144, 8000 München 40.

Die Zeitschrift KÜRBISKERN erscheint vierteljährlich (März, Juni, September, Dezember) im Damnitz Verlag GmbH, München. Gesellschafter: Heino F. von Damnitz, Maler, Grünwald 1/3; Carlo Schellemann, Maler und Grafiker, München, 1/3; Erich Stegmann, Maler, Deisenhofen, 2/3; Hannes Stütz, Lektor (Verlag „pläne“ GmbH, Dortmund), Düsseldorf, 1/3; Geschäftsführer und verantwortlich für Anzeigen: Otto Schmidl. Anschrift Verlag: Hohenzollernstraße 144, 8000 München 40.

Satz: F. C. Mayer Verlag, Kunigundenstraße 19, 8000 München 40, Druck und Fertigstellung: Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

Einzelheft DM 8,50. Jahresabonnement DM 32,- inkl. MwSt. + Porto. Studentenabonnement DM 27,-. Kündigung bis spätestens 31. Oktober. Nicht gekündigtes Abonnement verlängert sich um ein weiteres Jahr. Postscheckkonto München 3088 22-806. Deutsche Bank München. Zweigstelle Kurfürstenplatz, Kontonummer 3518008.

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei KÜRBISKERN, Hohenzollernstraße 144, 8000 München 40, Telefon (089) 30 10 15 und 30 10 16.

ISSN 0023-5016.

Anmerkungen

ANGELOFF, THERESE, geb. in Dresden. Erlerner Beruf Schauspieler. Nach Berufsverbot durch die Nazis Arbeit als Modell, Verkäuferin, Bardame und in der Fabrik. Nach 1945 Theaterleiterin in Dresden, später in München Gründerin und Texterin des literarischen Kabaretts „Die kleinen Fische“. Mitarbeiterin verschiedener Zeitungen, schreibt satirische Gedichte und Lieder, die in vielen Anthologien erschienen sind. Georg Weerth-Preis der UZ 1982. Die Autobiographie „Meine Seele hat ein Holzbein; Ein Werdegang. Mit Gedichten und Liedern, Bildern und Kabarett-Texten“ erscheint demnächst im Damnitz-Verlag.

BARTSCH, H.-W., geb. 1915, nach Studium der evangelischen Theologie 20 Jahre Pfarrer in Dorfgemeinden. 1959 Privatdozent, seit 1961 Professor für Neues Testament in Frankfurt, 1980 emeritiert.

BECKER, ULI, geb. 1953 in Hagen/Westfalen, lebt in Westberlin. Studium der Amerikanistik und Germanistik. Veröffentlichungen: Der letzte Schrei, Gedichte (Rowohlt, 1980); April, April. Ein Fragment (Loose Blätter Presse, 1980); Daß ich nicht lache, Gedichte (Rowohlt, 1982).

BRUNE, CLAUDIA, lebt in München. Schreibt Gedichte.

BUBER, HANS-JÜRGEN, geb. 1951, lebt in München. Nach einem halben und unbefriedigenden Einfach-mal-so-Studium der Soziologie viele verschiedene Jobs (Bau bis Chemiewerk) und seit vier Jahren Pflegehelfer auf einer geschlossenen psychiatrischen Männerstation, dort ÖTV-Vertrauensmann. Sh. auch *kürbiskern* Nr. 3/78.

CAMP, SARAH, lebt in München. Satirikerin, Autorin, Regisseurin, ist mit ihrem Einpersonen-Stück „Baukasten, eine bayerische Satire auf das Weihnachtsgeschäft“ bekannt geworden. Seit 1977 eine Reihe von Kabarett- und Volkstheaterproduktionen. Gastspielreisen in Norddeutschland, Österreich und Schweiz. 1977 1. AZ-Förderpreis, AZ-Stern des Jahres für Satire, tz-Rosenstrauß des Jahres für Satire; 1981 Ernst-Hoferichter-Preis. Sh. *kürbiskern* Nr. 1/82.

DEMIN, GÜNTER, geb. 1932 in Oberschlesien, lebt in Worphausen. Nach dem Jura-Studium in Marburg und Kiel journalistische Tätigkeit in Darmstadt. Seit 1962 Redakteur bei Radio Bremen. Kurt-Tucholsky-Preis und Kurt-Magnus-Preis.

GAIGERN, HANS von, Journalist, lebt zur Zeit in den USA.

GULDEN, ALFRED, geb. 1944 in Saarlouis/Saarland. Lebt als freischaffender Schriftsteller in München und Saarlouis. Buchveröffentlichungen: Vier Gedichtbände in saarländischer Mundart, Theaterstücke und Kinderbücher. Drei Langspielplatten mit eigenen Liedern. Hörspiele, Fernsehspiele, Features. Im Herbst 1982 erscheint der erste Roman „Greyhound“ im List-Verlag. Die hier veröffentlichten Gedichte sind aus dem Zyklus „SPRECH-ERZIEHUNG“.

HAGEN, JENS, sh. *kürbiskern* Nr. 3/81 und *Kleine Arbeiterbibliothek*, Band 60 „... und ruhig fließet der Rhein“.

HATRY, MICHAEL, sh. *Kleine Arbeiterbibliothek*, Band 57 „Ein Mann, ein Wort“.

HÜBNER, IRENE, geb. 1939, lebt in Frankfurt. Volksschule in Bayern, Studium Dritter Bildungsweg, arbeitslos, hilfsweise freie Publizistin, Schwerpunkt Kultur. Buchveröffentlichungen: Kulturzentren Beltz-Verlag, 1981; Unser Widerstand (Röderberg-Verlag, 1982). In Vorbereitung beim Damnitz Verlag: „Kulturelle Opposition“.

HUFFSCHMID, JÖRG, 42 Jahre alt, Professor für Politische Ökonomie der Bundesrepublik an der Universität Bremen. Hauptsächliche Arbeitsgebiete Konzentrationssforschung, Wirtschaftspolitik, Ökonomie der Rüstung und Abrüstung.

JANKER, JOSEF W., geb. 1922 in Wolfegg, lebt in Ravensburg. Zimmermannslehre, verschiedene Berufe, u. a. als Theaterinspizient, Textilvertreter, Meinungsbefrager, Platzanweiser im Kino. Erste Prosaveröffentlichungen zwischen 1956 und 1960. Mitarbeit an zahlreichen Anthologien und beim Rundfunk. Schreibt Feuilletons für verschiedene Zeitungen. Vorsitzender der Fachgruppe Literatur im internationalen Bodensee-Klub. Vorsitzender der Meersburger Droste-Preis-Jury. Mitglied des PEN-Zentrums. Letzte Veröffentlichungen: Ansichten und Perspektiven 8: Feuchtes Element. Zusammen mit Rupert Leser (Kreissparkasse Ravensburg, 1980); Bei dem hier abgedruckten Text handelt es sich um einen Nachdruck aus dem UMSCHULER, Kurzroman (Suhrkamp, 1971) anlässlich des 60. Geburtstags des Autors.

JONES PATRICIA, geb. 1947 in Dayton/Ohio. Sie schloß 1968 ihr Studium an der University of Wisconsin in Madison ab und lebt seither in Europa. Ihren Magistertitel erwarb sie 1974 an der Freien Universität in Westberlin. Zur Zeit gibt sie in München Englischunterricht.

KIRCHHOFF, EBERHARD, Dieser Text erscheint im Buch „... und ich lebe im Ruhrgebiet“ (Wulff-Verlag, Kleine Reihe Lyrik + Prosa, Band 49).

KIRCHKNOPF GÉZA, geb. 1939 in Békéscsaba/Ungarn, lebt als freier Autor in Stuttgart.

MAIWALD, PETER, geb. 1946, lebt als freier Schriftsteller in Neuß am Rhein. Schreibt Gedichte, Lieder, Politische Revuen, Drehbücher und Literaturkritiken. Sh. *Kleine Arbeiterbibliothek*, Band 17 „Warum wird so einer Kommunist“ und Band 58 „Geschichten des Arbeiters B.“.

MAURER, ALBERT, sh. *kürbiskern* Nr. 4/81 und *Kleine Arbeiterbibliothek*, Band 60 „... und ruhig fließet der Rhein“.

MEYER, WILFRIED, sh. *kürbiskern* Nr. 3/81.

OOYEN, HANS van, geb. 1954 in Duisburg. 1967, 1969, 1971, 1974 und 1978 verschiedene Auszeichnungen. 1980

Stipendium des Kultusministers von NRW; 1980 1. Preis des *Bulgarischen Rundfunks*; 1981 Auszeichnung des Rundfunks der CSSR. Schreibt Hörspiele u. a.: Der letzte Fall (1980); Die blutige Erika (1980); Der freiwillige Tod (1981); Gastod (1981). Verschiedene Anthologien. Mitglied des *Verbands Deutscher Schriftsteller*.

PALLAS, JENS, geb. 1949, aufgewachsen in Linden, einem Arbeiterviertel von Hannover. Vater Postbeamter, Mutter Postfacharbeiterin. Während des Studiums an der Hochschule für Musik und Theater Hannover (seit 1969) Gründung einer Kinder- und Jugendtheatergruppe „rammbaff“. 1973 Abschluß als Schauspieler und Spielleiter. Ziviler Ersatzdienst. 1974 Studium an der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig, Freie Kunst, Malerei, Zeichnen, Film und Spiel. Bis 1980 Schauspieler, Probenleiter, Stückeschreiber und Arbeitskreisleitung im Bereich Laienspiel bei „rammbaff“. Ab 1980 Gründung eines neuen Theaters „pööt“. Schrieb verschiedene Stücke, zuletzt: Abgehauen; Das bemehrte Gesicht, Nepomuk Nepp's Traum und seltsame Verwandlung.

PERRY, RANDOLPH, geb. 1951 in Flora/Illinois. Bis 1969 Schulbesuch in Texas und Oklahoma. Sein Studium schloß er 1973 in Massachusetts ab, von der New School for Social Research in New York City erhielt er 1978 den Magistergrad in Philosophie. Bis 1981 war er bei einer Finanzberatungsfirma in New York beschäftigt; zeitweise studierte er an der Universität München.

SIEBIG, KARL, geb. 1947 in Neumünster/Holstein, lebt in Westberlin. 1965–68 Lehre als Plakatmaler in Kiel; 1970–74 Studium der Fotografie in Kiel; 1975–79 Studium an der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin (DFFG), seither Arbeit als Filmemacher und Autor. Filme u. a.: Ich bin kein Herr, Ernst Busch in Kiel; Unversöhnliche Erinnerungen; Henry Ford oder Was ist ein Mensch wert. Buchveröffentlichung: Ich geh mit dem Jahrhundert mit. Ernst Busch. Eine Dokumentation (Rowohlt).

SCHAUERTE, HEINRICH, geb. 1946 in Aachen. Studium der Germanistik und Philosophie. Dissertation über die Fabrik im deutschen Vormärz-Roman. Gelegenheitsarbeiten, z. Zt. arbeitslos. Verschiedene Zeitungsveröffentlichungen.

SCHMIDT-ALMS BARBARA, 36 Jahre alt, lebt in Bremen. Studium der Germanistik und Philosophie. Berufserfahrung in Hochschule und Schule. Jetzt außerhalb der Institutionen. Städte: Düsseldorf, Köln, Bremen.

STÖSSEL, JÜRGEN-PETER, sh. *Zeit-Gedichte* Nr. 3/1981 und Herausgeber *Kleine Arbeiterbibliothek*, Band 60 „... und ruhig fließet der Rhein“.

TONDERN, ALF, sh. *kürbiskern* Nr. 1/82.

WEHRLE GABI, geb. 1962 in Waldkirch bei Freiburg. Bei Erscheinen dieses Heftes Gymnasium in Waldkirch beendet. Ab September 1982 Soziales Jahr in England. Seit 1978 Mitglied von Amnesty International. Veröffentlichungen: „Badische Zeitung“ und Schülerzeitung am Gymnasium Waldkirch.

WERNER, BRIGITTE, 34 Jahre, lebt in Herne. Zehn Jahre Grundschullehrerin. Im Sommer 1981 aufgehört Beamtin auf Lebenszeit zu sein, arbeitet nun freiberuflich, schreibt für Kinder und andere Menschen, z. Zt. vorrangig Lyrik. Lebt von Gelegenheitsjobs und vom Allernötigsten.

Die im vorliegenden Heft mit freundlicher Genehmigung ihrer Verfasser und der Veranstalter veröffentlichten Beiträge von Prof. **Dr. Nikolaj P. Bolschkow** (Direktor des Instituts für Medizinische Genetik der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR, Moskau, Stellvertretender Vorsitzender des Komitees „Ärzte für die Abwendung des Nuklearen Krieges“), **Horst Klaus** (Bevollmächtigter der IG Metall, Nürnberg), **Prof. Dr. Wladimir N. Kotow** (Institut für Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau), **Prof. Dr. Alexander Leaf** (Leiter der Medizinischen Hochschule der Harvard University, Cambridge) wurden beim II. Internationalen Abrüstungskolloquium (1.–4. März 1982) an der Evangelischen Akademie, Tutzing, gehalten.

Eine Dokumentation aller Beiträge (darunter die Referate von **Prof. Dr. Carl-Friedrich von Weizsäcker**, Minister **Leonid M. Samjatin**, Mitglied des Obersten Sowjets der UdSSR und Leiter der Informationsabteilung beim ZK der KPdSU, **Richard R. Burt**, Direktor des Büros für Politisch-Militärische Angelegenheiten im US-Außenministerium) erscheint Mitte des Jahres und hat den Titel: „Friedenssicherung durch Abrüstung?“ II. Internationales Kolloquium. Tutzing Stud. 2/1982. Texte und Dokumente zur politischen Bildung der Evangelischen Akademie, Tutzing.

Der Theaterverlag Grafenstein, 8000 München 60, Thuillestr. 9 veranstaltet einen Autorenwettbewerb für Einakter und Kurzspiele. Die drei besten Einakter werden mit DM 3 000,—, 2 000,— und 1 000,— prämiert, die Kurzspiele mit DM 1 000,—, 600,— und 300,—.

Interessierte Autoren werden gebeten, nähere Informationen anzufordern.

WIR WOLLEN FRIEDEN FÜR ALLE ZEITEN



Lieder für den Frieden – aus allen Zeiten, allen Musikrichtungen. Vom traditionellen deutschen Antikriegslied bis zu dem „Give Peace a Chance“ der Beatles, von „Die Moorsoldaten“ bis zu den bots mit ihrem „weichen Wasser, das den Stein bricht“ – endlich mal in einem handlichen Taschenbuch zusammengefaßt.

Preis: DM 8,-/ca. 160 Seiten, 70 Lieder, für Gitarre bearbeitet von Peter Bursch, mit einem Vorwort von Hannes Wader, Best.-Nr. 99993

Verlag „pläne“, GmbH
Postfach 827
4600 Dortmund 1



Soeben erschienen:

Lionel Richard DEUTSCHER FASCHISMUS UND KULTUR Aus der Sicht eines Franzosen



Lionel Richard Deutscher Faschismus und Kultur

Aus der Sicht eines Franzosen
(Reihe: Kultur – Theorie und Politik; 354 S., DM 19,80)

Der französische Kulturwissenschaftler Lionel Richard schreibt zu seinem Buch: „Ich habe zu zeigen versucht, in welcher Weise die faschistische Kulturproduktion möglich war und wie sie funktionierte. Mein Anliegen war es, die besonderen historischen Grundlagen in Deutschland herauszuarbeiten, die bewirkt haben, daß Kultur nur noch als ihre eigene Negation, als Kulturbarbarei existierte. Insbesondere habe ich verständlich zu machen versucht, wie und warum das faschistische Deutschland über Tausende Kulturschaffende hat verfügen und sich ihrer nach Kräften hat bedienen können.“ Lionel Richard (geb. 1938) lehrt an der Universität Besançon. Mitarbeit als Literaturkritiker im Magazine littéraire.

Damnitz Verlag GmbH
Hohenzollernstr. 144, 8000 München 40

AUTOREN-AKTION FRIEDENSBLOCK

Was ein Kind braucht

Wenn ein Kind geboren ist,
braucht es eine Wohnung,
Kleider, eine Spielzeugkist,
Bonbons als Belohnung,
Murmeln und ein eignes Bett,
einen Kindergarten,
Bücher und ein Schaukelbrett,
Tiere aller Arten,
Wälder, Wiesen, eine Stadt,
Sommer, Regen, Winter,
Flieger, Schiffe und ein Rad,
viele andre Kinder,
einen Mann, der Arbeit hat,
eine kluge Mutter,
Länder, wo es Frieden hat,
und auch Brot und Butter.
Wenn ein Kind nichts davon hat,
kann's nicht menschlich werden.
Daß ein Kind das alles hat,
sind wir auf der Erden.

PETER MAIWALD

Autoren-Aktion Friedensblock

Zwanzig Lyrik-Postkarten mit Gedichten von:

Elisabeth Alexander, Therese Angeloff, Bert Brecht, Wolf Bittner, Rainer W. Campmann, Lothar Drude, Anne-Marie Fabian, Christian Kneifel, Horst Kammrad, Gerhard C. Krischker, Richard Limpert, Peter Maiwald, Christoph Meckel, Erika Ruckdäschel, Wolf Peter Schnetz, Peter Schütt, Jürgen-Peter Stössel, Artur Troppmann, Reinhard Valenta, Hildegard Wohlgemuth.

Der FRIEDENSBLOCK kann zum Preis von 5,- DM bestellt werden bei:

Artur Troppmann
Nibelungenstraße 7/IV
8000 München 19